

COMMENTATIONES  
HISTORIAE IVRIS  
HELVETICAE

III



Stämpfli Verlag AG Bern

---

Prof. Dr. Felix Hafner  
Prof. Dr. Andreas Kley  
Prof. Dr. Victor Monnier

**COMMENTATIONES HISTORIAE IVRIS HELVETICAE**



---

**COMMENTATIONES  
HISTORIAE IVRIS  
HELVETICAE**

curantibus

Felix Hafner  
Andreas Kley  
Victor Monnier



In ædibus STÆMPFLI  
BERNÆ  
Anno MMIX

---

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, der Verbreitung und der Übersetzung. Das Werk oder Teile davon dürfen ausser in den gesetzlich vorgesehenen Fällen ohne schriftliche Genehmigung des Verlags weder in irgendeiner Form reproduziert (z. B. fotokopiert) noch elektronisch gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© Stämpfli Verlag AG Bern · 2009

Gesamtherstellung:  
Stämpfli Publikationen AG, Bern  
Printed in Switzerland

ISBN 978-3-7272-9824-0

---

## Præfatio editorum

Von der Zeitschrift für Rechtsgeschichte *COMMENTATIONES HISTORIAE IVRIS HELVETICAE* (CHIH) erscheint bereits die dritte Nummer. Der lateinische Titel soll zum Ausdruck bringen, dass sie nach gut schweizerischer Usanz mehrsprachig, d.h. vor allem französisch, deutsch und italienisch, konzipiert ist. Dies bedeutet aber nicht, dass sich die Zeitschrift auf Beiträge zur schweizerischen Rechtsgeschichte beschränkt. Die CHIH sind auch offen für grenzüberschreitende rechtsgeschichtliche Themen. Nähere Auskünfte. Über die bereits erschienenen Nummern sind erhältlich auf [www.chih.ch](http://www.chih.ch)

Ce fascicule se présente à nouveau dans nos trois langues officielles; d'aspect international, il offre en outre un éventail de thèmes variés comme l'indique d'ailleurs la *tabula*. En effet, les sujets traités concernent aussi bien l'histoire ecclésiastique du Moyen Âge que l'histoire du droit administratif de la République fédérale allemande.

Per commemorare i settant'anni degli Accordi di Monaco (1938), abbiamo fatto riferimento a W. E. Rappard. L'evocazione del dramma della Cecoslovacchia secondo le sue annotazioni risveglia i tragici eventi, che questo sfortunato paese avvrà ancora da subire nel 1948 e 1968... 1958 è anche l'anno della scomparsa di W. E. Rappard. Evocando suo ricordo abbiamo così celebrato il cinquantenario della sua morte.

Teniamo evidentemente a ringraziare quelle e quelli che faranno il successo di questo terzo numero. In fine alluderemo all'appoggio essenziale della nostra casa editrice le Edizioni Stämpfli senza la quale i *COMMENTATIONES* non esisterebbero.

Felix Hafner Andreas Kley Victor Monnier



---

## Tabula

<b>Præfatio editorum</b> .....	V
<b>Commentationes</b>	
Paul Oberholzer .....	1
<i>Eigenkirchen im Spiegel der frühmittelalterlichen Urkunden der Abtei St. Gallen</i>	
Eric Gilardeau .....	28
<i>La Confédération helvétique, modèle historique de l'Union européenne</i>	
Daniel Bourgeois .....	58
<i>William E. Rappard, parlementaire indépendant à l'Alliance des Indépendants (1941-1943)</i>	
Anna-Bettina Kaiser .....	86
<i>Entwicklungspfade im deutschen Verwaltungsrecht mit rechtsvergleichenden Seitenblicken</i>	
<i>Zur Geschichte der Verwaltungsrechtswissenschaft nach dem 2. Weltkrieg</i>	
<b>Miscellanea</b>	
Giovanni Busino .....	99
<i>Riflessioni sulla descrizione, l'argomentazione e la spiegazione in storiografia</i>	
Victor Monnier .....	129
<i>A Londres, en 1942, William E. Rappard reçoit les confidences d'Edvard Beneš sur la tragédie de Munich</i>	
<b>Recensiones libri selecti</b>	
François Quastana .....	138
<i>La pensée politique de Mirabeau (1771-1789): «républicanisme classique» et régénération de la monarchie</i>	
Friedrich Carl von Savigny .....	141
<i>De la vocation de notre temps pour la législation et la science du droit</i>	
Thomas Weibel .....	143
<i>Friedrich Ludwig Keller und das Obergericht des Kantons Zürich</i>	
Joseph Jung .....	146
<i>Alfred Escher (1819-1882), Aufstieg, Macht, Tragik</i>	





---

## COMMENTATIONES

*Paul Oberholzer\**

### **EIGENKIRCHEN IM SPIEGEL DER FRÜHMITTELALTERLICHEN URKUNDEN DER ABTEI ST. GALLEN**

Die rechtlichen Verhältnisse des frühmittelalterlichen Niederkirchenwesens sowie das kirchliche Leben der einfachen Bevölkerung auf dem Land gelten entweder als nicht erforschbar, oder man deduziert aus allgemeinen päpstlichen und königlichen Verordnungen und hält auf dem Hintergrund karolingischer oder katholischer Einheitsvorstellungen konkrete Einzelfälle für reichsrepräsentativ. Gerade die Definition des Eigenkirchenwesens lässt aber solche Schlüsse nicht zu. Eine Auswertung des frühmittelalterlichen Urkundenbestandes der Abtei St. Gallen – in dieser Darstellung von 700 bis 818 – auf dem Hintergrund der alemannischen Siedlungs- und Kirchengeschichte lässt aber vielfältige, einzigartige und in mancher Hinsicht unerwartete Erkenntnisse in die hauptsächlich von alemannischen Grundherren bestimmten rechtlichen Verhältnisse der Gotteshäuser auf dem Land gewinnen.

### **Ein neuer Begriff von Ulrich Stutz**

Es war am 23. Oktober 1894, als Ulrich Stutz, Privatdozent für deutsches und kanonisches Recht an der Universität Basel, mit seiner Antrittsvorlesung einen neuen Rechtsbegriff formulierte, der fortan integraler Bestandteil frühmittelalterlicher Kirchengeschichtsforschung in ganz Europa sein sollte: die Eigenkirche.

Stutz' Grundanliegen war es, aufzuzeigen, dass nicht nur das römische Recht in der Antike und zusammen mit ihm nach der Reformation die Errungenschaften der frühneuzeitlichen Juristerei auf die Kirche einwirkten, sondern auch die germanische Ordnung im Frühmittelalter ihren prägenden Einfluss ausübte.

---

\* Paul Oberholzer, mag. theol., Dr. phil., Mitarbeiter am Institutum Historicum Societatis Iesu in Rom, Archivar und Bibliothekar der Schweizer Jesuitenprovinz, Zürich.

Für die Spätantike setzt Stutz voraus, dass der Bischof innerhalb einer Diözese in vermögensrechtlicher Hinsicht unumschränkte Verfügungsgewalt besass, da alles Kirchengut Eigentum der Bischofskirche war. Sobald sich die Germanen als Akteure ins Leben der Kirche einzuschalten begannen, fanden die Bischöfe in den Grundherren gefährliche Gegner, so Stutz, die beide über Jahrhunderte um ein Objekt stritten, in dem sich antik-bischöfliches und germanisch-grundherrliches Selbstverständnis kreuzte: die Eigenkirche. Bischöflichen Gewohnheiten stellt Stutz eine gemeingermanische Institution entgegen, die ihren Ursprung im Priestertum des germanischen Hausvaters hat, der in einem selbst erbauten Tempel für seine Sippe den religiösen Kult unterhielt und bestimmte. Mit der Einführung des Christentums wurde lediglich der Tempel zur Kirche, während die Rechtsverhältnisse dieselben blieben, ja sich im Laufe des Frühmittelalters gegenüber bischöflichen Ansprüchen durchzusetzen vermochten. Während Stutz diese Entwicklung als Siegeszug einer germanischen Rechtsvorstellung und als gestaltgebenden Faktor der frühmittelalterlichen Kirche preist, beschreibt er das Ende des Eigenkirchenwesens durch päpstliche Intervention im Investiturstreit als absolute Notwendigkeit für das Überleben der Kirche.<sup>1</sup>

## Nachträgliche Korrekturen

Ulrich Stutz prägte die Definition von der Eigenkirche als einem Gotteshaus, das dem Eigentum oder besser einer Eigenherrschaft derart unterstand, dass sich daraus nicht bloss die Verfügung in vermögensrechtlicher Beziehung, sondern die volle geistliche Leitungsgewalt ergab. Darin ist die Forschung Stutz bis heute gefolgt. Nicht halten konnte sich hingegen die Herkunftserklärung. Hans Erich Feine, der noch 1972 in der fünften Auflage seiner kirchlichen Rechtsgeschichte den Ursprung des Eigenkirchenwesens im altgermanischen, ja sogar indogermanischen Hauspriestertum lokalisierte, hat sich in dieser Frage klar isoliert.<sup>2</sup> Denn Stutz und seine Schule konnten für die Existenz heidnischer Eigentempel oder eines allgemeinen Hauspriestertums nur isländische Quellen von unklarer Aussagekraft aus dem Hochmittelalter anführen, die nicht als repräsentativ für westgermanische Stämme des Frühmittelalters angesehen werden können.<sup>3</sup> Zudem setzt Stutz damit einen einheitli-

---

<sup>1</sup> Ulrich Stutz, Die Eigenkirche als Element des mittelalterlich-germanischen Kirchenrechtes, Antrittsvorlesung, gehalten am 23. Oktober 1894, Berlin 1895, S. 7-14, 17f., 39-45.

<sup>2</sup> Hans Erich Feine, Kirchliche Rechtsgeschichte, Die katholische Kirche, Köln u.a. 1972, S. 160-170.

<sup>3</sup> Peter Landau, Eigenkirchenwesen, in: Theologische Realenzyklopädie, Band IX, Berlin, New York 1982, S. 399-404, hier S. 399f.

chen germanischen Kultur- und Rechtsraum voraus, der sich über ganz Europa erstreckt haben soll, was in Anbetracht der demographischen Veränderungen in jener Zeit nicht denkbar ist.

Als unhaltbar erweist sich auch das Bild vom quasi-absolutistisch herrschenden Bischof der Spätantike. Denn bereits im 4. und 5. Jahrhundert gab es Grundherren, die auf ihren Latifundien Privatkirchen als ihr Eigentum errichteten. Die Gesetzgebung der römischen Kaiser regelte damals die Rechtsbefugnisse der Erbauer und gestand ihnen Einflussnahme auf die Güterverwaltung und die Ämterbesetzung zu. Allerdings blieb dem Bischof die Kontrolle über die Ausstattung der Kirche und den Lebenswandel der Priester.<sup>4</sup>

## «National indifferente» Herkunftserklärung

Aufgrund der Erkenntnis aber, dass Eigenkirchen auch im byzantinischen und slawischen Kulturkreis anzutreffen sind, in gewissen germanischen Stämmen hingegen auch fehlen können, hat sich die Herkunftserklärung durchgesetzt, dass überall dort die Bedingungen zur Entstehung von Eigenkirchen gegeben sind, wo sich die öffentliche und flächendeckende Gewalt des Staates wie der Kirche zurückgezogen hat oder noch gar nicht konstituiert ist und «Grosse» in den von ihnen beherrschten Räumen die Hoheit in allen Belangen – auch in den kirchlichen – übernehmen.<sup>5</sup>

Dies trifft für die Spätantike und das Frühmittelalter weitgehend zu: im Zerfall der spätantiken Staatsgewalt und im Vordringen neuer Siedler, die im Personenverbandsstaat organisiert waren. Die Grundvoraussetzungen für das Eigenkirchenwesen liegen also nicht in einer Kultur oder einer Rechtsordnung, sondern im rechtsfreien Raum und sind damit «national indifferent». So konnten sich im germanischen Westgotenreich keine Eigenkirchen entwickeln, da dieses weitgehend staatlich organisiert blieb. Aber auch in den verschiedenen Räumen, in denen Eigenkirchen entstanden, konnte es zu sehr unterschiedlichen Ausgestaltungen des Typus kommen, zumal das Element

---

<sup>4</sup> Ebd.

<sup>5</sup> Arnold Angenendt, *Das Frühmittelalter, Die abendländische Christenheit von 400 bis 900*, Stuttgart u.a. 1995<sup>2</sup>, S. 36f.; Wilfried Hartmann, *Die Eigenkirche: Grundelement der Kirchenstruktur bei den Alemannen?* in: *Die Alemannen und das Christentum, Zeugnisse eines kulturellen Umbruchs*, hrsg. v. Sönke Lorenz, Barbara Scholkmann, Leinfelden-Echterdingen 2003, S. 1-11, hier S. 2; Wilfried Hartmann, *Der rechtliche Zustand der Kirchen auf dem Lande: Die Eigenkirche in der fränkischen Gesetzgebung des 7. bis 9. Jahrhunderts*, in: *Cristianizzazione ed organizzazione ecclesiastica delle campagne nell'alto medioevo: Espansione e resistenze*, 10-16 aprile 1980, tomo primo, Spoleto 1982, S. 397-441, hier S. 400f.; Landau (Fn. 3), S. 400.

des Staates oder der Diözese zumeist in unterschiedlicher Intensität vorhanden war und gestaltgebend einwirken konnte. Je ausgeprägter aber das rechtsfreie Element war, desto geringer waren die strukturgebenden Parameter, und desto manigfaltiger konnten die konkreten Erscheinungsformen des Eigenkirchenwesens werden. Es erweist sich somit als sehr schwierig, einen möglichst grossen gemeinsamen Nenner des Instituts Eigenkirche zu finden. Wohl gab es im 8. und 9. Jahrhundert mehrere Synodalbeschlüsse und Kapitularien, die das Eigentum von Laien an Kirchen regeln. Wie bei allen Leges-Texten stellt sich aber auch hier die Frage, wieweit diese zur Erschliessung konkreter Verhältnisse herangezogen werden können, zumal in einem rechtsfreien Raum die Bedingungen für deren Umsetzung nicht einfach vorausgesetzt werden können.

Die ganze Klärung des «Eigenkirchenwesens» erfährt darin eine zusätzliche Erschwerung, dass der Begriff erst 1894 geschaffen worden ist. Stutz ging davon aus, dass dieser Begriff in einer konkreten germanischen Rechtskategorie seine Entsprechung hatte. Genau das hat sich aber als nicht haltbar erwiesen. Die Erforschung des Eigenkirchenwesens bedeutet so die nachträgliche Anwendung eines neuen Begriffs auf vorgegebene Verhältnisse, in deren Quellen der Begriff selbst oder eine adäquate Bezeichnung mit entsprechendem Inhalt nicht erscheint. Ganz im Gegensatz zum *ius patronatus* und zur *incorporatio*, die in den Quellen mittelalterlicher Kanonistik ihre klaren Spezifizierungen erfahren haben.

Zudem ist unklar, wieweit die Besitzverhältnisse an Kirchen an Rechtsvorstellungen ausgerichtet waren und wieweit es sich vielmehr um Realpolitik handelte, die unabhängig von juristischem Denken konkrete Verhältnisse gestaltete. Bei der dünnen Quellenlage ist es darum sehr schwierig, aufgrund eines in einer Urkunde präsentierten Falles auf dessen Repräsentativität zu schliessen.

## **Besiedlung und herrschaftliche Erfassung Alemanniens**

Nachdem die Römer in der zweiten Hälfte des 3. Jahrhunderts den obergermanisch-rätischen Limes aufgegeben und sich hinter die Grenze von Rhein, Iller und Donau zurückgezogen hatten, wurden die rechtsrheinischen Gebiete, das spätere Inneralemannien, neuen Siedlern überlassen, die von der Kultur des Imperium Romanum und damit auch vom Christentum bis auf weiteres unberührt blieben.<sup>6</sup> Das Vordringen der «alemannischen» Siedler machte

---

<sup>6</sup> Sönke Lorenz, Die Alemannen auf dem Weg zum Christentum, in: Die Alemannen und das Christentum, Zeugnisse eines kulturellen Umbruchs, hrsg. v. dems., Barbara

vorerst am Bodensee und Hochrhein halt, obwohl die dort stationierten römischen Truppen 401/402 nach Italien abgezogen worden sind.<sup>7</sup> Über die «staatliche» und gesellschaftliche Organisation der romanischen Bevölkerung der Nord- und Nordostschweiz ist wenig bekannt. Die Krise im ganzen Reich im 5. und 6. Jahrhundert erfasste aber auch diese Region und liess die kirchliche Organisation in Verfall geraten. Wohl vermochten einige christliche Zentren wie Kaiseraugst, Zurzach, Solothurn<sup>8</sup>, Arbon und Bregenz zu überleben, allerdings nur unter erheblicher Redimensionierung der einstigen Aktivitäten und einer teilweise Repaganisierung. Ob dieser Verfall auf Raubzüge rechtsrheinischer alemannischer Horden oder auf interne Spannungen zurückzuführen ist, bleibt unklar.<sup>9</sup>

Eine grossflächige Ansiedlung von Alemannen südlich des Bodensees ist erst im späten 6. Jahrhundert<sup>10</sup> oder sogar erst für das 7. Jahrhundert<sup>11</sup> archäologisch nachweisbar. Angehörige einer fränkischen Führungsschicht sind im selben Raum hingegen bereits für das mittlere 6. Jahrhundert belegt und siedelten in alten, von Romanen bewohnten Zentren.<sup>12</sup> Die alemannische Landnahme muss also unter merowingischer Kontrolle friedlich verlaufen sein. Im ersten Drittel des 7. Jahrhunderts kam es dann zu einer tieferen herrschaftlichen Erfassung Inneralemanniens durch die merowingischen Könige Chlothar II. (613-629) und Dagobert I (629-638/39). Impulse dazu gingen von den stärker romanisierten Randlandschaften aus. So residierte der Alemannenherzog Gunzo in Überlingen, und das für ganz Alemannien errichtete Bistum hatte seinen Sitz in Konstanz, beides Orte an der Nahtstelle einer von Alemannen früher besiedelten nördlichen und einer später besiedelten südlichen Alemannia. Es ist allerdings davon auszugehen, dass die herrschaftliche

---

Scholkmann, Schriften zur südwestdeutschen Landeskunde 48 Quart 2, Veröffentlichungen des Alemannischen Instituts 71, Leinfelden-Echterdingen 2003, S. 65-111, hier S. 68.

<sup>7</sup> Helmut Maurer, Das Bistum Konstanz und die Christianisierung der Alemannen, in: Mission und Christianisierung am Hoch- und Oberrhein (6.-8. Jahrhundert), Archäologie und Geschichte, hrsg. v. Walter Berschin, Dieter Geuenich, Heiko Steuer, Freiburger Forschungen zum ersten Jahrtausend in Südwestdeutschland 10, Stuttgart 2000, S. 139-163, hier S. 144; Paul Oberholzer, Vom Eigenkirchenwesen zum Patronatsrecht, Leutkirchen des Klosters St. Gallen im Früh- und Hochmittelalter, St. Galler Kultur und Geschichte 33, St. Gallen 2002, hier S. 32.

<sup>8</sup> Carola Jäggi, Spätantikes Christentum und das Kontinuitätsproblem nach archäologischen Quellen, in: Die Alemannen und das Christentum, Zeugnisse eines kulturellen Umbruchs, hrsg. v. Sönke Lorenz, Barbara Scholkmann, Schriften zur südwestdeutschen Landeskunde 48 Quart 2, Veröffentlichungen des Alemannischen Instituts 71, Leinfelden-Echterdingen 2003, S. 39-53, hier S. 43-49.

<sup>9</sup> Ebd., S. 52; Lorenz (Fn. 6), S. 83.

<sup>10</sup> Jäggi (Fn. 8), S. 52; Lorenz (Fn. 6), S. 83.

<sup>11</sup> Maurer (Fn. 7), S. 144.

<sup>12</sup> Ebd.

Durchdringung der rechtsrheinischen Gebiete nicht wirklich Fuss fasste. Der Kompetenzbereich des Herzogs war weitgehend linksrheinisch orientiert.<sup>13</sup>

Nach Dagoberts Tod kam es zu einem sofortigen Zerfall der merowingischen Zentralgewalt, was zu einer nahezu autonomen Stellung der alemannischen Herzöge führte und den grundbesitzenden Adel zu einem neuen bestimmenden politischen Faktor machte. Die daraus resultierenden neuartigen Herrschaftsstrukturen bestimmten die politischen, sozialen und ökonomischen Verhältnisse in Alemannien bis in die Zeit der Karolinger. Durch die fehlende politische Zentralgewalt wurde weit ausgedehnter Grundbesitz zum entscheidenden Machtelement – seit dem 16. Jahrhundert «Grundherrschaft» genannt – und durch Bevölkerungszunahme und gezielten Landesausbau zum gestaltgebenden Faktor.<sup>14</sup>

## Ausbreitung des Christentums

Auch wenn vereinzelte kirchliche Gemeinschaften in der Nord- und Nordostschweiz eine minimale Kontinuität wahren konnten, gingen von ihnen keine Impulse zur Christianisierung Alemanniens aus.<sup>15</sup> Bezeichnenderweise führte auch die Taufe Chlodwigs (498/99) vorerst noch zu keinem Erstarken der Mission unter den Germanenstämmen. Vielmehr sah sich das Christentum im 6. Jahrhundert einem kontinuierlichen Rückgang ausgesetzt.<sup>16</sup> Erste christliche Zeugnisse finden sich in der zweiten Hälfte des 6. Jahrhunderts vereinzelt in Runeninschriften mit Abschwörungsformeln an alemannische Götter, in Grabbeigaben mit christlichen Symbolen und in ersten Kirchenbauten.<sup>17</sup>

---

<sup>13</sup> Dieter Geuenich, Alemannien im 6.-8. Jahrhundert, in: Mission und Christianisierung am Hoch- und Oberrhein (6.-8. Jahrhundert), Archäologie und Geschichte, hrsg. v. Walter Berschin, Dieter Geuenich, Heiko Steuer, Freiburger Forschungen zum ersten Jahrtausend in Südwestdeutschland 10, Stuttgart 2000, S. 23-34, hier S. 24-28.

<sup>14</sup> Lorenz (Fn. 6), S. 102; Thomas Zotz, Die Entwicklung der Grundherrschaft bei den Alemannen, in: Die Alemannen und das Christentum, Zeugnisse eines kulturellen Umbruchs, hrsg. v. Sönke Lorenz, Barbara Scholkmann, Schriften zur südwestdeutschen Landeskunde 48 Quart 2, Veröffentlichungen des Alemannischen Instituts 71, Leinfelden-Echterdingen 2003, S. 153-166, hier S. 153.

<sup>15</sup> Barbara Scholkmann, Christianisierung und Kirchenbau, Überlegungen zu Topographie, Chronologie und Typologie der frühmittelalterlichen Kirchen im alemannischen Raum, in: Mission und Christianisierung am Hoch- und Oberrhein (6.-8. Jahrhundert), Archäologie und Geschichte, hrsg. v. Walter Berschin, Dieter Geuenich, Heiko Steuer, Freiburger Forschungen zum ersten Jahrtausend in Südwestdeutschland 10, Stuttgart 2000, S. 111-138, hier S. 120.

<sup>16</sup> Lorenz (Fn. 6), S. 72f.

<sup>17</sup> Ebda. S. 74; Scholkmann (Fn. 15), S. 120.

Um 600 ist bei Familien der Oberschicht erstmals die Tendenz feststellbar, ihre Angehörigen nicht mehr auf den alten Reihengräberfeldern ausserhalb der Siedlung, sondern in einem Sonderfriedhof in unmittelbarer Nähe zum Herrenhof zu bestatten. Gleichzeitig gingen andere einen Schritt weiter und liessen sich in oder neben einer beim Hof errichteten Kirche zur letzten Ruhe betten. Diese Entwicklung machte Schule, so dass gegen Ende des 7. Jahrhunderts bereits eine grosse Anzahl adliger Sippen in einer privaten Kirche ihren Begräbnisort unterhielt. Zwischen 670/80 und 730/40 wurden die Reihengräberfelder aufgegeben, und die ganze Bevölkerung fand bei der Kirche ihre letzte Ruhestätte.

Bezeichnenderweise wurde nie eine Kirche über einem Gräberfeld errichtet, wohl aber über bereits bestehenden Separatfriedhöfen. Ebenso bemerkenswert ist, dass die frühen Kirchen mit Bestattungen in der Nähe eines Herrenhofes lagen.<sup>18</sup> Diese Entwicklung setzte zeitgleich mit der columbanischen Bewegung ein, die mit ihren Klostergründungen in den merowingischen Stammländern zu einer Verchristlichung des fränkischen Adels, zu einer Reform der monastischen Lebensform und zu einer Integration der gallisch-fränkischen Bischofsherrschaft in die Verfügungsgewalt des Königs führte. Der austrasische König Theudebert (596-612) schickte Columban und mit ihm Gallus um 610 nach Alemannien zur Missionierung, deren Wirken wichtige Impulse brachte, ohne dass ihnen dauerhafte Erfolge beschieden waren.<sup>19</sup> Die Entsendung Columbans und das Wirken Gallus' (gest. ca. 645) fielen also in die bereits erwähnte Zeit, in der die merowingischen Könige ihre Herrschaft konsolidierten und auch Alemannien stärker in ihre Regierung einbanden.

Die Veränderungen der Bestattungssitte belegen eine langsame Hinwendung der Oberschicht zum Christentum, die bis in die erste Hälfte des 8. Jahrhunderts die ganze Bevölkerung erfasst haben wird. Die damit einhergehende Auflösung der Reihengräberfelder zeugt von einem keineswegs organischen Übergang und einer tiefen mentalen Veränderung: Die Wohnstätte der Toten wurde mitten in die Welt der Lebenden gestellt, und die einstige materielle Grabausstattung wurde durch das Totengedenken als christliche Jenseitsvorsorge ersetzt.<sup>20</sup>

Das räumliche Zusammenfallen von Adelsgrab, Kirche und Herrenhof weist darauf hin, dass der Prozess der Christianisierung im Laufe des bis auf

---

<sup>18</sup> Horst Wolfgang Böhme, Neue archäologische Aspekte zur Christianisierung Süddeutschlands während der jüngeren Merowingerzeit, in: Mission und Christianisierung am Hoch- und Oberrhein (6.-8. Jahrhundert), Archäologie und Geschichte, hrsg. v. Walter Berschin, Dieter Geuenich, Heiko Steuer, Freiburger Forschungen zum ersten Jahrtausend in Südwestdeutschland 10, Stuttgart 2000, S. 75-109, hier S. 76, 87-90.

<sup>19</sup> Lorenz (Fn. 6), S. 74f; Oberholzer (Fn. 7), S. 33f.

<sup>20</sup> Scholkmann (Fn. 15), S. 112.



die Columbans- und Teile der Gallusvita schriftlosen 7. Jahrhunderts vom grundbesitzenden Adel und dem Herzogtum getragen wurde.<sup>21</sup> Denn dieser Prozess vollzog sich in geographischer Nähe zu Konstanz nicht intensiver als im entlegenen Inneralemannien. Es fehlen jegliche Hinweise dafür, dass der Bischof eine tragende Rolle gespielt hätte. Auch Klöster waren nicht beteiligt. Die Zellen der iredschottischen Glaubensboten Gallus, Fridolin und Trudbert gerieten wieder in Verfall, so dass sich Alemannien im ausgehenden 7. Jahrhundert als klosterleeres Land präsentiert.<sup>22</sup> Inneralemannien sollte es sogar bis Ende 8. Jahrhundert bleiben. Die Theorie von der Christianisierung durch den Grundadel und nicht durch ein geistliches Zentrum wird auch dadurch gestützt, dass keine Richtung bzw. bestimmte Bewegung der Ausbreitung des Christentums erkennbar ist. Sakralbauten entstanden vielmehr an verschiedenen Orten gleichzeitig.<sup>23</sup>

Da sich das Christentum während rund 150 Jahren in Abwesenheit einer übergeordneten herrschaftlichen oder kirchlichen Zentralgewalt ausbreitete sowie die intensivere merowingische Präsenz nur von kurzer Dauer war und die Initialzündung zur Missionierung gab, waren die Bedingungen für ein weitgehend eigenkirchlich ausgerichtetes Christentum gegeben. Der grundbesitzende Adel errichtete aus eigenen Mitteln Gotteshäuser und sorgte für den Gottesdienst. Mit dem Aufbau einer christlichen Infrastruktur ging über lange Zeit die Pflege überkommener heidnischer Kultpraktiken einher, die allerdings ausgelöscht waren, bevor schriftliche Quellen über sie hätten verfasst werden können.<sup>24</sup> In dieser Abschottung von der fränkischen Zentralgewalt konnte das alemannische Herzogtum bis zu seinem Untergang im Jahre 746 verbleiben. Der Bischof stand in dieser Zeit völlig unter der Verfügungsgewalt des Herzogs. So war es Gunzo, der 615 eine Synode einberief und Gallus auf den Konstanzer Bischofsstuhl befördern wollte. Da Herzog Theudebald († 746) in keinerlei Verbindung zu Bonifatius († 754) stand, waren Bischof Arnefrid die Hände gebunden, so dass die bonifatianische Kirchenreform in Alemannien nicht Fuss fassen konnte.<sup>25</sup> Konstanz muss bis 746 zumindest de facto ein Eigenbistum des alemannischen Herzogs gewesen sein.

---

<sup>21</sup> Böhme (Fn. 18), S. 92; Lorenz (Fn. 6) S. 87.

<sup>22</sup> Lorenz (Fn. 6), S. 76-80.

<sup>23</sup> Scholkmann (Fn. 15), S. 121.

<sup>24</sup> Aus dem Nebeneinander mehrerer Kulte schliesst Sönke Lorenz auf die Existenz alemannischer Eigentempel und findet darin die alte These von Ulrich Stutz bestätigt (Lorenz [Fn. 6], S. 98). Dieser Schluss ist nicht nachvollziehbar, weil die ersten Kirchen nirgends über alten Kultstätten errichtet wurden und damit keine Nahtstellen einer älteren Religionspraxis sind, sondern einen Bruch markieren und in Distanz zu den überkommenen Bestattungseinrichtungen standen. Zudem konnten in Alemannien bisher keine heidnischen Kultgebäude archäologisch nachgewiesen werden.

<sup>25</sup> Lorenz (Fn. 6), S. 106f.; Maurer (Fn. 7), S. 139f.

## Die Gründung des Klosters St. Gallen

Zelle und Grab des heiligen Gallus wurden von Priestern wohl kontinuierlich unterhalten, gerieten aber als Ort des gepflegten Gottesdienstes in Verfall. Im Jahre 719 setzte der adlige Alemanne Waltram, in dessen Grundbesitz die Galluszelle lag, den in Chur ausgebildeten alemannischen Priester Otmar für die Gründung eines Klosters zum Abt ein.<sup>26</sup> Dieser Beginn zeugt von klaren eigenklösterlichen Verhältnissen. Schon in den ersten Jahrzehnten beschenkten adlige Grundherren aus entlegenen Gebieten (Albgau, Breisgau, Zürichgau) das Kloster reich. Es behielt aber letztlich regionale Bedeutung und konnte sich in keiner Weise mit den damaligen Reichsklöstern messen. Viten und Chroniken berichten von Kontakten zum König und damit verbundenen Privilegien. Sie tragen aber einige Widersprüche in sich und wurden erst im 9. Jahrhundert niedergeschrieben, in einer Zeit, in der das Kloster reichsweite Bedeutung genoss und das Anliegen einer Rückprojizierung des Status der Reichsunmittelbarkeit in die Gründungszeit leitend gewesen sein könnte.<sup>27</sup>

Mit der Zerschlagung des alemannischen Herzogtums durch die Karolinger wurden dem Kloster bedeutende Güter entzogen und dem Fiskus zum Aufbau der Grafschaften zugeteilt. Die Geschichtsschreibung notiert den grossen Einbruch aber 759/60 mit der Absetzung Otmars durch die fränkischen Grafen Warin und Ruthard. Grund könnte die Weigerung des Klosters gewesen sein, sich der Kirchenreform Chrodegangs von Metz († 766) anzuschliessen, die eine Auflösung eigenklösterlicher Verhältnisse und die Unterstellung unter den Diözesanbischof vorsah. In der Folge bekleideten die Bischöfe von Konstanz die St. Galler Abtswürde. Das Kloster erlitt damit aber keine Herabminderung, sondern wurde von fränkischen Grafen und Grundherren vielmehr grosszügig beschenkt und zum Kristallisationszentrum fränkischer Herrschaft in Alemannien aufgebaut. Dieser Prozess fand mit der Verleihung der Reichsunmittelbarkeit im Jahre 818 und durch die Bekleidung der St. Galler Äbte Grimald († 872) und Salomo († 919) mit dem Amt des Reichskanzlers ihre Fortsetzung.

## Der St. Galler Urkundenbestand

Das Kloster St. Gallen hat heute unter anderem wegen seiner nördlich der Alpen einzigartig zahlreichen Urkundensammlung für die frühmittelalterliche Geschichtsforschung grosse Bedeutung. Bei den über 800 Dokumenten aus

---

<sup>26</sup> Oberholzer (Fn. 7), S. 39f.

<sup>27</sup> Ebd. S. 271-274.

der Zeit zwischen 700 und 920 handelt es sich weitgehend um Traditionsurkunden, die auch über das Eigenkirchenwesen Aufschluss geben, unter dieser Rücksicht aber noch nie vollständig ausgewertet worden sind.<sup>28</sup> In diesem Artikel wird in den 237 Urkunden aus der Zeit vor der Verleihung der Reichsunmittelbarkeit durch Ludwig den Frommen vom 3. Juni 818 nach Eigenkirchen gesucht. Dazu kommen zwölf weitere Dokumente, deren Datierung unsicher ist, die aber vor 818 ausgestellt worden sein könnten.<sup>29</sup> Die Zäsur findet ihre Rechtfertigung darin, dass St. Gallen mit dieser kaiserlichen Begünstigung aus dem Abhängigkeitsverhältnis vom Bischof von Konstanz heraustritt und fortan direkt dem Kaiser bzw. König untersteht und von dieser Seite auch vermehrt Vergabungen und Privilegien belegt sind. Das Verhältnis zum Reich muss sich auch durch die beiden St. Galler Äbte Grimald und Salomo intensiviert haben, als sie das Amt des Reichskanzlers bekleidet und die Rolle von Statthaltern des Königs in Alemannien übernommen haben. Wirtschaftlich ist das Kloster nach 818 insofern in eine neue Epoche getreten, als vor allem unter dem Abbatiat Gotzberts (816-837) kleinere Grundherren vermehrt Rodungsland aus der südseitigen Bodensee- und der oberen Zürichseegegend vergabten und sich das Kloster intensiver im Landesausbau engagierte und dabei – im Gegensatz zur vorausgehenden Zeit – als Bauherr von klösterlichen Eigenkirchen in Erscheinung tritt. Zudem wurden im Capitulare ecclesiasticum von 818/19 die beiden strittigsten Punkte des Eigenkirchenwesens, nämlich die Bestellung der Priester und die Verfügung über die Einkünfte der Kirchen, abschliessend geregelt.<sup>30</sup> Ganz unabhängig davon, ob sich die eigenkirchlichen Verhältnisse in St. Gallen nach 818 wirklich verändert haben, muss deren Erforschung unter Einbeziehung der neuen politischen und wirtschaftlichen Position und des Kirchenkapitulars erfolgen, was eine starke Veränderung der Methode und der Fragestellung bedingt.

## **Erwähnungen von Gotteshäusern in den Traditionsurkunden**

Am signifikantesten werden die niederkirchlichen Verhältnisse im Alemannien des 8. Jahrhunderts mit der Traditionsurkunde vom 10. Juli 771/2/4/5 wiedergegeben. Der Grundherr Ruotah hat ihrgemäss in Willmandingen (süd-

---

<sup>28</sup> Hartmann, Die Eigenkirche (Fn. 5), S. 7.

<sup>29</sup> 233 Urkunden sind in UBSG I. (Fn. 31) aus der Zeit vor dem 3. Juni 818 aufgeführt. Dazu kommen vier Urkunden aus dem Anhang, die vor 818 datiert werden und zwölf weitere Dokumente mit unsicherer, aber vor 818 möglicher Datierung (Borgolte, [Fn. 31], S. 330-458).

<sup>30</sup> Hartmann, Der rechtliche Zustand der Kirchen auf dem Lande (Fn. 5), S. 409f.

lich von Tübingen) eine Kirche zu Ehren des heiligen Gallus, «in honorem Dei et sancti Galli», errichtet.<sup>31</sup> Mit dem Galluspatrozinium ist direkt die Übertragung der Kirche an das Kloster St. Gallen verbunden, «ad ipsum monasterium firmiter omnia haec tradita sint». Dazu hat Ruotah die Kirche mit acht «casatibus», zwölf Huben und namentlich aufgeführten «mancipia» versehen. Mit einer Hube war ein Stück Land oder ein bäuerlicher Familienbetrieb gemeint. Bei einem «casatus» handelt es sich um einen auf einer Hufe angesiedelten Knecht, der vom Herrn nicht ohne diese Hufe veräußert werden durfte. «Mancipia» sind Unfreie eines Herrn, die nicht an dessen Grund und Boden gebunden sind und deswegen im vorliegenden Dokument namentlich genannt werden. Diese Personen und Güter bilden die materielle Basis für den baulichen Unterhalt, den Gottesdienst und die Verköstigung mindestens eines Priesters, was in der Urkunde allerdings nicht explizit genannt wird.

Im ganzen St. Galler Urkundenbestand ist das das einzige Zeugnis, in dem der Bau und die Ausstattung einer Kirche durch einen Grundherrn direkt belegt sind. Die gängige Definition einer Eigenkirche scheint hier ganz zuzutreffen, dass dem Herrn die Kirche nicht nur in Bezug auf die Güterverwaltung, sondern auch auf die geistliche Leitung ganz gehört. Letztere kommt dadurch zum Ausdruck, dass Ruotah «seine» Kirche in eigener Entscheidung dem Kloster St. Gallen übertragen konnte. Grund für die Ausstellung einer Urkunde war nicht die Errichtung des Gotteshauses, sondern das Traditions-geschäft.

Bis 818 sind elf weitere Übertragungen von Kirchen an das Galluskloster überliefert. Die älteste betrifft Diessenhofen (TG) am 24. März 757.<sup>32</sup> Auf die

---

<sup>31</sup> Urkundenbuch der Abtei Sanct Gallen, auf Veranstaltung der antiquarischen Gesellschaft in Zürich bearbeitet von Hermann Wartmann, Theil I, Jahr 700-840, Zürich 1863, S. 65, Nr. 66 (Abkürzung: UBSG I). Neue Datierung in: Michael Borgolte, Kommentar zu Ausstellungsdaten, Actum- und Güterorten der älteren St. Galler Urkunden (Wartmann I und II mit Nachträgen in III und IV), in: *Subsidia Sangallensia I, Materialien und Untersuchungen zu den Verbrüderungsbüchern und zu den älteren Urkunden des Stiftsarchivs St. Gallen*, hrsg. v. Michael Borgolte, Dieter Geuenich, Karl Schmid, St. Galler Kultur und Geschichte 16, St. Gallen 1986, S. 343 (Abkürzung: *Subsidia*). Bei Urkunden, die mit mehreren Inkarnationsjahren datiert sind, liegt ein zweiteiliges, durch Herrscherjahr und Monatstag, datiertes Dokument vor. Die angegebenen Jahre lassen sich nach den zur Auswahl stehenden Epochen errechnen (*Subsidia*, S. 327). Ist dem Inkarnationsjahr ein Fragezeichen vorangestellt, enthält die Urkunde mehr als zwei Datierungselemente, bei denen diese nach allen bekannten Epochen miteinander im Widerspruch stehen. Bei der Reduktion des Urkundendatums ist ein Element korrigiert worden (*Subsidia*, S. 327).

<sup>32</sup> UBSG I. (Fn. 31), S. 24, Nr. 20 (*Subsidia*, S. 336 [Fn. 31]). Ferner: Romanshorn (TG) am 2, Februar 778/79/81/82 (UBSG I. [Fn. 31], S. 80, Nr. 85, *Subsidia* [Fn. 31], S. 346). Brombach und Weil am Rhein (beide bei Lörrach BW) am 27. Februar 785/6/8/9 (UBSG I. [Fn. 31], S. 99, Nr. 105, *Subsidia* [Fn. 31], S. 350).

Bauzeit dieser Gotteshäuser, bzw. auf eine Errichtung unmittelbar vor der Vergabung kann aus den Urkunden nicht geschlossen werden. Archäologische Befunde datieren die Kirche von Diessenhofen ins 7./8. Jahrhundert und die von Romanshorn und Fischingen (BW) in die Mitte des 8. Jahrhunderts.<sup>33</sup>

In sechs Fällen wechseln nur Teile der Gotteshäuser den Besitzer. Das Kloster musste fortan die Rechte an der Kirche mit anderen Grundherren teilen.<sup>34</sup> Die übrigen sechs Kirchen gingen integral in die St. Galler Grundherrschaft ein.<sup>35</sup>

Sieben weitere Gotteshäuser werden als bereits bestehender Besitz des Klosters St.Gallen belegt. Dies erfolgt in einer, für den Urkundenbestand untypischen Güterauflistung aus der Mitte des 8. Jahrhunderts<sup>36</sup>, in Schenkungen an sankt-gallische Eigenkirchen, die in die Grundherrschaft des Klosters eingebunden waren,<sup>37</sup> und in der Vereinbarung einer Zinszahlung an eine «ecclesia vestra»<sup>38</sup>.

Sechs weitere Kirchen sind als Actum-Orte, also als Ausstellungsorte von Urkunden erwähnt und waren zu dieser Zeit nicht im Besitz des Gallusklosters.<sup>39</sup> Drei Gotteshäuser werden in Traditionsurkunden eigens genannt, aber

Zell (n. Riedingen BW) am 17. November 790 (UBSG I. [Fn. 31], S. 119, Nr. 127, Subsidia [Fn. 31], S. 353). Kirche auf der Burg gegenüber von Stein am Rhein (SH) am 13. März 799? (UBSG I. [Fn. 31], S. 146f., Nr. 155, Subsidia [Fn. 31], S. 358). Fischingen (bei Lörrach BW) um 799/800/802/803 (UBSG I. [Fn. 31], S. 153, Nr. 162, Subsidia [Fn. 31], S. 360). Rangengingen (s. Rottenburg BW) am 19. August 802 (UBSG I. [Fn. 31], S. 160, Nr. 169, Subsidia [Fn. 31], S. 361). Bussen (ö. Riedlingen BW) 23. Oktober 805 (UBSG I. [Fn. 31], S. 175f., Nr. 186, Subsidia [Fn. 31], S. 363). Wengen bei Bad Wurzach am 23. Oktober ?805 (UBSG I. [Fn. 31], S. 174f. Nr. 185, Subsidia [Fn. 31], S. 363). Kirchzarten (ö. Freiburg i.Br.) im Mai 816 (UBSG I. [Fn. 31], S. 211, Nr. 221, Subsidia [Fn. 31], S. 369).

<sup>33</sup> Scholkmann (Fn. 15), S. 135f.

<sup>34</sup> Brombach, Weil am Rhein, Burghügel bei Stein am Rhein, Fischingen, Wengen, Kirchzarten.

<sup>35</sup> Diessenhofen, Willmandingen, Romanshorn, Zell, Bussen, Rangengingen.

<sup>36</sup> Dürnten, Hinwil und Illnau (alle ZH) (UBSG I. [Fn. 31], S. 16, Nr. 13, Subsidia [Fn. 31], S. 334).

<sup>37</sup> Egringen (bei Lörrach BW) am 26. Juni 774/5/7/8 (UBSG I. [Fn. 31], S. 75, Nr. 78, Subsidia [Fn. 31], S. 345), Wasserburg (b. Lindau) am 9. Juni 797/798/800/801 (UBSG I. [Fn. 31], S. 144, Nr. 152, Subsidia [Fn. 31], S. 358) und Wittnau (s. Freiburg i.Br.) am 21. September ?809 (UBSG I. [Fn. 31], S. 193f., Nr. 203, Subsidia [Fn. 31], S. 367).

<sup>38</sup> Rötteln (bei Lörrach BW) am 17. Juli 799/800/802/803 (UBSG I. [Fn. 31], S. 152, Nr. 161, Subsidia [Fn. 31], S. 359).

<sup>39</sup> Kloster Benken (SG), 29. November 741-5 (UBSG I. [Fn. 31], S. 7f., Nr. 7, Subsidia [Fn. 31], S. 332), 10. November 743/4/5/6/7 (UBSG I. [Fn. 31], S. 11, Nr. 11, Subsidia [Fn. 31], S. 333). Kloster Marchtal (w. Munderkingen), 775/6/8/9 (UBSG I. [Fn. 31], S. 77f., Nr. 81, Subsidia [Fn. 31], S. 346). Martinskirche in Leutkirch (BW), 4. Mai 788 (UBSG I. [Fn. 31], S. 110f., Nr. 117, Subsidia [Fn. 31], S. 352); 2. April

um von der Schenkungsmasse ausgenommen zu werden.<sup>40</sup> Ferner werden mit zwei Vergabungen zwei Kirchen begünstigt, die später einmal sankt-gallisch werden sollten.<sup>41</sup> Die Steinachabtei stand zur Zeit der Ausstellung mit der Schenkung in keiner Verbindung. Bei einem späteren Übergang der Gotteshäuser in die klösterliche Grundherrschaft wurden aber auch die betreffenden Urkunden dem Fundus des Klosterarchivs zugefügt.

Das Kloster Lützelau (Zürichseeinsel) war Eigenkloster der Beatalandolt-Sippe und wurde am 29. November 741-5 dotiert, ging aber wahrscheinlich mit der Enteignung der Sippe nach 746 ein und gehörte nie zu St. Gallen.<sup>42</sup> Die Schenkung an die Martinskirche Jonschwil (SG) wird nach neuesten chronologischen Studien auf den 12. November ? 904 datiert und nicht mehr wie bei Wartmann ins Jahr 817 und fällt so aus dem hier gesteckten Zeitrahmen.<sup>43</sup>

Insgesamt können 19 Gotteshäuser als St. Galler Eigenkirchen nachgewiesen werden. 13 weitere Kirchen oder Klöster werden überliefert, ohne Besitz der Steinachabtei gewesen zu sein. In Anbetracht der Gesamtzahl überlieferter Traditionsurkunden scheint der Urkundenbestand mit 32 belegten Kirchen eine eher dürftige Quelle zur Erforschung des Eigenkirchenwesens zu sein. Vor allem fehlt jeder Hinweis auf die Tendenz, dass weltliche Grundherren ihre Eigenkirchen mit Vorliebe einem Kloster als geistlichem Ort mit dem Anliegen einer besseren liturgischen oder pastoralen Betreuung der Bevölkerung übereignet hätten.<sup>44</sup> Das wird vor allem am nicht erwarteten Be-

---

796/797/799/800 (UBSG I. [Fn. 31], S. 135f., Nr. 144, Subsidia [Fn. 31], S. 357); 25. April 7803 (UBSG I. [Fn. 31], S. 172f., Nr. 183, Subsidia [Fn. 31], S. 362). Martinskirche Ewatingen (s. Donaueschingen BW), 24. April 796/797/799/800 (UBSG I. [Fn. 31], S. 137, Nr. 145, Subsidia [Fn. 31], S. 357). Benignuskirche Pfäffikon (ZH), 11. August 810/1 (UBSG I. [Fn. 31], S. 195, Nr. 205, Subsidia [Fn. 31], S. 367). Laurentiuskirche Bülach (ZH), 19. September 811 (UBSG I. [Fn. 31], S. 196, Nr. 206, Subsidia [Fn. 31], S. 367).

<sup>40</sup> Weizen (nw. Schaffhausen), 13. Mai 781 (UBSG I. [Fn. 31], S. 89f., Nr. 94, Subsidia [Fn. 31], S. 348). Dunningen (nw. Rottweil), 3. Mai 786 (UBSG I. [Fn. 31], S. 101f., Nr. 108, Subsidia [Fn. 31], S. 350). Genkingen (s. Reutlingen), 29. Mai 7806 oder 29. Mai 7884 (UBSG I. [Fn. 31], S. 179, Nr. 189, Subsidia [Fn. 31], S. 452).

<sup>41</sup> Lauterbach (w. Schramberg BW), 23. Januar 786 (UBSG I. [Fn. 31], S. 98, Nr. 104, Subsidia [Fn. 31], S. 349). Rohrbach (BE), 28. Dezember 795 (UBSG I. [Fn. 31], S. 131f., Nr. 140, Subsidia [Fn. 31], S. 356).

<sup>42</sup> UBSG I. (Fn. 31), S. 7f., Nr. 7 (Subsidia [Fn. 31], S. 332).

<sup>43</sup> UBSG I. (Fn. 31), S. 218f., Nr. 227 (Subsidia [Fn. 31], S. 227).

<sup>44</sup> Gemäss Maurer sind bereits im 8. Jahrhundert Kirchen und cellae in grosser Zahl an das Galluskloster vergabt worden (Maurer [Fn. 7], S. 157). Er bezieht sich dabei nicht korrekt auf Sprandel, der das Anschwellen solcher Vergabungen in die zweite Hälfte des 9. Jahrhunderts datiert (Rolf Sprandel, *Das Kloster St. Gallen in der Verfassung des karolingischen Reiches, Forschungen zur oberrheinischen Landesgeschichte Bd. VII*, Freiburg i.Br. 1958, S. 77f.). Beide Autoren gehen davon aus, dass mit einer «cella» auch eine Kirche verbunden gewesen sein muss. Dieser Schluss ist nicht zulässig,

fund deutlich, dass Schenker in drei Fällen ihre Gotteshäuser explizit aus der Schenkungsmasse ausnehmen und für sich zurückbehalten. Mit den Vergabungen von Kirchen waren also nicht eher religiöse Gefühle oder kirchliche Anliegen verbunden als bei der Übertragung sonstiger Güter. Andere Verhältnisse herrschten in dieser Zeit im Bistum Freising, worauf weiter unten eingegangen wird.

Für das Frühmittelalter ist man zur Erforschung der St. Galler Eigenkirchen ausschliesslich auf den Urkundenbestand verwiesen. Ein Verzeichnis aller Kirchen, deren Patronatsrecht die Steinachabtei innehatte, stammt aus dem ausgehenden Hochmittelalter und wurde zwischen 1264/66 und 1270 in Cod.Sang. 390 p.4 zusammengestellt.<sup>45</sup> Es dokumentiert aber lediglich einen Ist-Zustand und nicht, wann die einzelnen Gotteshäuser in die St. Galler Herrschaft eingegangen sind. Es werden darin mehrere Kirchen aufgeführt, aus deren Orten im 8. und 9. Jahrhundert Güterübertragungen an das Kloster urkundlich überliefert sind – allerdings ohne dass dabei die Gotteshäuser mitgenannt werden. Das legt die Vermutung nahe, dass der frühmittelalterliche Eigenkirchenbestand allein aufgrund expliziter urkundlicher Erwähnungen nicht erschlossen werden kann und bedeutend grösser gewesen sein muss. Es stellt sich die Frage, ob hier Schriftgut verschollen ist oder ob das Kloster neben der direkten Nennung im Urkundentext noch über andere Wege in den Besitz von Eigenkirchen kommen konnte.

## **Fränkische und karolingische Gesetzgebung ...**

Vor 818/19, der Ausstellung des *Capitulare ecclesiasticum*, nahmen nur wenige Synodalbeschlüsse oder Kapitularien Bezug auf die Rechtsstellung von Eigenkirchen. Ein erstes Zeugnis ist aus der Synode von Chalon-sur-Saône aus der Mitte des 7. Jahrhunderts überliefert, in der die Verfügungsgewalt über das Gut jeder Kirche und die Priesterweihe allein dem Bischof zugeschrieben werden. Die Realität muss wohl anders ausgesehen haben, denn zwischen der Mitte des 7. und 8. Jahrhunderts nahm in seit langem christianisierten Gegenden Galliens die Zahl von Kirchen, die im Besitz von Grundherren standen, durch Usurpation stark zu. In rechtsrheinischen Gebieten war dieselbe Zunahme durch den von Grundherren getragenen Landesausbau bedingt.

---

da das Suffix «-zell» auch auf eine Ansiedlung zur Ausrodung des Urwalds und zur Bestellung der dadurch gewonnenen Äcker und nicht zwingend auf eine Kirche oder ein Kleinkloster schliessen lassen kann (Oberholzer [Fn. 7], S. 204).

<sup>45</sup> Oberholzer (Fn. 7), S. 15-29.

Das Concilium Germanicum von 742/43 zollte den kirchlichen Verhältnissen auf dem Land keine grössere Aufmerksamkeit und verlangte lediglich, dass alle Priester dem jeweiligen Diözesanbischof unterstellt sein sollen.

In der Mitte des 8. Jahrhunderts ermahnte Papst Zacharias (741-752) ostfränkische Adlige, keinen Priester an ihren Kirchen anzustellen, der vom Bischof auf Lebenswandel und Herkunft nicht geprüft worden ist. Dem liegt das Anliegen einer Reform von Bildungsstand, Amtsführung und Lebenswandel des Klerus zugrunde, das auch Bonifatius teilte und von dem auch die Kapitularien Pippins und Karls des Grossen von 755 und von 779 zeugen. Die Verhältnisse an den Niederkirchen werden dabei aber nicht angesprochen. Auch die *Admonitio generalis* von 789 gibt keine Anweisungen zum Eigenkirchenwesen. Eine erste Stellungnahme in der karolingischen Gesetzgebung findet sich im Kapitular von Frankfurt von 794: Alle von Freien erbauten Kirchen dürfen verschenkt oder verkauft werden. Einzige Bedingung ist, dass dabei die Kirche ihrer Funktion als Ort des Gottesdienstes nicht verlustig geht, also nicht profaniert werden oder in Verfall geraten darf.

Das Kapitular von Salz von 803 machte die Gründung einer Kirche auf private Initiative von der Zustimmung des Bischofs abhängig, wobei Rechte und Einkünfte bestehender Gotteshäuser nicht geschmälert werden dürfen.

Eine burgundische Teilsynode von 813 verbot die Aufteilung von Kirchen an mehrere Erben, da eine Kirche nicht wie ein Meierhof oder eine Mühle lediglich als wirtschaftlich nutzbares Objekt gelten soll. Die Einsetzung eines Priesters durch den Eigenkirchenherrn bedingt die Zustimmung des Bischofs, und die Vergabung einer Kirche darf nicht mit Geschenken verbunden sein. Ein Kapitular aus der Zeit kurz vor 813 spricht dem Bischof das Recht zu, zu überprüfen, welche Abgaben Priester an ihre Herren für eine Kirche leisten müssen. Untersagt wird darin dem Priester, für seinen Herrn als Urkundenschreiber und Domänenverwalter zu fungieren.<sup>46</sup>

Diese Gesetze oder Synodalbeschlüsse versuchen in erster Linie, die Kompetenzbereiche der Bischöfe und der Eigenkirchenherren klar gegeneinander abzugrenzen. Insgesamt scheint aber die karolingische Gesetzgebung der Thematik wenig Aufmerksamkeit zu zollen. Liegt dies daran, dass das Reich in seiner Organisation noch im Aufbau war und Fragen nach der Zuständigkeit an Eigenkirchen nicht im Vordergrund standen? Oder wurden Kompetenzüberschneidungen zwischen Laien und Bischöfen gar nicht als drängendes Problem erkannt?

Die beiden Kapitularien von 794 und 803 gestehen den Laien im ganzen Reich weitreichende Kompetenzen zu, womit sich die Bedingungen für ein

---

<sup>46</sup> Hartmann, *Der rechtliche Zustand der Kirchen auf dem Lande* (Fn. 5), S. 400-409; Ders., *Die Eigenkirche* (Fn. 5), S. 4.



grosszügiges Eigenkirchenwesen zu etablieren scheinen. In den übrigen Erlassen geht es hauptsächlich um den Klerus und sein Verhältnis zum Bischof. Die Frage nach dem Verfügungsrecht über Güter und Einkünfte eines Gotteshauses bleibt dem eindeutig nachgeordnet.

## ... im Spiegel des St. Galler Urkundenbestandes

Bei einer ersten Durchsicht der St. Galler Urkunden auf dem Hintergrund der obigen Gesetzestexte fällt auf, dass das so zentrale Element des Bischofs völlig fehlt. In den zwölf Urkunden, die die Vergabung von 13 Gotteshäusern an das Galluskloster dokumentieren, wird lediglich in den zwei Fällen von Romanshorn<sup>47</sup> und Fischingen (BW)<sup>48</sup> auf den Bischof Bezug genommen. Dabei wird aber lediglich zum Ausdruck gebracht, dass das Kloster St. Gallen von 759 bis 818 bischöfliches Eigenkloster von Konstanz war und der Abt ein vom Bischof eingesetzter Stellvertreter war. Die Nennung von Bischof und Abt kommt auch in anderen Traditionsurkunden vor, in denen keine Kirchen vergabt werden. In den übrigen zehn Urkunden hinwiederum fehlt die Erwähnung des Konstanzer Bischofs ganz. Die Dokumente betreffend Romanshorn und Fischingen (BW) wollen mit der Nennung des Ordinarius also nicht dessen rechtlich erforderliches Einverständnis bzw. dessen Zuständigkeit für geistliche und kirchliche Belange in seinem Sprengel, sondern die rechtliche Verbindung der Steinachabtei mit dem Bischofssitz zum Ausdruck bringen. Bezeichnenderweise lassen die Formulierungen der Urkunden eindeutig darauf schliessen, dass die Schenkungen an das Galluskloster und nicht an den Bischof von Konstanz erfolgen sollten, obwohl dieser damals die Stütze karolingischer Politik in Alemannien und grundherrschaftlich sehr schlecht ausgestattet war.

Bei Willmandingen fehlt jeglicher Hinweis darauf, dass die Gründung der Kirche das Einverständnis des Bischofs benötigte oder dass er sie geweiht hätte.<sup>49</sup> Offensichtlich hatte der Oberhirte mit der Gründung und Weiterexistenz der Kirchen in seiner Diözese, aber ausserhalb seiner Grundherrschaft, nicht das geringste zu schaffen. Bezeichnenderweise fehlen aus dem 7. und 8. Jahrhundert jegliche Zeugnisse für eine Altar- oder Kirchweihe durch den

---

<sup>47</sup> UBSG I. (Fn. 31), S. 80-82, Nr. 85 (Subsidia [Fn. 31], S. 346): «Sacrasancta ecclesia sancti Galli confessoris ... ubi ipsius corpus in Cristo requiescit et ubi Johannes episcopus et abbas adesse videntur.»

<sup>48</sup> UBSG I. (Fn. 31), S. 153, Nr. 162 (Subsidia [Fn. 31], S. 360): «... ad monasterium sancti Gallonis ... ubi viri venerabiles Agino episcopus et Werdo abbas preesse videntur.»

<sup>49</sup> UBSG I. (Fn. 31), S. 65, Nr. 66 (Subsidia [Fn. 31], S. 343).

Bischof. Ebenso ist auch in keinem Dokument zu finden, dass die an den vergabten Kirchen wirkenden Priester dem Bischof unterstanden wären.<sup>50</sup> Eine einzige, vage Spur findet sich in der Schenkung der Kirche von Romanshorn, zu der vermerkt ist: «quid ibidem est consecrata».<sup>51</sup> Unter den für diese Arbeit relevanten Urkunden wird das Attribut «consecrata» keiner anderen Kirche zugesprochen. In dieser Gegend aber zwischen Bodensee, Thur und Sitter hatten die Konstanzer Bischöfe in der zweiten Hälfte des 8. Jahrhunderts eine quasigräfliche Herrschaft aufgebaut. Der Titel „tribunus“ des wohl verstorbenen Gatten Waltram der Urkundenausstellerin Waldrata zeugt von einem Beamtenstatus in bischöflichem Dienst.<sup>52</sup> Das einzigartige «consecrata» könnte von einer bischöflichen, liturgischen Amtshandlung im politischen oder grundherrschaftlichen Einflussbereich des Ordinarius zeugen – ein indirekter und schwacher Hinweis auf bischöfliche Präsenz auf dem Lande.

## Sonderfall Alemannien

Die St. Galler Urkunden zeigen, dass man aufgrund der fränkischen und karolingischen Kapitularien und Synodalbeschlüsse nicht auf den Ist-Zustand niederkirchlicher Verhältnisse in Alemannien schliessen kann. Ja es ist sogar davon auszugehen, dass sich die Aussteller der Dokumente in keiner Weise von den Gesetzestexten leiten liessen, die an sich reichsweite Gültigkeit beanspruchten. Alemannien muss dabei aber ein Sonderfall gewesen sein. Andere Verhältnisse sind aus den rheinischen, mosel- und maasländischen Bistümern überliefert, wo seit der Spätantike eine kirchliche Kontinuität gewahrt werden konnte, so dass die dortigen Bischöfe bei der Christianisierung der Germanen wenn nicht eine tragende Rolle spielen, so doch eine aktive Präsenz wahren und deren kirchliche Einbindung begleiten konnten. So bildeten sie ein ganz anderes Gegenüber zu den Grundherren, was sich auf die Ausgestaltung der landkirchlichen Verhältnisse und das Eigenkirchenwesen niederschlug.<sup>53</sup>

Zwischen 744 und 782 betreffen von 108 Schenkungen für das Bistum Freising 32 Gotteshäuser, also mehr als ein Viertel. Die Häufigkeit nimmt in

---

<sup>50</sup> Maurer (Fn. 7), S. 157. Dass Bischof Sidonius 756 im Kloster St. Trudpert eine Konsekration vorgenommen haben soll, entstammt einer frühneuzeitlichen Quelle.

<sup>51</sup> UBSG I. (Fn. 31), S. 80-82, Nr. 85 (Subsidia [Fn. 31], S. 346).

<sup>52</sup> Michael Borgolte, Geschichte der Grafschaften Alemanniens in fränkischer Zeit, Vorträge und Forschungen, Sonderband 31, Sigmaringen 1984, S. 104-106; Oberholzer (Fn. 7), S. 241f.

<sup>53</sup> Josef Semmler, Mission und Pfarrorganisation in den rheinischen, mosel- und maasländischen Bistümern (5.-10. Jahrhundert), in: Cristianizzazione ed organizzazione ecclesiastica delle campagne nell'alto medioevo: Espansione e resistenze, 10-16 aprile 1980, tomo secondo, Spoleto 1982, S. 813-888, hier S. 823-859.

den folgenden Jahrzehnten etwas ab und bricht in den zwanziger Jahren des 9. Jahrhunderts völlig ein.<sup>54</sup> Wieweit sich die Bischöfe hier von den Gesetzen und dem bonifatianischen Reformprogramm leiten liessen, welche die Stellung des Bischofs in seinem Sprengel stärken wollten, bleibe dahingestellt. Jedenfalls konnten die Bischöfe sowohl in den rheinischen, mosel- und maasländischen Gegenden als auch in Bayern mit einem anderen Selbstverständnis auf ihre Landkirchen Einfluss nehmen, wofür in der Diözese Konstanz jegliche Anhaltspunkte fehlen. Die engere Einbindung Alemanniens in das karolingische Reich erfolgte erst in der zweiten Hälfte des 8. Jahrhunderts nach der Zerschlagung des Herzogtums. Die fränkische Politik musste verständlicherweise vorerst an anderen Stellen ansetzen als in der Gesetzgebung und der Ausgestaltung des Niederkirchenwesens. Und während des ganzen 9. Jahrhunderts war Alemannien unter mehrmaliger Mitbeteiligung der Steinhilber ein Hort des Widerstandes gegen die karolingische Zentralgewalt. Das mag mit ein Grund sein, dass sich die episkopale und geistliche Herrschaft hier viel langsamer entwickelt hat als in anderen Teilen des Reiches. Mit der Gründung der Kirche von Appenzell im Jahre 1071 wird im St. Galler Urkundenbestand erstmals die Weihe durch den zuständigen Diözesanbischof, die im konkreten Fall aber an den von Chur delegiert worden ist, als verbindlich für die Aufnahme des liturgischen Betriebes in einer Landkirche vorausgesetzt.<sup>55</sup> Und der Anspruch des Konstanzer Bischofs als Ordinarius auf Gehorsamsleistungen des ganzen Diözesanklerus wird in der St. Galler Überlieferung erst im Zusammenhang eines Streites um den Hof mit Kirche und Zehnten von Mundelfingen (südl. Donaueschingen BW) zwischen dem Kloster und Konrad von Gröden im Februar 1298 greifbar, indem der Offizial Kleriker zu Zeugenaussagen aufgeboten hat.<sup>56</sup>

In der Diözese Konstanz und somit auch im Einflussbereich des Klosters St. Gallen muss vor 818 das fehlende Element eines obrigkeitlichen, verbindlich übergeordneten Garanten des Eigenkirchenwesens viel ausgeprägter bestimmt haben als in anderen Reichsteilen, die von einer politischen und kirchlichen Zentralgewalt tiefer erfasst worden waren. Die rechtliche Situation der Landkirchen hat entsprechend ganz andere, «radikalere» Formen angenommen und war vielmehr von konkreten, grundherrschaftlich bedingten Machtverhältnissen bestimmt als von schriftlich festgehaltenen, kirchlichen und königlichen Verordnungen oder episkopalen und pontifikalischen Weisungen.

---

<sup>54</sup> Hartmann, *Der rechtliche Zustand der Kirchen auf dem Lande* (Fn. 5), S. 417f.

<sup>55</sup> *Chartularium Sangallense III.* (1000-1265), bearb. v. Otto P. Clavadetscher, St. Gallen 1983, S. 8f., Nr. 882 (Abkürzung: *Chart. Sang. III.*).

<sup>56</sup> *Chartularium Sangallense IV.* (1266-1299), bearb. v. Otto P. Clavadetscher, St. Gallen 1985, S. 508-511, Nr. 2445; Oberholzer (Fn. 7), S. 184f.

## Verschiedene Vollzüge von Kirchenübertragungen

Neben direkt belegten Vergabungen von Kirchen ist auch feststellbar, dass St.Gallen an bestimmten Orten begütert wird, ohne dass in der Urkunde eine Kirche unter der Schenkungsmasse aufgeführt wird. In später ausgestellten Dokumenten aber kann in dem Ort plötzlich ein Gotteshaus als Teil der klösterlichen Grundherrschaft erscheinen.<sup>57</sup> Es gibt im Stiftsarchiv St. Gallen auch Urkunden, mit denen Kirchen begütert werden, die zur Zeit der Ausstellung nicht zum Galluskloster gehörten. Das Gotteshaus muss also zu einem späteren Zeitpunkt in die Besitzungen des Klosters eingegangen sein, ohne dass es Hinweise auf Zeit und Umstände dieser Übertragung gibt.<sup>58</sup> Zudem nennt das Kirchenverzeichnis in Cod.Sang. 390 p.4 aus dem ausgehenden Hochmittelal-

---

<sup>57</sup> Mit den Vergabungen von Beata und ihrem Sohn Lantbert (UBSG I. [Fn. 31], S. 11. Nr. 10, Subsidia [Fn. 31], S. 333; S. 13, Nr. 11, Subsidia [Fn. 31], S. 333) gelangen unter dem 10. November 743/4/5/6/7 und dem 10. September 743/4/5/6/7 alle ihre Güter («quiquid ego vel pater meus ibidem habere videntur»; «omnia, quicquid pater meus Landoaldus et mater mea Pieta in his locis denominatis supra habuerunt») aus Illnau (ZH), Hinwil (ZH), Dürnten (ZH) und Uznach (SG) an St. Gallen. In einer Aufzählung aus der Mitte des 8. Jahrhunderts werden die Gotteshäuser von Hinwil («ecclesia, que est in Hunichinwilare») von Illnau («et in Illinaugia de illa ecclesie de V partibus duas partes») und von Dürnten («et in Tunreudda de illa ecclesie mediam partem») als zum Galluskloster gehörig bezeichnet (UBSG I. [Fn. 31], S. 16, Nr. 13, Subsidia [Fn. 31], S. 334). Am 21. März ? 856 wird in Uznach eine Urkunde «in atrio basilicæ in honorem sancti Galli dedicate» ausgestellt (Urkundenbuch der Abtei Sanct Gallen, Auf Veranstaltung der antiquarischen Gesellschaft in Zürich bearbeitet von Hermann Wartmann, Theil II. Jahr 840-920, Zürich 1866, S. 66, Nr. 448 [Abkürzung: UBSG II.], Subsidia [Fn. 31], S. 404). Das Galluspatrozinium lässt an dem Ort, wo das Kloster damals schon über hundert Jahre begütert war, auf eine klösterliche Eigenkirche schliessen. Ihre archäologische Datierung reicht aber in die Mitte des 8. Jahrhunderts. Das Gotteshaus muss also zu Zeiten der Beata-Schenkungen schon bestanden haben. Dass es in deren Zuge an das Kloster kam, ist durchaus möglich.

<sup>58</sup> Am 22. November 772 verkauft der Presbyter Macanrad seinen Besitz der Peterskirche in Fischingen (bei Lörrach BW), die Witbertus et Ratbodus gehört (UBSG I. [Fn. 31], S. 66f., Nr. 68, Subsidia [Fn. 31], S. 343). Im Jahre 799/800/802/803 überträgt Wolfpot seinen Anteil an diesem Gotteshaus dem Galluskloster (UBSG I. [Fn. 31], S. 153, Nr. 162, Subsidia [Fn. 31], S. 360). Am 28. Dezember 795 überträgt Heribold der Martinskirche in Rohrbach (BE), die dem custos Adalgoze gehört, seinen Besitz in Madiswil (BE) (UBSG I. [Fn. 31], S.131f., Nr. 140, Subsidia [Fn. 31], S. 356). Offiziell erscheint die Kirche erstmals im Verzeichnis von Cod. Sang. 390 p.4 von 1264/66-1270 in sankt-gallischem Besitz. Es ist aber in Erwägung zu ziehen, dass die Kirche um 816-837 ihren Besitzer wechselte, als die Brüder Peratker, Adalcoz, Otini und Keraloh aus derselben Sippe wie custos Adalgoze ihr Güter unter anderem in Rohrbach «cum omnibus quicquid ibidem vel in eadem marcha visus sum habere» dem Kloster übertragen (UBSG I. [Fn. 31], S. 334, Nr. 359, Subsidia [Fn. 31], S. 389).

ter verschiedene Kirchen überhaupt zum ersten Mal, aus deren Orten aber bereits vor 818 Güterschenkungen erfolgten.<sup>59</sup>

In Anbetracht solcher Überlieferungen stellt sich die Frage, auf welchem Weg diese Gotteshäuser ans Kloster St.Gallen gelangten. Die naheliegendste Erklärung ist, dass entsprechendes Urkundenmaterial verloren gegangen ist. Nur ist diese These – selbst wenn sie für einige Fälle zutrifft – nicht verifizierbar und führt damit in eine Sackgasse. Um sie für alle Fälle nicht-mehrdokumentierter Kirchenübertragungen plausibel zu halten, müsste anhand der fehlenden Dokumente im Verhältnis zu den erhaltenen Urkunden der tatsächliche einstige Bestand bzw. die Summe aller verlorenen Dokumente hochgerechnet werden. Ein fast unmögliches Unterfangen in Anbetracht der gut überlieferten Sammlung, die in ihrem Bestehen nicht viele Verlustquellen aufzuweisen hat. Die ursprüngliche Anzahl darf nicht viel höher als die heutige veranschlagt werden.

Wo urkundliche Zeugnisse erst aus dem Hochmittelalter stammen und archäologische Befunde fehlen, bleibt der Rückschluss auf die Existenz einer frühmittelalterlichen Kirche hypothetisch. Wohl gibt es Gotteshäuser, deren Anfänge ins 8. Jahrhundert zurückreichen, aber erst im 13. Jahrhundert schriftliche Erwähnung finden.<sup>60</sup> Es ist aber auch in Erwägung zu ziehen, dass das Kloster auf Grundbesitz, der ihm im 8. Jahrhundert übertragen worden ist, im 9. Jahrhundert oder später als Kirchenbauherr aktiv geworden ist.<sup>61</sup> Das Galluskloster konnte zudem auch bereits im 8. Jahrhundert an einem Ort begütert gewesen sein, in dem eine Kirche stand, und gleichsam über längere Zeit an der Kirche unbeteiligt bleiben.<sup>62</sup>

---

<sup>59</sup> Aus Ebringen (bei Freiburg i.Br.) erfolgen unter dem 16. Januar (716-21) eine erste Güterübertragung (UBSG I. [Fn. 31], S. 3, Nr. 3, Subsidia [Fn. 31], S. 331) und eine weitere am 22. Juni 791/802 (UBSG I. [Fn. 31], S. 158, Nr. 167, Subsidia [Fn. 31], S. 360). In Ewattingen (südwest. Donaueschingen BW) kam das Kloster erstmals durch die bereits erwähnte Schenkung Cozberts im Jahre 816 zu Besitz (UBSG I. [Fn. 31], S. 211, Nr. 221, Subsidia [Fn. 31], S. 369). In Mundelfingen kam das Kloster am 22. Oktober ? 802 und am 11. Dezember? 803 zu Besitz (UBSG I. [Fn. 31], S. 160f., Nr. 170, Subsidia [Fn. 31] S. 361; S. 166, Nr. 176, Subsidia [Fn. 31], S. 361).

<sup>60</sup> So zum Beispiel Rorschach (SG), wo eine erste Kirche im 8. Jahrhundert erbaut worden, aber erst 1252 schriftlich erwähnt ist (Chart.Sang. III [Fn. 55], S. 363, Nr. 1480; Oberholzer [Fn. 7], S. 245).

<sup>61</sup> Aus Mönchaltorf (ZH) sind die ersten Vergabungen vom 9. November 743/4/5/6 belegt (UBSG I. [Fn. 31], S. 11f., Nr. 10, Subsidia [Fn. 31], S. 333). Archäologisch können die ersten Spuren einer Kirche ins 9. Jahrhundert datiert werden. Schriftlich erwähnt wird sie erstmals am 3. Mai 902 (UBSG II. [Fn. 57], S. 324, Nr. 722, Subsidia [Fn. 31], S. 444; Oberholzer [Fn. 7], S. 232).

<sup>62</sup> Das Galluskloster ist am 27. März 793 und im Jahre ?816/7 mit Besitzungen in Vilsingen (südwestl. Sigmaringen BW) beschenkt worden (UBSG I. [Fn. 31], S. 126f., Nr. 135, Subsidia [Fn. 31], S. 354; S. 223, Nr. 230, Subsidia [Fn. 31], S. 372). In den Be-

Ein Gotteshaus konnte auch im Laufe der Jahrzehnte, in denen sich Grundherren und Kloster an einem Ort die Herrschaft teilten, sukzessive in einer Wechselwirkung zwischen den verschiedenen Herrschaften ans Kloster übergehen. Das Kloster hat in solchen Fällen meistens die Kirche letztlich an sich gezogen, weil es im Gegensatz zu den weltlichen Grundherren nicht in jeder Generation im Erbprozess die Besitzverhältnisse neu regeln musste und darum mit mehr Konstanz die eigene Wirtschaftspolitik betreiben konnte.<sup>63</sup>

Eine Kirche konnte aber auch im Rahmen einer Vergabung, deren Urkunde erhalten ist, den Besitzer wechseln, ohne explizit genannt zu werden. Wenn der Aussteller einer Urkunde alle seine Güter, die er an einem Ort besass, dem Kloster übereignete, konnte die Kirche mit einer entsprechenden Formel implizit mitinbegriffen gewesen sein.<sup>64</sup> Letztlich kann nie eruiert werden, wie viele Kirchen auf diesem Weg an die Steinachabtei gekommen sind. Grundsätzlich muss dieser ungenannte Übertragungsweg als Version in Betracht gezogen werden. Denn wenn in den drei bereits zitierten Vergabungen die Kirchen ausdrücklich aus einer Schenkungsmasse ausgenommen

---

sitz der Kirche ist es aber erst mit einem Tauschgeschäft vom 3. April 875 gekommen (UBSG II. [Fn. 57], S. 199, Nr. 587, Subsidia [Fn. 31], S. 425).

<sup>63</sup> Ein kontinuierlicher Übergang von einem weltlichen Eigenkirchenherrn ans Kloster St. Gallen lässt sich bei Wasserburg (bei Lindau) verfolgen. Die den Heiligen Gallus und Georg geweihte Kirche findet ihre erste Erwähnung am 25. April 783/4/6/7 mit einer Zinnszahlung, die alljährlich «ad sancti Gallonem et ad sancti Gorgi ad Wazzarburuc» zu entrichten ist (UBSG I. [Fn. 31], S. 95, Nr. 101, Subsidia [Fn. 31], S. 349). Im Juni 793/4/6/7 erfolgt eine Gütervergabeung «ad ecclesiam sancti Georgii ... que est in pago constructa Argunensius in insula vel loco, qui dicitur Wazzarburuc» (UBSG I. [Fn. 31], S. 129, Nr. 137, Subsidia [Fn. 31], S. 356) und eine weitere am 23. Juni ?799 «ad ecclesiam inprimis sancti Galloni et sancti Jorgi ad Wazzarpuruc» (UBSG I. [Fn. 31], S. 148, Nr. 156, Subsidia [Fn. 31], S. 359). In allen vier Dokumenten fehlt jeder Hinweis auf St. Galler Besitz. Eine Schenkung vom 9. Juni 797/798/800/801 zeugt von folgenden Besitzverhältnissen: Darin gelangen Güter: «ad monasterium sanctum Gallonem et ecclesiam sancti Georgii, que est constructa in pago Argunensis in insule vel loco, qui dicitur Wazzarpuruc» (UBSG I. [Fn. 31], S. 144, Nr. 152, Subsidia [Fn. 31], S. 358). Am 23. Juni ?799 wiederum wird Grundbesitz «ad ecclesiam inprimis sancti Galloni et sancti Jorgi ad Wazzarpuruc» vergabt (UBSG I. [Fn. 31], S. 148, Nr. 156, Subsidia [Fn. 31], S. 359). Die nächste Urkunde vom 21. Februar 805 mit Wasserburg als Actum-Ort begünstigt nur das Kloster St. Gallen (UBSG I. [Fn. 31], S. 171, Nr. 181, Subsidia [Fn. 31], S. 362). Und so sollte es in den folgenden Urkunden bleiben. Die Kirche erscheint weder als Empfänger von Vergabungen noch als Ausstellungsort. So muss ab 805 die Insel Wasserburg im Alleinbesitz des Klosters und zum Stützpunkt seiner Grundherrschaft ausgebaut worden sein. Vorher muss es eine Zeit des Übergangs gegeben haben, in der St. Gallen langsam an der bestehenden Kirche beteiligt wurde.

<sup>64</sup> Das Inventar St. Galler Kirchen, Güter und Höriger, das unter anderem auch die Kirche von Hinwil und Teile derer von Illnau und Dürnten auführt, gehört zum Gütertransfer der Beatafamilie. Die drei Kirchen müssen also mit den unter Fn. 57 zitierten Urkunden ans Galluskloster gelangt sein, ohne darin explizit erwähnt zu werden (Zotz, [Fn. 14], S. 160).

wurden, müssten sie ohne diesen Vorbehalt ungenannt ans Kloster gekommen sein.<sup>65</sup> Eine Kirche kann in der Pertinenzformel einer Schenkungsmasse aber auch zusätzlich erwähnt werden, selbst wenn der Aussteller ausdrücklich alle seine Güter am Ort vergibt.<sup>66</sup>

In Alemannien gab es im 8. Jahrhundert offensichtlich noch keine allgemein gültigen Kanzleiregeln für die Schenkung von Eigenkirchen. Daran wird nochmals deutlich, dass zu jener Zeit eine gesetzgebende verbindlich übergeordnete Zentralgewalt fehlte oder noch zu wenig ausgebaut war, um den Hergang solcher Rechtsgeschäfte genau festzulegen. Eine Kirche konnte in einer Grundherrschaft oder für einen Herrn eine besondere Bedeutung haben, so dass er ihre Vergabung eigens und speziell erwähnte. Gleichzeitig sprechen auch Zeugnisse dafür, dass Kirchen als integrale Bestandteile einer Grundherrschaft galten, von Grundherren in eigener Initiative erbaut und aus ihren eigenen Mitteln unterhalten wurden. So war es auch selbstverständlich, dass bei einem Traditionsgeschäft, in dem der Grundherr alle Güter, die er an einem Ort besaß, dem Galluskloster vergabte, die Kirche implizit zur Schenkungsmasse dazugehörte.

## Frage nach dem Dotationsgut

Mit der Vergabung der Kirche von Willmandingen versieht Ruotah das Gotteshaus mit Gütern und Hörigen. Ulrich Stutz geht davon aus, dass zu jeder Eigenkirche ein fest umrissenes Sondervermögen gehörte. Denn deren Unterhalt, die Anschaffung von liturgischen Büchern, Geräten und Paramenten

---

<sup>65</sup> Siehe Fn. 40. Witicherus vergabte zum Beispiel am 13. Mai 781 alle seine Güter in Weizen (nw. Schaffhausen) mit Ausnahme der Kirche: «res meas ... ad supradictum locum sanctum et monachis ibidem servientibus, quicquid in Alpegauia in villa noncupante Wizia, quicquid ibidem visus sum abere, exceptum illas res ecclesie ...» (UBSG I. [Fn. 31], S. 89f., Nr. 94, Subsidia [Fn. 31], S. 348).

<sup>66</sup> Der Priester Lazarus schenkt am 24. März 757 den Weiler Diessenhofen (TG), in dem sich auch eine Kirche befindet: «Idio dono vilarium meum, quod dicitur nomine Deozincova, in quo est ecclesia, casa cum casalibus, cum servis, cum ancillis, cum infantis eorum, terra, pratis, silvis, aquis aquarumque decorsibus, mobile atque immobile, omnia, que ad ipsum vilare adpertainet, hec omnia trado adque transfundo ad ecclesia sancti Gollonis...» (UBSG I. [Fn. 31], S. 24, Nr. 20, Subsidia [Fn. 31], S. 336). Chadaloh überträgt am 23. October ?805 alles, was er in Wengen bei Bad Wurzach durch Erbschaft besitzt und auch seinen Anteil an der dortigen Kirche: «ad monasterium sancti Gallonis quicquid mihi jure hereditatis contingit habere in villa Wanga nuncupata, id est campis, pratis, pascuis, silvis, viis, aquis aquarumque decursibus, marchis domibus aliisque edificiis, egressus et ingressus, partem etiam meam basilice ibidem constructe, nihil extra dimittens, sed sicut supra textatum est omnia tradens ad jam denominatum coenobium» (UBSG I. [Fn. 31], S. 174, Nr. 185, Subsidia [Fn. 31], S. 363).

sowie die Versorgung der geistlichen Personen war eine kostspielige Sache. So erscheinen Kirchen seit der Spätantike immer in Verbindung mit Gütern und Einkünften. Die Zugriffsrechte waren bereits bei der Synode von Chalon-sur-Saône ein Thema. In der oben erläuterten fränkischen Gesetzgebung des 8. Jahrhunderts spielen sie aber eine erstaunlich geringe Rolle. Nie wird darauf Bezug genommen, wie gross das Dotationsgut sein muss und wie unveräusserlich es mit einem Gotteshaus verbunden war.

Um die Frage nach den Ertragsmöglichkeiten für Kirchen nur annähernd zu klären, muss der eindeutige Befund vorausgeschickt werden, dass in dem hier relevanten Zeitraum kein Gotteshaus in Verbindung mit Zehnteinkünften erscheint. Es ist daraus zu schliessen, dass die St. Galler Eigenkirchen damals über eine solche Einnahmequelle nicht verfügten. Beim Zehnten handelt es sich um eine Ertragssteuer von jedem bebauten Grund, der einem bestimmten Gotteshaus zugeordnet ist. Dies setzt wiederum eine übergeordnete Gewalt voraus, die diese Zuordnung vornehmen und gewährleisten kann. Für Alemannien kann das im 8. Jahrhundert nicht angenommen werden, zumal eine bischöfliche Präsenz in den Landkirchen des weitreichenden diözesanen Sprengels nicht gegeben war und die herrschaftlichen Verhältnisse nicht so weit aufgebaut waren, um eine übergeordnete territoriale Erfassung zu garantieren. Nicht auszumachen sind auch nur die leisesten schriftlichen Hinweise auf die Existenz einer Kategorie von selbständigen, diözesanen Kirchen, die in einem besonderen, unmittelbaren Abhängigkeitsverhältnis zum Bischof gestanden wären, sich durch den Status von «Quasipfarreien» von den Eigenkirchen unterscheiden haben und Bezüger von Zehntabgaben hätten gewesen sein sollen. Bei Kirchen unter bischöflicher Herrschaft handelt es sich um Gotteshäuser, die der Bischof auf seiner Grundherrschaft erbaut hatte und die sich in der Bodenseeegend bzw. in der Umgebung von Konstanz befunden haben. Sie unterscheiden sich in ihrer rechtlichen Position nicht von den Eigenkirchen von Klöstern oder weltlichen Grundherren.

Im Fall Willmandingen ist das Dotationsgut mit acht «casatibus», zwölf Hufen und 31 «mancipia» einzigartig präzise umschrieben.<sup>67</sup> Andere Gotteshäuser gelangen mit einer ausführlichen Pertinenzformel versehen an das Galluskloster.<sup>68</sup> Die ausführliche Aufzählung verschiedener, allerdings nicht

---

<sup>67</sup> UBSG I. (Fn. 31), S. 65, Nr. 66 (Subsidia [Fn. 31], S. 343).

<sup>68</sup> So zum Beispiel in den Vergabungen von Romanshorn: «tradimus atque transfundimus, cum ecclesiam sancte Marie et sancte Petri et sancti Galli, quid ibidem est consecrata cum domibus, etefficiis, viniis, agris, campis, silvis, pratis, ortifferis, pumifferris, cultis et incultis, mobilibus atque immobilibus ...» (UBSG I. [Fn. 31], S. 81, Nr. 85, Subsidia [Fn. 31], S. 346) und von Zell: «Tradimus itaque inprimis ecclesiam nostram ... cum domibus, edificiis, mancipiis, terris, pratis, pascuis, viis, aquis aquarumve decursibus, peculium promiscui sexus, cultis et incultis, mobile et immobile vel



lokalisierbarer Güter lässt darauf schliessen, dass zusammen mit der Kirche ansehnliche Besitzungen an die Steinachabtei gelangten. Um rein inhaltslose Formeln kann es sich darum nicht handeln, weil die verschiedenen Pertinenzangaben erstens untereinander stark variieren und sie zweitens bei gewissen Kirchen fehlen. Eine weitere Version, die Verbindung eines Gotteshauses mit Grundbesitz zu dokumentieren, ist der Vermerk, dass mit der Schenkungsmasse inbegriffen ist, was zur Kirche alles dazugehört.<sup>69</sup>

Es sind auch Vergabungen von Kirchen überliefert, ohne dass in Verbindung mit ihnen Güter aufgeführt werden. Dies kann der Fall sein, wenn die Kirche eines Ortes zusammen mit Gütern zahlreicher anderer Orte übereignet wird.<sup>70</sup> Es konnten auch ausschliesslich Kirchen übertragen werden ohne Hinweis auf damit verbundene Güter.<sup>71</sup> Wie diese Gotteshäuser unterhalten wurden, kann aus den Urkunden nicht erschlossen werden. Wenn aber der Schenker das Gotteshaus als Präkarie für sich zurückbehält und alljährlich einen Zins entrichtet, muss die Kirche mit entsprechenden Besitzungen ausgestattet gewesen sein, aus denen er die vereinbarte Abgabe erwirtschaften konnte.<sup>72</sup> Eine Kirche kann aber auch ohne Verbindung mit einem Dotationsgut ein Glied in einer ausführlichen Pertinenzformel bilden, mit der eine ganze Siedlung oder die Güter eines Grundherrn an einem Ort vergabt werden.<sup>73</sup>

---

quidquid dici aut nominari potest ad ipsam ecclesiam pertinentia» (UBSG I. [Fn. 31], S. 119, Nr. 127, Subsidia [Fn. 31], S. 353).

<sup>69</sup> So bei Kirchzarten: «et partem ecclesie in Zartunu et quicquid mee portionis ad eam pertinet» (UBSG I. [Fn. 31], S. 211, Nr. 221, Subsidia [Fn. 31], S. 369).

<sup>70</sup> So bei der Vergabung eines Teils der Kirche auf der Burg gegenüber Stein am Rhein (SH) «et partem ecclesie in castro Exsientie...», die zusammen mit Gütern in «Seppinuuan», Bleuelhausen, Schaffert und mit allem, was der Schenker im Thurgau geerbt hat, übertragen wird (UBSG I. [Fn. 31], S. 146f., Nr. 155, Subsidia [Fn. 31], S. 358), und der Kirche von Bussen (ö. Riedlingen BW), «... et in Pussone illam basilicam...», die zusammen mit den Besitzungen in zahlreichen Orten, über die die Aussteller dort verfügen, ans Galluskloster gelangt (UBSG I. [Fn. 31], S. 175f., Nr. 186, Subsidia [Fn. 31], S. 363).

<sup>71</sup> Ercanpert überträgt seine Anteile an den Kirchen Brombach und Weil am Rhein (beide bei Lörrach BW) ohne damit verbundenes Dotationsgut zu erwähnen: «ut aliquid tale parcione de eclesia, quod habui in Prampahch in onore sancti Germani, et in Willa tale parcione de eclesia, quod ibi habui...» (UBSG I. [Fn. 31], S. 99, Nr. 105, Subsidia [Fn. 31], S. 350).

<sup>72</sup> Wolfpot überträgt den vierten Teil der Petruskirche Fischingen (bei Lörrach BW), den er aber für sich zurückbehält und sich auf eine alljährliche Zinszahlung verpflichtet (UBSG I. [Fn. 31], S. 153, Nr. 162, Subsidia [Fn. 31], S. 360).

<sup>73</sup> Die Kirche von Diessenhofen (TG) gelangt ans Kloster, indem der ganze Weiler übertragen wird: «Idio dono vilarium meum, quod dicitur nomine eorum, terra, pratis, silvis, aquis aquarumque decorsibus, mobile atque immobile, omnia, que ad ipsum vilare adpertinet...» (UBSG I. [Fn. 31], S. 24, Nr. 20, Subsidia [Fn. 31], 336) und ebenso Wengen (bei Bad Wurzach): «quicquid mihi jure hereditatis contingit habere in villa Wanga nuncupata, id est campis, pratis, pascuis, silvis, viis, aquis aquarumque decursibus, marchis, domibus aliisque edificiis, egressus et ingressus, partem etiam meam

Werden hier wegen der schwerfällig gefassten Formel die Besitzungen des Gotteshauses nicht mehr genannt? Oder zeugt eine solche Fassung eines Traditionsgeschäfts nicht vielmehr davon, dass die Kirche als Element ganz in die Besitzungen eines Grundherrn am Ort eingebunden war und so gar nicht mehr eines Sondervermögens bedurfte, sondern aus den Erträgen der übrigen Besitzungen unterhalten wurde? Die Kirche wäre in einem solchen Fall integraler Bestandteil einer Grundherrschaft, und eine Ausstattung mit besonderen Gütern ist für den Grundherrn aus «realpolitischen» bzw. rein haushälterischen Überlegungen gar nicht nötig. In diesem Zusammenhang lässt sich auch erklären, warum zahlreiche Kirchen ungenannt im Rahmen von heute noch überlieferten Schenkungen ans Galluskloster gelangen konnten.

## Intangibles Sondervermögen?

War das Dotationsgut unveräusserlich an ein Gotteshaus gebunden? Ulrich Stutz, aber auch aktuelle Traktate über das Eigenkirchenwesen gehen davon aus.<sup>74</sup> Wohl ist kein Tausch oder Verkauf von Kirchengut in den spärlichen Zeugnissen vor 818 überliefert. In der Schenkung der Kirche von Willmandingen fehlt aber eine Klausel, die das Ausstattungsgut fest an die Kirche gebunden hätte.

In vom Kloster weit entfernte Eigenkirchen brachten die Mönche eine Gallusreliquie, womit das Gotteshaus auch das Galluspatrozinium übernahm. Wie das Kloster wurde es damit zur letzten Ruhestätte des Heiligen, zum Sinnbild für die klösterliche Präsenz und zum Zentrum der St. Galler Grundherrschaft. Vergabungen an eine solche Galluskirche waren letztlich der Steinachabtei zudedacht. So können auch die Galluskirche und das Galluskloster als Empfänger genannt werden.<sup>75</sup> Bis 805 erfolgten Schenkungen an die den heiligen Gallus und Georg geweihte Kirche in Wasserburg. Wie stark das Kloster an ihr bis dahin beteiligt war, ist ungewiss. Später war Wasserburg nur noch Actum-Ort für Vergabungen an die Steinachabtei, während die Kirche nicht mehr begünstigt wurde.<sup>76</sup> Das Kloster musste inzwischen einziger in Wasserburg präsenter Grundherr geworden sein. Da damit die Besitzverhältnisse an der Kirche geklärt waren, gingen auch die ihr vorher geschenkten

---

basilice ibidem constructe, nihil extra dimittens» (UBSG I. [Fn. 31], S. 174, Nr. 185, Subsidia [Fn. 31], S. 363).

<sup>74</sup> Landau (Fn. 3), S. 400.

<sup>75</sup> Edilleoz überträgt seinen Besitz in Bätzingen an das Kloster St. Gallen und an die Kirche Wittnau: «... trado ad monasterium sancti Galli ... sed omnia tradens ad reliquias sancti Galli in Witunauia positas» (UBSG I. [Fn. 31], S. 193f., Nr. 203, Subsidia [Fn. 31], S. 367).

<sup>76</sup> Siehe Fn. 63.

Güter in der Grundherrschaft des Klosters auf und wurden so von der Kirche gelöst. Auch hier scheint das Modell von der Kirche als integraler Teil einer Grundherrschaft durch, für deren Unterhalt der Herr verantwortlich war, den er auch bestritt, sich dazu aber nicht nur des einst eingebrachten Dotationsgutes bedienen musste – und dieses darum auch für andere Zwecke einsetzen durfte. Es ist anzunehmen, dass auf diesem Weg die meisten Kirchen, sofern ihre Besitzverhältnisse unangefochten zu einer Grundherrschaft gehörten, ohne besonderes Dotationsgut errichtet worden sind.

Die «humillima Deo dicata» Gundrada, eine geistliche Dame vornehmer Abkunft, hat am 23. Januar 785/6/8/9 für Güter, die Sigimund, seine Gattin Nandila und der Priester Ebracharus der Kirche in «Leodrabach»<sup>77</sup> übertragen haben, auf deren Bitten anderes Gut «ex nostro beneficio, qui pertinet ad denominatum locum» gegen Zins verliehen.<sup>78</sup> Offensichtlich konnte es in Alemannien auch Eigenkirchenfrauen geben. Der Status von Gundrada ist weiter nicht klar. Als Nonne, wie Wartmann sie im Regest seiner Edition betitelt, kann sie nicht bezeichnet werden, fehlen doch jegliche Belege für ein Kloster in «Leodrabach» zu jener Zeit. Zu denken ist vielmehr an eine Frau aus edler Sippe, die in Analogie zu Presbytern in einen geistlichen, aber nicht regulierten bzw. monastischen Stand treten konnte. Sie hat die Schenkungen an die Kirche entgegengenommen und dafür bisheriges Gut «ex beneficio», also aus den Besitzungen des Gotteshauses, verliehen. Wohl handelt es sich dabei nicht um eine definitive Veräusserung. Aber es war für die Frau offensichtlich kein Problem, mit den Besitzungen ihrer Kirche selbständig und frei zu wirtschaften.

## Zusammenfassung

Die Urkunden der Abtei St. Gallen vermögen für die Zeit zwischen 700 und 818 einen facettenreichen Einblick in das alemannische Eigenkirchenwesen zu vermitteln. Gemessen am ganzen Urkundenbestand haben aber die direkten Zeugnisse von Landkirchen eine marginale Präsenz. In der klösterlichen Grundherrschaft haben sie keine grössere Rolle gespielt als andere Güter. Ebenso gibt es keinen Hinweis dafür, dass weltliche Grundherren mit besonderer Vorliebe gerade ihre Eigenkirchen dem Galluskloster als geistlichem Ort vergaben. Schenkungen anderer Besitzungen geschahen aus denselben Absichten. Die zahlreichen Vergabungen an die Steinachabtei erfolgten eher aus politischen, wirtschaftlichen und familiären Gründen (Landesausbau, Erbstreitigkeiten) als aus kirchlich pastoralen Anliegen.

---

<sup>77</sup> Lauterbach (bei Schramberg BW) oder Luterbach (SO), Subsidia [Fn. 31], S. 351f.

<sup>78</sup> UBSG I. [Fn. 31], S. 98, Nr. 104 (Subsidia [Fn. 31], S. 349f.).

Die Verhältnisse der Landkirchen waren in Alemannien im 8. Jahrhundert sehr stark eigenkirchenrechtlich ausgestaltet, da sich dort eine verbindlich übergeordnete Zentralgewalt noch nicht etabliert hatte. Das zeigt sich am signifikantesten darin, dass die fränkische Gesetzgebung in den Urkunden gar keinen Niederschlag fand. Eine verbindliche Einflussnahme des Konstanzer Bischofs fehlt völlig, so dass die rechtliche Stellung eines Kultusgebäudes weitgehend vom jeweiligen grundbesitzenden Herrn bestimmt wurde und bei einem Besitzerwechsel starken Veränderungen unterworfen sein konnte. So konnten Landkirchen Empfänger von Güterübertragungen sein, hatten damit also den Status einer juristischen Person. Gotteshäuser, die nicht über einen niedrigeren Status oder baulich geringere Ausmasse verfügten als jene, konnten im Rahmen einer urkundlich dokumentierten Vergabung aber den Besitzer wechseln, ohne unter der Schenkungsmasse eigens aufgeführt zu werden. In ihrer Position unterschieden sie sich auch nicht von übrigen Häusern, Grundstücken oder Mühlen. Ähnliches gilt vom Ausstattungsgut, das einmal einer Kirche zugesprochen worden sein konnte, dann aber in die übrigen Besitzungen einer Grundherrschaft einging, wenn der Herr das Gotteshaus als deren integralen Bestandteil betrachtete.

## LA CONFÉDÉRATION HELVÉTIQUE, MODÈLE HISTORIQUE DE L'UNION EUROPÉENNE

Résumé: Après le rejet du Traité constitutionnel par les peuples français et néerlandais, les juristes européens s'interrogent. Quelle est la nature juridique de l'Union? Selon une première interprétation, les Communautés ne seraient tout au plus qu'une "Sainte Alliance" ressuscitée sous une forme laïque. A l'inverse et au terme d'une analyse plus précise des institutions communautaires, l'Union européenne incarnerait une nouvelle catégorie du droit public, qualifiée de Fédération d'Etats-nations. Cette nouvelle figure juridique qui se différencie de l'Etat et en particulier de l'Etat fédéral par l'absence de toute référence à l'idée de souveraineté rend compte de la situation juridique actuelle des Communautés. Mais, le défaut de cette interprétation est la rigueur de sa définition. Elle fige l'Union dans son évolution. Or, le juriste genevois, Pellegrino Rossi, fort de l'expérience de la Confédération helvétique avait déjà précisé depuis 1832 que le principe fédéral ne pouvait s'enfermer dans les limites d'une catégorie du droit public. La Fédération d'Etats-nations n'est qu'une étape, une évolution graduelle du lien fédéral à mi-chemin d'une Confédération et d'une forme fédérale plus avancée. L'expérience historique de la Suisse permet à l'Union de faire un état précis de son développement. Mais l'apport de la Suisse dépasse la seule mesure du stade d'évolution atteint par l'Union. Elle se situe au cœur même du fondement juridique des Communautés. En effet, les grands penseurs de l'Europe, Richard Coudenhove-Kalergie et Denis de Rougemont, ont fait de la Confédération helvétique l'archétype d'une future Union des pays européens. Leur pensée s'incarnera dans un projet de constitution le 6 mai 1951 élaboré au sein d'un comité désigné à cet effet par le Conseil de l'Europe. Ce projet de constitution est l'exact reflet de la Constitution helvétique. Ce texte n'a pas reçu de consécration juridique, mais le modèle suisse agira désormais sur les organes des Communautés européennes à la manière d'une matrice institutionnelle. Une simple comparaison de l'exécutif collégial des deux entités établit cette attraction grandissante du modèle helvétique sur le système directorial de l'Union.

*"La Suisse est née de l'Europe et en détient le secret"*<sup>1</sup>. Jamais la sentence de Denis de Rougemont (1906-1985) n'a si bien traduit la réalité politique,

---

\* Maître de conférence à la Faculté de droit de Paris XII.

<sup>1</sup> Denis de Rougemont, *La Suisse ou l'histoire d'un peuple heureux*, (Hachette Paris 1965) Collection Poche Suisse, l'Age d'homme, Lausanne, 1989, p. 282.

juridique et surtout historique de l'indicible relation qui unit aujourd'hui la Confédération helvétique à cette société des Etats et des peuples que l'on appelle l'Union européenne. *A priori* rien ne semble relier la sage Helvétie à "ce monstre demi-né" que sont les Communautés européennes. Pourtant, sous les apparences de la dissemblance, la Suisse et l'Europe entretiennent une subtile correspondance, la plus intime qui soit, celle d'une filiation. Une filiation par l'esprit, *l'esprit fédéral*, qui anime les deux entités. Une filiation par la pensée, celle des pères fondateurs de l'Europe qui ont su trouver dans la Suisse "*le signe avant-coureur d'un avenir possible de l'Europe*"<sup>2</sup>.

Au lendemain du rejet du traité constitutionnel par les peuples néerlandais et français, les réflexions sur la nature juridique de l'Union et des Communautés européennes semblent vouloir totalement occulter les deux aspects de cette filiation. La part de l'histoire pour les juristes du droit positif est souvent comptée. Elle se réduit dans le meilleur des cas à la portion congrue. Mais, selon la fameuse formule de Pellegrino Rossi (1787-1848), l'histoire est bien ici la clef du présent. Elle permet de préciser non seulement le stade de l'évolution atteint par l'Union européenne, mais aussi de comprendre les métamorphoses qui s'opèrent dans le cadre de ses institutions pour dessiner le visage à venir des Communautés. En négligeant l'approche historique quand elle ne la dénigre pas, la doctrine se prive du seul instrument de mesure de l'état de l'Union et de ses institutions.

Sans perspective historique véritable, les explications avancées par la doctrine contemporaine pour déterminer la catégorie juridique de rattachement de l'Union demeurent incomplètes. Elles ignorent l'étude que la Suisse avait déjà mise en œuvre et qui lui avait permis d'élucider l'évolution naturelle du lien fédéral dans le cadre d'une association d'états souverains. Mais, que l'on ne se méprenne pas, il n'existe pas de contradiction réelle entre l'analyse juridique du positiviste et la réflexion de l'historien, tous deux parviennent à la même conclusion, l'Union est bien une fédération d'Etats-nations. Seule la portée de la qualification diffère entre ces deux approches. C'est à ce degré que se situent, selon nous, les lacunes de l'analyse positiviste comme nous serons appelés à le voir dans une première partie.

Cependant, l'apport de la Suisse ne se réduit pas à un simple éclairage sur l'évolution que peut connaître une union d'Etats-nations. La Suisse occupe une place beaucoup plus importante dans la pensée des véritables pères fondateurs de l'Europe, Richard Coudenhove-Kalergi (1894-1972) et Denis de

---

<sup>2</sup> D. de Rougemont, *op. cit.*, p.17 "Mais dans le monde en mutation de cette seconde moitié du XX<sup>ème</sup> siècle, la Suisse est-elle une survivance, ou bien le signe avant-coureur d'un avenir possible de l'Europe ?" Derrière la forme interrogative, l'auteur apportera la démonstration tout au long de son ouvrage de la seconde branche de l'alternative.

Rougemont. Ces auteurs ont pensé l'Europe à partir d'un modèle institutionnel, la Confédération helvétique. La raison de leur choix est simple. La Suisse présente une situation spécifique, qui correspond totalement aux contradictions que rencontrent les peuples et les Etats européens. En effet, les cantons, entités souveraines et égales, se sont unis malgré leurs différences de langues, de mœurs et d'usages. En outre, la Confédération helvétique diffère des confédérations américaines et allemandes qui se sont constituées pour la première, dans un cadre politique, linguistique et sociologique homogène et pour la seconde, sous l'impulsion d'un Etat prédominant, la Prusse. Partant, le modèle helvétique va devenir la référence culturelle, parfois consciente, souvent instinctive d'une Europe qui développe ses institutions dans un esprit conforme à sa matrice originale. Nous le verrons dans une deuxième partie.

## **I. Un état de l'Union à l'aune du *principal fédéral de Pellegrino Rossi***

L'état de l'Union européenne intrigue les publicistes. Qu'est-ce que l'Union et les Communautés européennes ? Un simple cadre politique de coopération interétatique ou tout au contraire une association d'Etats ayant dépassé le stade de la Confédération et qui s'est figé dans une nouvelle catégorie du droit public international, la Fédération d'Etats-nations. Le débat est ouvert entre les tenants de ces deux thèses contradictoires, mais il semble qu'aujourd'hui la seconde de ces théories l'emporte sur la première. L'analyse rigoureuse d'Olivier Beaud explique, en effet, le sens précis qu'il faut attacher à la qualification de Fédération d'Etats-nations (A). Cependant, cette argumentation, aussi juste soit-elle, présente un inconvénient de taille inhérent à sa dimension purement positiviste. La définition de la Fédération d'Etats-nations s'inscrit, en effet, dans un cadre exclusivement juridique hors de toute référence historique. Le grand juriste genevois Pellegrino Rossi avait pourtant démontré qu'une figure juridique ne pouvait se figer dans une catégorie précise parce qu'elle était en constante évolution et que la forme sous laquelle elle se présentait hier ne sera plus celle qu'elle revêtira demain. Dès lors, identifier une forme organique comme peut l'être une union d'Etats à une qualification définitive du droit public international correspond pour Pellegrino Rossi à la réalité d'un moment, mais non à une vérité définitive. La Fédération d'Etats-nations sera nécessairement appelée à évoluer et se transformer. Il ne s'agit que d'une question de temps (B).

## A) L'Union, une fédération d'Etats-nations?

Au lendemain du rejet du traité constitutionnel, Paul Magnette se livrait à une analyse sans concession de l'état de l'Union<sup>3</sup>. Pour ce dernier, les Communautés européennes ne sont tout au plus qu'un cadre de coopération interétatique où règnent en maîtres les Etats souverains<sup>4</sup>. Depuis, leurs fondations, les Communautés n'auraient pas, selon lui, changé de visage. A ce titre, Paul Magnette considère que le jugement du Général de Gaulle est toujours d'actualité : "*Quand il rappelait que l'Europe était avant tout la chose des Etats et que la Commission et la Cour n'avaient de marge que celle que leur laissaient les gouvernements, le Général de Gaulle était plus proche de la réalité – l'évolution du régime européen, depuis lors ne lui a pas donné tort. L'Union européenne n'est pas un nouveau pouvoir extérieur aux Etats, c'est un nouveau théâtre des confrontations politiques européennes; ce n'est pas la substitution d'une gouvernance désincarnée à la politique, mais une nouvelle manière de faire de la politique entre Etats souverains*"<sup>5</sup>.

Cette réincarnation d'une "Sainte Alliance" des Etats européens sous une forme laïque n'aurait donc pour seul objet que d'être un cadre de coopération limité au domaine des échanges économiques<sup>6</sup>. Selon notre collègue, l'Union et les Communautés n'auraient jamais eu dans le passé<sup>7</sup> et n'auront pas plus dans l'avenir, d'autre ambition que de maintenir cette coordination des politiques économiques entre Etats souverains<sup>8</sup>. L'auteur conclut logiquement cette

---

<sup>3</sup> Paul Magnette, *Le régime politique de l'Union européenne*, Sciences Po, Gouvernances, Presses de la Fondation Nationale des Sciences Politiques, Paris 2006.

<sup>4</sup> P. Magnette, *op. cit.*, p. 32, "L'Union n'est pas tant un « pouvoir extérieur » qu'un cadre au sein duquel les gouvernements forment ensemble les politiques communes ; elle répond plus à une logique de négociation entre Etats que de délégation du pouvoir à un tiers".

<sup>5</sup> P. Magnette, *op. cit.*, p. 14.

<sup>6</sup> P. Magnette, *op. cit.*, p. 60 "Plutôt que de faire l'inventaire des « compétences » européennes, il peut être utile, pour mesurer la portée du processus d'europanisation, de raisonner *a contrario*, c'est-à-dire de rappeler qu'elles ne touchent qu'aux politiques publiques les plus récentes et laissent largement aux Etats la maîtrise de leurs terrains d'action traditionnelle. Des quatre dimensions essentielles de l'Etat contemporain (...) seule la dernière, celle qui concerne la régulation du marché, est véritablement européenne. Les autres celles qui recouvrent le cœur historique de l'Etat (protection du territoire, formation et maintien de la nation, établissement et entretien de la vie démocratique), restent principalement nationales : les gouvernements prennent parfois exemple sur leurs voisins, ils coordonnent parfois leurs politiques au sein de l'Union, mais se gardent de transférer leurs pouvoirs aux institutions européennes".

<sup>7</sup> P. Magnette, *op. cit.*, p. 108.

<sup>8</sup> P. Magnette, *op. cit.*, p. 290 "Au vu de son histoire et de l'état présent des consciences, on peut penser que l'Union européenne n'est pas et n'a pas vocation à devenir quelque chose comme un Etat européen, qui se substituerait aux nations historiques".



démonstration par l'idée que l'Union présente désormais sa forme définitive : *"Ce trait essentiel du régime européen donne à penser que l'équilibre atteint dans la répartition des compétences entre l'Etat et l'Union est, lui aussi, stabilisé"*<sup>9</sup>.

En apparence, la position est claire et ne souffre aucune discussion. Cependant, Paul Magnette émaille sa conclusion de nombreuses réserves "... *l'intégration de l'Europe ne laisse pas indemnes les Etats et les nations qui la forment*"<sup>10</sup> et un peu plus loin *"La construction de l'Europe civilise les relations entre les nations et dompte les Etats"*<sup>11</sup> ou encore *"La coexistence de l'Union et des nations produit des rivalités et des tensions, mais ces oppositions sont politiquement plus vertueuses qu'on ne le pense souvent"*<sup>12</sup>. Ainsi, *in fine* Paul Magnette fait état d'une coexistence entre l'Union et les nations européennes. Est-ce à dire que l'Union et les Communautés disposeraient d'une existence qui leur serait propre, qui les distinguerait en tant qu'entités des Etats et des nations qui leur prêtent vie ? Paul Magnette ne le croit pas, mais la référence à la "coexistence" de l'Union et des nations rejoint la réalité politique, historique et institutionnelle qui caractérise une dualité d'entités en Europe.

Cette conclusion que réfute Paul Magnette<sup>13</sup>, deviendra cependant pour nombre de politiques et de juristes européens le point de départ d'une réflexion sur la nature juridique de l'Union. Il revint à Joschka Fischer d'ouvrir le large débat d'idées fondé sur le thème de la dualité d'entités entre l'Union et les Communautés d'une part et les Etats et les nations d'autre part. Dans son fameux discours prononcé le 12 mai 2000 à l'Université Humboldt de Berlin, Joschka Fischer insiste, en effet, sur le concept de "Fédération" dans les termes suivants : *"L'élargissement rendra indispensable une réforme fondamentale des institutions européennes. Comment s'imaginer en effet un Conseil européen avec trente chefs d'Etat et de gouvernement? Trente présidences ? Combien de temps les réunions du Conseil dureront-elles dans ce cas? (...) Autant de questions auxquelles toutefois il existe une réponse toute simple : le passage de la confédération de l'Union à l'entière parlementarisation dans une fédération européenne que demandait déjà Robert Schuman il y a cinquante ans. Et cela ne veut pas dire moins qu'un Parlement européen et un gouvernement européen lui aussi, qui exercent effectivement le pouvoir légis-*

---

<sup>9</sup> P. Magnette, *op. cit.*, p. 293.

<sup>10</sup> P. Magnette, *op. cit.*, p. 291.

<sup>11</sup> P. Magnette, *op. cit.*, p. 292.

<sup>12</sup> P. Magnette, *ibid.*

<sup>13</sup> *Infra* p. 8.

*latif et le pouvoir exécutif au sein de la Fédération. Cette Fédération devra se fonder sur un traité constitutionnel*<sup>14</sup>.

Le discours de Joschka Fischer devait inaugurer un débat passionné entre tenants et opposants du traité constitutionnel, clôt quelques années après par les fins de non-recevoir néerlandaise et française. Cependant, l'allocation de Joschka Fischer n'est pas aussi éloignée qu'elle semble le paraître de l'argumentation de Paul Magnette. L'ancien ministre allemand des Affaires étrangères décrit, en effet, l'Union et les Communautés comme une Confédération ce qui à tout prendre et si l'on s'en tient à une définition classique de cette catégorie du droit public revient à consacrer ni plus ni moins l'idée que les Communautés ne sont qu'une simple association d'Etats, étrangères à toute distinction entre l'entité ainsi constituée et les Etats membres. Dès lors, la véritable différence entre les argumentations en présence porte sur le concept même de Fédération et le rôle que lui confère Joschka Fischer, une finalité possible, mais aussi souhaitable pour l'Europe.

L'usage du terme *Föderation*<sup>15</sup> (Fédération) et non du mot *Bundestaat*<sup>16</sup> (Etat fédéral) signe une rupture dans la conception classique de "la relation historique entre Etat et fédération, qui se marque dans le vocable d'Etat fédéral"<sup>17</sup> et dans la vision traditionnelle de l'évolution à venir d'une Union appelée à supplanter les Etats-nations. Cependant, Joschka Fischer continue à se référer à la classification académique pour qualifier l'état actuel de l'Union de *Staatenbund*<sup>18</sup> (Confédération d'Etats). Comme nous le verrons cette épithète ne répond plus à la nature juridique réelle de l'Union et des Communautés européennes, mais elle souligne le désir chez l'homme d'Etat allemand de fustiger une association des peuples européens insuffisamment avancée sur la voie de l'intégration<sup>19</sup>.

---

<sup>14</sup> Joschka Fischer, *Vom Staatenbund zur Föderation. Gedanken über die Finalität der europäischen Integration*, discours prononcé le 12 mai 2000 à l'Université Humboldt de Berlin.

<sup>15</sup> Deutsch-französisches und französisch-deutsches Rechtswörterbuch für jedermann von Gerhard Köbler unter Mitarbeit von Peter Winkler, Verlag Franz Vahlen, München, 1998, 2. Auflage, Wort "Föderation".

<sup>16</sup> Deutsch-französisches, *op. cit.*, Wort "Bundesstaat".

<sup>17</sup> Vlad Contantinesco, *Europe fédérale ou fédération d'Etats-nations*, in *Une constitution pour l'Europe ?* sous la direction de Renaud Dehousse, Presses de Sciences Po, Presses de la Fondation Nationale des Sciences Politiques, Paris, 2002, p. 135.

<sup>18</sup> Deutsch-französisches, *op. cit.*, Wort "Staatenbund".

<sup>19</sup> J. Fischer, *Vom Staatenbund zur Föderation. Gedanken über die Finalität der europäischen Integration*, "Une réglementation précise de la répartition des compétences entre la Fédération et les Etats-nations dans le cadre d'un traité constitutionnel devrait laisser à la Fédération les domaines de souveraineté essentiels et uniquement les questions demandant à être réglées impérativement au niveau européen, tandis que le reste demeurerait de la compétence des Etats-nations. Il en ressortirait une Fédération européenne élarguée et capable d'agir, pleinement souveraine quoique composée d'Etats-

Cependant, si Joschka Fischer marque par son discours une rupture, sa conception de la Fédération présente une contradiction majeure que révèle son exposé : "*Parachever l'intégration européenne n'est concevable que si ce processus s'effectue sur la base d'un partage de souveraineté entre l'Europe et l'Etat-nation*"<sup>20</sup>. En effet, la souveraineté ne peut pas se partager. Elle est par définition indivisible. Elle est une et absolue. Cette contradiction fondée sur l'idée de partage de souveraineté a été mise en évidence par Olivier Beaud qui rappelle le caractère antinomique des notions de souveraineté et de Fédération "... *la Fédération se caractérise par la coexistence de deux pouvoirs sur un même territoire. Dans ce cas, « la souveraineté au sens classique n'a pas de sens : divisé comme pouvoir, l'élément de l'absoluité qui est essentiel au concept de souveraineté, manque »*"<sup>21</sup>. Aussi s'interroge-t-il tout aussitôt "*Comment peut-on alors expliquer l'existence de cette double absurdité?*"<sup>22</sup>.

A cette question, Olivier Beaud répond qu'il existe bien "*une insoluble contradiction entre les notions de fédéralisme et de souveraineté*"<sup>23</sup>, mais que la "*contradiction cesse de l'être si on la définit autrement et qu'on la qualifie d'opposition conceptuelle*"<sup>24</sup>. En effet, précise-t-il, l'Etat et la Fédération sont deux entités différentes. La souveraineté caractérise le premier tandis que l'absence de souveraineté distingue la seconde<sup>25</sup>. Dans ces conditions, la Fédération devient une forme politique originale, une nouvelle catégorie du droit international public qui est différente de l'Etat en ce sens qu'elle repose sur un partage constitutionnel de la puissance publique, lui-même assorti d'une garantie juridictionnelle<sup>26</sup>. A ce partage des compétences et à ce

---

nations affirmés. En outre, une telle Fédération présenterait aussi l'avantage d'être palpable et compréhensible pour ses citoyens parce qu'elle aurait surmonté son déficit démocratique".

<sup>20</sup> J. Fischer, *Vom Staatenbund zur Föderation. Gedanken über die Finalität der europäischen Integration*.

<sup>21</sup> Olivier Beaud, *Fédéralisme et souveraineté Notes pour une théorie constitutionnelle de la Fédération*, Revue du Droit Public, N°1 - 1998, pp. 87-88, "Ainsi, on peut encore soutenir aujourd'hui que, jugé du point de vue de la souveraineté, le fédéralisme apparaît comme une absurdité juridique. Mais la thèse inverse peut tout aussi bien être défendue, si l'on se place du point de vue du fédéralisme. Sous cet angle, c'est la souveraineté qui apparaît comme une absurdité juridique puisqu'elle se montre incapable de rendre compte de l'existence d'un fait irréductible : la Fédération se caractérise par la coexistence de deux pouvoirs sur un même territoire. Dans ce cas « la souveraineté au sens classique n'a pas de sens : divisé comme pouvoir, l'élément de l'absoluité qui est essentiel au concept de souveraineté, manque »".

<sup>22</sup> O. Beaud, *op. cit.*, p. 88.

<sup>23</sup> O. Beaud, *ibid.*

<sup>24</sup> O. Beaud, *ibid.*

<sup>25</sup> O. Beaud, *op. cit.*, p. 89.

<sup>26</sup> O. Beaud, *op. cit.*, p. 107.

contrôle judiciaire vient s'ajouter la dualité du *demokratia*, caractérisée par l'existence d'une double citoyenneté : une citoyenneté de la Fédération, en vertu des droits politiques reconnus par la Constitution fédérative et une citoyenneté propre à chacune des entités fédérées, en vertu de leurs Constitutions particulières<sup>27</sup>. Brevitatis causa, le droit public réunit dans le cadre de la Fédération, deux formes essentielles d'organisation politique, l'Union fédérative et les Etats-nations qui préservent leur réalité propre et assurent leur coexistence comme le préconisait Carl Schmitt (1888-1985)<sup>28</sup>, Olivier Beaud donne ainsi une réponse précise à la question que posait Joschka Fischer "*Quo vadis Europa ?*"<sup>29</sup> et apporte surtout une définition plus cohérente de cette figure nouvelle du droit public, que les publicistes désignent sous la qualification de Fédération d'Etats-nations. Cependant, sans l'enseignement que nous dispense l'expérience de la Confédération helvétique, il nous serait aujourd'hui impossible de déterminer la portée véritable du concept de Fédération d'Etats-nations sur le chemin de la construction à venir de l'Europe.

## **B) La Fédération, une étape organique et graduelle du lien fédéral**

"L'issue du dilemme entre confédération d'Etats et Etat fédéral est donc bien dans l'ouverture d'une tierce catégorie : *tertium datur !*"<sup>30</sup> s'exclame Vlad Contantinesco au vu de l'analyse d'Olivier Beaud. Tout en reconnaissant le caractère "*solidement argumenté*" de la démonstration, Vlad Contantinesco met en cause cette dernière au motif qu'elle esquiverait la difficulté, mais ne donne aucune raison qui étayerait sa critique<sup>31</sup>. Bien au contraire, Vlad Contantinesco précise que cette appréciation avait été donnée avant qu'il ne

---

<sup>27</sup> O. Beaud, *op. cit.*, p. 121.

<sup>28</sup> Carl Schmitt, *Théologie politique*, 1922, Gallimard, Paris 1988, p. 518 "L'essence de la Fédération réside dans le dualisme de l'existence politique, dans une combinaison d'association fédérative et d'unités politiques, d'un côté, et de persistance d'une pluralité d'unités politiques, distinctes de l'autre côté." O. Beaud, *op. cit.*, pp. 110-111 cite ce même passage.

<sup>29</sup> Joschka Fischer, *Vom Staatenbund zur Föderation. Gedanken über die Finalität der europäischen Integration "Quo vadis Europa ?* Telle est donc la question que nous pose une fois de plus l'histoire de notre continent".

<sup>30</sup> Vlad Contantinesco, *Europe fédérale ou fédération d'Etats-nations ?*, *op. cit.*, p. 137.

<sup>31</sup> V. Contantinesco, *op. cit.*, pp. 137-138, "La démonstration de l'auteur est séduisante autant que solidement argumentée et nourrie des meilleures références : pourquoi faut-il, cependant, qu'elle laisse l'impression d'un savant escamotage de la difficulté ? Il est en tout cas à craindre que la subtilité de la démonstration rende difficile l'explication politique de ce qu'il faudrait entendre désormais par fédération".

découvre l'analyse de Charles Leben parue postérieurement à son étude<sup>32</sup> dans un article intitulé "*Fédération d'Etats-nations ou Etat fédéral*"<sup>33</sup>. Charles Leben écrivait à propos de la Fédération d'Etats-nations "*Nous ne voyons pas comment, dans la théorie de l'Etat, on pourrait glisser un « nouvel animal » comportant tous les avantages juridiques et politiques de l'Etat fédéral tout en conservant la souveraineté pleine des « Etats-nation »*"<sup>34</sup>. Charles Leben n'évite pas la confusion traditionnelle dénoncée par Olivier Beaud entre souveraineté, Etat et Fédération. Mais, tout en avouant que le concept de Fédération d'Etats-nations pourrait s'appliquer à la construction communautaire, Charles Leben conclut "*Cependant, et malgré tout, nous tenons à la vieille idée spinoziste que l'essence du cercle est irrémédiablement différente de celle du carré et tertium non datur*"<sup>35</sup>. A la suite de cette assertion, Vlad Contantinesco déclare prendre position, pour ce qui le concerne, en faveur de la conception de la Fédération exposée par Olivier Beaud qui correspond "*à la réalité communautaire d'aujourd'hui*" dont il détaille les différents aspects<sup>36</sup>.

Le concept de Fédération d'Etats-nations nous apparaît d'une parfaite logique si l'on s'en tient à l'analyse juridique d'Olivier Beaud et si l'on considère qu'à l'instar des autres formes du fédéralisme, cette nouvelle entité n'est pas une figure immuable du droit public. En effet, l'écueil pour une nouvelle théorie du droit est de croire que le modèle proposé est définitif et pur de tout mélange. Mais le droit n'est que le reflet de la vie politique, sociale et culturelle. Il est soumis, comme les êtres vivant aux mutations que lui impriment son propre cycle d'évolution et les contraintes de son milieu. Or, nous croyons déceler dans l'analyse des juristes du droit positif une mise en cause du principe d'évolution naturelle du lien fédéral. Si nous partageons entièrement l'opinion de ces auteurs d'une part, sur le caractère artificiel et erroné de la distinction juridique entre Confédération et Etat fédéral<sup>37</sup> et d'autre part, sur la

<sup>32</sup> V. Contantinesco, *op. cit.*, p. 141.

<sup>33</sup> Charles Leben, *Fédération d'Etats-nations ou Etat fédéral* in C. Joerges, Y. Mény, J.H.H. Weiler, *What Kind of Constitution for what Polity ?*, Robert-Schuman Centre for Advanced Studies (European University Institute), The Jean Monnet Chair (Harvard Law School), Badia Fiesolana, 2000.

<sup>34</sup> C. Leben, *op. cit.*, p. 85.

<sup>35</sup> C. Leben, *ibid.*

<sup>36</sup> V. Contantinesco, *op. cit.*, pp. 142-143 "Il me semble au contraire que le succès de la formule est dû au fait qu'elle exprime assez justement non seulement le projet européen qui doit certes encore être matérialisé et concrétisé, peut-être sous la forme d'une Constitution, mais aussi - et surtout - parce qu'elle est en phase avec la réalité communautaire d'aujourd'hui, telle que des années de pratique institutionnelle et étatique, de débats aussi, l'ont façonnée".

<sup>37</sup> O. Beaud, *op. cit.*, p. 90 "A lire la doctrine juridique consacrée au phénomène fédératif, on a l'impression que l'analyse du fédéralisme devrait se réduire à celle de ses deux formes institutionnelles que sont l'Etat fédéral et la Confédération. (...) On complète

succession obligatoire dans le temps de ces deux formes institutionnelles, nous ne pensons pas qu'il faille pour autant dénier à l'histoire le rôle qu'elle est appelée à jouer nécessairement sur l'évolution de ces entités et sur leurs transformations progressives.

Si la hiérarchie traditionnellement établie entre Confédération et Fédération manifeste par son caractère systématique "*un jugement de valeur*"<sup>38</sup>, il n'en reste pas moins que nous disposons de plusieurs exemples historiques qui attestent du passage d'une Confédération à une Fédération, puis d'une Fédération à un Etat fédéral<sup>39</sup>. Dès lors, si un tel processus n'obéit pas, comme l'écrivent les publicistes à une loi de nécessité, l'approche historique du lien fédéral apparaît pour le moins indispensable. Elle est seule à même de traduire, en effet, le développement graduel et successif des institutions. Or, les juristes analysent plus volontiers la différence de degré entre les formes institutionnelles que la dimension historique, progressive du lien fédéral.

La critique d'Olivier Beaud à l'encontre de la typologie Confédération et Etat fédéral s'inscrit dans cette perspective. Il constate que la distinction établie traditionnellement entre une Confédération et un Etat fédéral est très contestable dans la mesure où les publicistes exagèrent la faiblesse des entités fédérées dans un Etat fédéral pour mieux faire ressortir la supériorité du second sur les premières et inversement diminuent le rôle et la puissance de la Confédération pour mettre plus en évidence la souveraineté des Etats membres<sup>40</sup>. Olivier Beaud cite à l'appui de son propos les exemples de la *Confédération américaine* et du *deutscher Bund* qui respectivement privent les Etats associés du droit de faire la guerre ou de conclure librement des traités et entravent le principe de l'autodétermination constitutionnelle<sup>41</sup>. Partant, la Confédération, l'Etat fédéral comme les autres formes fédérales se trouvent soumis en fonction de leur développement historique à des degrés divers d'évolution.

---

d'ailleurs cette typologie par une sorte de loi d'ordre historique selon laquelle l'Etat fédéral devrait succéder à la Confédération"; V. Contantinesco, *op. cit.*, p. 121 "Les deux notions sont d'autant plus différentes qu'il existe entre elles comme une sorte de relation généalogique, marquant un seuil qualitatif ..."

<sup>38</sup> V. Contantinesco, *op. cit.*, p. 122 "Dans cette conception généalogique, la fédération serait l'avenir (heureux) de la confédération, son accomplissement. On le voit, cette conception véhicule un jugement de valeur qui, hiérarchisant ces deux formes politiques, place la fédération au-dessus de la confédération."

<sup>39</sup> Tel est le cas de la Confédération germanique de 1814-1815 comme le rappelle Carl Schmitt dans son ouvrage *Théorie de la Constitution*, P.U.F., collection Leviathan, 1993 ou des Provinces-Unies.

<sup>40</sup> O. Beaud, *op. cit.*, p. 92.

<sup>41</sup> O. Beaud, *op. cit.*, p. 93.

A cet égard, la référence d'Olivier Beaud à Carl Joachim Friedrich (1901-1984) est tout à fait pertinente<sup>42</sup>. Carl Friedrich "*définit le fédéralisme comme un processus politique, et propose une « étude réaliste de la nature politique (des) structures fédérales »*, c'est-à-dire une étude de science politique. Celle-ci est censée enregistrer la dynamique du pouvoir, à la différence de l'analyse juridique censée être engluée dans une description purement statique des institutions. C'est pourquoi il s'intéresse au ressort du Gouvernement fédéral et pas seulement aux règles juridiques. Il souligne, à juste titre, l'importance des facteurs psychologiques et des mœurs dans sa construction"<sup>43</sup>. Cependant, l'enseignement de Carl Friedrich, comme le fait remarquer, Olivier Beaud se limite à une graduation de la relation d'un gouvernement au territoire placé sous son administration. Un Etat centralisé, un gouvernement décentralisé ou une Fédération et un Etat fédéral ne présentent pas une différence de nature, mais de degré<sup>44</sup>. L'explication donnée par Carl Friedrich, est satisfaisante si l'on réduit le fédéralisme à une forme particulière de décentralisation mais elle est insuffisante pour rendre compte du principe fédéral et comprendre le caractère essentiellement historique du fédéralisme.

Dès lors, pour trouver l'interprétation la plus aboutie du lien fédéral, il nous faut nous tourner vers la Suisse et plus particulièrement vers la Cité de l'esprit de la Confédération, la ville de Genève afin de consulter l'un de ses plus grands publicistes, le juriconsulte Pellegrino Rossi. Nous devons au Professeur Alfred Dufour une étude complète de la pensée de l'*avocattino pallido* de Bologne et tout particulièrement de son approche du fédéralisme<sup>45</sup>. Monsieur Dufour rappelle "*l'intérêt particulier*" que portait Pellegrino Rossi aux institutions fédérales suisses non seulement par sa participation remarquable à la tentative de révision du pacte de 1815 lors des Diètes fédérales de Lucerne et Zurich en 1832 et 1833, par son travail en tant que rapporteur du projet rédigé par le Landamman Baumgartner de Saint-Gall plus connu sous le nom de Pacte Rossi, mais également en ses qualités de rédacteur d'un hebdomadaire au titre significatif "*Le Fédéral*" fondé en 1832 et d'enseignant dans le cadre de son fameux *Cours d'histoire de la Suisse* dispensé en 1831, 1832<sup>46</sup>.

---

<sup>42</sup> Carl J. Friedrich, *Tendances du Fédéralisme en théorie et en pratique (1968)*, traduction française, Institut belge de sciences politiques, Bruxelles, 1971.

<sup>43</sup> O. Beaud, *op. cit.*, p. 101.

<sup>44</sup> O. Beaud, *op. cit.*, p. 102.

<sup>45</sup> Alfred Dufour, *Hommage à Pellegrino Rossi (1787-1848), Genevois et Suisse à vocation européenne*, Collection genevoise Les grands juriconsultes, Helbing et Lichtenhahn, Faculté de droit de Genève, Bâle, 1998.

<sup>46</sup> A. Dufour, *op. cit.*, pp. 54-55.

"Lien fédéral, principe fédéral, confédération - à dire vrai, précise Monsieur Dufour, *c'est ce second élément qui lui paraît déterminant*"<sup>47</sup>. Le principe fédéral est, en effet, pour Rossi le lien organique qui anime l'évolution des différents actes unissant les cantons helvétiques à travers le temps, depuis 1291<sup>48</sup>. *Mutatis mutandis*, l'idée exprimée par Carl Friedrich selon laquelle "S'il n'existe pas (...) un esprit fédéral, c'est-à-dire la ferme détermination de maintenir à la fois la diversité et l'unité par un processus continu d'adaptation mutuelle, alors un ordre fédéral ne peut pas se maintenir"<sup>49</sup> se retrouve chez Pellegrino Rossi qui inscrit cet esprit dans sa dimension historique "La Suisse a eu ses dissensions intestines, son aristocratie, ses hommes influents et populaires (...) Elle existe encore. Heureux instant qui lui dicta le vrai principe de son existence sociale; il fallait la variété sans fusion, l'unité avec une profonde variété, elle a trouvé la solution de ce problème dans le lien fédéral que d'autres ne surent jamais ni former ni consolider"<sup>50</sup>.

Dans ces conditions, Pellegrino Rossi rejette toute forme de modèle abstrait qui occulterait la réalité du lien fédéral. Ainsi, sa prise de position sur la souveraineté et sa localisation dans une union fédérative est sans ambiguïté : "quant aux questions de souveraineté, aux questions de savoir au juste ce qu'elle est, où elle réside, comment elle se révèle, ce sont là pour nous choses abstraites, dont nous eussions-nous quelque intelligence, nous ne remplirions pas les colonnes du Fédéral"<sup>51</sup>.

Chez Pellegrino Rossi, l'analyse du lien fédéral dépasse les différences déjà établies à son époque par les publicistes entre Confédération et Etat fédératif. Celles-ci, selon le juriste genevois, ne répondent pas aux graduations qu'une évolution historique peut imprimer à une forme fédérale en particulier. Il ne peut exister en la matière de modèles théoriques, mais des formes juridiques soumises à des transactions multiples. Pour Pellegrino Rossi, le principe fédéral est irréductible aux figures abstraites du droit public<sup>52</sup>.

---

<sup>47</sup> A. Dufour, *op. cit.*, p. 62.

<sup>48</sup> A. Dufour, *op. cit.*, p. 63 "... le principe fédéral a directement inspiré le Pacte de 1291, modèle de tous les pactes ultérieurs ...".

<sup>49</sup> C. Friedrich, *op. cit.*, p. 187.

<sup>50</sup> Pellegrino Rossi, *Cours d'histoire de la Suisse*, Ms. 3413, Bibliothèque Sainte-Geneviève, Réserve Paris, pp.9, 10 in A. Dufour, *op. cit.*, pp. 73, 74.

<sup>51</sup> P. Rossi, article "Concordat" sous la rubrique *Confédération Suisse* in *Le Fédéral*, n°9, 13 avril 1832, p. 2 *in fine*.

<sup>52</sup> Denis de Rougemont développera également cette analyse au XXème siècle pour l'Europe, *op. cit.*, p. 19, "Certes le fédéralisme est le contraire d'un système. Ce n'est pas une structure abstraite et géométrique, ce n'est pas un poncif à transporter. Mais il ne va pas sans principes, et ceux-ci m'apparaissent susceptibles d'être appliqués à l'échelle de l'Europe, *mutatis mutandis* bien entendu : c'est précisément la méthode du fédéralisme authentique".



Cette position le juriste genevois, l'affirmera avec une particulière acuité à l'occasion de sa défense du projet de révision du Pacte fédéral au Conseil Représentatif de Genève le 6 février 1833 en réplique à ses détracteurs, au premier rang desquels se trouvait le Professeur Augustin-Pyramus de Candolle, qui lui reprochait de vouloir transformer la Confédération en Etat fédératif<sup>53</sup>. La spécificité de la structure fédérale suisse inspirait à notre auteur le passage suivant : *"Je ne suivrai point un honorable professeur d'histoire naturelle dans la distinction qu'il établit entre ce qu'il appelle une Confédération d'Etats et une République fédérative. C'est là, pour moi du moins, une de ces questions de droit public qui n'admettent pas de solution absolue. Je serais bien empêché pour ma part de tracer la ligne qui sépare un Etat fédératif d'une Confédération d'Etats. Je ne vois de l'un à l'autre que des degrés et des nuances"*<sup>54</sup>.

La Suisse à travers la voix de Pellegrino Rossi nous livre un enseignement vieux de cent soixante quinze ans, mais qui est plus que jamais d'actualité. A cet égard, la Suisse justifie l'opinion de Rossi lorsque celui-ci écrivait le 8 mars 1832 *"... tant qu'il y aura une Suisse, elle sera régie par le principe fédéral. C'est un principe naturel; c'est le seul que l'Europe lui reconnaisse"*<sup>55</sup>. Eh bien! L'Europe doit tirer aujourd'hui les conséquences de cette leçon pour elle-même.

Or, les interrogations des publicistes contemporains sur la situation réelle de l'Union expriment, malgré leurs réserves d'usage, l'intuition que le caractère évolutif du lien fédéral est bien la seule réponse possible à toute question sur la nature juridique des Communautés. Tel est le cas pour Vlad Contantinesco qui écrit à ce sujet *"On prétend souvent que les Communautés européennes se situeraient « quelque part » entre la confédération d'Etats et la fédération: elles se trouveraient donc dans une position intermédiaire et évolutive entre les deux formes examinées. Se situant au-delà d'une confédération, elles n'auraient cependant pas (encore ?) atteint le stade - ultime ? - de la fédération"*<sup>56</sup>. Ce même auteur, par opposition à l'argumentation de Charles Leben ne finit-il pas d'ailleurs par conclure que *"Comme on a essayé de le montrer ici, la réalité communautaire combine les éléments fédéraux et confédéraux dans une proportion difficile à établir, car elle varie d'intensité sans doute selon les secteurs et les critères retenus. Ce qui semble clair, c'est précisément que la réalité communautaire offre justement l'exemple de cet étrange animal qu'évoque le professeur Leben, occupant à lui seul une place*

---

<sup>53</sup> A. Dufour, *op. cit.*, p. 77.

<sup>54</sup> P. Rossi, Mémorial des séances du Conseil Représentatif, Genève, 1832-1833/II, p. 892.

<sup>55</sup> P. Rossi, Lettre du 8 mars 1832, citée in E. Chapuisat *« Autour de la Diète »* in Revue historique vaudoise, 1917, n°9, pp. 261-262.

<sup>56</sup> V. Contantinesco, *op. cit.*, p. 126.

*intermédiaire?*"<sup>57</sup>. Charles Leben lui-même ne s'interrogeait-il pas également au sujet de l'Union dans les mêmes termes, "*beaucoup plus qu'une organisation internationale c'est-à-dire une Confédération (avec qui elle partage la création par un traité et le maintien de la souveraineté des Etats membres), moins qu'un Etat fédéral (mais pour combien de temps si des compétences sans cesse plus nombreuses lui sont transférées,) l'Union baptisée Fédération au sens de Carl Schmitt, pourrait être à la fois aussi puissante et efficace qu'un Etat fédéral tout en maintenant strictement la personnalité et la souveraineté de ses constituants?*"<sup>58</sup>

Dans ces conditions, si le concept de "Fédération d'Etats-nations" correspond aujourd'hui à ce qui pourrait devenir selon Olivier Beaud<sup>59</sup> le futur proche de l'Union européenne ou ce qui serait d'ores et déjà pour Dan Elazar<sup>60</sup> son présent, une telle qualification pêche aussi par son caractère définitif et figé. A cet égard, dans une perspective historique du lien fédéral, l'objection soulevée par Vlad Contantinesco nous paraît tout à fait justifiée : "*Mettre l'accent sur les « Etats-nations », comme composantes de la fédération, c'est aussi écarter toute perspective d'une fédération de régions, c'est consolider l'« Etat-nation » comme véhicule d'une conception unitaire de la stato-nation ...*"<sup>61</sup> C'est l'inconvénient de toute conception théorique ou abstraite du fédéralisme. Le principe fédéral ne se laisse pas enfermer dans une forme juridique *a priori*. Pellegrino Rossi rappelle "*Que les institutions politiques et législatives ne doivent pas être faites à la main et par l'effet d'une volonté arbitraire; qu'elles doivent être le produit du développement graduel et successif de la nation, à l'instar des mœurs et de la langue*"<sup>62</sup>. Cette évolution n'est donc pas linéaire et comme le rappelle Monsieur Alfred Dufour "*Pour avoir reconnu dans le principe fédéral un principe de liberté, donc un principe de progrès, Pellegrino Rossi n'en méconnaît pas pour autant tous les avatars et toutes les altérations qu'il va subir au cours des siècles*"<sup>63</sup>. A l'instar du modèle helvétique, notre appréciation du stade d'évolution du lien fédéral dans l'Union, doit se mesurer à l'aune des principes dirigeants, c'est-à-dire des principes prati-

---

<sup>57</sup> V. Contantinesco, *op. cit.* p. 143.

<sup>58</sup> C. Leben, *op. cit.*, p. 85.

<sup>59</sup> O. Beaud, *op. cit.*, p. 95 "De même, l'Union européenne qui émerge péniblement aujourd'hui est une Fédération (en voie de formation certes) ...".

<sup>60</sup> Joseph H.H. Weiler, *Fédéralisme et constitutionnalisme : le Sonderweg de l'Europe, in Une constitution pour l'Europe ?, op. cit.*, p. 151 "Pour le regretté Dan Elazar, grand penseur du fédéralisme, l'Europe est déjà un système fédéral car, selon lui, le principe fédéral ne doit pas être confondu avec l'Etat fédéral, qui en est une manifestation particulière."

<sup>61</sup> V. Contantinesco, *op. cit.*, p. 143.

<sup>62</sup> P. Rossi, *De l'étude du droit dans ses rapports avec la civilisation et l'état actuel de la science in Annales de Législation et de Jurisprudence*, 1820 t.I, p. 31.

<sup>63</sup> A. Dufour, *op. cit.*, p. 64.

ques qui déterminent la forme actuelle des institutions et des mutations en cours, malgré et aussi à cause des contradictions inhérentes à leur transformation.

Or, plus qu'un enseignement sur la nature juridique de l'Union, la Suisse nous a transmis un legs beaucoup plus précieux. Le modèle helvétique se trouve en effet, au fondement même des institutions européennes.

## II. Une référence de la construction européenne : la Confédération suisse

*"Suisse. Ce mot domine nos diversités de langage, de mœurs, de religion, d'industrie; ce mot avec tout le cortège d'idées qui l'accompagne plane au-dessus des traditions locales, ou pour mieux dire, il les absorbe en lui-même. Seul, il est pour nous, dans notre langage, la véritable antithèse d'étranger"*<sup>64</sup>. Cette analyse de Pellegrino Rossi dans son *Rapport sur le Projet d'Acte fédéral* à la Diète de Lucerne de 1832 pourrait tout aussi bien s'appliquer aujourd'hui aux peuples de l'Union. Sur ce seul aspect, la structure politique, culturelle de l'Europe correspond à la diversité des entités qui constituent la Confédération helvétique. Mais parallèlement, hier pour la Suisse comme aujourd'hui pour l'Europe il existe au-delà de ces différences un sentiment commun d'appartenance. Ce n'est donc pas un hasard si les véritables Pères fondateurs de l'Europe, Richard Coudenhove-Kalergi et Denis de Rougemont ont trouvé, dans la Confédération helvétique, le modèle d'une future construction européenne (A). Mieux encore, les organes européens semblent se développer aujourd'hui conformément à la logique du modèle helvétique. En effet, à la différence de l'exécutif monocéphale des confédérations américaine et germanique, la Confédération helvétique, s'est constituée à partir d'entités égales en droit. Partant, les cantons suisses ont transposé l'équilibre de leurs rapports dans l'institution d'un gouvernement collégial. A l'instar du modèle helvétique, l'Union a organisé son gouvernement sous une forme collective. Cette logique se traduit à la manière d'une matrice institutionnelle dans l'évolution du rôle et des responsabilités de la Commission (B).

---

<sup>64</sup> P. Rossi, *Rapport de la Commission de la Diète aux Vingt-deux Cantons suisses sur le projet d'Acte fédéral*, Genève 1932, p. 18.

## A) La Constitution helvétique, archétype d'une future Union européenne

Par leur pensée et leur action, deux hommes ont permis d'inscrire l'idée européenne dans le cadre d'un lien fédéral. Le premier d'entre eux est Richard Coudenhove-Kalergi, ancien sujet de l'Etat multinational de l'empire des Habsbourgs et le second est Denis de Rougemont, ressortissant de la Confédération helvétique. Ces grands penseurs de l'Europe ont immédiatement compris le rôle que le modèle helvétique était appelé à jouer dans la construction d'une future union européenne dont Jean Monnet et Robert Schuman contribueront à traduire les principes.

Cependant, comme le reconnaît Denis de Rougemont lui-même, il n'est pas en Suisse le promoteur de l'idée qui ferait de la Confédération helvétique l'archétype d'une future union européenne. Dans un livre au titre évocateur *La Suisse ou l'histoire d'un peuple heureux*, Denis de Rougemont précise dans quel sens, son véritable prédécesseur en la matière, Johann Gaspard Bluntschli (1808-1881), avait envisagé l'union des pays européens non pas sous la forme d'un Etat, mais du principe fédéral : "*Dès 1878, le grand juriste zurichois, J.G. Bluntschli, dans un ouvrage intitulé Organisation d'une Société d'Etats européens, propose à toute l'Europe un régime fédéral inspiré de l'exemple suisse ce qui l'amène à faire la théorie de l'équilibre des compétences entre l'union et les autonomies et à prôner une « nationalité internationale » analogue à la nationalité intercantonale de la Confédération suisse. Notons bien que Bluntschli oppose le principe fédéraliste à toute idée d'« Etat européen unique » qu'il tient d'ailleurs pour irréalisable*"<sup>65</sup>.

La référence au modèle helvétique n'est pas le seul apanage des ressortissants de la Confédération, Richard Coudenhove Kalergi, sujet nostalgique de l'Etat multinational austro-hongrois, choisit lui aussi la Suisse en tant que modèle européen. En effet, dès 1923, en guise d'introduction à son ouvrage programmatique *Pan-Europe*, Richard Coudenhove Kalergi donne les raisons de son choix : "*Les Suisses « ont résolu la difficulté qui provoqua la chute de la monarchie des Habsbourgs : le problème de la vie en commun pour des groupes humains de langues différentes, dans l'égalité des droits et de l'harmonie. De cette invention, la Suisse n'a pas le brevet. Toute l'Europe est libre de l'imiter. La Constitution de la Confédération Helvétique n'est pas écrite dans un livre scellé; chacun peut prendre connaissance des préceptes simples et rationnels qui ont conduit la Suisse à la paix, à la liberté et au bien-être »*"<sup>66</sup>.

---

<sup>65</sup> Denis de Rougemont, *op. cit.*, p. 101.

<sup>66</sup> Richard Coudenhove Kalergi, *Pan-Europe*, traduit de l'allemand par Mathilde et Pierre Trainard, *Pan-Europa Verlag*, Vienne, 1923, P.U.F., Paris 1988, Introduction, p. 5.

Mais, Richard Coudenhove-Kalergi ne se contente pas d'inviter les européens à suivre l'exemple de la Confédération suisse, il affirme en 1939 dans son ouvrage *L'Europe unie* que "*La Paneurope existe déjà : en petit format, sinon sur des grands espaces. Cette maquette de la Paneurope future est la Suisse. Il n'est pas exagéré de dire que la Confédération Helvétique a déjà donné une solution modèle au neuf dixièmes des problèmes qui occupent aujourd'hui et occuperont demain la Paneurope*"<sup>67</sup>. Cette idée va prendre forme après 1945 dans une Europe meurtrie par les affres de la Seconde Guerre Mondiale.

Dans l'hommage qu'il rend à Denis de Rougemont, Monsieur Jean-Pierre Gouzy rappelle qu'au premier Congrès de l'Union européenne des fédéralistes qui s'était tenu le 27 août 1947 à Montreux, Denis de Rougemont s'inspirant du modèle Suisse avait défini le sens du lien fédéral dans le cadre d'une future union européenne à travers "*quelques « principes directeurs qui, disait-il, d'une manière toute empirique, ont formé notre fédération (la Suisse) »*"<sup>68</sup>. Le premier principe directeur auquel se réfère le citoyen du canton de Neuchâtel est "*le renoncement à toute idée d'hégémonie organisatrice, exercé par l'une des nations composantes*"<sup>69</sup> d'une fédération. En effet, Denis de Rougemont rappelle qu'après la guerre du *Sonderbund*, les vainqueurs réunissant les cantons protestants "*n'ont rien de plus pressé que de rendre aux vaincus (les cantons catholiques) leur pleine égalité de droit*"<sup>70</sup>. Jamais ce principe ne sera transgressé dans la future Europe, malgré l'importance du couple franco-allemand.

Le second principe directeur à l'origine du succès de la Confédération helvétique et qui devrait inspirer une union future des pays européens est également un renoncement. "*Un renoncement, précise Denis de Rougemont, à tout esprit de système. On pourrait définir l'attitude fédéraliste comme un refus constant et instructif de recourir aux solutions systématiques*"<sup>71</sup>. Jean-Pierre Gouzy ajoute "*Pour Denis de Rougemont, les plans ont leur « logique », mais*

---

<sup>67</sup> R. Coudenhove Kalergi, *L'Europe unie*, traduction de Marcel Beaufils, Editions Paneuropéennes, Suisse, Glaris, 1939, pp. 38-39.

<sup>68</sup> Jean-Pierre Gouzy, *Denis de Rougemont, l'Europe et la crise du XXe siècle*, conférence donnée à la Maison de l'Europe de Paris le 28 novembre 2006 citant l'exposé inaugural prononcé par Denis de Rougemont le 27 août 1947 à Montreux, p. 7.

<sup>69</sup> J.-P. Gouzy, *op. cit.*, p.7 "*« Premier principe : la fédération ne peut naître que du renoncement à toute idée d'hégémonie organisatrice, exercé par l'une des nations composantes. »* "

<sup>70</sup> J.-P. Gouzy, *ibid.* " L'expérience helvétique est citée à titre d'exemple. « Lors de notre dernière crise grave, rappelle l'orateur, la guerre civile de 1847 opposant catholiques et protestants, les vainqueurs n'ont rien de plus pressés que de rendre aux vaincus leur pleine égalité de droit. Et de cet acte de renoncement à l'hégémonie conquise, a résulté la Constitution de 1848, véritable base de notre Etat fédératif moderne".

<sup>71</sup> J.-P. Gouzy, *ibid.*

s'ils sont « infidèles au réel, vexants pour les minorités, destructeur des diversités qui sont la condition de toute vie organique », ils sont voués à l'échec. L'exigence fédéraliste signifie « arranger ensemble », « composer tant bien que mal ces réalités concrètes et hétéroclites que sont les nations, les régions économiques, les traditions politiques », en tenant compte de « leurs caractères particuliers »<sup>72</sup>. Il est manifeste que l'Union par sa construction graduelle et pragmatique se situe dans le sillage et la voie tracés par la Confédération helvétique.

Puis, Denis de Rougemont ajoute un *"Troisième principe : le fédéralisme ne connaît pas de problème de minorité"*<sup>73</sup>. Jean-Pierre Gouzy rappelle que *"De Rougemont pensait, là encore, à l'exemple suisse, non seulement « dans le mode d'élection au Conseil des Etats, mais surtout et d'une manière beaucoup plus efficace, dans les coutumes de la vie politique et culturelle, où l'on voit la Suisse romande et la Suisse italienne jouer un rôle sans proportion avec le nombre de leurs habitants ou leurs kilomètres carrés »*<sup>74</sup>". Nul doute que l'Union respecte ce troisième principe directeur puisqu'elle a fait du respect des minorités l'un des critères d'adhésion à l'Union<sup>75</sup>.

A la lumière du quatrième principe directeur, Denis de Rougemont insiste sur ce qui sera la devise des Communautés, "unis dans la diversité", "*« la fédération n'a pas pour but d'effacer les diversités et de prendre toutes les nations en un seul bloc, mais au contraire de sauvegarder leurs qualités propres. »* Là encore, l'orateur personnaliste se réfère à l'exemple suisse. *« Unir n'est pas uniformiser. »* Effectivement, *« si l'Europe doit se fédérer, c'est pour que chacun de ses membres (...) réussisse ainsi à conserver ses particularités et son autonomie »* face aux empires qui bornent l'horizon du monde contemporain<sup>76</sup>.

Pour cinquième principe, Denis de Rougemont prend en considération le fait que *"le fédéralisme repose sur l'amour de la complexité; par contraste avec le simplisme brutal qui caractérise l'esprit totalitaire"*<sup>77</sup>. Une fois encore, l'orateur propose la Suisse en exemple dans la perspective d'une construction à venir de l'union des pays européens. *"Le respect de la « complexité est la condition même de nos libertés »* et là encore de Rougemont évoque l'exemple de la Suisse : *« Cette espèce de mouvement d'horlogerie fine que composent nos rouages communaux, cantonaux, fédéraux, si diversement*

---

<sup>72</sup> J.-P. Gouzy, *ibid.*

<sup>73</sup> J.-P. Gouzy, *op. cit.*, p. 8.

<sup>74</sup> J.-P. Gouzy, *ibid.*

<sup>75</sup> Plus connus sous le nom de critères de Copenhague et adoptés par les Communautés en juin 1993.

<sup>76</sup> J.-P. Gouzy, *ibid.*

<sup>77</sup> J.-P. Gouzy, *ibid.*

*engrenés* »<sup>78</sup>. L'Union est aujourd'hui non seulement le reflet des nations qui la composent, mais également des régions elles-mêmes à telle enseigne qu'un Comité européen des régions est venu compléter les organes des Communautés à partir de 1993.

Le sixième principe procède du précédent en ce sens qu'il postule que le "« fédéralisme se forme de proche en proche par le moyen des personnes et des groupes et non point à partir d'un centre ou par le seul moyen des gouvernements »"<sup>79</sup>. C'est aujourd'hui l'une des évolutions récentes de l'Union qui voit de plus en plus les associations, les syndicats voire les groupes d'intérêt prendre toute leur place dans l'espace politique, économique, social et culturel européen.

Le Congrès de Montreux servit de banc d'essai à un autre Congrès, celui qui se tiendra à La Haye du 7 au 10 mai 1948 réunissant des personnalités de premier plan venues de toute l'Europe dans le but de répondre à l'appel de Churchill lancé à Zurich pour la création des "Etats-Unis d'Europe". Il reviendra à Denis de Rougemont de lire le 10 mai 1948 son fameux "Message aux Européens" à la séance solennelle de clôture de ces "Etats généraux de l'Europe". Denis de Rougemont forme le vœu pour que la liberté de circulation des hommes et des biens, l'élaboration d'une charte des droits fondamentaux, l'instauration d'une Cour de Justice afin de garantir les droits reconnus aux individus, l'avènement d'une Assemblée européenne représentative voient le jour<sup>80</sup>. Ces assises exceptionnelles de La Haye devaient donner naissance au traité de Londres et à la création du Conseil de l'Europe siégeant à Strasbourg dès 1949.

Or, Denis de Rougemont, convaincu de l'excellence des institutions suisses et notamment de son exécutif collégial, ne va cesser de plaider en faveur de son adoption au sein des instances européennes. L'anecdote suivante est significative de la volonté de l'auteur et de l'influence que ce dernier tenta d'exercer auprès des représentants des Etats nationaux. "Un jour, dans les couloirs du Conseil de l'Europe, à Strasbourg, je rencontre un député fran-

---

<sup>78</sup> J.-P. Gouzy, *ibid.*

<sup>79</sup> J.-P. Gouzy, *ibid.*

<sup>80</sup> J.-P. Gouzy, *op. cit.*, p. 10 "1. nous voulons une Europe unie, rendue dans toute son étendue à la libre circulation des hommes et des biens; 2. nous voulons une charte des droits de l'homme garantissant les libertés de pensée, de réunion et d'expression, ainsi que le libre exercice d'une opposition politique; 3. nous voulons une Cour de justice capable d'appliquer les sanctions nécessaires pour que soit respectée cette Charte; 4. nous voulons une Assemblée européenne où soient représentées les forces vives de toutes nos nations; 5. nous prenons de bonne foi l'engagement d'appuyer de tous nos efforts (...) les hommes et les gouvernements qui travaillent à cette œuvre de salut public, suprême chance de paix et gage d'un grand avenir pour cette génération et celles qui suivront".

çais (plusieurs fois ministre depuis) et qui est membre du comité chargé d'élaborer un projet de Constitution européenne. Je lui demandai comment vont les travaux. « Nous butons, me dit-il, sur le problème de l'Exécutif. - Prenez donc notre formule suisse ! - Qu'est-ce que c'est ? » J'explique alors en quelques phrases qu'il s'agit d'un collège de sept membres, qui est le Chef de l'Etat, et qui représente grosso modo les cantons, les partis et les langues. Chacun des sept est un ministre et le demeure pendant l'année où il exerce la fonction honorifique de Président de la Confédération. Le Conseil étudie des projets de loi et les présente au Parlement. Si un projet est rejeté, le Conseil ne démissionne pas, il reprend la question, consulte beaucoup de monde et présente un texte nouveau. Le grand avantage du système, c'est la stabilité de l'Exécutif. « Mais alors il n'y a plus de politique ! » (s'exclame le député en levant les bras au ciel)."<sup>81</sup>

Ce député français dont Denis de Rougemont tait le nom est facile à connaître. Il suffit de consulter la liste des membres du comité chargé d'élaborer en 1950 un projet de Constitution européenne pour découvrir que ce dernier n'était autre qu'André Philip (1902-1970), homme politique et économiste français<sup>82</sup>. En effet, l'Assemblée Générale du Conseil de l'Europe avait décidé d'instituer au cours de sa session du mois de novembre 1950 et à l'instigation du mouvement pour la Paneurope, un comité de dix membres chargé d'élaborer un projet de Constitution européenne, la fonction de Secrétaire général de ce comité était confiée à Richard Coudenhove-Kalergi. Le projet d'une constitution pour l'Europe ne remonte donc pas au 13 juin 2003, date à laquelle les cent cinq membres de la Convention s'étaient accordés pour proposer un projet de traité constitutionnel à l'Europe. Cette idée Richard Coudenhove-Kalergi l'avait eue avant tout autre, son projet de l'Entre-deux-guerres *Paneuropa* en témoigne. Après 1945, le Conseil de l'Europe lui offre une remarquable opportunité. Pour Richard Coudenhove-Kalergi, l'adoption d'une "Constitution" au niveau européen permettrait non seulement d'assigner des limites précises à la liberté des Etats, mais également d'assurer un contrôle

---

<sup>81</sup> Denis de Rougemont, *La Suisse op. cit.*, pp. 123-124.

<sup>82</sup> André Philip homme politique français, docteur en sciences économiques et avocat, député socialiste du Rhône de 1936 à 1940. Il fait partie des quatre-vingts parlementaires qui refusent de voter les pleins pouvoirs à Pétain le 10 juillet 1940. En 1942, il rejoint le général de Gaulle à Londres. Il est ensuite nommé Commissaire à l'Intérieur, puis Commissaire chargé des rapports avec l'Assemblée consultative au Comité français de la Libération nationale d'Alger. Il est réélu député du Rhône en 1946 et siège au Palais-Bourbon jusqu'en 1951. Il est ministre de l'Économie et des Finances du gouvernement Gouin (janvier-juin 1946) puis dans le gouvernement Blum (décembre 1946-janvier 1947). Dans le ministère Ramadier en 1947, il est ministre de l'Économie nationale. Il fait partie de l'Assemblée consultative du Conseil de l'Europe, où il préconise la création de la CECA. André Philip était président du Mouvement socialiste pour les États-Unis d'Europe.



effectif du respect des droits des individus, des minorités, des collectivités et des Etats eux-mêmes, en tant que membres de l'Union.

Denis de Rougemont exerça-t-il une influence singulière sur son interlocuteur ou plus vraisemblablement les idées de Richard Coudenhove-Kalergi ont-elles joué, en l'occurrence, un rôle déterminant au sein du comité ? Quelle que puisse être l'explication, le projet de constitution européenne qui voit le jour le 6 mai 1951 présente un air de parenté indéniable avec la Constitution helvétique.

Qu'on en juge plutôt. Nous avons évoqué à l'occasion de l'anecdote rapportée par Denis de Rougemont son intervention en faveur de l'exécutif collégial suisse. Le projet de constitution européenne dans son paragraphe 2 intitulé "Le Conseil Fédéral" dispose à l'article 12 que les neuf membres du Conseil seront élus par le Parlement fédéral pour quatre ans et que le Conseil restera en fonction jusqu'à la constitution d'un nouveau conseil<sup>83</sup>. A la seule différence du nombre des membres du Conseil fédéral neuf pour le projet européen, sept pour la Confédération helvétique, les autres aspects sont communs au texte du projet et à la Constitution suisse tant pour la durée du mandat qui est de quatre ans, du renouvellement intégral du Conseil dans cette même période et le maintien en fonction jusqu'à la constitution d'un nouveau Conseil.

En ce qui concerne l'organisation et l'exercice du pouvoir exécutif les similitudes sont manifestes. Une répartition des fonctions entre les membres du Conseil existe aussi bien dans le texte du projet que dans la Constitution suisse: chaque membre du Conseil fédéral est placé à la tête d'un département ministériel et sur un strict pied d'égalité<sup>84</sup>. De plus, l'article 15 dispose que le Conseil fédéral élit pour un an l'un de ses membres à la majorité simple en qualité de président et un autre membre en tant que vice-président de l'Union. Le Président du Conseil fédéral est aussi le Président des Etats Unis d'Europe<sup>85</sup>. De la même manière, la Constitution suisse prévoit que l'un des membres du Conseil fédéral assurera pendant un an la présidence de la Confédéra-

---

<sup>83</sup> Entwurf einer europäischen Bundesverfassung 1951 durch das "Verfassungskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa, III. Kapitel Die Bundesbehörden 2. Der Bundesrat Art. 12, "Die vollziehende Behörde ist ein Bundesrat, dessen neun Mitglieder von den Bundesversammlung auf vier Jahre gewählt werden. Der Bundesrat bleibt im Amt bis zur Konstituierung des neuen Rates".

<sup>84</sup> Entwurf, *op. cit.* Art. 13 "Die Befugnisse des Bundesrates werden nach Verwaltungsressorts unter dessen Mitglieder verteilt. Alle Beschlüsse erfolgen im Namen des Bundesrates".

<sup>85</sup> Entwurf, *op. cit.*, Art. 15. "Der Bundesrat wählt auf ein Jahr mit einfacher Mehrheit eines seiner Mitglieder zum Präsidenten und ein anderes zum Vizepräsidenten. Der Präsident und im Falle seiner Verhinderung der Vizepräsident, führt den Vorsitz im Bundesrat. Der Präsident des Bundesrates ist zugleich Präsident der Vereinigten Staaten von Europa".

tion et qu'un vice-président sera désigné dans les mêmes conditions. Bien entendu, le Conseil fédéral doit rendre compte de son action devant le Parlement fédéral<sup>86</sup>.

Comme pour l'assemblée fédérale suisse, le projet propose la solution du bicaméralisme dans le cadre d'un Parlement fédéral avec une Chambre représentant le peuple, appelée Chambre des députés, l'équivalent du Conseil national suisse. Puis, le projet prévoit un Sénat composé des membres des parlements nationaux des Etats associés qui comprend comme son modèle helvétique les députés des assemblées cantonales pour siéger dans un Conseil des Etats. Le mandat des membres de la Chambre des députés est de quatre ans au prorata de la population des Etats membres, soit un député pour au moins un million d'habitants. On retrouve également ici des conditions similaires posées par la Constitution suisse<sup>87</sup>.

De la même manière que pour le modèle helvétique, les chambres ont des pouvoirs égaux et prennent leurs décisions séparément, mais elles délibèrent en commun pour l'accomplissement de certaines fonctions électives, telles que l'élection des membres du Conseil fédéral, des magistrats du Tribunal fédéral, l'adhésion de nouveaux Etats et la révision de la Constitution<sup>88</sup>.

Ce projet ne verra pas le jour, mais l'influence du modèle helvétique sur les esprits européens perdurera en 1957 lorsqu'il s'est agi de déterminer la forme et la composition de l'exécutif de la Communauté européenne. La Commission en tant qu'organe collégial est le reflet du Conseil fédéral. Sa composition, son rôle, ses attributions et ses relations avec le Conseil des ministres et le Parlement accentuent aujourd'hui les traits de ressemblance entre les deux exécutifs.

---

<sup>86</sup> Entwurf, *op. cit.*, Art. 13. "Der Bundesrat ist dem Parlament für alle seine Handlungen verantwortlich".

<sup>87</sup> Entwurf, *op. cit.*, III. Kapitel Die Bundesbehörden 1. Das Bundesparlament Art. 9. "Das Bundesparlament bestehend aus einem Abgeordnetenhaus und einem Senat, übt die gesetzgebende Gewalt des Bundes aus. Das Parlament tagt mindestens einmal im Jahr. Die Völker, die dem Bunde angehören, sind im Abgeordnetenhaus im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungszahl vertreten mit je einem Abgeordneten für jede Million oder für den Bruchteil einer Million. Die Abgeordneten werden in direkten Wahlen auf vier Jahre gewählt, auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes, entsprechend den nationalen Gesetzen jedes Mitgliedstaates. Der Senat besthet aus Vertretern der nationalen Parlamente. Jeder Staat stellt zwölf Delegierte, Staaten unter einer Million nur sechs".

<sup>88</sup> Entwurf, *ibid.*, Art. 9. "Nach jeder Parlamentswahl in ihrer Staaten werden die betreffende Delegationen erneuert. Die beiden Kammern tagen getrennt. Ihre Befugnisse sind jedoch die gleichen, und die Zustimmung beider Kammern ist für jeden Beschluss erforderlich. (...) Art. 11 "Die beiden Kammern des Parlamentes vereinigen sich zur Bundesversammlung in folgenden Fällen : a) Wahl des Bundesrates; b) Wahl der Richter des Bundesgerichtes; c) Aufnahme neuer Mitgliedstaaten; d) Verfassungsrevision".

## B) Une matrice institutionnelle helvétique pour l'Union : le système directorial

Les publicistes contemporains, lorsqu'ils évoquent la Commission, ne manquent pas de rapprocher celle-ci, malgré leur réticence formelle, de l'exécutif collégial suisse. Tel est le cas pour Vlad Contantinesco, qui évoque cette hypothèse sur un mode conditionnel et néanmoins objectif. *"L'important est cependant de constater la permanence d'une matrice institutionnelle, qui, dans sa logique initiale, préfigure incontestablement les institutions fédérales mais dont l'évolution et la pratique conduisent à un résultat moins clairement tranché. Ainsi, chacune des institutions de la Communauté européenne peut être considérée comme la préfiguration d'une institution fédérale. La Commission représenterait et annoncerait l'exécutif collégial (Suisse), en charge de l'intérêt commun, qui dispose de la compétence d'initiative et de celle de l'exécution"*<sup>89</sup>.

Cependant, cette analyse est loin d'être partagée par Paul Magnette qui n'hésite pas à écrire que *"la Commission n'est pas et ne peut pas devenir le gouvernement de l'Union"*<sup>90</sup>. Paul Magnette précise tout d'abord que *"La nature de la Commission reste très ambiguë. D'aucuns, s'inscrivant dans la ligne tracée par De Gaulle, continuent de la percevoir comme un organe technique subordonné du Conseil des ministres. D'autres y voient, en puissance au moins, le gouvernement d'une Union fédérale. A vrai dire, ces deux visions contrastées ne sont pas dénuées de fondement. A l'image du « secrétariat » d'une organisation internationale, la Commission prépare les décisions du Conseil et en suit l'exécution à sa demande; de surcroît, ses membres sont nommés individuellement par les gouvernements - même si ces nominations sont désormais approuvées par le Parlement. Par ailleurs, la Commission est un organe collégial, organisé sur un modèle gouvernemental, dont les propositions sont votées par deux « chambres » et qui peut être démis par l'une d'elles"*<sup>91</sup>. Les deux chambres dont il s'agit ici sont d'une part, le Conseil qui

---

<sup>89</sup> V. Contantinesco, *op. cit.*, p. 127.

<sup>90</sup> P. Magnette, *op. cit.*, p. 107.

<sup>91</sup> P. Magnette, *op. cit.*, p. 128.

joue le rôle de Chambre des Etats<sup>92</sup> et le Parlement qui incarne la Chambre du peuple<sup>93</sup>.

Si au regard des observations de Paul Magnette, nous établissons une comparaison avec les institutions suisses, nous pouvons constater que tout comme son homologue helvétique, la Commission est juridiquement subordonnée aux assemblées qui exercent la haute surveillance sur cette dernière et son administration. Les membres du Conseil fédéral suisse au nombre de sept sont nommés par l'Assemblée fédérale pour quatre ans et ne reçoivent aucune investiture populaire<sup>94</sup>. Dans le cadre de l'Union, le président de la Commission est d'abord élu par le Conseil à la majorité qualifiée avant de recevoir l'approbation du Parlement à la majorité simple. Ensuite, le Conseil adopte à la majorité qualifiée et d'un commun accord avec le président désigné une liste de candidats pour les postes de commissaire, pas plus d'un commissaire par Etat membre. Le collège de la Commission ainsi formé est soumis à un vote d'approbation par le Parlement avant d'être nommé à la majorité qualifiée par le Conseil. La Commission composée de vingt-sept membres est désignée pour cinq ans et forme ainsi un collège solidaire, comme c'est aussi le cas du Conseil fédéral helvétique<sup>95</sup>.

---

<sup>92</sup> Version consolidée du traité instituant la Communauté européenne Cinquième Partie Les Institutions de la Communauté, Titre I Dispositions institutionnelles, Chapitre 1 Article 203 "Le Conseil est formé par un représentant de chaque État membre au niveau ministériel, habilité à engager le gouvernement de cet État membre. La présidence est exercée à tour de rôle par chaque État membre du Conseil pour une durée de six mois selon un ordre fixé par le Conseil, statuant à l'unanimité".

<sup>93</sup> Version consolidée, *op. cit.*, Article 189 "Le Parlement européen, composé de représentants des peuples des États réunis dans la Communauté, exerce les pouvoirs qui lui sont attribués par le présent traité. Le nombre des membres du Parlement européen ne dépasse pas sept cent trente-deux".

<sup>94</sup> Constitution fédérale de la Confédération suisse du 18 avril 1999 (Etat du 8 août 2006), Chapitre 3 : Conseil fédéral et administration fédérale, Section 1: Organisation et procédure, Article 174 Rôle du Conseil fédéral "Le Conseil fédéral est l'autorité directoriale et exécutive suprême de la Confédération"; Article 175 Composition et élection 1. Le Conseil fédéral est composé de sept membres. 2. Les membres du Conseil fédéral sont élus par l'Assemblée fédérale après chaque renouvellement intégral du Conseil national. 3. Ils sont nommés pour quatre ans et choisis parmi les citoyens et citoyennes suisses éligibles au Conseil national. 4. Les diverses régions et les communautés linguistiques doivent être équitablement représentées au Conseil fédéral".

<sup>95</sup> Version consolidée, *op. cit.*, Chapitre 1 Les institutions, Section 3 La Commission Article 214 "1. Les membres de la Commission sont nommés, pour une durée de cinq ans, selon la procédure visée au paragraphe 2, sous réserve, le cas échéant, de l'article 201. Leur mandat est renouvelable. 2. Le Conseil, réuni au niveau des chefs d'Etat ou de gouvernement et statuant à la majorité qualifiée, désigne la personnalité qu'il envisage de nommer président de la Commission; cette désignation est approuvée par le Parlement européen. Le Conseil, statuant à la majorité qualifiée et d'un commun accord avec le président désigné, adopte la liste des autres personnalités qu'il envisage de nommer membres de la Commission, établie conformément aux propositions faites par

Le Conseil fédéral exerce les fonctions de secrétaire de l'Assemblée fédérale et de gouvernement et doit présenter chaque année un rapport de gestion aux chambres<sup>96</sup> ce qui est également une obligation de la Commission<sup>97</sup>. Les Chambres peuvent inviter à tout moment le Conseil fédéral à étudier une question ou préparer un projet de loi. Dans le même temps, le Conseil fédéral a l'initiative des lois (concurrentement avec les députés) et donne son avis sur les propositions qui lui sont adressées par les assemblées. La Commission dispose également de ce droit d'initiative<sup>98</sup>.

Le caractère hybride que décèle Paul Magnette dans les fonctions de la Commission est inhérent à l'évolution d'une Confédération vers une Fédération. Seules quelques modalités d'exercice peuvent différer entre la Commission et le Conseil fédéral helvétique. Mais sur l'essentiel leurs rôles et leurs attributions sont similaires. Dès lors, s'il est souvent difficile de présumer d'une évolution dans le cadre d'une association d'Etats, il existe compte tenu des principes dirigeants que nous avons déjà observés "*la permanence d'une matrice institutionnelle, qui, dans sa logique initiale, préfigure incontestablement les institutions fédérales*" comme l'écrit Vlad Contantinesco<sup>99</sup>.

Point commun supplémentaire, la composition de la Commission dans sa représentation est identique à celle qui prévaut dans le cadre du Conseil fédéral helvétique. L'exécutif de l'Union réunit, en effet, dans un parfait équilibre et une grande stabilité politique l'ensemble des groupes représentatifs des Etats, mais également des partis du Parlement<sup>100</sup>. Tout esprit partisan est banni de la Commission comme c'est également le cas pour le Conseil

---

chaque État membre. Le président et les autres membres de la Commission ainsi désignés sont soumis, en tant que collège, à un vote d'approbation par le Parlement européen. Après l'approbation du Parlement européen, le président et les autres membres de la Commission sont nommés par le Conseil, statuant à la majorité qualifiée.

<sup>96</sup> Constitution fédérale, *op. cit.*, Section 2: Compétences, Article 181 "Droit d'initiative Le Conseil fédéral soumet à l'Assemblée fédérale des projets relatifs aux actes de celle-ci".

<sup>97</sup> Version consolidée, *op. cit.*, Article 212 "La Commission publie tous les ans, un mois au moins avant l'ouverture de la session du Parlement européen, un rapport général sur l'activité de la Communauté".

<sup>98</sup> Version consolidée, *op. cit.*, Article 211 "En vue d'assurer le fonctionnement et le développement du marché commun, la Commission (...) : dispose d'un pouvoir de décision propre et participe à la formation des actes du Conseil et du Parlement européen dans les conditions prévues au présent traité, ..."

<sup>99</sup> *Supra* p.15.

<sup>100</sup> P. Magnette, *op. cit.*, p. 133, "La « surface parlementaire » de la Commission atteignait ainsi des taux proches de 80%, soit un taux proche de celui rencontré en Suisse ou en Autriche dans les périodes de « grande coalition ». La composition de la Commission en termes partisans est d'ailleurs très stable, en sorte que l'on n'y connaît pas d'alternance".

fédéral helvétique. C'est un autre effet du gouvernement collégial<sup>101</sup>. Mais, cette caractéristique se retrouve aussi dans les assemblées européennes. Le Conseil comme le Parlement obéissent à la même logique<sup>102</sup>. *"Cela fait de l'Union européenne, constate Paul Magnette, une forme extrême de « démocratie du consensus »"*<sup>103</sup> Partant, la conclusion s'impose pour cet auteur *"Contrairement aux démocraties majoritaires, les conflits n'y sont pas non plus polarisés autour d'un clivage majeur. L'Union présente à cet égard une configuration proche de celle des petites démocraties « consociatives »"*<sup>104</sup>.

Ce constat est conforme à l'analyse que Carl Friedrich faisait du fédéralisme, c'est-à-dire *"une union de groupes unis par un ou plusieurs objectifs communs, liés par des valeurs, intérêts ou croyances communs, mais conservant leur caractère distinctif de groupes pour d'autres desseins. Il unit sans détruire les individus qui s'unissent et veulent se fortifier; il consiste en la coopération organisée de groupes en tant que groupes"*<sup>105</sup>. Or, Olivier Beaud qui rapporte lui-même cette analyse de Carl Friedrich précise à la suite de ce passage que *"C'est bien la « démocratie consociative » qui rompt d'une certaine manière avec la démocratie libérale en mettant individu et groupe sur le même plan"*<sup>106</sup>.

Dès lors, nous trouvons très contestable l'analyse de Paul Magnette fondée sur l'idée que *"Le rapport des forces partisans et les mécanismes décisionnels conçus pour éviter les confrontations ne font que traduire et consolider cette caractéristique majeure de la « société politique européenne ».* Il est difficile de concevoir, dès lors, que le système institutionnel de l'Union puisse évoluer, à moyen terme, dans un sens fédéral classique. Peut-être le président de la Commission parviendra-t-il, avec le temps à établir un certain leadership; peut-être les partis politiques au sein du Parlement et du Conseil, affirmeront-ils plus nettement leur soutien ou leur opposition au collège. Mais tout cela relève de scénarios très hypothétiques. Si la Belgique, la Suisse ou les Pays-Bas n'ont jamais pu réduire la variété de leurs tensions internes à un clivage bipolaire, on voit mal comment l'Union européenne, qui est traversée

---

<sup>101</sup> P. Magnette, *op. cit.*, p. 175 "Au sein de la Commission, l'esprit de la collégialité empêche les commissaires d'une même famille de former des alliances durables".

<sup>102</sup> P. Magnette, *ibid.*, "Dans le cadre du Conseil, les règles subtiles de pondération des voix et le partage des fonctions de *leadership* encouragent les gouvernements à dégager des décisions unanimes. Le Parlement européen n'échappe pas à la règle: sa configuration politique, conjuguée aux règles de vote, favorise les compromis entre les principaux groupes".

<sup>103</sup> P. Magnette, *ibid.*

<sup>104</sup> P. Magnette, *ibid.*

<sup>105</sup> C. Friedrich, *op. cit.*, p. 188.

<sup>106</sup> O. Beaud, *op. cit.*, pp. 100-101.

*de conflits plus intenses encore, et qui a plus solidement institutionnalisé les pratiques de compromis, peut échapper au gouvernement par consensus*<sup>107</sup>.

Paul Magnette semble tomber ici dans le travers que dénonçait Vlad Contantinesco sous la dénomination de "*statomorphisme*"<sup>108</sup> une approche "*qui entend décrire l'agencement institutionnel communautaire par référence aux catégories du droit public interne*"<sup>109</sup>. Cette bipolarité que Paul Magnette appelle de ses vœux ne peut avoir lieu en l'occurrence. Il n'est pas question pour la Suisse comme pour l'Union de réduire la variété de ce que Paul Magnette qualifie de tensions internes. Les pluralismes politique, culturel et sociologique, l'unité et la diversité sont des caractères inhérents au fédéralisme. Les tensions liées au fédéralisme ne sont donc pas celles qui peuvent exister dans un Etat fédéral classique. Pour l'Union et la Confédération helvétique, les tensions sont d'une tout autre nature. Denis de Rougemont l'avait précisé à propos de la Confédération helvétique. "*L'utopie des cantons, c'est de rêver une indépendance de droit qui ne sacrifierait rien à leur interdépendance de fait. L'utopie du pouvoir central, c'est de rêver une uniformité obtenue par décrets d'Etat aux dépens de la réalité diverse des cantons. Ce complexe de tensions toujours renouvelées et toujours à nouveau composées, est la vie même d'un régime fédéral, le secret de son dynamisme équilibré*"<sup>110</sup>. Au rythme de cet antagonisme, l'Union se trouve sur le chemin d'une Fédération, si elle n'est déjà parvenue à devenir une Fédération. A ce titre, Vlad Contantinesco remarque que "*Considérées du point de vue institutionnel et décisionnel, les Communautés européennes relèvent ainsi simultanément des deux catégories : fédération et confédération constituent bien, ensemble et de manière complémentaire, les deux modèles explicatifs susceptibles d'en rendre compte, chacun pour partie*"<sup>111</sup>. Dès lors, pour cet auteur, il ne fait aucun doute que l'Union "*a basculé depuis longtemps déjà du côté de la fédération*"<sup>112</sup>.

Or, la Suisse nous précède encore une fois sur ce chemin. Un tel constat s'était imposé à Napoléon Bonaparte lui-même comme le rappelle Victor

---

<sup>107</sup> P. Magnette, *op. cit.*, p. 176.

<sup>108</sup> V. Contantinesco, *op. cit.*, p. 128.

<sup>109</sup> V. Contantinesco, *ibid.*

<sup>110</sup> D. de Rougemont, *op. cit.*, p. 98.

<sup>111</sup> V. Contantinesco, *op. cit.*, p. 128.

<sup>112</sup> V. Contantinesco, *op. cit.*, p. 129, "On peut estimer que le domaine recouvert par le droit communautaire est aujourd'hui largement comparable, si ce n'est plus étendu, que celui de la législation fédérale dans les fédérations : peu de secteurs de la législation nationale demeurent hors de l'influence du droit communautaire. En tout cas, selon ce paramètre, les Communautés européennes ont basculé depuis longtemps déjà du côté de la fédération".

Monnier<sup>113</sup>. En effet, confronté à la fin de l'éphémère République helvétique (1798-1803) et à la division "*qui oppose les partisans du système unitaire et donc de l'Helvétique aux fédéralistes, lesquels souhaitent la restauration de la souveraineté des Cantons*", le génie de Bonaparte lui a permis de percevoir immédiatement que la Suisse devait renouer le fil interrompu du lien fédéral. De la parenthèse révolutionnaire, Bonaparte ne conservera que le principe d'égalité. "*D'entrée, le premier Consul impose aux Suisses le rétablissement de la structure confédérale avec la souveraineté des Cantons, rétablissement qui ne peut s'opérer, selon lui, que par la reconnaissance d'un principe fondamental acquis de la Révolution, celui de l'égalité. C'est d'une part l'égalité en droit entre tous individus, qui implique en particulier la renonciation par les familles patriciennes à tous leurs privilèges et d'autre part, l'égalité entre tous les Cantons anciens souverains et anciens sujets. Chaque Canton doit être constitué selon le premier Consul, « ... suivant sa langue, sa religion, ses mœurs, son intérêt et son opinion*»"<sup>114</sup>. Dans sa méthode même, Bonaparte respecte le principe d'égalité entre les partis en présence par une stricte parité des délégués unitaires et fédéralistes<sup>115</sup>. En guise de conclusion de son cours sur la Suisse, Pellegrino Rossi déclare au sujet de l'Acte de Médiation : "*Soyons justes (...) Napoléon comprenait la Suisse et ce n'était pas l'homme des rêveurs*"<sup>116</sup>.

Cependant, l'Acte de Médiation subissait lui-même l'épreuve du temps. Sous l'impulsion du lien fédéral, l'évolution des institutions de la Confédération imposait de nouvelles réformes. Cette situation est aujourd'hui pour nous en Europe un sujet d'étude particulièrement intéressant dans la mesure où *mutatis mutandis*, l'Union se trouve dans une situation identique à celle qu'avait pu rencontrer la Suisse au cours du premier tiers du XIX<sup>ème</sup> siècle. Or, Pellegrino Rossi en prise avec une alternative comparable d'un *statu quo ante* ou d'une évolution de la Confédération se prononçait pour la seconde branche de celle-ci. Son argumentation largement développée dans son *Rapport* à la Diète de Lucerne sur la révision du Pacte de 1815, le 15 décembre 1832, mérite d'être ici reproduite tant elle correspond au choix auquel est actuellement confronté l'Union : "*Toujours est-il cependant que dans certai-*

---

<sup>113</sup> Victor Monnier, *Les péripéties de l'égalité en Suisse, de l'époque révolutionnaire à la première Constitution fédérale*, Euryopa, Institut européen, Université de Genève 2006; voir également V. Monnier, *Bonaparte et la Suisse. Travaux préparatoires de l'Acte de Médiation (1803). Procès-verbal des assemblées générales des députés helvétiques et des opérations de la Commission nommée par le premier Consul pour conférer avec eux*, Genève, Bâle, Helbing et Lichtenhahn, Faculté de droit, Slatkine, 2002.

<sup>114</sup> V. Monnier, *Les péripéties de l'égalité* op. cit., p. 140.

<sup>115</sup> V. Monnier, *Bonaparte et la Suisse*, op. cit., pp. 57-67.

<sup>116</sup> P. Rossi, *Cours d'Histoire Suisse*, éd. par A. Dufour Bâle, Genève, Munich, 2000 34<sup>ème</sup> Leçon, p. 332 in A. Dufour, *D'une Médiation à l'autre* in *Bonaparte, la Suisse et l'Europe*, Schulthess, 2003 p. 37.



nes Confédérations domine, comme pensée dirigeante, l'idée d'une délégation limitée, faite au pouvoir central par les souverainetés particulières. Dans d'autres, cette pensée s'efface presque entièrement et la souveraineté locale ne joue plus qu'un rôle subalterne. (...) ... la souveraineté des cantons est en Suisse le principe historique et fondamental, l'expression du passé et du présent. Mais ce principe, cette expression, aujourd'hui plus que jamais, sont cependant modifiés par une autre idée, par l'idée d'une patrie commune, d'un intérêt général qu'il faut consolider et protéger. (...) En un mot, nous croyons que la Confédération Suisse doit rester dans la première des deux catégories de Confédération que nous avons signalées, en se rapprochant de la seconde autant qu'on peut le faire sans changer de nature"<sup>117</sup>.

Ce faisant, comme le précise Alfred Dufour, Pellegrino Rossi savait que le progrès graduel est un chemin difficile et que des hésitations, des retours en arrière accompagnés de nouveaux élans seraient inévitables<sup>118</sup>. Cette attitude est ce que Carl Schmitt appelait la loyauté ou la courtoisie fédérale que doivent adopter les autorités fédérales et locales. "Elle présuppose une bonne volonté qui accorde une « pause » à l'autre partie, une acceptation du compromis lorsque des tensions sérieuses surgissent"<sup>119</sup>. Comme l'écrit Vlad Contantinesco "Ce qui semble clair, c'est précisément que la réalité communautaire offre justement l'exemple de cet étrange animal qu'évoque le professeur Leben, occupant à lui seul cette place intermédiaire, que jadis, la notion de supranationalité avait déjà cherché à établir, quelque part entre la fédération et la confédération"<sup>120</sup>.

L'exemple de la Suisse constitue un précédent historique pour l'Union et les difficultés pour construire l'Europe ont reçu une réponse avant la lettre comme le rappelle Denis de Rougemont. "L'argument est souvent invoqué par ceux qui estiment que notre continent n'est pas mûr pour unir ses vingt-cinq nations. On déclare que la grande Europe ne saurait se fédérer en quelques lustres, puisqu'il a fallu plus de six siècles aux vingt-cinq petits Etats suisses pour y arriver. Mais l'histoire nous montre le contraire : 1° Qu'il a fallu plus de cinq siècles aux cantons suisses pour ne pas se fédérer solidement et pour faire l'expérience complète des avantages et des faiblesses d'un complexe système d'alliances «confédérales » entre Etats souverains sans pouvoir su-

---

<sup>117</sup> P. Rossi, *op. cit.*, pp. 11, 22.

<sup>118</sup> *Supra* p. 10.

<sup>119</sup> C. Friedrich, *op. cit.* p. 187, "La loyauté fédérale (ou Bundestreue) est demandée aux unités composantes et à leurs représentants; elle attend d'eux un engagement de base envers l'ensemble des besoins du système fédéral (...) La courtoisie fédérale se manifeste par la pratique du *fair play* tant par les officiels fédéraux que locaux. Elle présuppose une bonne volonté qui accorde une « pause » à l'autre partie, une acceptation du compromis lorsque des tensions sérieuses surgissent".

<sup>120</sup> V. Contantinesco, *loc. cit.*, p. 143.

*périeur*"<sup>121</sup>. Il nous appartient de retenir aujourd'hui en Europe l'enseignement et l'expérience de la Suisse.

En conclusion de son ouvrage, *La Suisse ou l'histoire d'un peuple heureux*, Denis de Rougemont écrivait : "*Malgré tout ce qui nous retient mais nous pousse en même temps et nous oblige, je veux le croire avec Victor Hugo : La Suisse, dans l'Histoire, aura le dernier mot. Mais encore faut-il qu'elle le dise!*"<sup>122</sup> Nous serions tentés de compléter aujourd'hui cette invitation et de dire que pour nous, la Suisse a dit son dernier mot. Il appartient désormais à l'Europe de suivre son exemple. Mais, osera-t-elle le faire ?

---

<sup>121</sup> D. de Rougemont, *op. cit.*, pp. 84-85.

<sup>122</sup> D. de Rougemont, *op. cit.*, p. 309.

## **WILLIAM E. RAPPARD, PARLEMENTAIRE INDÉPENDANT À L'ALLIANCE DES INDÉPENDANTS (1941-1943)<sup>1</sup>**

L'épisode parlementaire de la vie de William Rappard, par ailleurs si riche et féconde aux plans scientifique et des services rendus à la Suisse, à la fin de la Première Guerre mondiale et lors de la Conférence de Paris en 1919 tout particulièrement, ne figure pas parmi les plus brillants de la carrière du professeur genevois. Ce mandat parlementaire est néanmoins intéressant à étudier, car il s'inscrit en pleine Deuxième Guerre mondiale et dans une Suisse travaillée par le courant autoritaire, un contexte que vit douloureusement le défenseur de la quasi-défunte Société des Nations et le libéral au sens large qu'était Rappard.

Cet épisode renvoie donc à la question de la nature de l'engagement de l'intellectuel, qui, dans le cas de Rappard, n'a jamais été divorcé de toute considération patriotique et auquel, pendant cette période de guerre, il assignait certaines limites dans sa manifestation publique pour éviter de provoquer l'Allemagne nazie. Il renvoie aussi aux multiples tentatives d'aménager le système économique-social en place et de redéfinir les rapports entre travail et capital, qui fleurissent à cette époque parallèlement au « nationalisme-autoritaire »<sup>2</sup> critiqué par Rappard. Celle du patron de la *Migros*, Gottlieb Duttweiler, et de son parti, l'Alliance des Indépendants, va rencontrer, par diverses circonstances que nous allons voir, les préoccupations de Rappard, d'abord éloignées de l'action directe, puis fortement mobilisées par un groupe

---

\* Ancien adjoint scientifique aux Archives fédérales.

<sup>1</sup> Cet article est le développement d'un chapitre tiré d'un manuscrit sur „William Rappard à l'époque des fascismes, 1933-1945“, dont seul le volet consacré à la politique extérieure a été publié, cf. Daniel Bourgeois, „William Rappard et la politique extérieure suisse à l'époque des fascismes, 1933-1945“, *Etudes et Sources*, Berne, Archives fédérales, 1989, no 15, pp. 7-82. L'auteur avait mis ce chapitre à disposition du professeur Victor Monnier, alors chargé de recherches, pour sa monumentale biographie de Rappard, *William E. Rappard, Défenseur des libertés, serviteur de son pays et de la communauté internationale*, Paris/Champion; Genève/Slatkine; Bâle/Helbing & Lichtenhahn, 1995, 906 p. à laquelle il renvoie naturellement le lecteur. Le professeur Monnier avait retenu quelques citations de ce travail et l'avait heureusement complété. Il nous a fait l'amitié de penser que notre présentation de cet épisode de la vie de Rappard mérite encore publication. Qu'il en soit ici vivement remercié.

<sup>2</sup> Concept utilisé par Rappard dans une lettre à William Martin du 10.3.1933, *J 1 149 1977/135/6* (Fonds William Rappard), Archives fédérales, Berne, désormais AF.

de personnalités genevoises et la passion convaincante de Duttweiler en vue de remédier à la situation créée le 27 mai 1941 par l'interdiction de la Fédération socialiste suisse<sup>3</sup> par le Conseil fédéral. En effet, l'exclusion du Conseil national des quatre conseillers appartenant à la Fédération<sup>4</sup> obligeait de procéder à une élection complémentaire pour remplacer les exclus dont celle des deux conseillers genevois, Léon Nicole<sup>5</sup>, ancien chef du Gouvernement socialiste genevois (1933-1936), et Jacques Dicker, son ami et soutien de longue date, tous deux figures emblématiques de la gauche genevoise, dont la « mise en accusation » par Georges Oltramare, chef de la fascisante Union Nationale<sup>6</sup>, avait été à l'origine de la dramatique fusillade du 9 novembre 1932. Bête noire des partis bourgeois, Nicole fut aussi fortement critiqué par le Parti socialiste suisse qui l'exclut de ses rangs à la suite de son approbation du Pacte germano-soviétique d'août 1939, qui ouvrait la voie au partage de la Pologne et à la Deuxième Guerre mondiale. Ce fut alors que Nicole fonda la Fédération socialiste suisse<sup>7</sup>, dont le Conseil fédéral estimait, non sans quelques hésitations, que la direction avait un « caractère communiste » justifiant son interdiction. Si l'évolution de Nicole et du mouvement communiste indignait Rappard, remarquons tout même qu'avant la collusion de Staline avec Hitler, le professeur genevois avait été, seul de la délégation suisse à la Société des Nations, partisan de l'entrée de l'URSS dans cette institution et qu'à cette époque Nicole avait suffisamment de considération pour Rappard pour le signaler à l'attention bienveillante du Comité de vigilance des intellectuels antifascistes de Paul Langevin<sup>8</sup>.

<sup>3</sup> Cf. Pierre Jeanneret, *Popistes, Histoire du Parti ouvrier et populaire vaudois, 1943-2001*, Lausanne, Editions d'en bas, 2002, pp. 34 ss.; du même auteur, *Léon Nicole et la scission de 1939, contribution à l'histoire du Parti socialiste suisse*, étude multicopiée, chez l'auteur, 1986/1987, pp. 233 ss.; André Rauber « L'époque des « interdictions communistes », *Cahiers d'histoire du Mouvement ouvrier*, Lausanne, AEHMO/ Editions d'en bas, 2004, no 20, p. 153 ss. ; cf. aussi „Rapport du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale concernant l'activité antidémocratique exercée par des Suisses et des étrangers en relation avec la période de guerre (1939-1945“, 3ème partie, L'activité communiste, 21 mai 1946. Berne, *Feuille fédérale*, 1946, vol. I, p. 242 ss.

<sup>4</sup> L'exclusion est du 11/12 juin 1941. Au niveau cantonal genevois, 27 députés furent expulsés du Grand Conseil le 21 juin 1941 et 271 citoyens, dont tous les membres actifs de la Fédération socialiste suisse, étaient frappés d'inéligibilité, cf. Jeanneret, *Popistes...*, p. 36 et *Léon Nicole...*, pp. 236, 243.

<sup>5</sup> Sur Léon Nicole, cf. la récente biographie d'André Rauber, *Léon Nicole, le Franc-tireur de la gauche suisse (1887-1965)*, Genève, Slatkine, 2007, 357 p., Préface de Claude Torracinta, et de nombreux titres que mentionne Rauber, dont le *Temps des passions* de Claude Torracinta (Genève, Tribune éditions, 1978, livre issu d'une série d'émissions TV sur la Genève des années trente).

<sup>6</sup> Sur l'Union nationale, cf. Roger Joseph, *L'Union nationale, 1932-1939, un fascisme en Suisse romande*, Neuchâtel, La Baconnière, 1975, 438 p.

<sup>7</sup> Cf. Jeanneret, *op.cit.* et Rauber, *Léon Nicole...*, pp. 162 ss.

<sup>8</sup> Bourgeois, « William Rappard et la politique extérieure suisse... », pp. 17, 20.

## Rappard en bref

La remarquable biographie de Victor Monnier sur Rappard<sup>9</sup> et les considérations lumineuses que Giovanni Busino a développées sur sa pensée<sup>10</sup> nous dispenseront de nous étendre trop longuement sur cette biographie et cette pensée. Il convient tout de même de rappeler la naissance à New York de Rappard, l'importance de l'influence américaine tout au long de son parcours de vie (qui a joué aussi un rôle dans la formation commerciale de Duttweiler qui se trouve à New-York en 1917, comme Rappard, pour des questions de ravitaillement de la Suisse<sup>11</sup>), son intérêt pour les mécanismes économiques qui expliquent la société et son goût pour l'histoire économique et sociale, déjà manifeste dans sa thèse (et qu'il enseignera à l'Université de Genève avec les finances publiques) mais surtout dans deux ouvrages d'une étonnante modernité : *Le facteur économique dans l'avènement de la démocratie moderne en Suisse*<sup>12</sup> et *La Révolution industrielle et les origines de la protection légale du travail en Suisse*<sup>13</sup>. Dans ce dernier titre, Rappard reconnaît pleinement la détresse ouvrière engendrée par l'industrialisation mais montre aussi comment les autorités, sous la pression démocratique, parviennent à remédier aux abus sans pour autant tuer les avantages du capitalisme.

Bien qu'admettant l'intervention régulatrice de l'Etat dans certains domaines limités, surtout celui de la réglementation des conditions de travail aux plans national et international, Rappard est et restera un libéral croyant profondément aux mécanismes du marché, ennemi des protections douanières et cartellaires, des subventions étatiques, en particulier à l'agriculture suisse, et des manipulations monétaires, toutes convictions qui feront de lui un adversaire résolu de l'autarcie belligène des Etats fascistes mais aussi du keynésianisme - les doctrines monétaires et politiques de Keynes m'ont « toujours paru aussi erronées que néfastes », écrira-t-il à l'économiste français Jacques Rueff<sup>14</sup> - et du socialisme (distinguant toutefois doctrine économique et repré-

---

<sup>9</sup> Cf. note 1.

<sup>10</sup> Cf. sa préface à la réédition de William E. Rappard, *Economistes genevois du XIXe siècle*, Genève, Droz, 1966, XX-270 p.

<sup>11</sup> Alfred A. Häslér, *L'aventure Migros, 60 ans d'une idée jeune*, Editions de la Presse Migros, Lausanne, 1985, p 26. Contrairement à Rappard, envoyé par le Conseil fédéral, Duttweiler travaillait sur une base privée.

<sup>12</sup> Genève, Georg, 1912, 230 p.

<sup>13</sup> Berne, Stämpfli, 1914, 344 p. Grâce à l'heureuse initiative du professeur Gabriel Aubert, une réédition de *La Révolution industrielle...*, préfacée par Victor Monnier, vient de paraître comme volume 27 de la collection *Le droit du travail en pratique/Arbeitsrecht in der Praxis* aux Editions Schulthess (Genève/Zurich/Bâle, 2008, 245 p.).

<sup>14</sup> Rappard à Rueff, 5.6.1946, *J 1 149 1967/113/42*, Archives fédérales, Berne, désormais AF.

sentation politique qu'il juge importante pour l'équilibre de la Suisse du temps de la Deuxième guerre mondiale). On devine que le combat sans merci de Duttweiler contre la vie chère et les multiples artifices qui l'expliquent auront de quoi séduire Rappard.

Avec l'entrée en guerre des Etats-Unis en 1917, les relations américaines de Rappard - il connaissait le président Wilson - vont l'amener à jouer un rôle important dans la diplomatie suisse pour obtenir du blé américain pour la Suisse et comme délégué non officiel du Conseil fédéral à la Conférence de Paris en 1919. Il y déploiera, avec d'autres mais avec une efficacité exceptionnelle, tous ses efforts pour que Genève soit le siège de la Société des Nations et que la Suisse puisse obtenir un statut spécial dans la nouvelle organisation internationale<sup>15</sup>. La Conférence de Paris insère Rappard dans le monde international qui gèrera l'Europe de Versailles. Il sera directeur de la Section des Mandats du Secrétariat de la Société des Nations, puis membre de la Commission permanente des Mandats. En 1927, il fonde l'Institut universitaire de hautes études internationales, « premier centre où l'on ait entrepris en Europe occidentale, de réfléchir globalement à la politique étrangère des nations »<sup>16</sup>, dont il partage la direction avec l'historien français de la Révolution industrielle, Paul Mantoux.

L'écroulement de l'édifice mis en place en 1919 sous l'effet de la Grande Dépression des années 1930, des fascismes et de l'incapacité des Puissances qui l'avaient instauré à le défendre va beaucoup affecter Rappard.

En politique extérieure, il est un adversaire de l'*appeasement* envers les dictateurs, dont il qualifie l'action de « gangstérisme tout à fait conscient et délibéré »<sup>17</sup>, et souhaite que la France et l'Angleterre s'opposent aux ambitions d'Hitler et de Mussolini - « la guerre me paraîtrait peut-être souhaitable »<sup>18</sup>, écrit-il à Ernest Bovet dans les mois qui suivent la Conférence de Munich. En politique intérieure, il pourfend, maintes fois, « l'intolérance élevée à la hauteur d'un principe moral »<sup>19</sup> et fait le procès de l'anti-sémitisme : « S'en prendre, dit-il dans une conférence prononcée à Zurich en

---

<sup>15</sup> Cf. notamment Antoine Fleury, « L'enjeu du choix de Genève comme siège de la Société des Nations », *L'historien et les relations internationales, Recueil d'études en hommage à Jacques Freymond*, Genève, Institut universitaire de hautes études internationales, 1981, pp. 251 ss. et les nombreux rapports de Rappard reproduits dans *Documents diplomatiques suisses*, Berne, Benteli, vol. 7/I, disponibles sur Internet [www.dodis.ch](http://www.dodis.ch)

<sup>16</sup> Selon Jean-Baptiste Duroselle, cf. *Institut universitaire de hautes études internationales, quarantième anniversaire, 1927-1967*, p. 113.

<sup>17</sup> Rappard à Ed. Claparède, 7.10.1938, *J I 149 1977/135/14*, AF.

<sup>18</sup> Rappard à Bovet (Secrétaire général de l'Association suisse pour la Société des Nations), 5.1.1939, *J I 149 1977/135/69*, AF.

<sup>19</sup> Rappard, « L'Université et les temps actuels », allocution rectorale 1936, in *Varia Politica*, Zurich, Ed. Polygraphiques, 1953, p. 17.

1935, aux Juifs suisses de malheurs heureusement inconnus chez nous, parce que l'Allemagne impute à tort aux Juifs allemands les malheurs trop réels qui se sont produits chez elle, ce serait vraiment ajouter le ridicule à l'odieux, la démente à la bestialité »<sup>20</sup>. Sur ces plans Rappard se démarque complètement de la droite maurassienne en Suisse romande et peut rejoindre les vues de milieux de gauche.

Dans le domaine économique, en revanche, il ne voit de solutions pour remédier à la crise que dans l'application des principes de la théorie classique : réduction de la dépense publique, restauration de la compétitivité par la baisse des salaires<sup>21</sup>, stimulation de la concurrence, libre-échange, bref, un programme déflationniste<sup>22</sup>. Comme Duttweiler, dont la *Migros* est victime de l'arrêt fédéral « interdisant l'ouverture et l'agrandissement de grands magasins... »<sup>23</sup>, il a été un adversaire de « l'initiative de crise » lancée par la gauche en 1935, comme lui aussi<sup>24</sup>, il a été critique de la dévaluation du franc suisse en 1936 « capitulation devant des forces supérieures »<sup>25</sup>. Il partageait la foi de Duttweiler dans les vertus du marché, qui permet l'approvisionnement le meilleur marché possible, et sa lutte contre toutes les ententes entre producteurs qui l'entravent. En 1935, dans la première correspondance qu'il échange avec Duttweiler qui l'avait sollicité pour son projet d'Hôtel-Plan, Rappard, sans entrer en matière dans le cas d'espèce, l'assurait néanmoins de son soutien en ces termes : « Für Ihren Hotel-Plan sowie auch für Ihre anderen Aktionen zur Belebung unseres Wirtschaftslebens durch Verbilligung habe ich persönlich die grösste Sympathie. Ich bin überzeugt, dass nur durch Verbilligung ohne oder mit Devaluation, unser Land die gegenwärtige Krise wird

<sup>20</sup> Rappard, *Varia politica*, p. 196.

<sup>21</sup> Rappard a soutenu, notamment, la loi fédérale sur la réduction de 10% du salaire des fonctionnaires fédéraux, cf. Séance de la Nouvelle Société Helvétique du 6 mai 1933, *J 1 149 1977/135/89*, AF.

<sup>22</sup> Cf. Monnier, *op.cit.*, p. 468 ss.

<sup>23</sup> Sur Duttweiler, la Migros et l'Alliance des Indépendants, nous renvoyons le lecteur à l'ouvrage ancien mais fondamental de Jean Meynaud et Adalbert Korff, *La Migros et la politique. L'Alliance des Indépendants*, Mornex-Lausanne, Etudes de sciences politiques, 11, 1965, 351 p. De caractère universitaire également, très utile mais de moindre envergure : Armin Schwendimann, *Wirtschafts- und sozialpolitische Ideen im Landesring der Unabhängigen bis 1947*, Zurich, Juris Verlag, 1971, 198 p. Plus populaires : Hans Munz, *Le phénomène Migros. L'histoire de la communauté Migros*. Trad. Alec Plaut, Zürich/Lausanne, Ex Libris, 1974 (version française), 428 p. et Alfred A. Häsler, mentionné ci-dessus. Cf. aussi le stimulant article d'Hans Ulrich Jost, « Gottlieb Duttweiler: un itinéraire politique », *A tire d'ailes, contributions de Hans Ulrich Jost à une histoire critique de la Suisse*, Lausanne, Antipodes, 2005, p. 357.

<sup>24</sup> Schwendimann, *op.cit.*, p. 91, montre que favorable à la dévaluation en 1934, Duttweiler a changé d'avis en 1936.

<sup>25</sup> Rappard, « La dévaluation du franc suisse et le *New Deal* américain », *La Suisse. Un annuaire national, 1937*, Bâle, Nouvelle Société Helvétique, p. 198.

überwinden können. Soviel es von mir abhängt, werde ich also in bescheidenem Rahmen Ihre Bestrebungen unterstützen.<sup>26</sup>

La victoire allemande sur la France de juin 1940 bouleverse Rappard qui croyait à la supériorité des Alliés, mais cette victoire ne remet pas en cause ses idéaux, sa correspondance, dans laquelle il évoque, par exemple, « les mécréants ou les imbéciles qui tentent de nous faire apparaître comme joyeusement soumis aux maîtres momentanés du continent européen » le prouve amplement. Il demeure toutefois beaucoup plus réservé dans l'expression publique de ses jugements sur les événements et la situation politique, préconisant même « la politique du silence » pour éviter de provoquer les dictatures. Sous la pression de son ami David Lasserre, il y dérogera et écrira un bel article dans *l'Annuaire de la Nouvelle Société Helvétique pour 1940/41*, où il rappelle : « Notre devoir de Suisses, non moins que notre privilège de civilisés, nous obligent à considérer la Société des Nations, son idéal et ses malheurs avec un intérêt et avec une sympathie fraternels » et où il s'en prend aussi très fermement au courant de « rénovation » qui se manifeste alors en Suisse : « Il est de mode aujourd'hui, dans certains milieux helvétiques, de maudire le passé et toutes ses conquêtes. D'aucuns proclament la nécessité d'une révision immédiate de toutes les institutions politiques qui ont fait le bonheur de la Suisse depuis 1848, y compris la démocratie, l'équilibre entre Confédération et cantons, et la neutralité. Me sera-t-il permis d'observer qu'à mes yeux ces réformateurs trop impatients oublient la double leçon de la raison et de l'histoire ? »<sup>27</sup>

## **Le parlement genevois sous la Restauration / rôle des professeurs en politique**

D'après ce que nous avons vu de sa correspondance, les raisons exactes de l'engagement politique de Rappard sont assez difficiles à cerner. Il paraît évident que l'intérêt qu'il avait pris à l'étude du parlement genevois sous la Restauration en ait préparé le terrain malgré toutes les réticences qu'il exprime quant à sa propre entrée en politique.

En effet, dans les mois qui suivent la victoire allemande sur la France, la censure qui s'est exercée dès le début de la guerre contre *La Société des Nations. Bulletin de l'Association suisse pour la SdN* dont il est président et

---

<sup>26</sup> Duttweiler à Rappard, 3.8.1935, *J 1 149 1977/135/17*, AF.

<sup>27</sup> On trouvera toutes les références relatives à ce § et notre analyse sur Rappard dans l'été 1940 in Daniel Bourgeois, « Entre l'engagement et le réalisme : William Rappard et l'Association suisse pour la Société des Nations face à la crise 1940 », *L'Historien et les relations internationales...* cité ci-dessus, p. 215 ss.



l'autocensure qu'il s'impose amènent Rappard à privilégier ses travaux historiques sur les origines de la démocratie libérale et notamment, ce sera le titre d'un ouvrage paru en 1941, sur *La carrière parlementaire de trois économistes genevois (Sismondi, Rossi, Cherbuliez)*<sup>28</sup>. Cette carrière le fascine et dans une lettre à Léopold Boissier, président de l'Union interparlementaire, il reconnaît le rôle utile et actif des professeurs de l'Académie genevoise au sein de ce parlement, même s'il estime qu'aujourd'hui les doubles fonctions de professeur et d'homme politique sont incompatibles et qu'il ne saurait lui-même se lancer dans l'arène :

« Je vous accorde bien volontiers que les professeurs de l'Académie ont joué au Conseil Représentatif un rôle extrêmement actif et exceptionnellement fécond au point de vue législatif. Je suis même disposé à reconnaître, quoiqu'avec moins d'assurance et beaucoup plus de réserve, que la présence au Grand Conseil aujourd'hui de quelques-uns de nos collègues présenterait peut-être un avantage pour la qualité terriblement détériorée de notre législation.

Mais ce qui me paraît évident, ce sont deux choses essentielles :

D'une part je crois incontestable que si à la première moitié de la Restauration tout au moins les professeurs ont pu collaborer activement et utilement aux débats du Conseil Représentatif c'est qu'il n'existait ni en théorie ni même en fait de véritables partis politiques. Les députés jouissaient donc non seulement d'une absolue liberté individuelle dont il ne peut plus être question aujourd'hui, mais ils abordaient vraiment le problème politique avec l'indépendance morale et intellectuelle de véritables savants. Et d'autre part, il est certain d'après des témoignages même des contemporains que même alors, et surtout depuis 1830 ou 1833, l'Académie et la science ont pâti de l'activité politique des professeurs. A partir de 1842 il en est même résulté une véritable catastrophe, puisque tous les professeurs assez naturellement conservateurs, se sont trouvés à la tête du mouvement hostile à celui qui a triomphé partiellement en 1841-42 et radicalement en 1846. Non seulement l'Académie a été pour ainsi dire détruite par l'animosité très naturelle que James Fazy éprouvait à l'égard de ceux qui étaient ses plus ardents adversaires politiques, mais encore la réputation d'impartialité de l'Académie et par conséquent des savants qui y enseignaient, en a reçu un coup dont elle ne s'est peut-être pas encore tout-à-fait relevée aujourd'hui, un siècle plus tard.

Je me sens absolument d'accord avec vous en reconnaissant dans nos démocraties actuelles la nécessité absolue de l'existence de partis politiques bien constitués. Mais c'est précisément l'existence de ces partis et la discipline légitime qu'ils imposent à leurs membres qui constituent l'in-

---

<sup>28</sup> Réédité par Giovanni Busino, *Economistes genevois...* mentionné ci-dessus.

compatibilité à mes yeux des fonctions de professeur d'Université et d'homme politique.

En simplifiant à l'excès ma manière de voir, il me semble qu'elle peut s'exprimer dans le syllogisme suivant : L'impartialité est une condition essentielle à la recherche scientifique. La participation à un parti politique est la négation même de l'impartialité. Donc ceux qui se consacrent à la science doivent demeurer étrangers aux partis politiques.

Je n'ai pas besoin de vous dire que je ne me sens pas du tout animé du dogmatisme dont cette formule semble être l'expression. Ce n'est qu'à moi-même et non aux autres que j'impose la conduite qu'elle me semble commander »<sup>29</sup>.

## Paul Pictet / Le Comité hors parti / Gottlieb Duttweiler

Dans l'entrée en politique de Rappard, il faut également souligner le rôle, tout à fait important, de Paul Pictet<sup>30</sup>, ancien directeur de la Chambre de commerce de Genève, soutenu par quelques personnalités partisans de Rappard<sup>31</sup>. Bien que se situant à droite de l'échiquier politique, ces personnalités étaient peu satisfaites de la politique de ce qu'on appelait à Genève « l'Entente nationale » (apparemment électoral antigauche entre partis dits « nationaux »<sup>32</sup>). Rappelons que dans les années vingt, pour rétablir les finances genevoises, Pictet avait déjà tourné le dos aux formations politiques traditionnelles pour fonder l'Union de Défense économique<sup>33</sup>. Après bien des avatars, sans Pictet et en pleine déliquescence, celle-ci avait fini par fusionner avec l'Ordre Politique National de Georges Oltramare, pour former, en 1932, la fascisante Union Nationale<sup>34</sup> déjà mentionnée.

Le 4 juillet 1941, Pictet s'exprime donc en ces termes à Rappard: « Ce n'est point qu'il s'agisse, en l'espèce, de vous seul. Il s'agit d'essayer de sor-

<sup>29</sup> Rappard à Boissier, 14.1.1941, *J I 149 1977/135/11*, AF.

<sup>30</sup> Dans sa conférence électorale du 19 septembre 1941, Rappard aura cette formule un peu sybilline: „Si par la grâce de M. Paul Pictet et par la confiance du corps électoral, je devais être appelé au Conseil national, malgré tous les partis et tous les journaux politiques de notre bonne ville, il se trouverait bien quelque historien pour en faire honneur à M. Duttweiler“, cf. Rappard, *Varia politica*, p. 116.

<sup>31</sup> Dans la correspondance de Pictet à Rappard apparaissent les noms de Guillaume Fatio, de Léopold Boissier, de Fred Bates et de Paul Logoz (Pictet à Rappard, lettres des 4, 17 et 18.7.1941, *J I 149, 1977/135/6*, AF).

<sup>32</sup> Sur l'„Entente nationale“, cf. Roger Joseph, *L'Union nationale...*, *op.cit.*, p. 254 ss.

<sup>33</sup> Cf. Youssef Cassis, *L'Union de Défense Economique. La bourgeoisie genevoise face à la crise 1923-1932*, Genève, Presses Universitaires Romandes, 1976, 160 p.

<sup>34</sup> *Ibid.*, p. 117 ss. et Joseph, *op.cit.*, p. 92 ss.

tir notre politique cantonale de l'ornière dans laquelle elle est entrée avec l'alliance des partis bourgeois contre Nicole, ornière dans laquelle les intérêts matériels et moraux du pays sont tombés entre les mains du radicalisme le plus profitard »<sup>35</sup>.

Quoique Pictet et son groupe soient également critiques envers l'appareil politique du parti national démocratique (aujourd'hui parti libéral), ils lancent tout de même un ballon d'essai à l'assemblée de ce parti qui devait choisir son candidat à l'élection complémentaire au Conseil national et avancent le nom de Rappard. Il semble, toutefois, que ce dernier ne s'était pas prononcé sur la question de savoir s'il acceptait ou non d'être candidat du parti national démocratique, dont il n'avait jamais été membre. Quoi qu'il en soit, la désignation quasi unanime de l'avocat Georges Haldenwang, assurée par « une camaraderie politique »<sup>36</sup>, qui n'est pas celle de Pictet et de ses amis, les contraint à trouver une autre solution pour promouvoir une candidature de Rappard au Conseil national.

A Pictet, qui l'avait informé de ces démarches, Rappard répond le 19 juillet 1941 en ces termes:

« Ainsi que vous savez, c'est vraiment par goût que je suis toujours resté étranger à la politique de parti et par la conviction de son incompatibilité avec mes fonctions universitaires.

Si je n'ai jamais déclaré qu'une fois pour toutes je n'accepterais en aucune occurrence des devoirs législatifs s'ils m'étaient imposés, c'est parce qu'une telle attitude me paraît indigne d'un citoyen. Mais je serais extrêmement embarrassé si la question venait à se poser vraiment. Je suis du reste absolument rassuré à cet égard. Il y a, d'une part, des candidats très désireux d'être élus et des organisations de partis dont le but principal est d'assurer leur élection. Et, d'autre part, il y a un simple citoyen, étranger et réfractaire à la politique de parti, et M. Paul Pictet qui juge ses mérites avec beaucoup trop d'indulgence. Vous comprendrez que dans ces conditions ma sérénité ne soit pas sérieusement troublée ! »<sup>37</sup>

Rappard n'a donc pris encore aucune décision. Nous ignorons ce qui s'est passé dans les jours qui suivent. On ne peut que constater, sans pouvoir en reconstruire la trame, une conjonction entre les intérêts de Pictet et de son petit groupe, qui deviendra le « Comité hors partis »<sup>38</sup>, absolument convain-

---

<sup>35</sup> Pictet à Rappard, 4.7.1941, *J 1 149, 1977/135/6, AF*.

<sup>36</sup> Pictet à Rappard, 18.7.1941, *ibid.*

<sup>37</sup> Rappard à Pictet, 19.7.1941, *ibid.*

<sup>38</sup> Le „Comité hors partis“, issu du petit cercle initial de personnalités soutenant une candidature Rappard, comprenait un éventail de noms plus large et moins liés au monde politique, comme les professeurs à la Faculté des Lettres de l'Université de Genève

cus qu'il faut pour Genève une personnalité hors du commun au Conseil national, avec ceux de Duttweiler qui a dû voir en Rappard une chance inespérée d'opérer une percée sur la place de Genève, où l'Alliance des Indépendants n'est pas encore implantée puisque se constitue pour l'occasion une modeste section genevoise, pas plus d'ailleurs que les magasins *Migros*, dont le premier d'entre eux ne pourra ouvrir ses portes que le 20 octobre 1945, protégé par une centaine de policiers contre une foule hostile de plusieurs milliers de manifestants<sup>39</sup>.

Le 2 août, Duttweiler n'a pas encore fait la connaissance de Rappard. Prenant prétexte d'un article récent de ce dernier, dont le contenu, dit-il, rejoint ses idées, il lui envoie de la documentation, lui déclare qu'il doit se rendre en Suisse romande et qu'il serait heureux d'avoir l'occasion de discuter de la situation politique et économique de la Suisse<sup>40</sup>. Dans les jours qui suivent, les amis de Rappard (il semble aussi qu'un cousin de ce dernier, Emmanuel Sarasin, député Indépendant au Grand Conseil bâlois ait pu jouer un rôle)<sup>41</sup> et Duttweiler lui-même, qui rencontre le professeur genevois le 12 août à Genève<sup>42</sup>, ont dû le pousser dans ses derniers retranchements et pratiquement réussir à le convaincre qu'il était l'homme de la situation et ne pouvait se dérober à un devoir patriotique. Même alors Rappard est tout sauf enthousiaste et estime que Duttweiler a interprété trop positivement les résultats de leur entrevue.

« Gestern abend erhielt ich, écrit-il à Duttweiler le 14 août, nicht ohne einen gewissen Schrecken, Ihren Express-Brief vom 13. August. Bei Ihrer dynamischen Persönlichkeit geht allerdings alles im Galopp!

Dass ich mich, wie Sie mir es schreiben, „als Kandidat für die Nationalratswahl zur Verfügung“ irgend einer mir völlig unbekanntem und noch nicht gebildeten Gruppe gestellt habe oder auch hätte stellen können, entspricht durchaus nicht meinem Empfinden. Meine Lage ist einfach die:

Wie ich Ihnen wiederholt mitgeteilt habe, habe ich weder Lust noch irgendwie das Verlangen in die aktive Politik einzutreten. Ganz im Gegenteil. Es würde mich dies in jeder Beziehung stören und sich mit meinen beruflichen Pflichten nur sehr schwer in Einklang bringen lassen. Schon mehrfach dazu aufgefordert, habe ich immer erklärt, ich trete nicht hervor und stelle

---

Victor Martin (grec) et Marcel Raymond (littérature française) (*Alliance des Indépendants* (Section de Genève), Journal électoral, 16.9.1941, *J 1 149 1977/135/82*, AF).

<sup>39</sup> Cf. Häslar, *op.cit.*, p. 174.

<sup>40</sup> Duttweiler à Rappard, 2.8.1941, *J 1 149 1977/135/17*, AF.

<sup>41</sup> En tout cas en se portant garant auprès de Duttweiler qu'en cas de victoire, Rappard se joindrait au groupe parlementaire des Indépendants (Duttweiler à Walter Muschg, 21.8.1941, copie, *J 1 149 1977/135/17*, AF).

<sup>42</sup> Cf. Monnier, *op. cit.*, p. 532.

mich keiner Partei zur Verfügung. Allerdings habe ich, als man weiter in mich drang, immer erklärt, eine eventuelle Wahl, zu der ich persönlich in keiner Weise beigetragen hätte, abzulehnen, widerspreche meiner Auffassung der Pflichten eines jeden Bürgers. Diese Erklärung hat mich aber nie beunruhigt, da ich unter dieser Bedingung immer in der getrosten Überzeugung gelebt habe, dass es unmöglich sei, unter den bestehenden Verhältnissen je gewählt, ja auch nur portiert zu werden. Ich halte es auch heute noch so.

Wie Sie sehen, ist zwischen dieser, meiner stets, und auch Ihnen gegenüber beobachteten, Haltung und derjenigen, die mir in Ihrem Schreiben zugeschrieben wird, ein doch ganz bedeutender Unterschied. Sie, Ihre Kollegen und auch die in Bildung begriffene „Alliance des Indépendants“ sollen sich also darüber klar sein, dass ich es im Gegenteil begrüßen würde, wenn Sie einen so gestimmten Schweizerbürger in seiner wissenschaftlichen Ecke sitzen lassen wollten und statt ihm einen aktiven und willigen Kandidaten vorschlagen würden. „Ein solcher lässt sich gewiss ohne grosse Mühe in Genf, auch ausserhalb der bestehenden Parteien finden“<sup>43</sup>.

Rappard souhaitait-il, tout au fond de lui-même, jouer un grand rôle politique et poser des jalons pour une candidature au Conseil fédéral ? Un des numéros du journal électoral édité par l'Alliance présente son portrait face à celui de Gustave Ador<sup>44</sup>, le Comité hors partis de Pictet le voit prédestiné à « occuper au Conseil fédéral le siège qui a été offert à la République et Canton de Genève »<sup>45</sup>, des correspondants l'imaginent déjà conseiller fédéral...<sup>46</sup> Si l'on considère la difficulté qu'il a d' « entrer en politique », on a de la peine à se persuader, même si l'on fait la part d'une éventuelle fausse modestie, que telle était l'ambition de Rappard. Bien après sa difficile expérience parlementaire, il est vrai, il affirmera à Jean Rodolphe de Salis, autre intellectuel suisse proche de Duttwiler<sup>47</sup>: « je ne suis jamais arrivé à me persuader que j'étais destiné et apte à remplir les fonctions auxquelles d'aucuns auraient voulu me voir nommer »<sup>48</sup> (succession du conseiller fédéral Pilet-Golaz<sup>49</sup> après le refus de l'URSS de nouer des relations diplomatiques avec la Suisse).

---

<sup>43</sup> Rappard à Duttwiler, 14.8.1941, *ibid.*, carton 17.

<sup>44</sup> *Alliance des Indépendants* (Section de Genève), Journal électoral, 25.9.1941, *ibid.*, carton 82.

<sup>45</sup> *Alliance...*, Journal électoral, 16.9.1941, *ibid.*

<sup>46</sup> F. Platzhoff-Lejeune à Rappard, 8.9.1941, *ibid.*, carton 38.

<sup>47</sup> Cf. Jean Rudolf von Salis, *Grenzüberschreitungen. Ein Lebensbericht.*, Zürich, Orell Füssli, 1978, p. 61 ss.

<sup>48</sup> Rappard à Jean-Rodolphe de Salis, *ibid.*, carton 43.

<sup>49</sup> Pilet-Golaz démissionna en novembre 1944, suite au refus de l'URSS de nouer des relations diplomatiques avec la Suisse, cf. Edgar Bonjour, *Histoire de la neutralité suisse*, Neuchâtel, La Baconnière, 1970, t.V, p 417 ss. ; Sophie Pavillon, *L'ombre rouge, Suisse-URSS 1943-1944-Le débat politique en Suisse*, Lausanne, Antipodes, 1999, p. 151 ss.

C'est bien, semble-t-il, par sentiment du devoir plus que par ambition personnelle que Rappard s'est laissé entraîner dans cette campagne électorale et lorsqu'il déclare dans sa conférence du 19 septembre 1941 : « Si j'entre dans l'arène, c'est bien malgré moi et en raison de la gravité exceptionnelle de l'heure pour notre canton et pour notre pays »<sup>50</sup>, il exprimait, à notre avis, la stricte vérité. Il s'était convaincu, avec le Comité hors parti et l'Alliance des Indépendants, qu'il y avait une tâche importante d'apaisement à accomplir à Genève, en offrant une alternative à l'électorat d'extrême-gauche et en combattant la vie chère. Dans la conférence susmentionnée Rappard redisait son estime pour les résultats que Duttweiler obtenait en matière de ravitaillement de la Suisse et en matière de prix<sup>51</sup>.

## La campagne électorale

On voit cependant combien est délicate la position de Rappard. Il a beaucoup d'amitiés dans les partis qui forment l'Entente nationale genevoise, singulièrement chez les nationaux démocratiques. Or, sa candidature menace le candidat national démocratique de l'Entente. Il va d'autre part occuper un siège - lui, l'historien de la démocratie - qui n'est vacant qu'à la suite de l'interdiction d'un parti. Si cette situation le profile comme une candidature de rassemblement centriste, elle l'expose particulièrement aux coups des uns et des autres. Enfin, s'il partage certaines idées de Duttweiler, en particulier dans le domaine agricole, dans la lutte contre les cartels et toutes les entraves qui grèvent les prix, il est hostile à celles qui, dans le domaine social surtout, s'éloigneraient trop de l'économie de marché. Sans parler de ses méthodes. Dans sa conférence du 19 septembre déjà mentionnée, Rappard compare Duttweiler aux torrents impétueux qu'il faut canaliser ! Assez naturellement, Duttweiler voudra élargir son électorat à Genève, en courtisant l'extrême droite et surtout l'extrême gauche, ce qui n'aura pas l'heur de plaire à Rappard. On s'étonne aussi que Rappard, qui craint tant les débats publics sur les questions relatives à la guerre, se retrouve peu ou prou, tout indépendant du parti qu'il se veuille, aux côtés d'un homme qui n'a pas ménagé le Conseil fédéral, même dans des affaires touchant aux relations avec l'Allemagne, comme celle de l'affaire de la réception des frontistes en septembre 1940<sup>52</sup> par Pilet-Golaz, dont il avait réclamé la démission.

---

<sup>50</sup> Cf. Rappard, *Varia politica*, p. 158.

<sup>51</sup> *Ibid.*, p. 159.

<sup>52</sup> Sur cette affaire, cf., notamment, Bonjour, *op.cit.*, t. IV, p. 315 ss. Les Indépendants de- manderont, en des termes plus incisifs que les socialistes, la démission de Pilet-Golaz. Duttweiler réitérera cette requête dans une lettre confidentielle aux membres du parlement. Cette lettre faisait état d'informations qu'il avait apprises en Commission

La propagande électorale insistera beaucoup sur le caractère non partisan de Rappard: « un homme et non un partisan ». Elle s'adresse « aux indifférents, aux dégoûtés de la politique ». Elle n'oublie pas un électorat d'origine alémanique, « comblons le fameux fossé », elle proclame la « réconciliation économique avec l'ouvrier et, partant, la réconciliation politique », elle affirme que « la masse des producteurs et des consommateurs a le pas sur les intermédiaires », elle veut créer dans le bassin du Léman un « plan de tourisme », elle souligne aussi le rôle important que les relations anglo-saxonnes de Rappard pourraient jouer à la fin de la guerre, s'incrinant ainsi nettement dans la perspective d'une victoire occidentale<sup>53</sup>.

Contrairement à son attente, Rappard remporte un beau succès lors des élections des 27 et 28 septembre 1941. La liste de l'Alliance des Indépendants, où son nom est cumulé, obtient 17'116 suffrages contre 18'652 à celle de l'Entente, soit 8,2% de suffrages de moins seulement que celle des partis dits « nationaux » qui forment l'Entente. Rappard élimine le candidat national démocratique, moins bien placé que le radical au sein de la liste de l'Entente. La liste socialiste (tendance Charles Rosselet) obtenait 3678 suffrages. Le professeur genevois ne semble toutefois pas avoir mordu beaucoup sur l'électorat de la *Fédération socialiste suisse* interdite, dont les électeurs traditionnels avaient, pour la plupart, inscrit le nom de Léon Nicole sur les listes autorisées, entraînant par là-même leur nullité<sup>54</sup>.

La campagne avait été rude. Etant donné la nouveauté que représentait l'irruption dans les affaires genevoises du patron de la *Migros*, très impopulaire dans le canton, Rappard n'avait pas été ménagé. Une brochure illustrée par Noël Fontatet, qui avait mis son talent pendant de longues années au service du *Pilori* de Georges Oltramare, montrait Rappard escaladant les murailles de Genève en compagnie de Duttweiler (allusion à l'Escalade de 1602) pour jeter à nouveau le trouble dans la Cité, alors que les partis de l'Entente nationale avait si bien réussi, prétendait-elle, à relever la République après la fin de l'expérience Nicole<sup>55</sup>. Le gouvernement genevois lui-même avait interdit une exposition de l'Alliance des Indépendants. Aux yeux de Rappard, cette campagne fut un « débordement de démagogie et de passions partisans »<sup>56</sup>. L'attitude du *Journal de Genève*, qui l'avait qualifié d'« homme de paille » l'a particulièrement affecté. Il y comptait, pourtant, d'excellents amis. A l'un d'eux, Paul Chaponnière, qui lui faisait part du souhait des rédacteurs de le voir reprendre sa collaboration, il répond:

---

des pleins pouvoirs et qui lui vaudront d'être exclu de cette institution, ce qui l'amènera à démissionner du Conseil national, cf. Häsler, *op.cit.*, p. 107-108.

<sup>53</sup> *Alliance...*, Journal électoral, 25.9.1941, J 1 149 1977/135/82, AF.

<sup>54</sup> Pour ces résultats, cf. *La Tribune de Genève*, 1.10.1941, *ibid.*

<sup>55</sup> „Entente nationale ou Migros?“, *ibid.*

<sup>56</sup> Rappard à Marc Chenevière, 27.9.1941, *ibid.*, carton 14.

« Il est donc acquis que pour les lecteurs moyens du *Journal de Genève* je suis un homme de paille, c'est-à-dire un homme méprisable et vénal, aux yeux de la rédaction du *Journal* responsable de tout ce qui s'y écrit. Comme tu le sais, je suis d'humeur assez indépendante à l'égard de mes proches non moins qu'à l'égard de mes adversaires. Cependant je n'ai pas pu demeurer indifférent et insensible aux protestations d'un assez grand nombre de personnes qui me tiennent de près et qui n'ont que ceci de commun, c'est qu'ils me veulent du bien. Ils m'ont représenté que beaucoup de lecteurs du *Journal de Genève*, parmi ceux qui me connaissent et surtout parmi ceux qui m'ignorent, ont éprouvé une violente indignation à me voir traité comme je l'ai été dans vos colonnes pendant plusieurs semaines. De cette indignation, du reste, j'ai trouvé beaucoup d'échos dans mon courrier, qui s'est anormalement enflé à la suite de mon élection. Or, en acceptant votre invitation au lendemain même de cette petite crise, j'aurais l'air aux yeux de tous ces braves gens – je suis bien obligé de les tenir pour tels puisqu'ils ont plus d'amour-propre pour moi que moi-même – de rejoindre sans réserves ceux mêmes dont les propos les ont révoltés à mon sujet. Ils y verraient comme une petite trahison de leur confiance. Et cela, tu le comprendras bien, je dois leur épargner.

Je ne t'en suis pas moins reconnaissant de l'amitié qu'attestent tes lignes et dont je n'ai du reste jamais douté.»<sup>57</sup>

## Défense des principes constitutionnels à Berne

L'étude détaillée de l'activité parlementaire et politique de Rappard dépasserait le cadre de cet article. Il apparaît qu'à Berne, il défend surtout ses idées d'économiste libéral.

Rappard évitera les sujets de politique extérieure, sauf dans le cadre confidentiel de la Commission des affaires étrangères, et encore lui arrive-t-il de demander à Pilet-Golaz son accord sur l'opportunité de lui poser une question sur le problème des relations diplomatiques avec l'URSS<sup>58</sup>. Il ne s'exprime pas non plus, dans le grand débat sur les réfugiés de septembre 1942 (c'est le professeur Walter Muschg qui le fait pour les Indépendants)<sup>59</sup>, alors qu'il est très actif dans ce domaine à la tête du Comité de placement des intellectuels

---

<sup>57</sup> Rappard à Paul Chaponnière, *ibid.*

<sup>58</sup> Rappard à Pilet-Golaz, 25.5.1943, *J 1 149 1977/135/38*, AF.

<sup>59</sup> Procès-verbal du Conseil national, session d'automne 1942, séance du 23 septembre, pp. 119-120, AF; cf. aussi Alfred A. Häslér, *La Suisse, terre d'asile ? La politique de la Confédération envers les réfugiés, de 1933 à 1945*, Lausanne, Rencontre, 1971, p. 182 ss.



réfugiés<sup>60</sup> et que sa correspondance fait état de nombreuses interventions dans des cas précis<sup>61</sup>. On ne sait cependant si cette abstention dans le débat de septembre est délibérée ou si elle résulte de la distribution des tâches au sein du groupe des Indépendants. Dans la question des réfugiés, on lui connaît quand même une intervention au Conseil national, le 16 juin 1943, dans laquelle il s'élève contre « les brutalités innommables pratiquées sur la personne de réfugiés » et réclame une enquête sur ces dernières<sup>62</sup>, mais il ne met pas en question le fond même de la politique du Conseil fédéral.

D'une manière générale, Rappard garde pour lui et ses correspondants toute une série de considérations sur la Suisse et la guerre qui font l'intérêt de sa correspondance, où s'est réfugiée l'expression de ses convictions profondes, et qui, aujourd'hui, confortent les analyses des historiens (pensons à ce qu'il écrit sur la liberté en Suisse au lendemain de la défaite française - « il n'en [la lumière de la liberté] brille plus que quelques timides lueurs chez nous »<sup>63</sup> ou sur les prestations économiques de la Suisse à l'Axe qualifiée par lui d'« arsenal du totalitarisme »<sup>64</sup>). Remarquons aussi que sa mission officielle à Londres<sup>65</sup> (il n'est de retour que pour la seconde semaine de la session d'été du Conseil national<sup>66</sup>) et son voyage privé pour recevoir un doctorat h.c. à Alger, où le débarquement anglo-américain en Afrique du Nord le surprend et le bloque de longues semaines<sup>67</sup>, restreignent son temps de travail parlementaire.

La première intervention de Rappard à Berne porte sur le budget de la Confédération. Il souligne la gravité de la situation financière de celle-ci, la nécessité de développer chez le citoyen « des dispositions favorables au sacrifice. Et il faudrait surtout l'éclairer, ajoute-t-il, pour qu'il en arrive à voir dans ceux qui sollicitent des subventions inutiles, non pas des amis complaisants,

---

<sup>60</sup> Le Comité parviendra, par exemple, à faire émigrer en lieu sûr 312 réfugiés en 1941 et 57 en 1942, cf. Rapports du Comité pour les années 1941 et 1942, *J 1 149/1977/135/63*, AF. Si un/e lecteur/trice de cet article sait où se trouvent les archives de ce Comité, nous lui saurions gré de bien vouloir en informer la rédaction de cette revue.

<sup>61</sup> Cf. Bourgeois, « William E. Rappard et la politique extérieure suisse... », *op. cit.*, p.32 ss. ; Monnier, *op. cit.*, p. 676 ss.

<sup>62</sup> Cf. Bourgeois, « William E. Rappard et la politique extérieure suisse... », *op. cit.*, p. 34.

<sup>63</sup> Rappard à E. Spühler, 6.9.1940, cf. Bourgeois, *L'historien...*, *op. cit.*, p. 224.

<sup>64</sup> « que nous avons, bien malgré nous, été obligés d'être à leurs [les Alliés] yeux et aux nôtres, depuis trois ans », ajoutait-il. ( Rappard à E. Barbey, 25.8.1943. Cf. Bourgeois, *Business helvétique et Troisième Reich*, Lausanne, Editions Page deux, 1998, p. 74).

<sup>65</sup> Cf. Monnier, *op. cit.*, p. 544 ss.

<sup>66</sup> *Journal de Genève*, 9.06.1942.

<sup>67</sup> Cf. Monnier, *op. cit.*, p. 561 ss. et Bourgeois, « Un doctorat honoris causa et un débarquement: William Rappard à Alger (novembre-décembre 1942) », Berne, Hispo, 1987, cahier 8, p. 59.

mais des ennemis de la patrie et presque des traîtres »<sup>68</sup>. Voilà qui est très fort !

Grand adversaire du *Wirtschaftsstaat* - « Je suis de plus en plus frappé de voir combien la subordination des pouvoirs publics aux intérêts particuliers et exclusifs de diverses catégories de producteurs menace l'intérêt général et, par là, la démocratie dans les pays libres »<sup>69</sup>- il en veut particulièrement aux « articles économiques »<sup>70</sup> adoptés par les Chambres au début de la guerre mais jamais soumis au peuple. Membre de la Commission chargée d'examiner la motion Piller demandant au Conseil fédéral de lever l'incertitude juridique résultant de cette situation pour pouvoir prendre des mesures « en faveur de certains groupes et de certaines classes », Rappard propose à la Commission « de retenir les articles économiques lorsque les circonstances permettront une vue plus claire et mieux assurée sur les exigences de l'avenir »<sup>71</sup>. A son avis, les pleins pouvoirs suffisent au Conseil fédéral pour intervenir en faveur des victimes momentanées des circonstances de la guerre. Il craint par-dessus tout qu'à la faveur de la guerre, on modifie « d'une façon générale et permanente la structure économique du pays telle qu'elle résulte de l'évolution des besoins de la consommation et de la technique de production »<sup>72</sup>. Dans leur « Déclaration » au Conseil national, les Indépendants rejettent les articles économiques et la motion Piller qu'ils jugent anticonstitutionnels<sup>73</sup>.

Son souci de rappeler les « vieilles idées-forces » de la Constitution apparaît également dans son vote négatif, le seul parmi les députés genevois<sup>74</sup>, contre l'arrêté du Conseil fédéral restreignant la liberté d'établissement dans le canton de Genève, qui visait à protéger le marché du travail genevois au détriment des travailleurs confédérés désirant gagner leur vie à Genève. Dans un article paru lors de la décision du Conseil fédéral à ce sujet, Rappard écrit :

« Je sais bien que dans certains milieux les conquêtes libérales du XIXe siècle ont mauvaise presse de nos jours. Mais j'ai peine à croire qu'il pourrait en être ainsi en Suisse de la liberté d'établissement. N'est-elle pas en effet une conquête plus nationale encore que libérale? J'ai peine à croire surtout qu'il

---

<sup>68</sup> Procès-verbal du Conseil national, 9.12.1941, p. 174 ss., AF.

<sup>69</sup> Rappard à H. Reymond, 19.12.1941, *J 1 149 1977/135/41*, AF.

<sup>70</sup> Roland Ruffieux, *La Suisse de l'entre-deux-guerres*, Lausanne, Payot, 1974, p. 329 ss.

<sup>71</sup> *Bulletin sténographique officiel de l'Assemblée fédérale*, 1942, session de printemps, 19 mars, p. 24.

<sup>72</sup> Phrase qui figure dans le manuscrit de la proposition Rappard à la Commission, *J 1 149 1977/135/95*, AF.

<sup>73</sup> Intervention Büchi, *Bulletin sténographique...*, *op.cit.*, p.18. Rappard interviendra encore sur cette question le 29 septembre 1942, cf. *Bulletin sténographique*, 1942, session d'automne, pp. 228 ss. Il demandait « de ne pas se laisser entraîner à renier l'art. 31 de la Constitution qui nous lie au libéralisme économique ».

<sup>74</sup> *Bulletin sténographique*, 1943, session de printemps, 31 mars, p. 54.

puisse jamais en être ainsi à Genève, qui, même sous la Restauration, en a été un des défenseurs les plus convaincus. Et pour cause.

Il y a un siècle Genève était par la population la première ville de Suisse. Dépassée tour à tour par Zurich, puis par Bâle, puis par Berne, bientôt peut-être par d'autres villes, elle souffre dès longtemps, on ne le sait que trop, d'une dénatalité absolument anormale. S'il est une ville au monde qui se doive accueillir le plus libéralement possible les travailleurs honnêtes du dehors, ne serait-ce pas précisément la cité dont Calvin avait fait celle du refuge? »<sup>75</sup>

Sur ce point de la liberté d'établissement des Confédérés à Genève, il est évidemment en parfait accord avec ses collègues du groupe des Indépendants, très attentifs à l'électorat d'origine alémanique de Genève.

En revanche, on n'a pas de peine à imaginer l'hostilité que Rappard voue à l'initiative pour le droit au travail que Duttweiler lance en automne 1942. Celle-ci ne tombait pas complètement du ciel. Le droit au travail était une ancienne préoccupation de Duttweiler, qui avait déposé en 1938 sur cet objet une motion au Conseil national, que ce dernier avait repoussée<sup>76</sup>. En 1942, Duttweiler pense avoir plus de succès par la voie de l'initiative. Rappard en est consterné. Que ce droit puisse être recommandé, écrit-il dans *Suisse contemporaine*, « par des esprits hostiles jusqu'ici à l'étatisme, amis de la liberté économique et attachés à la structure fédérale de notre pays, cela, je l'avoue, dépasse mon humble entendement »<sup>77</sup>.

A son collègue, le conseiller national indépendant, Otto Pfändler, il explique en ces termes ses raisons d'être un adversaire convaincu de cette initiative:

« Sie und meine übrigen Kollegen müssen es mir aber nicht übel nehmen, wenn ich schon jetzt sicher bin, dass ich zu den überzeugten Gegnern der Initiative mich werde zählen müssen. Die Frage, um die es sich handelt, gehört nämlich in das Feld der Wirtschaftsgeschichte und der Wirtschaftspolitik, mit der ich mich beruflich schon seit mehr als dreissig Jahren beschäftige. Es kann sich also bei mir nicht um Gelegenheitsmeinung handeln, sondern um eine wirklich tief fundierte Überzeugung.

Entweder, wie ich es schon in Bern bei der Aare unten gesagt habe, wird die Parole « Recht auf Arbeit » nur als ein mehr oder weniger zügiges Schlagwort betrachtet, die dann nur zu Enttäuschungen führen kann. Oder aber man nimmt es ernst, und dann steuert man direkt auf eine totalitäre, vom Staat gelenkte oder sogar übernommene Planwirtschaft zu. Wenn man dem

---

<sup>75</sup> « La liberté d'établissement en péril. », *La Suisse*, 13.8.1942.

<sup>76</sup> Cf. Schwendimann, *op.cit.*, p.166 ss.

<sup>77</sup> W.-E Rappard, « Droit au Travail ? », *Suisse contemporaine*, Lausanne, Imprimerie La Concorde, août 1942, p. 2.

Schweizerbürger ein subjektives Recht auf Arbeit in der Bundesverfassung zusichern wollte, so müsste man logischerweise zu einer entsprechenden festen Bundespflicht zur Verschaffung angemessener Arbeit kommen. Nun kann der Bund gewiss die private Wirtschaft und auch die Kantone und Gemeinden beeinflussen, aber um sie zu verpflichten, müsste er jegliche private, kantonale und gemeindliche Freiheit unterdrücken, oder sonst dann die übernommene Verpflichtung selbst durchführen.

Da ich weder für Volksenttäuschung noch für Verfassungsverletzung, noch für eine ausschliessende staatliche Planwirtschaft bin, so muss ich konsequenterweise auch gegen die Initiative Stellung beziehen »<sup>78</sup>.

Les Genevois ont donc assisté à un étrange événement à la salle de Plainpalais: un débat contradictoire sur l'initiative pour le droit au travail entre Gottlieb Duttweiler et... William Rappard!<sup>79</sup>

Ce constant souci de revenir aux sources constitutionnelles de 1848/1874 et de combattre toute tentative de modifier la Constitution en direction de l'étatisme économique est même à l'origine d'un fâcheux incident pour le prestige de Rappard. Il semble en effet (Rappard affirmera ne pas se souvenir des termes exacts utilisés) que lors d'une réunion de la *Nouvelle Société helvétique* à Genève, au cours de laquelle était discutée le postulat Oeri sur la procédure de révision totale de la Constitution<sup>80</sup>, Rappard ait qualifié le Parlement de « caverne de voleurs ».

Un député, le radical lucernois Max Wey, n'a évidemment pas laissé passer l'occasion de demander à Rappard de se justifier par rapport à ses collègues du Conseil national. Rappard a donc dû présenter ses excuses. Il avait voulu illustrer, dit-il, sans pouvoir affirmer ni nier qu'il ait « commis cette maladresse et l'indécence de s'exprimer de la sorte », « le douloureux conflit dont nous étions tous témoins et victimes à Berne, appelés à prêter le serment solennel de respecter scrupuleusement une Constitution, dont nous étions

---

<sup>78</sup> Rappard à O. Pfändler, 5.10.1942, *J 1 149 1977/135/64*, AF.

<sup>79</sup> „Rappard, der Mann der gegen seine Partei sprach“, *Sie und Er*, 27.3.1943, *J 1 149 1977/135/82*, AF.

<sup>80</sup> « La NSH, réunie à Genève, examine le problème de la Constituante », *La Suisse*, 27.9.1942, *J 1 149 1977/135/82*, AF. Le postulat Oeri, dont Rappard était cosignataire avec les conseillers nationaux Feldmann, Gut, Huber, Maag, Niederhauser et Vodoz, affirmait qu'il était « hors de doute, qu'une fois la guerre terminée, divers milieux de notre population réclameront une révision totale de la Constitution fédérale. » L'actuelle constitution ne prévoyant, comme autorité de révision, que l'Assemblée fédérale, le postulat demandait que le Conseil fédéral étudiât un projet de révision partielle qui permettrait de faire aussi appel à une assemblée constituante, dont les travaux, à leurs yeux, seraient plus rapides et plus rationnels et qui pourrait comprendre d'autres personnes que des parlementaires, cf. *Procès-verbal du Conseil national*, 1942, session d'automne, 23 septembre, p. 150, AF.

ensuite tous appelés à violer dans notre besogne législative des dispositions importantes »<sup>81</sup>. Cette explication vaut ce qu'elle vaut. Mais l'incident illustre bien le malaise que ressentait Rappard devant l'évolution qu'il avait déjà critiquée dans *L'individu et l'Etat*<sup>82</sup> et qui était tellement contraire à son ambition de revenir aux « vieilles idées-forces » à ses yeux si salutaires.

## Eléments de discorde

Ce n'est toutefois pas dans le domaine des idées politiques et de l'action parlementaire fédérale - son indépendance faisait partie du « contrat » passé avec Duttweiler - que Rappard finit par rompre avec lui mais bien plutôt à cause de certaines manœuvres du patron de la *Migros* et de sa stratégie électorale sur la place de Genève.

Contrairement à Rappard, Duttweiler a une vision plus dynamique de la réconciliation des classes sociales à Genève, en ce sens qu'il n'hésite pas à courtiser les représentants des deux extrêmes de l'éventail politique. « Serait-il possible, écrivait-il dans la *Tat* du 20 novembre 1941, de détourner le besoin d'activité des militants extrémistes vers la politique économique ? Si l'on y parvenait, on aurait poussé le conflit politique dans le domaine de l'économie »<sup>83</sup>. Ainsi, à l'occasion des élections cantonales genevoises de novembre 1942, Duttweiler porte sur la liste des Indépendants proposés pour le Grand Conseil aussi bien des membres de l'Union nationale que d'anciens nicolistes<sup>84</sup>, une « alliance des contradictions » selon la formule d'Hans Ulrich Jost<sup>85</sup>. Rappard n'en est guère enchanté :

« Was mir an der Liste der Unabhängigen missfällt, ist durchaus nicht die Abwesenheit unter den Kandidaten von sogenannten vornehmen Gestalten. Ganz im Gegenteil. Von den Herren darunter, die ich kenne, ist der eine ein ausgesprochener und militanter anti-Demokrat, gegen den ich deswegen schon bei einer studentischen Veranstaltung aufgetreten bin. Und ein anderer... aber schweigen wir lieber darüber. Dass Herr de Werra wenigstens nicht zurückgetreten ist, ist jedenfalls sehr zu begrüssen.

---

<sup>81</sup> Mise au point de Rappard parue dans la *Suisse*, 28.9.1942. Pour la discussion de l'affaire au Conseil national, cf. *Procès-verbal du Conseil national*, 1942, session d'automne, 30 septembre 1942, p. 256 ss., AF.

<sup>82</sup> William E. Rappard, *L'individu et l'Etat dans l'évolution constitutionnelle de la Suisse*, Zurich, Ed. Polygraphiques, 1936, IX-568 p. Cf. Monnier, p. 484 ss., Busino, Préface à la réédition de Rappard, *Economistes genevois...op. cit.*

<sup>83</sup> Cité par Häsler, *L'aventure Migros...*, *op.cit.*, p. 114.

<sup>84</sup> « Un beau farceur », *Le Peuple*, 4.11.1942, *J 1 149 1977/135/82*, AF.

<sup>85</sup> Hans Ulrich Jost, « Gottlieb Duttweiler... », *op. cit.*, p. 364.

An Zivilcourage ist sicherlich bei uns, wie anderswo, nicht zu viel vorhanden. Sie müssen aber die Enthaltung von allen vorausgesehenen Kandidaten nicht nur auf dieses Konto stellen. Es ist ganz begreiflich, wenn Bürger, die bisher der aktiven Politik ferngestanden haben, sich nicht ohne weiteres portieren lassen, besonders wenn sie wegen der Zusammensetzung einer Liste und des Programmes Bedenken haben»<sup>86</sup>.

Sur les 16 sièges qu'obtiendra la liste de l'Alliance des Indépendants lors de ces élections du Grand Conseil genevois, 12 reviendront aux membres de l'Union nationale ! « Le parti de Duttweiler n'en recueillit qu'un seul. Le jeu des désistements lui permit cependant d'en gagner trois autres, l'U.N. n'en conservant que onze »<sup>87</sup>!

C'est plus encore les contacts de Duttweiler avec les chefs de la Fédération socialiste suisse, interdite, qui gênent Rappard. Pour faire paraître l'*Action*, organe de l'Alliance des Indépendants en langue française, Duttweiler avait racheté l'imprimerie du Pré-Jérôme à Genève qui imprimait, avant son interdiction, le *Travail* de Léon Nicole.

Lorsque Rappard apprend, en février 1942, que cette imprimerie est toujours exploitée par des proches de Nicole, raison sans doute pour laquelle Berne refuse son  *nihil obstat*  à la parution de l'*Action*<sup>88</sup>, il avertit Duttweiler en ces termes:

« Sollten tatsächlich Ihre Verhandlungen mit Herrn Léon Nicole ihm und seinen nächsten Mitarbeitern, wie Ehrler [André, ancien conseiller d'Etat socialiste du gouvernement Nicole], und der Leitung seiner Bewegung, irgendwelche Beziehungen mit der hiesigen Gruppe des Landesrings voraussetzen oder gestatten, so würde hier die ganze Landesringbewegung in die Luft springen.

Was in den Polizeiberichten stand, auf die sich die Bundesanwaltschaft und Herr Bundesrat Steiger stützen, um dem Wiedererscheinen der *Action* sich zu widersetzen, kann ich *selbstverständlich* nicht wissen. Nur muss ich

---

<sup>86</sup> Rappard à Duttweiler, 24.10.1942, *J 1 149 1977/135/64*, AF.

<sup>87</sup> Roger Joseph, *L'Union nationale*, p. 289, qui donne encore quelques précisions.

<sup>88</sup> Sur cette affaire, cf. notamment, le dossier de la *Division Presse et Radio* (contrôle de la presse et censure), *E 4450/6184*, AF.

Rappelons que la création de nouveaux journaux pendant la guerre était en principe interdite. Des exceptions restaient possibles mais à des conditions très sévères, cf. Arrêté du Conseil fédéral sur la fondation de journaux, revues et d'agences de presse du 30.12.1941, *Recueil officiel des lois*, 1941.

Aux yeux de Berne, ces conditions n'étaient pas remplies dans le cas de l'*Action*, en raison des relations que l'homme d'affaires chargé par Duttweiler de racheter l'imprimerie du Pré-Jérôme, Marc Bloch, entretenait avec le « groupe Nicole ». L'ancien conseiller d'Etat socialiste genevois, André Ehrler, travaillait à cette imprimerie.

Sie dringend bitten, möglichst bald die ganze Angelegenheit in Bern gründlich aufzuklären. Ich kann Ihnen nur wieder bestätigen, was ich Ihnen mehrmals gesagt habe: so wichtig ich die Bestrebung halte, die früheren Wähler Nicles wieder in die Reihen der Genferischen politischen Wählerschaft einzureihen, so absolut verhängnisvoll und verfehlt halte ich jeden Versuch, mit Herrn Nicole und mit seinen nächsten Führern, Dicker, Ehrler, usw., auch nur Besprechungen zu pflegen. Jedenfalls müsste ich mich öffentlich von irgendeinem solchen Versuch distanzieren, wenn es Ihnen nicht möglich oder angezeigt erscheinen sollte, sich selbst mit diesen Herren völlig und bedingungslos zu desolidarisieren »<sup>89</sup>.

Rappard reviendra une nouvelle fois à la charge en juin 1942:

« Der Weg zur Seele der Genfer Arbeiter geht für mich nicht durch Herrn Nicole und Konsorten, sondern im Gegenteil über einen langen Umweg um Letztere herum. Wenn wir in der Öffentlichkeit nicht klipp und klar erklären können, dass wir jede Kontaktnahme mit denen an Moskau verschriebenen Genfer Politikern verabscheuen, so werden wir uns in den Augen des Durchschnittswählers nicht von dem Vorwurf der Kollusion verteidigen können »<sup>90</sup>.

En mai 1943, Rappard semble n'avoir pas exclu totalement la possibilité de briguer un second mandat au Conseil national aux élections de l'automne pour le renouvellement du Parlement<sup>91</sup>. Malgré son indépendance, il garde de bons contacts avec Duttweiler, qui lui exprime son souhait de le voir se représenter et va jusqu'à lui demander son avis sur l'opportunité de sa propre candidature au Conseil national, duquel il avait démissionné en décembre 1940<sup>92</sup>.

Rappard est contre une candidature de Duttweiler et il essayera de le dissuader de la poser. Il s'en explique en ces termes à un député de l'Alliance des Indépendants genevoise:

« Je suis favorable à tout ce qui tend à détourner M. Duttweiler de son intervention dans la politique active, où il paraît avoir une fâcheuse tendance à dérailler, et à le pousser à se cantonner dans le domaine d'activités pratiques, où il excelle »<sup>93</sup>.

Quelques semaines plus tard, il écrit à un autre correspondant:

« Die Lage ist leider so, wie Sie sie schildern. Ich kann selbstverständlich nur für mich reden, aber fast alle meine Fraktionskollegen teilen meine Auffassung. Es wäre u. E. nicht nur für den Landesring, sondern auch für das

---

<sup>89</sup> Rappard à Duttweiler, 21.2.1942, *J 1 149 1977/135/64*, AF.

<sup>90</sup> Rappard à Duttweiler, 30.6.1942, *ibid.*

<sup>91</sup> Rappard à Duttweiler, 17.5.1943, *ibid.*

<sup>92</sup> *Id.* et Duttweiler à Rappard, 22.5.1943, *ibid.*

<sup>93</sup> Rappard à A. Bernoud, 5.5.1943, *ibid.*

Land, ein wahres Unglück, wenn Duttweiler doch seinen Wiedereintritt in den Nationalrat sein schon sehr kompromittiertes Kapital an öffentlichem Vertrauen noch weiter verscherzen würde ».

Et il ajoute quant à sa propre situation:

« Personnellement, je suis en face de nul conflit de conscience, car mon renouvellement à l'automne prochain pour le Nationalrat, en tant que membre de la fraction indépendante, me paraissait exclu, même si on le voulait, ce qui n'est pas le cas. M. Duttweiler a en effet ici à Genève exercé une influence telle, qu'il n'y a plus de groupe indépendant. Avant sa disparition, ce groupe se composait d'éléments hétérogènes, ce qui est évident pour tout le monde. »<sup>94</sup>.

## Pas de deuxième mandat parlementaire

Prétexte ou non, c'est l'affaire du « Dossier B », initiale renvoyant au nom de l'homme d'affaires, Marc Bloch, par l'intermédiaire duquel Duttweiler était en relation avec les chefs de l'ancienne Fédération socialiste suisse, qui décide Rappard de renoncer à une nouvelle candidature au Conseil national. Il est bien difficile de se faire une image exacte de cette affaire<sup>95</sup>, qui met en cause le versement de sommes d'argent à Léon Nicole et à Ehrler. Quels avaient été exactement les rôles respectifs de Bloch et de Duttweiler? Quelle avait été l'étendue de cet appui financier? Duttweiler ne reconnaîtra qu'un honoraire de traduction à l'ancien conseiller d'Etat André Ehrler « car son état de dénuement m'avait été décrit »<sup>96</sup>, mais sur la base des informations en sa possession, Rappard était convaincu que Duttweiler avait dépassé les bornes et c'est en ces termes qu'il annonce sa décision de ne pas se représenter aux élections fédérales de l'automne 1943:

---

<sup>94</sup> Rappard à E. Paravicini, 25.6.1943, *J I 149 1977/135/37*, AF.

<sup>95</sup> Abordée dans la plupart des ouvrages mentionnés à la note 23. Cf. surtout Meynaud/Korff, *op. cit.* p. 104, aussi Monnier, *op. cit.*, p. 603.

<sup>96</sup> Cf. le dossier de cette affaire paru dans *L'Action*, bulletin de l'Alliance des Indépendants Genevois, octobre 1943 (*J I 149 1977/132/82*, AF), qui présente évidemment le point de vue de l'Alliance, et E. Lempen à Walder, 24.9.1943 (*J I 149 1977/135/64*, AF). Le dossier « Presse et Radio » déjà cité (*E 4450/6184*, AF) contient toute une série de documents contradictoires sur cette affaire Bloch, en particulier une lettre d'accusation de Marc Bloch, du 6 août 1943, avec des copies de documents voulant établir que les initiatives des contacts et des versements aux nicolistes venaient bien de Duttweiler et non de lui-même comme ce dernier le lui reprochait. Cf. aussi Pierre Jeanneret, *Léon Nicole...*, *op. cit.* p. 225 ss. ; André Rauber, *Léon Nicole...*, *op. cit.*, p.188 ss.



« Wenn diese Zeilen Sie erreichen, werden Sie vielleicht schon durch die Presse meinen Entschluss, nicht mehr zu kandidieren, erfahren haben. Ich schreibe Ihnen also nur, um Ihnen diesen Entschluss kurz zu begründen. Das Vertrauen, die Freundlichkeit und der seltene Grossmut, die Sie mir trotz unserer oft entgegengesetzten und immer sehr frei ausgesprochenen Meinungen und Auffassungen stets gezeigt haben, verpflichten mich zu dieser Erklärung.

Dass ich nie Lust hatte, in die aktive Politik einzutreten, wissen Sie wohl besser als die meisten. Auch dass meine Unlust während meiner kurzen parlamentarischen Laufbahn eher zu- als abgenommen hat, habe ich Ihnen gegenüber auch nie verschwiegen. Aber wie ich vor zwei Jahren diese persönliche Abneigung überwunden habe, als man von so manchen Seiten an mein vaterländisches Pflichtgefühl appellierte, ohne dass es mir übrigens je ganz verständlich gewesen sei, so würde ich es auch jetzt wieder tun, wenn die Umstände die gleichen wären. Wären sie aber dann gewesen, wie sie heute sind, so hätte ich mir nie erlauben dürfen, die Unterstützung Ihrer Freigebigkeit anzunehmen.

Ich erfahre nämlich durch Kenntnisnahme und Besprechung eines Dossiers, das unser Herr Dr. [Hermann]Walder von Ihnen übermittelt hat, von den Beziehungen, die Sie durch und mit Herrn Bloch in Genf, mit den Herren Nicole und Ehrler bis in dieses Jahr noch unterhalten haben. Sie wissen, wie oft und wie dringend ich Sie gebeten hatte, doch nichts mit diesen Herren zu tun haben, da Sie sie ja doch nicht überzeugen, aber sie Sie sehr wohl kompromittieren könnten.

Nun erfahre ich aber aus der mitgeteilten Korrespondenz, dass die oben genannten Herren von Ihnen nicht so sehr Belehrungen als geldliche Unterstützungen erhalten haben! Das macht es mir einfach unmöglich für eine Wahlkampagne aus gleicher Quelle auch nur einen Rappen für die Unterstützung einer eventuellen Kandidatur anzunehmen.

Ich zweifle weder an Ihrer Ehrlichkeit noch an Ihrer vaterländischen Gesinnung. Mehr als je aber bin ich heute davon überzeugt, dass Ihre seltene Begabung die, für eine erfolgreiche Tätigkeit, unerlässliche Vorsicht und psychologische Urteilskraft, nicht einschliesst. Wenn die Öffentlichkeit von dem Verhältnis Duttweiler-Bloch-Perrier<sup>97</sup>-Nicole-Ehrler erfährt, so wird es [sie ?] Konsequenzen daraus ziehen, die ungerecht sein mögen, die aber für jede von Ihnen unterstützte Bewegung verheerend wirken müssen. Die einzige, für Sie in den hiesigen Kreisen schonende, Erklärung dieser Beziehungen, wäre die eines übertriebenen Optimismus und eines ganz unberechtigten Glaubens an die Bekehrbarkeit fanatischer Kommunisten. Das Volk aber wird

---

<sup>97</sup> Victor Perrier, colonel EMG, ancien chef de « Presse et Radio », avocat de Nicole.

dem erfolgreichen Gründer und Leiter der Mi-Gros nie Leichtfertigkeit und Naivität in Geldsachen zutrauen. Vielmehr wird es Leichtfertigkeit und Naivität denjenigen vorwerfen, die als politische Mitarbeiter von Herrn Duttweiler öffentlich auftreten, ohne selbst umstürzlicher Absichten verdächtigt werden zu können.

Den mir durch diese Tatsachen aufgezwungenen Entschluss, der für mich zur sehr willkommenen Folge hat, mir zu erlauben, mich wieder ungestört meinen wissenschaftlichen und akademischen Berufspflichten zu widmen, muss ich hauptsächlich in einer Hinsicht bedauern. Ich habe von Ihnen persönlich stets die grösste Freundlichkeit und sehr viel Anregung erhalten. Zwischen meinen Fraktionskollegen, die ich Ihnen verdanke, und mir, haben sich Bande der wahren Freundschaft geknüpft, die mir sehr lieb geworden sind und von denen ich hoffe, dass sie sich nie auflösen werden. Auch unter vielen Elementen der Landesringbewegung habe ich einen Geist der wahren politischen Freiheit und des echtsten Schweizertums gefunden, für den ich nur Bewunderung und Sympathie empfinde.

Sie können versichert sein, dass ich, komme was wolle, stets mein Möglichstes tun werde, um Ihnen persönlich und auch diesem Teile Ihrer Bewegung, im bescheidenen Mass meiner Mittel, nützlich zu sein.

In dem Bewusstsein, dem Lande gegenüber das Richtige zu tun, und mit der Versicherung meiner persönlichen Zuneigung, verbleibe ich,

Ihr herzlich ergebener  
William E. Rappard»<sup>98</sup>.

Rappard n'a pas été le seul conseiller national du groupe de l'Alliance des Indépendants à ne pas vouloir se représenter. Ce fut le cas pour huit autres des dix membres que comptait le groupe au Conseil national, une véritable hécatombe<sup>99</sup>! Était-ce seulement à cause du « dossier B »? Le fait que Duttweiler lui-même se soit porté candidat a, semble-t-il, joué un rôle bien plus décisif<sup>100</sup>. Les élections de novembre 1943 furent défavorables à l'Alliance des Indépendants, mais favorables aux socialistes<sup>101</sup>, dont le score ouvrira la porte de l'Exécutif au premier conseiller fédéral socialiste de l'histoire suisse, Ernst Nobs.

---

<sup>98</sup> Rappard à Duttweiler, 24.9.1943, *J 1 149 1977/135/64*, AF.

<sup>99</sup> « Grave crise au sein du Landesring », *Journal de Genève*, 5.11.1943, *J 1 149 1977/132/82*, AF.

<sup>100</sup> Cf. Meynaud/Korff, *op.cit.*, p. 106-107.

<sup>101</sup> L'Alliance était passée de 10 sièges (si l'on compte Rappard) à 5, les socialistes de 45 à 56 sièges, cf. Erich Gruner, *Die Parteien in der Schweiz*, Bern, Francke, 1969, pp. 164, 184.

Amer, Duttweiler dira alors à Rappard son regret de n'avoir pas trouvé en lui l'appui qui lui aurait permis de normaliser la situation à Genève et maintiendra que ce n'était pas une illusion d'avoir voulu gagner des nicolistes connus à la cause de l'Alliance. Au plan national, ce qu'il avait voulu faire lui paraissait bien anodin par rapport à ce que réserverait l'avenir:

« Wie mutet es Sie, verehrter Herr Professor, heute an, dass man aus Angst vor einem ungebärdigen Wort, vor einem Zuviel an Spontaneität oder Aktivismus der eigenen Leute im Rat, der Linken wohl 8-10 Mandate in den Schoss geworfen hat? Wie gefährlich kommen Ihnen meine 2 oder 3 Besprechungen mit Nicole vor, vor der heutigen Kraftprobe zwischen Rechts und Links? Wie radikal erscheint Ihnen noch unsere Initiative « Recht auf Arbeit » angesichts der staatssozialistischen und kollektivistischen Perspektiven, die sich nun dem Bürgertum eröffnen?

Hoffentlich werden im Kreise der « Ehemaligen » diese Zusammenhänge gelegentlich auch diskutiert. Und wenn alles heute noch nicht klar ist, wird eine nahe Zukunft – hoffentlich nicht allzu radikal – dafür sorgen, dass man sich auch in Ihren Kreisen die Tatsachen nicht mehr verhehlen kann »<sup>102</sup>.

## Conclusion

Dans la petite biographie qu'il a consacrée à William Rappard, Albert Picot conclut son paragraphe sur l'épisode parlementaire du professeur genevois par ces mots: « Celui qui avait brillé lors de chacune de ses missions gouvernementales ne semblait pas avoir l'étoffe d'un simple parlementaire »<sup>103</sup>. Rappard l'avait certainement pressenti, lorsqu'il s'était littéralement laissé extraire de ses chères études pour affronter la vie publique. Trop de malentendus et de non-dits avaient présidé à son élection. Il avait voulu introduire trop de nuances dans son engagement au côté de l'Alliance des Indépendants tout en se montrant, parfois, trop direct et désinvolte dans certaines de ses interventions parlementaires. Duttweiler lui-même avait brouillé trop de cartes. Vouloir gagner l'âme des travailleurs genevois en contournant Léon Nicole et ses amis, comme l'avait souhaité Rappard, était une gageure pour un homme d'ouverture certes, mais qui n'avait rien de populaire et demeurait plus que jamais un libéral au sens non partisan du terme.

Remarquons tout de même qu'en frayant avec Duttweiler, en faisant confiance à un homme qui avait une authentique aura populaire, Rappard avait pris quelque distance par rapport à son milieu social. Il avait en tout cas

---

<sup>102</sup> Duttweiler à Rappard, 16.11.1943, *J 1 149 1977/135/64*, AF.

<sup>103</sup> Albert Picot, *Portrait de William Rappard*, Neuchâtel, La Baconnière, 1963, p. 54.

privilegié la dimension américaine de sa personnalité. Les magasins *Migros*, qui font aujourd'hui partie du paysage suisse au point de quasiment l'incarner, étaient à l'époque souvent objet des pires sarcasmes. Dans ses mémoires, Jean Rodolphe de Salis rappelle qu'aux yeux des leaders des partis gouvernementaux, l'ancienne appartenance de Rappard au groupe des Indépendants avait été considérée comme un obstacle à une candidature de ce dernier à la succession de Pilet-Golaz comme ministre des affaires étrangères<sup>104</sup>. Dans son petit livre susmentionné, Picot semble regretter entre les lignes que Rappard ne se soit pas mis sous la bannière de son parti bien ancré dans la tradition (national démocratique à Genève, libéral dans le canton de Vaud). A maintes reprises, cependant, Rappard avait été très critique de l'aile conservatrice de ce parti, surtout en politique étrangère il est vrai, mais aussi dans sa fonction de gardienne de structures sclérosées. « L'assainissement du régime capitaliste » que recherchait Duttweiler et, selon Meynaud/Korff, son objectif « de le débarrasser des traits qui, en Suisse, l'empêchaient de produire la totalité des effets sociaux bénéfiques que lui attribuaient ses défenseurs »<sup>105</sup> rencontraient bien les vues de Rappard et de ses collègues de l'aile droite de l'Alliance des Indépendants.

Les choses ont commencé à se gâter avec l'évolution « gauchisante » de Duttweiler<sup>106</sup>, notamment semble-t-il sous l'influence de son conseiller en matière d'économie publique, Hans Munz<sup>107</sup>. Dans la lettre qu'il lui écrit le 24 juin 1943, au moment de la crise du parti, le conseiller national indépendant Hermann Walder explicite clairement ce malaise : « Les buts politiques que vous défendez et ceux de la majorité de la fraction [groupe parlementaire] ne coïncident plus. Vous parlez depuis quelque temps d'une ouverture vers la gauche en sacrifiant, si nécessaire, l'aile droite de l'Alliance. Nous ne sommes pas d'avis qu'il faille changer en quoi que soit les buts de l'Alliance ... et ne voulons pas non plus abandonner nos amis de droite... »<sup>108</sup>.

Or, Rappard est de ceux-ci. Il fait même l'évolution inverse de celle de Duttweiler et absolutise son libéralisme. La touche d'étatisme que l'initiative sur le droit au travail aurait introduite dans la Constitution – et encore était-

---

<sup>104</sup> Salis, *op.cit.*, p. 125.

<sup>105</sup> Meynaud/Korff, *op.cit.*, p. 62.

<sup>106</sup> Outre ses contacts avec les leaders de l'ancienne Fédération socialiste suisse et son initiative sur le droit au travail, Duttweiler avait préfacé en 1943 une brochure de G.D.H. Cole, no 23 des publications du *Landesring: Der Beveridge-Plan-Sein Inhalt und seine Bedeutung*, Zurich, 1943, mentionnée dans Schwendimann, *op. cit.*, p. 166, note 9.

<sup>107</sup> Dans son livre sur *Le phénomène Migros...*, *op. cit.* p. 145, Munz rappelle qu'il a cosigné avec Duttweiler, en 1945, un mémoire aux membres du Conseil fédéral et aux parlementaires intitulé « Plein-emploi et droit au travail dans une économie libre » dans lequel étaient exposées les idées de Keynes.

<sup>108</sup> Meynaud/Korff, *op. cit.*, p.106.

elle beaucoup plus qu'une assurance-chômage soutenue par une politique résolue de plein-emploi ?- l'avait consterné. Il faisait partie d'une école qui voyait dans les solutions étatiques la voie royale vers un « totalitarisme » bon-enfant ou le totalitarisme tout court, et qui était apparemment aveugle aux conséquences désastreuses de la « rigueur » économique en période de crise. « Nous assistions, impuissants, exaspérés, à cette aberration suicidaire », écrit Raymond Aron dans ses mémoires à propos de la déflation tentée en France par le gouvernement Laval<sup>109</sup>. Dans sa préface aux mémoires du Chancelier Brüning, Alfred Grosser rappelle aussi que sa politique de déflation a « multiplié les électeurs du parti national-socialiste »<sup>110</sup>.

Comme l'a bien montré Giovanni Busino<sup>111</sup>, Rappard était prisonnier du dilemme qu'il posait lui-même en conclusion de *L'individu et l'Etat*: « Que voulons-nous? Sacrifier nos conquêtes libérales et démocratiques à notre étatisation? Ou sacrifier notre étatisation à notre amour de la liberté et à notre volonté de nous gouverner nous-mêmes? »<sup>112</sup>. Il nous semble aujourd'hui qu'une synthèse était possible. Keynes, le *New Deal*, semblaient indiquer la voie. Or, nous avons vu ce que Rappard en pensait. En 1948, dans le cadre de la Société du Mont-Pèlerin, qui réunit une pléiade d'économistes libéraux, dont Friedrich Hayek père des néo-libéraux, Rappard aura même le projet, qui n'aboutira pas, de publier un volume intitulé « Anti-Keynes »<sup>113</sup>.

Lorsqu'il s'agissait de la défense des libertés démocratiques, Rappard pouvait rejoindre la gauche démocratique (mais certes pas les communistes, même après l'invasion de l'URSS par l'Allemagne, nous l'avons vu amplement). Une telle attitude apparaît clairement dans une réponse que Rappard adresse au Comité d'action contre l'élection du Conseil fédéral par le peuple<sup>114</sup>, qui entendait lutter contre l'initiative socialiste en faveur d'un tel mode d'élection. Rappard n'y est pas non plus favorable, du moins pour le temps de

<sup>109</sup> Raymond Aron, *Mémoires*, Paris, Julliard, 1983, p. 132.

<sup>110</sup> Heinrich Brüning, *Mémoires (1918-1934)*, préface d'Alfred Grosser, Paris, Gallimard, 1974, p. 13. Sur ces questions, cf. aussi, les pages excellentes de John Kenneth Galbraith, *Le temps des incertitudes*, Paris, Gallimard, 1978, ch. 7.

<sup>111</sup> Dans sa préface à la réédition de Rappard, *Economistes genevois...*, *op. cit.*, p. XVI.

<sup>112</sup> William E. Rappard, *L'individu et l'Etat...*, *op. cit.* p. 535, cité par Busino (note précédente).

<sup>113</sup> Giovanni Busino, « William Rappard, le libéralisme « nouveau » et les origines de la « Mont-Pèlerin Society », *Revue européenne des sciences sociales*, Genève, Droz, t. XXVIII, 1990, no 88, p. 215. Yves Steiner, « Les riches amis suisses du néo-libéralisme », *Traverse*, Zurich, Chronos, 2007, no 1, pp. 114-126. Pour un dossier « histoire et leçon du néo-libéralisme » écrit dans une perspective de lutte contre le capitalisme contemporain, cf. Perry Anderson, « La construction d'une voie unique » et Charles-André Udry, « Un pèlerin prosélyte », revue *Page Deux*, Lausanne, octobre 1996, pp. 21-33.

<sup>114</sup> Jean Dutoit et Albert Malche (président du Comité) à Rappard, 30.12.1941, *J I 149 1977/135/17*, AF. Cf. aussi Ruffieux, *La Suisse...*, *op. cit.*, p. 416.

guerre, mais alors que le Comité entend surtout faire barrage à l'élection de conseillers fédéraux socialistes, le professeur genevois lui répond: « Je suis favorable à la participation socialiste au Conseil fédéral dès que l'on aura pu trouver un candidat qui mériterait la confiance nationale par son caractère et par son intelligence. »<sup>115</sup> A un autre correspondant, il se déclare même « partisan de l'introduction d'un ou de deux socialistes au Conseil fédéral »<sup>116</sup>. Dès 1941, Rappard était donc partisan de ce qui deviendra « la formule magique ».

En matière économique, en revanche, il lui arrivait de se retrouver en compagnie d'une droite nationaliste, dont il avait combattu les idées dans le domaine de la politique étrangère. Ainsi accepte-t-il de prononcer et de publier une conférence sur les « fondements constitutionnels de la politique économique suisse » sous les auspices du Redressement national<sup>117</sup>. Il accepte aussi de laisser paraître son article sur le droit au travail, en traduction allemande, dans les *Schweizer Monatshefte* de Jan von Sprecher, revue des milieux qui avaient été hostiles à la participation de la Suisse à la Société des Nations<sup>118</sup>.

C'est dire combien la synthèse économique-politique de Rappard avait peu de chance de pouvoir s'insérer dans l'action. On ne saurait nier cependant qu'il existait quand même un dénominateur commun minimum entre les idées de Rappard et celles de Duttweiler, qui, dans ces années, a eu l'audace et le mérite pour un autodidacte de s'entourer d'un certain nombre d'intellectuels (outre Rappard, le germaniste Walter Muschg, l'écrivain et rédacteur de la *Tat* Felix Moeschlin, l'agronome Heinrich Schnyder, l'avocat Hermann Walder) séduits par des formules nouvelles, mais n'aimant pas être tenus en laisse, comme l'écrit de Salis<sup>119</sup>. Ce dernier eut sans doute la prudence de rester encore plus indépendant que Rappard, en refusant tout mandat politique au sein de l'Alliance des Indépendants tout en collaborant à *Die Tat*, mais sachons reconnaître la spécificité de la situation genevoise et, malgré tout, le mérite de Rappard d'avoir essayé, à sa manière élitiste, d'en relever le déficit.

---

<sup>115</sup> Rappard à Dutoit, 26.12. 1941, *ibid.*

<sup>116</sup> Rappard à E. Béguin, 4.11.1941, *J I 149 1977/135/9*, AF.

<sup>117</sup> Rappard à R. Eibel, 7.01 et 9.02.1942, *ibid*, carton 40. Rappard prononce cette conférence le 7 février 1942 lors de l'Assemblée générale du Redressement à Zurich. Son vice-président, Andreas von Sprecher, était aussi membre influent du germanophile *Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz*, qui avait lancé en 1936 un projet d'initiative pour la sortie de la Suisse de la Société des Nations (Bonjour, *Histoire...*, *op. cit.*, vol. III, p. 244).

<sup>118</sup> William E. Rappard, « Recht auf Arbeit? », *Schweizer Monatshefte...*, Zurich, mars 1943, p. 652 ss. Les *Monatshefte* étaient proches du *Volksbund*, mentionné à la note précédente. Cf. Klaus Urner, « Die Gründung der „Schweizerischen Monatshefte für Politik und Kultur“ », *Schweizer Monatshefte*, no 12, Mars 1971.

<sup>119</sup> Salis, *op.cit*, p. 64.

## **ENTWICKLUNGSPFADE IM DEUTSCHEN VERWALTUNGSRECHT MIT RECHTSVERGLEICHENDEN SEITENBLICKEN**

### **Zur Geschichte der Verwaltungsrechtswissenschaft nach dem 2. Weltkrieg**

#### **Einleitung**

Die heutige Verwaltungsrechtswissenschaft betont Kommunikation als neu entdecktes Paradigma.<sup>1</sup> Erst in den letzten Jahren sei das Rechtsverhältnis als Kommunikationsverhältnis erkannt worden. Diese Erzählung macht es sich jedoch zu einfach. Unter vielfältigen anderen Etiketten ist die Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürger vielmehr schon lange Gegenstand der (bundesdeutschen) Verwaltungsrechtswissenschaft gewesen. Um dies zu zeigen, sollen im Folgenden Diskurse der Zukunft zu den Kommunikationsbeziehungen zwischen staatlicher Verwaltung und Privaten rekonstruiert werden. Dabei soll eine vorschnelle Festlegung auf einen bestimmten Kommunikationsbegriff vermieden, stattdessen vielmehr die Bedeutung von Kommunikationsmustern aus dem Referenzgebiet des Allgemeinen Verwaltungsrechts in den Diskursen analysiert werden. Beispiele für Kommunikationsmuster sind Anhörung, Begründung, Akteneinsicht oder Öffentlichkeitsbeteiligung, die sich insbesondere in den Verwaltungsverfahrensgesetzen finden.

---

\* Die Verf. ist wissenschaftliche Assistentin am Institut für Staatswissenschaft und Rechtsphilosophie, Freiburg im Breisgau.

<sup>1</sup> Einflussreich und rechtsgebietsübergreifend *J. N. Druey*, Information als Gegenstand des Rechts. Entwurf einer Grundlegung, Zürich 1995, S. 27: „Kommunikation [...] ist die Information, die im menschlichen, und damit auch im Rechts-Verhältnis fließt.“ Speziell für das Verwaltungsrecht *R. Pitschas*, Allgemeines Verwaltungsrecht als Teil der öffentlichen Informationsordnung, in: W. Hoffmann-Riem/E. Schmidt-Abmann/G. F. Schuppert (Hg.), Reform des Allgemeinen Verwaltungsrechts, Baden-Baden 1993, S. 219 (228).

## Methodologische Vorbemerkung

Der Rekonstruktion der einzelnen Diskurse sollen einige methodologische Bemerkungen vorangehen. Bei einer Gesamtbetrachtung der Verwaltungswissenschaft über die ersten Jahrzehnte (zunächst) der Bundesrepublik hinweg fällt auf, dass aufeinanderfolgende Leitbegriffe die Debatten der Verwaltungswissenschaft, aber auch Rechtsprechung und Rechtspolitik prägten. Insofern mag hier als historiographische Methode auf den ersten Blick ein begriffsgeschichtlicher Ansatz naheliegen. Jedoch interessiert sich die herkömmliche Begriffsgeschichte primär für den Bedeutungswandel einzelner Begriffe über einen sehr langen Zeitraum hinweg, wobei traditionell die sog. Sattelzeit, also die Zeit zwischen 1750 bis 1850, als besonders relevant eingestuft wird.<sup>2</sup> Für die vorliegende Analyse eignet sich diese herkömmliche Begriffsgeschichte daher nicht. Denn zum einen erscheint für den vorliegenden Zusammenhang der aufeinanderfolgende Wechsel verschiedener Leitbegriffe interessanter, zum anderen kann für eine zeitgeschichtliche Untersuchung ohnehin nicht auf die klassische begriffsgeschichtliche Konzeption, wie sie vor allem *Reinhart Koselleck* entworfen hat, zurückgegriffen werden.

Anschlussfähig und fruchtbar erscheint dagegen eine Fortentwicklung der Begriffs- hin zu einer Diskursgeschichte. Zwar mag der Diskursbegriff selbst ob seiner Omnipräsenz und seiner Vereinnahmung durch die unterschiedlichsten Theorien in Misskredit geraten sein. So oszilliert er zwischen dem Habermasschen und dem Foucaultschen Diskursverständnis, um nur die beiden bekanntesten Diskursbegriffe zu nennen, ohne dass bei der häufigen Begriffsverwendung deutlich würde, von welchem Verständnis jeweils ausgegangen wird. Dennoch ist es der Geschichtswissenschaft in den letzten Jahren gelungen, ein überzeugendes methodologisches Konzept für eine Diskursgeschichte vorzulegen. Danach können Diskurse mit *Achim Landwehr* verstanden werden als „regelmäßige, strukturierte und sich in einem systematischen Zusammenhang bewegend Praktiken und Redeweisen, die einen gewissen Grad der Institutionalisierung erreicht haben und benennbaren Formationsregeln unterliegen“.<sup>3</sup>

Die Strukturierung der nun folgenden Diskursgeschichte möchte ich anschaulich machen anhand eines von mir entwickelten Modells, des „Sieben-

<sup>2</sup> Zur Methode der Begriffsgeschichte s. *R. Koselleck*, in: O. Brunner/W. Conze/R. Koselleck (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*, Stuttgart 2004 (1972), Bd. 1, S. XIII ff. (XIX); *ders.*, *Richtlinien für das Lexikon politisch-sozialer Begriffe der Neuzeit*, *Archiv für Begriffsgeschichte* 11 (1967), S. 81 ff.

<sup>3</sup> *A. Landwehr*, *Diskurs – Macht – Wissen*, *Archiv für Kulturgeschichte* 85 (2003), S. 71 (105); s. zu den verschiedenen Diskursbegriffen auch *ders.*, *Geschichte des Sagbaren. Einführung in die Historische Diskursanalyse*, Tübingen, 2001, S. 65 ff.



Hügel-Modells“: Jeder ‚Hügel‘ steht dabei für einen Diskurs in der Geschichte der Bundesrepublik, wobei die Hügelform – eine Glockenkurve – das An- und Abschwellen eines Diskurses, also seine unterschiedliche Intensität vor Augen führen soll. Jedem ‚Hügel‘ ist ein Schlüsselbegriff zugeordnet, nämlich derjenige, der zu einer gewissen Zeit zu diskursiver Geltung aufgestiegen ist, um ein Problem oder eine Herausforderung eines bestimmten Zeitabschnitts für die Verwaltungs(rechts)wissenschaft zu thematisieren.<sup>4</sup>

## Kodifikation

Soweit in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg die Frage nach den Kommunikationsmustern gestellt wurde, fand sie sich zunächst eingebettet in den Diskurs um ein zu kodifizierendes Verwaltungsverfahren. Anders als Österreich besaß Deutschland ebenso wenig wie die Schweiz ein Verwaltungsverfahrensgesetz. Dagegen hatte Österreich schon 1925 mit dem AVG als Ausfluss der Kelsenschen Bundesverfassung ein höchst, kommunikationsfreundliches<sup>5</sup> Verwaltungsverfahrensgesetz erlassen, auf das 1950 zurückgegriffen werden konnte.<sup>5</sup>

Zwar hatten einige deutsche Bundesländer, zumeist in der Zeit der Weimarer Republik, Entwürfe zum Verwaltungsverfahren konzipiert. Aber vorherrschend war doch die alte Auffassung, wie sie sich schon bei *Otto Mayer* findet,<sup>6</sup> dass diese Fragen dem Innenbereich des Staates zuzuordnen seien und damit unregelt bleiben müssten. In der frühen Bundesrepublik wurden in der Praxis die Rechtsprobleme jedoch immer drängender, weswegen sich die Bundesregierung 1956 entschloss, eine Sachverständigenkommission zu beauftragen, Vorschläge zur Regelung des Verwaltungsverfahrens zu entwi-

---

<sup>4</sup> Vgl. *A.-B. Kaiser*, Die Kommunikation der Verwaltung. Diskurse zu den Kommunikationsbeziehungen zwischen staatlicher Verwaltung und Privaten in der Verwaltungswissenschaft der Bundesrepublik, Baden-Baden 2008, im Erscheinen, § 2 III.

<sup>5</sup> Österreichisches Bundesgesetz vom 21. 7. 1925 über das allgemeine Verwaltungsverfahren (Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz – A.V.G.), BGBl. Nr. 274, in Kraft getreten am 1. 1. 1926, wiederverlautbart durch die Kundmachung der Bundesregierung vom 23. 5. 1950 (BGBl. Nr. 172). Das AVG war in erster Linie von dem Leiter des österreichischen Verwaltungsgerichtshofes *E. Mannlicher* konzipiert worden, s. den Diskussionsbeitrag von *W. Antonioli*, VVDStRL 17 (1959), S. 234 (235). Verfassungsrechtlicher Hintergrund des Gesetzes ist der sog. Totalvorbehalt des Art. 18 I des Österreichischen Bundesverfassungsgesetz, wonach die „gesamte staatliche Verwaltung [...] nur aufgrund der Gesetze ausgeübt werden“ darf.

<sup>6</sup> *O. Mayer*, Deutsches Verwaltungsrecht, Band 1, 3.A., München und Leipzig 1924, S. 62 f.: „Nur eine weltfremde Verschobenheit könnte sich die Arbeit des Staates für seine Zwecke, die lebendige Verwaltung, schlechthin eingezwängt denken in die festumschließenden gleichmäßigen Formen der Justiz“.

ckeln.<sup>7</sup> Spätestens mit diesem Zeitpunkt sollte die Kodifikation des Verwaltungsverfahrens die Verwaltungsrechtswissenschaft beschäftigen – bis zum späten Erlass des Bundesverwaltungsverfahrensgesetzes im Jahre 1976.<sup>8</sup> Auffällig ist, dass zur gleichen Zeit auch in der Schweiz die Kodifikation eines Bundesverwaltungsverfahrens diskutiert wurde, wobei das „Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren“ hier aber bereits ein knappes Jahrzehnt zuvor erlassen wurde (20. Dezember 1968).<sup>9</sup>

In Deutschland lässt sich die lange Verzögerung der Kodifikation u. a. damit erklären, dass die deutschen Staatsrechtslehrer nicht mit einer Stimme sprachen. Drei verschiedene Strömungen lassen sich insoweit ausmachen. Die erste Bewegung um *Carl Hermann Ule* kämpfte unter *rechtsstaatlichen* Vorzeichen für eine bürgerfreundliche Regelung. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stand die Anhörung; diese sei vom Rechtsstaatsprinzip zwingend gefordert. Auf diesen hier bedeutsamen Zusammenhang zwischen Verfassungsrecht und Verwaltungsrecht hatte 1959 der damalige Präsident des BVerwG, *Fritz Werner*, erstmals aufmerksam gemacht mit seinem Diktum „Verwaltungsrecht als konkretisiertes Verfassungsrecht“<sup>10</sup> – gleichsam als Gegenentwurf<sup>11</sup> zu *Otto Mayers* Motto „Verfassungsrecht vergeht, Verwaltungsrecht besteht“<sup>12</sup>. Zugleich war damit der Grundstein der Konstitutionalisierung gelegt,<sup>13</sup> die ihren Ausgangspunkt im Rechtsstaatsprinzip fand.<sup>14</sup> Auch an dieser Stelle fallen Parallelen zur Entwicklung des schweizerischen Ver-

<sup>7</sup> In demselben Jahr war in der Schweiz im Auftrag des eidgenössischen Justizdepartements von *M. Imboden* ein „Entwurf eines Bundesgesetzes über das Verwaltungsverfahren“ ausgearbeitet worden.

<sup>8</sup> Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) vom 25. Mai 1976, BGBl. I, S. 1253 ff.

<sup>9</sup> Näher zum Prozess in der Schweiz, der schließlich in die Kodifikation mündete, *E. Fischli*, Einführung, in: C. H. Ule (Hg.), Verwaltungsverfahrensgesetze des Auslandes, Berlin 1967, S. 605 ff. *Fischli* dokumentiert auch die Verwaltungsverfahrensgesetze – zumeist „Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege“ genannt – der einzelnen Kantone.

<sup>10</sup> *F. Werner*, „Verwaltungsrecht als konkretisiertes Verfassungsrecht“, DVBl. 1959, S. 527 ff.

<sup>11</sup> *C. Schönberger*, „Verwaltungsrecht als konkretisiertes Verfassungsrecht“, in: M. Stollreis (Hg.), Das Bonner Grundgesetz, Berlin 2006, S. 53.

<sup>12</sup> *O. Mayer*, (Fn. 6), S. 6.

<sup>13</sup> *G. F. Schuppert/C. Bumke*, Die Konstitutionalisierung der Rechtsordnung. Überlegungen zum Verhältnis von verfassungsrechtlicher Ausstrahlungswirkung und Eigenständigkeit des „einfachen“ Rechts, Baden-Baden 2000.

<sup>14</sup> Zur Rückkehr zum Rechtsstaat *M. Stolleis*, Verwaltungsrechtswissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, in: D. Simon (Hg.), Rechtswissenschaft in der Bonner Republik. Studien zur Wissenschaftsgeschichte der Jurisprudenz, Frankfurt a. M. 1994, S. 227 (236 ff.), sowie *A. Voßkuhle*, Allgemeines Verwaltungs- und Verwaltungsprozessrecht, in: D. Willoweit (Hg.), Rechtswissenschaft und Rechtsliteratur im 20. Jahrhundert, München 2007, S. 935 ff.

waltungsrechts ins Auge, das ebenfalls als vom Rechtsstaatsprinzip durchdrungen angesehen wurde.<sup>15</sup>

Gegen die Kodifikationsbestrebungen in Deutschland wandte sich insbesondere eine Richtung, die vorsichtig als *Schmitt*-Schule bezeichnet werden kann: Eine Kodifikation mit rechtsstaatlich determinierten Kommunikationsmustern bedeutete für sie ein Hemmnis der entscheidungsstarken Verwaltung. Schließlich sollte eine weitere Gruppe unter den Verwaltungsrechtswissenschaftlern ebenfalls beträchtlichen Einfluss auf die Kodifikation gewinnen: Es waren diejenigen, die ein ausdifferenziertes Gerichtsverfahren gegen ein starkes Verwaltungsverfahren ausspielten.

*Ergebnis* der jahrzehntelangen Diskussionen war in Deutschland dann ein Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG), das bis heute die Spuren aller drei Richtungen in sich trägt, da sich die Kodifikatoren nur vordergründig durchgesetzt hatten. Denn ausgeprägte Heilungsvorschriften sorgen bis heute dafür, dass Fehler bei Anwendung der Kommunikationsmuster wie der Anhörung des Bürgers, der Begründung eines Verwaltungsaktes etc. in vielen Fällen unbeachtlich sein können (§§ 45 und 46 VwVfG). Insoweit hatten sich die Kodifikationskritiker, vereint mit den Befürwortern eines starken Gerichtsverfahrens, durchgesetzt. Zugleich fand in den erwähnten Unbeachtlichkeitsvorschriften das für das deutsche Verwaltungsrecht prägende Prinzip der Ergebnisgerechtigkeit seinen Niederschlag, das Verwaltungsverfahren mit samt der Verwaltungskommunikation wurde zum *dienenden Verfahren* herabgestuft.

## Automation

In den 1960er Jahren trat ein weiteres Aufmerksamkeitsfeld der Verwaltungswissenschaft hinzu, das einerseits durch eine sich frisch herausbildende Verwaltungslehre bestimmt wurde, andererseits auch im Fokus der *Forsthoff*-Schule stand. Es handelt sich im weitesten Sinne um die Frage des Einflusses der Technik auf die Verwaltung, zumeist verhandelt unter dem Stichwort der Automation. Anfangs herrschte dabei eine technikkritische Einstellung vor. Die gesamtgesellschaftliche Diskussion, die u. a. um den Begriff der Entfremdung kreiste,<sup>16</sup> fand so auch in die Verwaltungsrechtswissenschaft Eingang.

---

<sup>15</sup> Zu denken ist etwa an den bereits aussagekräftigen Titel des Lehrbuchs von Z. *Giacometti*, Allgemeine Lehren des rechtsstaatlichen Verwaltungsrechts, Zürich 1960.

<sup>16</sup> P. *Nolte*, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert, München 2000.

Rückblickend kommt der heute längst vergessenen Automationsdebatte vor allem in zweifacher Hinsicht Bedeutung zu:

Zum einen ist es ihr Verdienst, die Bedeutung der Begriffe Information und Kommunikation für Verwaltung und Verwaltungsrecht herausgearbeitet zu haben, die heute zu Schlüsselbegriffen der Verwaltungs(rechts)reform geworden sind. Eine besondere Rolle nahm hier der Grenzgänger *Niklas Luhmann* ein, der diese Begriffe für seine frühen systemtheoretischen Schriften aus der Kybernetik rezipierte, dessen Beiträge jedoch, weil aus der Feder eines Verwaltungsjuristen stammend, für den damaligen Diskurs anschlussfähig blieben. Allerdings wirkte sich die Technisierung auf die Kommunikationsmuster des Verwaltungsverfahrens trotz all dieser Erkenntnisfortschritte eher schwächend aus, weil trotz der anfänglichen technikkritischen Einstellung nunmehr versucht wurde, Verfahrensschritte Maschinen zu überlassen.

Zum anderen wurden in dieser Debatte erstmals die Unzulänglichkeiten der bis heute vorherrschenden juristischen Methode<sup>17</sup> angesprochen, etwa von *Ernst Forsthoff* und seinen Schülern. *Luhmann* fasste die Problematik pointiert zusammen:

„Die spezifisch juristische Methode der Normauslegung ist zwar nur auf vorgegebene Normen anwendbar. Das heißt aber nicht, dass der Jurist sein Blickfeld durch die Zulässigkeitsfrage beschränken, sich also in einem Haus ohne Fenster einschließen müsste, das nur durch einen Briefkasten für Gesetzblätter und Schriftsätze mit der Umwelt verbunden ist“.<sup>18</sup> Der Streit um die Frage der Ergänzung der juristischen Methode ist freilich bis zum heutigen Tage nicht ausgetragen.<sup>19</sup>

Und was ist insgesamt aus dieser Debatte geworden? Sie mündete ab den 1970er Jahren ein in ein neues, aber verwandtes Themenfeld, nämlich die Diskussion um den Datenschutz.

## **Datenschutz**

Zur Erforschung von Kommunikationseuphorien gehört auch die Analyse von Gegenbewegungen. Datenschutz soll daher mit seiner Betonung von Kom-

---

<sup>17</sup> Für die Schweiz: *A. Mächler*, Die Entwicklung des schweizerischen Verwaltungsrechts im Spiegel des Zentralblattes, ZBl 1999, S. 2 (4).

<sup>18</sup> *N. Luhmann*, Recht und Automation in der öffentlichen Verwaltung. Eine verwaltungswissenschaftliche Untersuchung, Berlin 1966, S. 12.

<sup>19</sup> Zur aktuellen methodischen Neuausrichtung vor dem Hintergrund der juristischen Methode *A. Voßkuhle*, Neue Verwaltungsrechtswissenschaft, in: W. Hoffmann-Riem/E. Schmidt-Aßmann/A. Voßkuhle (Hg.), Grundlagen des Verwaltungsrechts, Band I, München 2006, § 1, Rdnrn. 2 ff. und 9 ff.

munikationsgrenzen als die andere Seite der ‚Kommunikationsmedaille‘ in den Blick genommen werden.

Während Deutschland im Kodifikationsdiskurs der internationalen Entwicklung hinterherhinkte,<sup>20</sup> war es bei der Entwicklung des Datenschutzes Vorreiter: 1970 erließ Hessen das erste Datenschutzgesetz der Welt. Diese frühzeitige Sensibilisierung für eine drohende staatliche Datenmacht lässt sich wohl nur durch ein Zusammenspiel verschiedener Umstände erklären. Die Erfahrung des Totalitarismus traf hier auf die deutsche Tradition der Technikkritik. Konkreter Anlass war schließlich 1968 der aktuelle Plan des damaligen Bundeskanzlers *Kurt Georg Kiesinger*, eine „Bundesdatenbank“ zu errichten, um die politische Planung auf eine gesicherte Datengrundlage zu stellen.

Für eine konzeptuelle Fortentwicklung des Datenschutzes sorgte der heute weitgehend in Vergessenheit geratene *Wilhelm Steinmüller* (damals Professor an der Universität Regensburg), der nicht nur das maßgebliche Gutachten für das Bundesdatenschutzgesetz erstellte, sondern auch auf system- und rollentheoretischer Grundlage Begriffe wie das informationelle Selbstbestimmungsrecht prägte.<sup>21</sup> 1977 wurde dann das Bundesdatenschutzgesetz erlassen,<sup>22</sup> in einer Zeit, in der auch in der Schweiz die Gesetzgebungsarbeit an einem Datenschutzgesetz begann.<sup>23</sup>

Als Höhepunkt des Datenschutzdiskurses muss freilich die Volkszählungsentscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1983 gelten,<sup>24</sup> die zu einer Anerkennung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung führte. Spätestens seit diesem Zeitpunkt muss allerdings – dem hier vorgeschlagenen Hügel-Modell entsprechend – eine kontinuierliche Abnahme der Bedeutung des Datenschutzes konstatiert werden. Wiewohl auch in neueren Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts noch am Recht auf in-

---

<sup>20</sup> So teilte *F. Becker*, *Das allgemeine Verwaltungsverfahren in Theorie und Gesetzgebung. Eine rechtsvergleichende Untersuchung*, Stuttgart 1960, die europäischen Länder in drei Kategorien ein: Staaten mit a) hochentwickeltem Verwaltungsverfahrensrecht (z. B. Österreich), b) teilweise entwickeltem Verwaltungsverfahrensrecht (z. B. die Schweiz) und c) gering entwickeltem Verwaltungsverfahrensrecht (z. B. Deutschland).

<sup>21</sup> *W. Steinmüller et al.*, *Grundfragen des Datenschutzes. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums des Innern*, 1971, abgedruckt als Anlage 1 zur BT-Drs. VI/3826, S. 93.

<sup>22</sup> Gesetz zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung (Bundesdatenschutzgesetz – BDSG) vom 27. Januar 1977, BGBl. I 1977, S. 201 ff.

<sup>23</sup> Nachweise finden sich bei *P. Müller*, *Die Grundzüge des Entwurfs für ein schweizerisches Datenschutzgesetz insbesondere im Vergleich mit den Regelungen einiger Nachbarstaaten*, ZBl 1988, S. 425.

<sup>24</sup> BVerfGE 65, 1 ff. – Volkszählung.

formationelle Selbstbestimmung festgehalten wird, musste in der gesellschaftlichen Bedeutung der Datenschutz dem Recht auf Sicherheit weichen.

## Partizipation

Es waren die gesamtgesellschaftlichen Schlüsselbegriffe der Partizipation und der Demokratisierung, die die deutsche, aber auch die schweizerische Verwaltungsrechtswissenschaft, parallel zur Entdeckung der Planung, in den 1970er Jahren und darüber hinaus beschäftigten. Diese Leitbegriffe lassen bereits ihrem Wortlaut nach erkennen, dass die Auseinandersetzung im Öffentlichen Recht nunmehr, anders als bis dato, nicht mehr primär um das Rechtsstaatsprinzip kreiste; vielmehr waren es das Demokratieprinzip und flankierend das Sozialstaatsprinzip, die in das Zentrum der Aufmerksamkeit rückten.<sup>25</sup> Die Konstitutionalisierung des Verwaltungsrechts, das wird an dieser Stelle deutlich, war also ein schrittweiser Prozess, in dem erst allmählich die verschiedenen Verfassungsprinzipien entdeckt werden sollten.

Wie bereits angedeutet, war Auslöser dieser Fachdebatte eine gesamtgesellschaftliche Diskussion. Wichtige Akteure waren *Ralf Dahrendorf* und *Jürgen Habermas*. Worin bestanden die wesentlichen Forderungen? Sämtliche gesellschaftlichen Bereiche sollten demokratisiert werden. Und da der Staat zunehmend nicht mehr im Hegelschen Sinne als von der Gesellschaft getrennt bzw. ihr übergeordnet angesehen wurde, vielmehr allmählich zum Teil der Gesellschaft wurde (insofern übereinstimmend und pointiert *Luhmann*: Staat als Selbstbeschreibung des politischen Systems), war es nur folgerichtig, auch bei der Verwaltung als einem gesellschaftlichen Subsystem neben anderen entsprechende Demokratisierungsforderungen aufzustellen.

Die deutsche Staatsrechtslehre konnte mit solchen Konstruktionen freilich wenig anfangen. Sie zog sich auf ihre überkommene Auslegung des Demokratieprinzips zurück, wonach – so der Wortlaut des Art. 20 II 2 GG – die Staatsgewalt vom Volke durch Wahlen (und selten: Abstimmungen) und im Übrigen durch die drei Staatsgewalten ausgeübt wird. Eine Partizipation des Volkes, genauer: eines Teilvolkes, an Verwaltungsentscheidungen kam danach zumindest unter dem Aspekt der Demokratie nicht in Betracht. Der *Smend*-Schüler *Wilhelm Hennis* fasste die allgemeine Meinung in der Staats-

---

<sup>25</sup> Dass die Entwicklungspfade in der Schweiz und in Deutschland hier weitgehend parallel verliefen, lässt sich eindrücklich an folgendem Beispiel zeigen: Vgl. *einerseits* den Beitrag von *J. P. Müller*, *Soziale Grundrechte in der Verfassung?*, *Zeitschrift für Schweizerisches Recht* N. F. 92 (1973), S. 687 ff. (zum Sozialstaat: S. 749 ff., zur Planung: S. 786 ff.), *andererseits* das themenverwandte Referat von *P. Häberle*, *Grundrechte im Leistungsstaat*, *VVDStRL* 30 (1972), S. 43 ff.

rechtslehre zusammen: „Für Anhörung, Mitwirkung, auch Mitbestimmung, sollte, wo immer es möglich ist, Raum gegeben werden. Nur ‚demokratisch‘ läßt all dies sich nicht legitimieren“.<sup>26</sup>

Dennoch blieb die Dogmatik nicht gänzlich unberührt von den allgemeinen Forderungen nach Partizipation, wobei die Verwaltungsrechtswissenschaft allerdings ihren ganz eigenen Weg der Rezeption fand. Es war die Verfahrensdimension der Grundrechte, von *Peter Häberle* in den 1970er Jahren entwickelt<sup>27</sup> und vom Bundesverfassungsgericht in den 1980er Jahren aufgegriffen (grundlegend: die Mülheim-Kärlich-Entscheidung),<sup>28</sup> die nicht nur den im deutschen Verwaltungsrecht unterbelichteten Verfahrensgedanken aufwertete, sondern in den Verfahren gerade dem Bürger eine zentrale Mitsprachestellung einräumen wollte. Ebenfalls in den 70er Jahren hielt *Jörg P. Müller* in demselben Sinne aus Schweizer Perspektive fest: „Kommunikation aller Beteiligten bereits im Vorverfahren der Rechtsgestaltung, nicht erst im Nachverfahren verwaltungsgerichtlicher Überprüfung von Leistungs- und Lenkungsmaßnahmen liegt nicht nur im Individualinteresse der Betroffenen, sondern entspricht auch einem möglichst sachgerechten Ausbau des Leistungsstaates.“<sup>29</sup> Mit Recht kann daher vom Partizipationsdiskurs als einem Höhepunkt der alle hier vorzustellenden Diskurse übergreifenden Kommunikationsdebatte gesprochen werden.

## Beschleunigung

Es dauerte nicht lange, bis sich die geschilderte Verfahrenseuphorie wieder legte und stattdessen Prinzipien Aufmerksamkeit erlangten, die in eine ganz andere Richtung zielten. Seit Anfang der 1990er Jahre beherrschten in diesem Zusammenhang die Begriffe Effizienz und vor allem Beschleunigung das Feld. Leitend war die Vorstellung, dass sich das Verwaltungssystem den Rhythmen anderer gesellschaftlicher Systeme anzupassen habe, in erster Linie freilich dem Wirtschaftssystem. Dabei wurde mit dem Gedanken der Effizienz in dieser Phase der Verwaltungsrechtswissenschaft zwar kein Verfassungsprinzip des GG entdeckt<sup>30</sup> – in Österreich misst man ihm dagegen Verfassungsrang zu –, aber doch ein zentraler Handlungsmaßstab der Verwal-

---

<sup>26</sup> *W. Hennis*, Demokratisierung. Zur Problematik eines Begriffs, Köln und Opladen, 1970, S. 33.

<sup>27</sup> *P. Häberle* (Fn. 25); daran anschließend *J. P. Müller* (Fn. 25), S. 925.

<sup>28</sup> BVerfGE 53, 30 ff.

<sup>29</sup> *J. P. Müller* (Fn. 25), S. 925.

<sup>30</sup> Wiewohl Art. 114 Abs. 2 GG der Exekutive die Effizienz als Handlungsmaßstab der Wirtschaftlichkeit vorgibt, s. *E. Schmidt-Aßmann*, Das allgemeine Verwaltungsrecht als Ordnungsideoe, 2. Auflage, Berlin und Heidelberg 2004, 6/66.

tung. Spätestens in diesem Diskurs kann von einem Einbruch des ökonomischen Denkens in das allgemeine Verwaltungsrecht gesprochen werden.

Es war maßgeblich *Martin Bullinger*, der die Idee der Beschleunigung in die Verwaltungsrechtswissenschaft einbrachte.<sup>31</sup> Anlass für diesen aufkommenden Diskurs war allerdings nicht nur die zeitaufwendige Bürgerbeteiligung, die infolge des Partizipationsdiskurses in neueren Gesetzen (z. B. im Städtebauförderungsgesetz) ausgeweitet worden war. Gleichzeitig trugen auch tatsächliche Widerstände von sog. Neuen Bewegungen gegen umweltrelevante Großvorhaben zum Aufkommen des gegenläufigen Beschleunigungsdiskurses bei.

Für die Kommunikationsmuster im Verwaltungsverfahrensgesetz erwies sich der Beschleunigungsdiskurs als ambivalent. Einerseits wurden neue Kommunikationsverfahren in das VwVfG aufgenommen (§§ 71 a-e VwVfG), etwa eine Antragskonferenz auf Verlangen des Antragstellers (§ 71e VwVfG) oder eine Vor-Antrags-Kommunikation (§ 71c Abs. 2 VwVfG). Andererseits wurden die vorhandenen Heilungs- und Unbeachtlichkeitsvorschriften im VwVfG noch ausgebaut.<sup>32</sup> Dieses Paradox lässt sich auflösen, wenn man sich vor Augen führt, dass es sich bei der ersten Fallgruppe um Kommunikation der Verwaltung mit der Wirtschaft handelt, die zweite Fallgruppe dagegen den einfachen Bürger betrifft. Auch in der Schweiz führte das Argument der Beschleunigung zur Relativierung der – dem deutschen Recht fremden – Rechtsfigur der Ansprüche formeller Natur durch eine ‚heilungsfreundliche‘ Rechtsprechung.<sup>33</sup>

## Kooperation

Spätestens seit dem Staatsrechtslehrerreferat von *Wolfgang Hoffmann-Riem* Anfang der 1980er Jahre war für die Verwaltungsrechtswissenschaft ein neu-

<sup>31</sup> Grundlegend *M. Bullinger*, Verwaltung im Rhythmus von Wirtschaft und Gesellschaft, JZ 1991, S. 53 ff., sowie *ders.*, Beschleunigte Genehmigungsverfahren für eilbedürftige Vorhaben. Ein Beitrag zur zeitlichen Harmonisierung von Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft, Baden-Baden 1991.

<sup>32</sup> Gesetz zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren vom 12. 9. 1996, BGBl. I, S. 1354.

<sup>33</sup> Nachweise enthält der ‚heilungskritische‘ Beitrag von *B. Schindler*, Die „formelle Natur“ von Verfahrensgrundrechten. Verfahrensfehlerfolgen im Verwaltungsrecht – ein Abschied von der überflüssigen Figur der „Heilung“, ZBl 2005, S. 169 (174 ff., 190); s. ferner *L. Kneubühler*, Gehörsverletzung und Heilung. Eine Untersuchung über die Rechtsfolgen von Verstößen gegen den Gehörsanspruch, insbesondere die Problematik der sogenannten „Heilung“, ZBl 1998, S. 9 ff.



er Schlüsselbegriff diskursprägend: derjenige der Kooperation.<sup>34</sup> Ihm lagen Entdeckungen aus zwei völlig unterschiedlichen Richtungen zugrunde. Zum einen hatten soziologische Implementationsstudien bereits in den 1970er Jahren ergeben, dass die Anwendung des Verwaltungsrechts in der Praxis regelmäßig durch Kommunikations- und Aushandlungsprozesse bestimmt ist. Zum anderen hatten zuvor bereits dem konservativen Lager zuzurechnende Staatsrechtslehrer wie *Ernst Forsthoff* und *Herbert Krüger* bedauernd konstatiert, auf die Bundesrepublik träfen die herkömmlichen Kategorien von Staatlichkeit nicht mehr zu, deren Alltag sei vielmehr durch eine Kooperation zwischen Staat und gesellschaftlichen Kräften bestimmt. So zählte *Forsthoff* schon 1960 „Verträge, Stillhalte-Abkommen, Absprachen, Empfehlungen, Warnungen“ auf als „Beispiele aus der breiten Skala der Möglichkeiten, in denen sich diese Kooperation konkretisiert“.<sup>35</sup>

Dogmatisch erwies sich der Kooperationsdiskurs als wenig anschlussfähig. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass die Spannung des Kooperationsbegriffs zwischen anti-hierarchischer Kommunikation und kollusiver Verwaltungspraxis bis heute von der Verwaltungsrechtswissenschaft noch nicht zufriedenstellend aufgelöst werden konnte.

## Information

Die gegenwärtig geführte Diskussion ist durch den Informationsbegriff geprägt. Drei wichtige Aufmerksamkeitsfelder im Rahmen dieses Diskurses sollen hervorgehoben werden:

Erstens rückte insbesondere das Kommunikationsmuster der Akteneinsicht in den Vordergrund; so erließ der deutsche Bundesgesetzgeber nach zahlreichen Vorarbeiten der Literatur,<sup>36</sup> aber auch unter dem Einfluss des Europarechts<sup>37</sup> im Jahr 2005 das Informationsfreiheitsgesetz, das den Bürgern

---

<sup>34</sup> *W. Hoffmann-Riem*, Selbstbindungen der Verwaltung, VVDStRL 40 (1982), S. 187 ff. S. aus der Schweizer Literatur etwa *P. Richli*, Zu den Gründen, Möglichkeiten und Grenzen für Verhandlungselemente im öffentlichen Recht, ZBl 1991, S. 381 (382 f.): „Man kann geradezu von einer Sympathiewelle für kooperatives und vertragliches Handeln sprechen“.

<sup>35</sup> *E. Forsthoff*, Die Bundesrepublik Deutschland, Merkur 14 (1960), S. 807 (811).

<sup>36</sup> *A. Scherzberg*, Die Öffentlichkeit der Verwaltung, Baden-Baden 2000; *F. Schoch/M. Kloepfer*, Informationsfreiheitsgesetz (IFG-ProfE). Entwurf eines Informationsfreiheitsgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, Berlin 2002. Parallele Entwicklungen in der Schweiz dokumentiert *I. Häner*, Das Öffentlichkeitsprinzip in der Verwaltung im Bund und in den Kantonen – Neuere Entwicklungen, ZBl 2003, S. 281 ff.

<sup>37</sup> Hervorzuheben ist etwa die Richtlinie 90/313/EWG des Rates vom 7. Juni 1990 über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt, ABIEG vom 23. 6. 1990 Nr. L

grundsätzlich eine Akteneinsicht gewährt, ohne diese von einem subjektiv-öffentlichen Recht abhängig zu machen.<sup>38</sup> Weitere Aufmerksamkeitsfelder sind – zweitens – die Entwicklung eines neuen Datenverkehrsrechts<sup>39</sup> sowie drittens die sog. Publikumsinformationen.<sup>40</sup> Diese Probleme werden nunmehr überwiegend unter dem Begriff des Informationsverwaltungsrechts verhandelt.<sup>41</sup>

Insgesamt erweist sich die Informationsdiskussion als nichts weniger als der Versuch vor allem der sog. Neuen Verwaltungsrechtswissenschaft, alle hier rekonstruierten Diskurse zu bündeln und unter dem Dach des Informationsverwaltungsrechts zu vereinen. Dies erklärt auch, warum für einzelne Rechtsprobleme einerseits regelmäßig konstatiert werden kann, dass sie schon in früheren Debatten längst thematisiert worden waren, warum aber auch andererseits in jüngster Zeit mit Recht immer wieder eine Kommunikationsverdichtung postuliert wird. Die Bündelung der vergangenen Debatten in Verbindung mit der Geschichtsvergessenheit des juristischen Diskurses bringt allerdings auch die Gefahr mit sich, dass die diskursprägenden Begriffe der vergangenen Debatten<sup>42</sup> nur noch als leere Hülsen mitgeführt werden, ohne sich ihrer auch politisch-geschichtlichen Implikationen bewusst zu sein.

---

158, S. 56. – Zur Europäisierung und Internationalisierung als zweiter Phase des Öffentlichen Rechts nach 1949 s. *R. Wahl*, Zwei Phasen des Öffentlichen Rechts nach 1949, in: *ders.*, Verfassungsstaat, Europäisierung, Internationalisierung, Frankfurt a. M. 2003, S. 411 (422 ff.).

<sup>38</sup> Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes (Informationsfreiheitsgesetz – IFG) v. 5. 9. 2005, BGBl. I, S. 2722. Kurz zuvor war in der Schweiz das in die gleiche Richtung zielende Öffentlichkeitsgesetz (Bundesgesetz vom 17. Dezember 2004 über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung) erlassen worden.

<sup>39</sup> S. statt aller *W. Hoffmann-Riem*, Informationelle Selbstbestimmung in der Informationsgesellschaft – Auf dem Wege zu einem neuen Konzept des Datenschutzes –, AöR 123 (1998), S. 513 ff.

<sup>40</sup> Wegweisend waren die beiden Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts, BVerfGE 105, 252 ff. – Glykol sowie 105, 186 ff. – Osho. Vgl. aus der Schweizer Diskussion *M. Müller*, Rechtsschutz im Bereich des informalen Staatshandelns. Überlegungen am Beispiel der staatlichen Empfehlungen, ZBl 1995, S. 533 ff.

<sup>41</sup> Dieser Begriff wurde von *R. Pitschas* (Fn. 1), S. 242 und 253, geprägt und hat sich seither allgemein durchgesetzt. Von *P. Richli*, Öffentlichrechtliche Probleme bei der Erfüllung von Staatsaufgaben mit Informationsmitteln, ZSR 1990, S. 154 f., wurde, in die gleiche Richtung zielend, vorgeschlagen, von einer eigenständigen Kategorie der „Informationsverwaltung“ zu sprechen.

<sup>42</sup> Teilweise handelt es sich auch um eine Wiederholung von Moden. Dies mag etwa für den Partizipationsbegriff gelten, der inzwischen auch im Europarecht Karriere gemacht hat. Beispiele für die Relevanz des Partizipationsbegriffs in jüngster Zeit sind aus dem verwaltungsrechtswissenschaftlichen Diskurs *H. Rossen-Stadtfeld*, Beteiligung, Partizipation und Öffentlichkeit, in: *W. Hoffmann-Riem/E. Schmidt-Aßmann/A. Voßkuhle* (Hg.), Grundlagen des Verwaltungsrechts, Band II, München 2007, § 30; aus politikwissenschaftlicher Perspektive *V. Gerhardt*, Partizipation. Das Prinzip der Politik, München 2007, bei dem der Begriff seine Konturen allerdings vollständig verliert,

## Schluss

Zusammenfassend ist festzuhalten, wie sehr die einzelnen Entwicklungspfade der (deutschen) Verwaltungsrechtswissenschaft an Leitbegriffe gekoppelt sind, die über eine gewisse Zeit hinweg „übergreifende Ordnungsideen für bestimmte Argumentationszusammenhänge fruchtbar [...] machen, indem sie eine Fülle von Informationen und Gedanken in einem Wortspeicher bündeln, strukturieren und begreifbar machen.“<sup>43</sup> Analysiert man wiederum die diskursprägenden Begriffswörter, fällt zweierlei ins Auge:

Zum einen sind sie regelmäßig keine Rechtsbegriffe (eine Ausnahme bildet der Begriff der Kodifikation), sondern gesamtgesellschaftliche Schlüsselbegriffe; sie werden vom rechtswissenschaftlichen Diskurs mit einiger zeitlicher Verzögerung aufgegriffen und nach den spezifischen Regeln des Rechtssystems „übersetzt“. So stellte etwa die erwähnte Verfahrensdimension der Grundrechte – der *status activus processualis* – die Antwort des Rechts(wissenschafts)systems auf die gesamtgesellschaftliche Diskussion der 1970er Jahre über mehr Mitsprache, Mitbestimmung und Demokratisierung dar. Begriffe wie die sieben hier vorgestellten sind mithin notwendig, um die verschiedenen Systeme gleichsam miteinander zu verkoppeln und die Anschlussfähigkeit des Rechtssystems an die anderen Gesellschaftssysteme zu sichern.

Zum anderen sind die Begriffe wegen ihres gesamtgesellschaftlichen Ursprungs nicht auf das deutsche Rechtssystem zugeschnitten und beschränkt. Sie sind daher auch in anderen Rechtssystemen wie dem schweizerischen wiederzufinden, freilich mit anderen rechtlichen Implikationen. Gerade als Internationalismen (hier stellt der Begriff der Beschleunigung die Ausnahme dar) sind die Begriffe in der Lage, Diskurse über die Länder- und Sprachgrenzen (etwa innerhalb der Schweiz) hinweg miteinander zu verknüpfen. Hierin mag ein wesentlicher Grund liegen, warum in der deutschen und der schweizerischen Verwaltungsrechtswissenschaft viele Entwicklungspfade parallel verliefen; insoweit ist eben nicht nur die Verwandtschaft der Rechtssysteme und die institutionelle Verknüpfung, etwa durch die Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer, bedeutsam, sondern auch die verbindende Kraft der Begriffe.

---

wenn Partizipation schon mit dem bewussten Leben in staatlichen Gemeinschaften beginnen soll (S. 356).

<sup>43</sup> A. Voßkuhle, „Schlüsselbegriffe“ der Verwaltungsrechtsreform. Eine kritische Bestandsaufnahme, *VerwArch* 92 (2001), S. 184 (196).

---

## MISCELLANEA

*Giovanni Busino\**

### **RIFLESSIONI SULLA DESCRIZIONE, L'ARGOMENTAZIONE E LA SPIEGAZIONE IN STORIOGRAFIA**

I temi che vorrei qui semplicemente abbozzare sono temi molto ricorrenti tra gli studiosi di filosofia della scienza. Durante molti anni essi sono serviti, tra l'altro, ad individualizzare i modelli strutturanti la metodologia della ricerca scientifica ed a determinare altresì le frontiere tra la scienza e la non scienza, tra i saperi scientifici ed il senso comune.

Verso gli anni '60 il fisico Thomas Kuhn, seguito ben presto da una lunga schiera di studiosi, ha riformulato le tematiche classiche sulla base d'una analisi attenta del lavoro effettivo dei ricercatori, delle attività che si svolgono nei laboratori di ricerca, dell'evoluzione della storia della scienza. Da quegli anni '60 in poi gli studi d'epistemologia delle scienze, incrementati anche da innumerevoli descrizioni etnografiche della vita nei laboratori, del funzionamento delle comunità scientifiche, questi studi d'epistemologia hanno allargato ma non modificato le tematiche classiche della filosofia della scienza.

Qui non riprenderò né discuterò questi dibattiti, altrove lungamente trattati<sup>1</sup>; qui vorrei, invece, tentare di circoscrivere i contorni del lavoro effettivo degli storici, servendomi della tripartizione classica del processo scientifico (descrizione, argomentazione, spiegazione). Ma anziché tenere questi concetti costantemente connessi com'è d'uso in epistemologia, li tratterò, molto brevemente, come se fossero relativamente autonomi.

#### **La descrizione**

Nel linguaggio comune descrivere significa rappresentare, riferire, esporre, con parole o con segni, fatti, avvenimenti, cose reali, oggetti astratti. La descrizione è, invece, una scelta, è l'operazione di selezione e di registrazione

---

\* Professore onorario dell'Università di Losanna.

<sup>1</sup> G. Busino, *Sociologies des sciences et des techniques*, Paris, Puf, 1998 e *La sociologie de la connaissance scientifique*, Lausanne, Iasul, 1997.

delle osservazioni e delle constatazioni che permetteranno poi l'individuazione e l'esposizione d'un fatto, d'un avvenimento, d'una realtà, d'un'astrazione. La descrizione non è una definizione perché non determina, non enuncia preliminarmente le qualità e gli attributi specifici dei concetti utilizzati.

Tutti quelli che osservano, registrano e scrivono fanno ricorso alla descrizione. Non costituisce una disciplina particolare benché in filosofia della scienza, in linguistica, nella scienza delle letterature ed in antropologia sia oggetto di ricerche approfondite. Si ritiene che i primi a farne uso siano stati i geometri, i matematici, gli astronomi ma che siano stati i geografi a farne un genere. La *Geografia* di Strabone, descrizione della terra abitata nei primi anni dell'era cristiana, è basata su documenti, su osservazioni personali, su racconti, su fonti varie citate o trascritte, su materiali disparati scelti soprattutto nelle opere di scrittori Greci e Romani.

Non esiste, purtroppo, una storia delle utilizzazioni della nozione di descrizione. Sappiamo che nel XVI° secolo il termine rinvia ad un saper-fare retorico, alle opere che tracciavano la cronologia e la topografia dei monumenti e delle antichità delle città più importanti. Nella *Histoire naturelle* Buffon enumera particolarità, somiglianze, paralleli, differenze e li descrive coll'intento di mettere in luce i rapporti che le cose naturali hanno tra di loro e cogli uomini. Nella celeberrima Enciclopedia metodica di Panckouke, edizione del 1782, si legge un articolo in cui la descrizione è ridotta alla cronologia, alla topografia, alla prosografia.

La storia successiva della nozione è capricciosa. Si passa dalla differenziazione kantiana tra l'Exempel (illustrazione d'una regola generale) e il Beispiel (matrice d'un modello), a Nietzsche che dice che tutto è interpretazione, discorso, a Husserl che fa della fenomenologia una teoria descrittiva dei puri vissuti, a Ludwig Wittgenstein per il quale la descrizione connette le cose, le mette una accanto all'altra e così attira l'attenzione su alcune caratteristiche. Dagli anni '50 si parla di descrizione persuasiva, che produce emozioni, e di descrizione conoscitiva, fonte d'intelligibilità e di saperi scientifici. Michel Foucault ritorce che la descrizione per raccontare una storia, per configurare le situazioni intricate, insomma per dare un ordine plausibile all'empiria, crea delle rappresentazioni mitologiche del vero e del falso, le quali tuttavia servono a legittimare il potere ed a dissimulare la dominazione. Il suo collega ed amico Paul Veyne ripete che la descrizione storica non è niente altro che un racconto d'una situazione intricata, la cui finalità ultima è di soddisfare le curiosità. Anche lo storico e gesuita Michel de Certeau parla della storia come di un racconto che costruisce le sue descrizioni secondo procedure narrative, che riorganizzano e riordinano tutte le operazioni della ricerca e persino quello che chiama "le modèle d'écriture de l'histoire". Clifford Geertz, dal canto suo, ripete che descrivere è scrivere, trascrivere, annotare gli avvenimenti, le azioni, le testimonianze, le osservazioni, categorizzare ed applicare

strategie discorsive, senza le quali non esiste né la comprensione, né l'interpretazione né la spiegazione. Perciò nel suo *The Interpretation of Cultures* (1973) l'antropologo americano elabora la teoria della "thick description", della descrizione densa o serrata che collega e fonde la descrizione, operazione preliminare, coll'interpretazione e colla spiegazione, risultato ultimo della ricerca. La teoria di Geertz continua ad essere discussa soprattutto dai filosofi, dai sociologi e dagli antropologi, ma non ha suscitato finora l'interesse degli storici.

Perché questa noncuranza tanto più strana che le descrizioni sono il basamento del lavoro storiografico ? Proviamo a circoscrivere i contorni d'una possibile risposta.

Lo storico lavora sulle fonti conservate negli archivi pubblici e privati, nelle biblioteche; studia i molteplici reperti ed i diversi tipi di documentazione che gli sono accessibili. Tiene conto, ovviamente, delle regole e delle attese reputate legittime, in un dato momento, dalla comunità scientifica d'appartenenza. Quando sceglie l'argomento d'una ricerca, seleziona nello stesso tempo un arco di tempo e di spazio. La documentazione che dovrà analizzare sarà allora abbondante o scarsissima a seconda delle epoche e dei territori studiati .

Per esempio, se vuole scrivere la biografia di Carlo Magno deve lavorare sugli anni che vanno dal 742 all'814 e sugli spazi territoriali allora occupati dai Franchi, dai Lombardi e dall'Impero d'Occidente. Per lo stabilimento dei fatti deve analizzare le testimonianze, i documenti, i reperti, risitarli nei contesti d'appartenenza, collegarli gli uni agli altri e poi compararli con dati, elementi, accadimenti precedenti o coevi, con i risultati dei lavori già pubblicati, dei suoi colleghi. Dispone della storia, piena di aneddoti, scritta da un monaco di San Gallo e della *Vita Karoli* di Eginardo, ricolma di inesattezze e di deformazioni. Quello che è riferito sulla personalità dell'Imperatore è incontrollabile. Lo storico deve domandarsi perché tali documenti sono stati redatti in quel modo, da chi, per quale scopo, perché e come sono stati conservati e tramandati, chi ne ha ordinato o, eventualmente, condizionato la composizione. Il condizionamento d'un documento o d'una testimonianza non è inconsueto, avviene spesso, in certe epoche è assai corrente. Tutti ricordano in che maniera Filippo II ha influenzato le descrizioni delle *Relaciones Geográficas* sul Nuovo Mondo. In una nota del 25 maggio 1577 ordina come dovranno essergli presentate le descrizioni sullo stato delle Indie, di cui ha bisogno per governare quelle regioni lontane.

Lo storico che vuole studiare la Rivoluzione francese del 1788-1799 e fare delle comparazioni con le Rivoluzioni inglesi del 1642-1649 e del 1688-1689, oppure il Fascismo col Nazismo o con lo Stalinismo, dispone già d'un certo numero di conoscenze, d'ipotesi interpretative, di pregiudizi culturali che gli

consentono di scegliere i documenti, di selezionare i materiali, di preferire questo approccio a quell'altro, di formulare un certo numero di questioni e di leggere la documentazione in tale prospettiva. La maniera con cui legge i documenti è inerente alla cultura della società in cui vive, agli interrogativi ed alle aspettative del suo tempo. Proprio perciò la storia è sempre storia contemporanea; proprio perciò ogni epoca riscrive la stessa storia, arricchendola e accrescendola colle sue interrogazioni, coi suoi problemi. La storia della sessualità, della vita privata, delle donne, del mangiare e del bere, per fare degli esempi, sono state scritte adesso perché adesso questi problemi sono al centro delle nostre preoccupazioni. Un libro come quello, uscito alla fine del 2005, di Paul Veyne, *L'Empire gréco-romain*, sarebbe incomprensibile se facessimo astrazione delle nostre inquietudini attuali (il crollo degli Imperi egemonici, la distruzione degli equilibri mondiali, la fine dell'arte antica, i rapporti tra culture diverse, il ruolo dei culti religiosi) e degli assilli sulle incertezze ed i pericoli del tempo presente.

Quando la documentazione è inesistente, o disparata, o abbondante, in che maniera sono fatte le descrizioni? Anziché continuare a utilizzare il linguaggio astratto delle generalizzazioni, permettetemi di presentare queste diverse fattispecie mediante esempi.

In tutti i libri di storia consacrati alla fine del mondo antico ed agli inizi del Medio Evo si descrivono, tra l'altro, le diverse maniere di prelevare i dazi, i balzelli, le imposte. Una di queste imposte è accuratamente descritta persino nel libro famoso di Ferdinand Lot, *La fin du monde antique et le début du Moyen Âge* e nell'articolo "Chrisagyre" del *Dictionnaire des antiquités grecques et romaines* di Daremberg e Saglio. I commercianti e gli artigiani dovevano pagare questa imposta ogni quattro anni. Quelli che non arrivavano a pagarla, erano torturati o scudisciati. Per effettuare il pagamento le madri vendevano i loro bambini, i padri prostituivano le loro figlie. Tutti gli specialisti del Basso Impero hanno descritto l'imposta ed il suo prelievo in maniera analoga. Essi hanno utilizzato un'unica fonte, la sola disponibile, la storia di Zosimo, uno scrittore bizantino vissuto nella seconda metà del V° secolo, la cui opera va dai tempi di Augusto agli inizi del V° secolo. Con questa descrizione gli storici mostrano, in più, quanto sia stata spietata la transizione dall'epoca antica a quella del primo Medio Evo. Essi comunicano qualcosa in più della descrizione del prelievo dell'imposta. Dico che la descrizione dipende dalle scelte operate tra la documentazione, dal senso che le connessioni date a quelle scelte attribuiscono alla documentazione, dalle domande d'oggi che si rivolgono ai documenti del passato?

La storiografia sulla guerra dei Cent'Anni (1337-1453) può aiutarci ad abbozzare una risposta. Gli storici dispongono di testimonianze scritte, d'un congruo numero di sermoni e di poemi, d'un piccolo numero di cronache, alcune delle quali pretendono che la durata del conflitto tra l'Inghilterra e la

Francia è stata non di 100 ma di 116 anni. Infatti la guerra sarebbe cominciata nel 1066 quando Guglielmo il Conquistatore occupò la Normandia.

Una parte delle descrizioni degli storici sull'origine del conflitto sono similari. Il matrimonio di Enrico II d'Inghilterra, nel 1152, con Aliénor d'Aquitania, aveva fatto dei reali inglesi dei vassalli dei re di Francia. I primi tentano continuamente e in vario modo di liberarsi di questo vassallaggio mentre i secondi d'ostacolarne con ogni mezzo l'ottenimento.

Le descrizioni delle intenzioni e dei comportamenti degli attori storici variano da uno storico all'altro. Per molti questo conflitto interminabile è determinato dalla successione dinastica. Quando, dopo la morte dei tre figli di Filippo il Bello, tra il 1314 ed il 1328, la dinastia capetingia stava spegnendosi, Eduardo III d'Inghilterra rivendicò il trono di Francia. La madre era Isabella di Francia, figlia di Filippo il Bello, sorella di Carlo IV, ultimo re, sposa di Eduardo II d'Inghilterra. I Pari di Francia, per paura d'una egemonia inglese sul Continente, designarono allora Filippo VI, nipote di Filippo il Bello. La descrizione suggerisce l'importanza delle delimitazioni geopolitiche, delle divergenze socio-culturali. Proprio perciò l'antagonismo franco-inglese, miscuglio d'attrazione e di rigetto, perdurerà attraverso i secoli e continua a furoreggiare, seppure di tanto in tanto, anche oggi.

Altre descrizioni fissano le cause del conflitto nelle rivalità economiche. Quando Louis de Nevers, conte di Fiandra, fece atto di vassallaggio a Filippo VI, Eduardo III decise di non approvvigionare le industrie della lana di Ypres, Bruges e Gand, mettendo così in pericolo la prosperità di quei centri di produzione. I Fiamminghi, per evitare il disastro economico, incaricarono l'uomo d'affari di Gand, Jacques d'Arteville, d'esprimere la loro piena solidarietà e lealtà ai sovrani d'Inghilterra e ottenere così la soppressione dell'embargo. Poiché ciò metteva in pericolo gli interessi economici francesi nel commercio della tela di lino e dei filati di lana, il conflitto divenne inevitabile, permanente.

Potrei ricordare ancora tante altre numerose descrizioni che mettono in evidenza le rivalità tra le due potenze per affermare la propria egemonia, per la formazione e la consolidazione delle coscienze nazionali di Francia e d'Inghilterra. Vi sono altresì delle descrizioni che periodizzano la guerra in tre fasi (1337-1360, 1360-1415, 1415-1453) e che mettono in risalto le numerose innovazioni tecnologiche che in quegli anni furono fatte in diversi settori della società. Le più descritte sono il sistema di prelievo delle imposte, il reclutamento dei soldati, la ventilazione delle spese pubbliche, lo sviluppo del sistema amministrativo. Insomma il conflitto sarebbe stato all'origine della costruzione degli Stati nazionali moderni.

Cosa succede quando la documentazione è vastissima? Su una di esse hanno lavorato diverse generazioni di storici che si sono consacrati alla rico-



struzione della biografia e delle attività politiche di Filippo II, il figlio di Carlo V. Le descrizioni del personaggio e della sua politica sono molteplici. Alcune fanno del sovrano un “quasi santo”, un quasi un genio, un mecene raffinato, generoso, un politico prudente; altre dicono la malvagità, l’inaffidabilità del burocrate meticoloso, pedante, irresoluto, dell’uomo degenerato, del tiranno orgoglioso, crudele, egoista. Taluni storici descrivono Filippo II come un padre affettuoso, come un cristiano devoto, penitente, prudente; altri affermano il contrario e gli addebitano persino la morte del figlio Don Diego e di diverse crudeli scempiaggini.

In breve, la scelta dei documenti permette di descrivere un grande e glorioso re cristiano, un uomo di dovere, sincero, dotato d’una bella intelligenza, scrupoloso, ma sempre pronto ad affrontare le mille difficoltà che l’esercizio del potere gli procurava quotidianamente. La scelta di altri documenti consente altresì di descrivere Filippo come un autocrate indeciso, sprovvisto di semplicità, di carità, di gioia, sospettoso, duro, abile dissimulatore, indifferente alle sofferenze dei suoi familiari ed alle miserie dei suoi sudditi. A tal punto geloso della sua autorità che non fece nulla per metter fine alle misure di rigore applicate nei Paesi-Bassi, per salvare Don Carlos, per conciliarsi con suo fratello Don Juan e col suo migliore generale, il duca d’Alba. Sulla base di descrizioni così diverse, Filippo II è stato paragonato ora a Luigi IX, il santo, il sovrano pacifico ed umile, ora a Luigi XI, il sinistro re senza scrupoli.

La scelta dei documenti, la loro selezione è determinante, certo, essa dipende dai pre-costruiti culturali dell’epoca in cui lo storico vive. La storiografia del regno di Filippo II è stata, infatti, condizionata dalle grandi questioni che dall’Ottocento in poi continuiamo a porci: la decadenza degli Imperi, la natura dello Stato-Nazione, le modalità d’esercizio del potere, le doti del politico e via di seguito.

Ancora un esempio. Il massacro, tra il 2 e 6 settembre 1792, nelle prigioni di Parigi, d’un migliaio di detenuti politici. Danton, ministro della giustizia, non avrebbe fatto nulla per impedirlo e perciò ne sarebbe il responsabile principale. I documenti disponibili su questo massacro consistono in 14 testimonianze. Due riportano informazioni d’origine sconosciuta. Cinque riproducono informazioni di terze persone. Tre testimonianze d’attori diretti contengono errori cronologici, confusioni, inverosimiglianze. Il racconto del futuro Luigi-Filippo sarebbe stato tratto da un manoscritto, il cui originale sarebbe però scomparso non si sa come e che nessuno ha mai avuto l’occasione di consultare. La circolare del 3 settembre che fa l’apologia del massacro “atto di giustizia indispensabile” e che fu inviata ai Dipartimenti ed alle Municipalità, è su carta intestata della Comune di Parigi, è autentica ma la o le firme sono illeggibili. L’autore della circolare è Danton, o i suoi diretti collaboratori, Camille Desmoulin e Fabre d’Eglantine ? Costoro avrebbero potuto diffonde-

re un documento così importante senza l'accordo e l'autorizzazione del loro superiore ?

Taluni storici scrivono che la documentazione è inaffidabile, che la circolare deve essere attribuita a Desmoulin e a d'Eglantine e perciò escludono che Danton abbia ordinato il massacro o che possa esserne ritenuto responsabile. Altri storici scrivono che indizi indiretti permettono di dire che la circolare è opera di Danton, o da lui è stata ordinata, che la natura del potere gerarchico ministeriale non permette a dei semplici collaboratori d'un ministro di prendere delle iniziative importanti. Anche in questo caso la selezione della documentazione ha un ruolo importante ma le chiavi di lettura provengono dalle questioni contemporanee sul potere politico e sul potere burocratico, sulla dittatura e la burocrazia. Tutti i lavori sulla Rivoluzione francese, dalla fine dell'Ottocento sino a Soboul e Furet, a Richet e Vovelle, senza parlare di Trotsky e Stalin, non si sottraggono a queste determinazioni.

Quali insegnamenti possiamo ricavare da questi esempi ?

Innanzitutto che la descrizione è una costruzione, una rappresentazione. Nella massa di dati disponibili lo storico sceglie, seleziona, mette in relazione, riorganizza, stilizza coll'aiuto di certi suoi a priori, del suo sistema di riferimento implicito. Esiste una categorizzazione della selezione, delle regole proprie alla descrizione ? Lo storico, come sceglie, cosa sceglie, perché sceglie quest'accadimento e non quest'altro ? I criteri di selezione sono stati trasformati dall'informatica ? Certo, le procedure e le forme dei ragionamenti ne sono state influenzate. I computer permettono d'accumulare una moltitudine d'informazioni, di moltiplicare le elaborazioni, di verificare ed invalidare rapidamente ipotesi e tesi. Senonché la selezione dei dati non ha subito cambiamenti sostanziali. Lo storico riunisce, critica, compara l'insieme dei documenti disponibili, mostra i legami tra i diversi elementi dell'oggetto studiato. Li seleziona secondo il criterio spazio-temporale; li sceglie perché li giudica rappresentativi d'eventi singolari, sorprendenti, intriganti. Colla sua descrizione li connette, ne evidenzia le correlazioni, utilizzando un metodo soggettivo ritenuto adatto al caso specifico. Ciò facendo costruisce un racconto, elabora cioè delle proposizioni narrative a proposito d'avvenimenti anteriori. La descrizione è un racconto, è una ricostituzione d'un passato, ma non dell'esperienza diretta con cui i nostri antenati hanno vissuto gli avvenimenti, compreso le istituzioni, attribuito un senso e dei significati agli eventi ed alle persone. Le fonti parlano quando arriviamo ad interrogarle, ma non dicono mai tutto. La qualità delle risposte dipende dalla qualità delle questioni poste, ma queste ultime sono inesauribili. Descrivere il passato non vuol dire che siamo capaci di partecipare alle esperienze vissute in società sparite per sempre. Significa piuttosto che tentiamo d'intravedere dall'esterno e da lontano le finalità di colui che esercita una funzione, che ha un ruolo, che compie un'azione, che ha una certa condotta; significa che possiamo, più o meno,

percepire la portata d'un accadimento, di decifrarlo grazie ai saperi oggi disponibili.

Non bisogna confondere l'obiettività coll'indifferenza e la storicizzazione col relativismo assoluto, tuttavia bisogna riconoscere che la ricerca del senso dei mondi storico-sociali passati resta relativa e parziale. Lo storico seleziona gli elementi del passato e li analizza dopo averli sistemati in uno schema interpretativo. Per conseguenza, l'analisi è determinata dal sistema di riferimento implicito dello storico, dalla sua soggettività. I fatti, materiali di base della costruzione, hanno origine nella scelta, diventano pregnanti grazie all'attribuzione d'un senso che il talento dello storico riesce a dare ai materiali archivistici. Ogni descrizione è una risposta ad una questione significativa. Esiste dunque un legame d'interdipendenza tra la scelta dei "fatti", base della descrizione, e l'interpretazione erogatrice di significati. Non esistono fatti anteriori alla descrizione. Un nome (De Gaulle), una data (1970 Samuelson riceve il premio Nobel d'economia) non sono dei fatti storici. I fatti storici sono dei significati costruiti con delle teorie o con dei pre-costruiti culturali. Aggiungo che ogni fatto può essere interpretato, cioè dotato di senso, da una o da diverse teorie. Possiamo avere diverse descrizioni basate su gli stessi fatti ma differentemente interpretati, quindi dotati di sensi diversi. Una buona descrizione è niente altro che una descrizione che soddisfa meglio le attese cognitive e pratico-politiche dell'analista e del lettore in un dato momento.

La coerenza della descrizione proviene dalla dimensione narrativa, l'intelligibilità è organizzata secondo la diacronia. Il racconto ne costituisce la forma irriducibile; è la trama stessa del lavoro dello storico, della sua capacità di fornire delle relazioni intelligibili. È lo strumento che facilita la riunione d'elementi d'un insieme, di dotarli d'un ordine ed d'una forma, d'affermare che dei fenomeni sono solidali e che si spiegano mutualmente. Georges Duby utilizzava questo strumento quando scriveva che l'idea di Purgatorio dipendeva dall'immagine che la società Medievale aveva di se stessa, che questa immagine a sua volta era determinata dal modo di produzione economico. Per questa ragione l'idea di Purgatorio incideva e condizionava l'economia e la società medievale.

Il passato non esiste fuori della coscienza dello storico. È lo storico a ricostruirlo, a ricomporlo, a dargli un senso. Questo lavoro è possibile perché viviamo in società che hanno coscienza dei cambiamenti, che dispongono di saperi, di conoscenze o d'interpretazioni di se stesse e del loro passato, che s'interrogano sul loro avvenire.

La storia è narrativa e non c'è narrativa senza attori. Anche *La Méditerranée* di Braudel è un racconto con al centro un quasi-personaggio, il Mediterraneo.

La storia è ricostruzione d'un passato, di cui esistono tracce, indizi, lasciti vari. Compito dello storico è di connetterli, di farli vivere e di farli capire. E lo fa ordinando e leggendo questi materiali colle conoscenze e colle preoccupazioni del suo tempo. La sua analisi è necessariamente retrospettiva ed integra i commenti ed i resoconti di quelli che precedentemente hanno lavorato sullo stesso tema. Appunto perciò il lavoro dello storico è caratterizzato da una buona dose d'ostinazione interpretativa e d'ossessione ermeneutica.

Da una decina d'anni una vecchia tesi (che Marc Bloch era riuscito ad espellere dal dibattito storiografico) è stata rimessa in discussione, è la tesi che compara il lavoro dello storico a quello del giudice. Carlo Ginzburg se n'è fatto l'eco anche nei libri *Il giudice e lo storico. Considerazioni in margine al processo Sofri*, uscito nel 1991, e *Rapporti di forza. Storia, retorica, prova*, uscito 2000. Questo storico scrive, infatti: "Sappiamo bene che ogni testimonianza è costruita secondo un determinato codice: attingere la realtà storica (o la realtà) in presa diretta è per definizione impossibile. Ma inferire da ciò l'inconoscibilità della realtà significa cadere in una forma di scetticismo pigramente radicale [...]". È possibile svelare le realtà che la documentazione designa o rappresenta a condizione che non sia analizzata "in quanto fonte di se stessa (del modo in cui è stata costruita) e non di ciò di cui parla", in quanto testimonianze di "rappresentazioni sociali".

In virtù di quale carisma o dono taumaturgico lo storico potrebbe svelare la "verità" nascosta o dissimulata dalle testimonianze, non lo so. Convengo che le analogie tra il lavoro dello storico e quello del giudice, a prima vista, sembrano essere tante. Ambedue stabiliscono i fatti attraverso delle descrizioni, accumulano indizi, tracce, confrontano testimonianze; ambedue ricorrono a schemi interpretativi per dare coerenza e senso a questi materiali. Senonché le differenze sono ancora più numerose: il giudice descrive l'evento, che non ha scelto, che gli è stato sottomesso, per accertare se esso rientri nell'ambito d'una norma astratta, se è previsto da una legge. Questa caratterizzazione lo obbliga a concentrarsi su quell'evento, su ciò che l'ha preceduto immediatamente, per cui non ha bisogno di periodizzarlo, di situarlo cronologicamente. Lo storico è libero di scegliere e descrivere l'evento nella maniera che ritiene più opportuna, di contestualizzarlo a suo piacimento, di scegliere la periodizzazione che gli permette d'ordinare agevolmente i materiali raccolti, di dotarli di significanze. Il racconto del giudice è chiuso, è governato nei minimi dettagli dalle procedure formali, il documento ha un valore in sé e per sé, per essere ritenuto deve possedere certe caratteristiche previste dal codice. La conclusione cui il giudice arriva ha una legittimazione sociale ed istituzionale extra-logica, ed in più è dotata d'un potere cogente per le parti in causa. Il racconto dello storico resta sempre aperto, appartiene all'ordine delle probabilità argomentative, il documento non è mai isolato dal contesto che l'ha prodotto e gli dà un senso. Lo storico può descrivere l'evento ricorrendo allo

stato dell'opinione pubblica, ai rapporti di forza in presenza, alle rappresentazioni ed alle ideologie dominanti in quel dato momento. La conclusione dello storico è priva di valore cogente e per essere plausibile deve essere organizzata secondo criteri logici, quelli in vigore tra gli specialisti della disciplina. Tra lo storico e il giudice le differenze sono più numerose delle analogie. Per il giudice e per lo storico le nozioni di prova e di verità non hanno lo stesso valore e la stessa portata. Lo storico non giudica, deve tentare di comprendere. La critica di Marc Bloch e di Benedetto Croce alla speciosa prossimità tra lo storico ed il giudice restano valide ed attuali.

È tempo di concludere. Ogni epoca produce la storia di cui ha bisogno; non vi sono libri di storia che durano senza fine. I libri sorpassati restano tuttavia come testimonianze non secondarie per comprendere le preoccupazioni, le conoscenze e le attese d'una epoca, diventano a loro volta, per i tempi successivi, documenti storici.

La disciplina storica è una disciplina narrativa, la sua validità e la sua plausibilità dipendono dalla narrazione anche quando questa prende la forma e la struttura de *La civiltà del Rinascimento in Italia* di Jacob Burckhardt o de *La società feudale* di Marc Bloch. Senza descrizione e narrazione la ricostruzione dei mondi spariti per sempre non è praticabile né possibile. Le proposizioni narrative concernono eventi separati nel tempo ed in un certo ordine di successione; esse sono valide in una certa epoca e non sono mai valide per tutte le altre epoche. La specificità della storia è data dal racconto, dalla narrazione.

La formula di Michelet "la storia, resurrezione integrale del passato", è bella ma falsa. La resurrezione del passato è impossibile, non possiamo nemmeno riviverlo, possiamo solo ricostruirlo con i nostri saperi d'oggi. Le esperienze vissute dai nostri antenati resteranno per sempre dei misteri insondabili ed inconoscibili. E sono questi limiti invalicabili, quasi certamente, a fare della storia una disciplina sempre viva e dialogante, curiosa, sempre pronta a mettersi in questione, a dubitare, indagare, esplorare, ricercare, a riesaminare in continuazione il già compiuto. Una disciplina sempre nuova, ammaliante, indispensabile per meglio orientarci nel mondo in cui viviamo.

## **L'argomentazione**

Cosa dobbiamo intendere per argomentazione? Nel linguaggio corrente delle scienze umane, la parola ragione connota la razionalità utilitaria e strumentale, mentre il termine argomentazione connota la giustificazione razionale che supponiamo trovarsi alle origini delle azioni e dei comportamenti umani. Le scienze umane postulano anche che queste ragioni, congetturate, siano orga-

nizzate in discorsi che tengano conto ad un tempo delle convenzioni razionali e dei sentimenti, degli impulsi, delle emozioni.

Durante molti anni gli studiosi di filosofia della scienza hanno raggruppato le scienze in dure e molli, in discipline del calcolo, dell'ermeneutica, della letteratura e del senso comune. Da una trentina d'anni le classificazioni delle scienze sono state trascurate. L'ultima, in ordine di tempo, quella di Jean Piaget non suscita più né commenti né critiche. Alistair Crombie e Ian Hacking, per citare gli studiosi più discussi in materia, hanno dimostrato la vacuità di tutte le classificazioni e rivelato che ogni disciplina pratica un peculiare stile scientifico. Perelman, Tulmin e Grize hanno additato la fecondità cognitiva delle figure extra-logiche, dei topoi, dei paralogismi, vere e proprie strutture portanti dei linguaggi naturali contrapposti alla rigidità dei linguaggi astratti. Siccome nelle scienze dell'uomo e della società i linguaggi naturali sono egemonici, in queste discipline, di conseguenza, i discorsi argomentativi, cioè non dimostrativi sono i più correnti.

Studiosi, soprattutto belgi, americani, svizzeri, hanno sostenuto, sin dalla fine degli anni '50, che esiste, accanto alla logica della dimostrazione ed alla *Beweis-theorie*, una logica dell'argomentazione ed una teoria della cosiddetta nuova retorica. L'argomentazione non dimostra, mostra con ragionamenti e colla forza della seduzione; fa ricorso alla narrazione, a discorsi contenenti impliciti, dei non detti, delle allusioni. La dimostrazione parte da determinate premesse e con assiomi, definizioni, trasformazioni, regole d'inferenza arreca conclusioni necessarie. L'argomentazione utilizza tropi (metafore, metonimie, sineddoche, antifrasi, iperboli), la dimostrazione esclusivamente il procedimento deduttivo. In logica argomentativa vi sono i soggetti enunciativi, in logica dimostrativa c'è il calcolo deduttivo impersonale. L'argomentazione è costruita per qualcuno, illumina questo o quel tratto della descrizione, le attribuisce caratteristiche corrispondenti alle norme sociali reputate importanti in quel momento; la dimostrazione non produce ragioni in favore o contro una tesi, è valida per tutti indistintamente, nel tempo e nello spazio.

Steven Shapin, col suo bel libro *Social History of Truth*, ha descritto le strategie persuasive, le risorse sociali e le procedure testuali che conferiscono udienza e legittimità agli enunciati storici. Lo stesso ha chiarito anche come l'argomentazione collega il ragionare ed il persuadere, in che maniera le asserzioni probabili e plausibili servono la singolarità storica della conclusione e perché le illustrazioni non provano niente, tutt'al più contribuiscono a rendere intelligibile quel che vien d'essere detto. Shapin ha mostrato, inoltre, che in storia la conclusione del discorso è sempre più ricca delle premesse e contiene prospettive non prevedibili agli inizi della ricerca. Nelle scienze formali e sperimentali, al contrario, la dimostrazione esclude che le conclusioni siano arricchite o riformulate con nuove informazioni, che contengano elementi estranei al calcolo deduttivo.

Qual è il procedimento discorsivo, l'argomentazione più ricorrente in storia ? Qual è il valore probatorio del discorso storico, le cui premesse devono essere sempre lungamente argomentate e che sono ricevute dal destinatario come se fossero dei fatti ? È la presenza iniziale delle opzioni culturali e dei pregiudizi del ricercatore a privilegiare una sorta di metodologia della presunzione, a non poter ricorrere a quella della necessità, fondamentale nelle scienze dure ? Perché in storia non esiste uno strumento per valutare obiettivamente i risultati ottenuti con lo studio critico dei documenti e delle testimonianze ?

In un libro del 1973 intitolato *Metahistory. The historical Imagination in Nineteenth Century*, Hayden White liquidava brutalmente tutte le pretese scientifiche della storia e sostiene che le argomentazioni utilizzate dagli storici appartengono al dominio della tropologia, sono niente altro che un linguaggio figurato, allegorico, più o meno letterario. Anche quando le descrizioni storiche sono fatte con i più severi metodi critici, per White è impossibile stabilirne e verificarne la veridicità. Arnaldo Momigliano ha discusso le tesi di White in maniera magistrale. Per lui la tesi di White nega alla storia la possibilità stessa di stabilire un sapere scientifico sul passato, di descrivere ciò che è stato, di discernere il vero dal falso. Ed ha qualificato questa dottrina di relativismo assoluto.

A loro volta, i partigiani del "Linguistic Turn" continuano a ripetere che la storia non produce né saperi né conoscenze che in altri campi della scienza potrebbero essere utilizzati senz'altro. Per questa vasta schiera di studiosi la storia (ma anche la sociologia, la scienza politica e l'antropologia) è un discorso, senza prove, su un passato ricostruito e raccontato; la storia elabora soltanto rappresentazioni e narrazioni basate soprattutto su delle illustrazioni.

Anche Carlo Ginzburg ha criticato duramente White ed i partigiani de "Linguistic Turner", non ha mai preso seriamente in considerazione la distinzione tra la logica della dimostrazione e quella dell'argomentazione, ha sempre proclamato la scientificità della ricerca storica. I suoi lavori permettono di vedere, in vitro, quello che vien fatto nel laboratorio d'uno storico di talento, di verificare se la tesi secondo cui la ricerca storica è governata dalla logica argomentativa, se questa tesi è vera anche quando è rigettata o contestata. Mi limiterò a riassumere (se vi riuscirò) le tesi di Ginzburg, evitando commenti superflui e lasciando a voi il giudizio su quello che è detto e quello che è fatto.

Ginzburg ha scritto e riscritto che tutti i modelli di conoscenza debbono essere spiegati in quanto costruzioni sociali determinate dal substrato materiale della società. I fenomeni sociali possiedono una medesima struttura, sono governati dalle stesse regole. Il ricercatore deve incorporare nella descrizione storica non solo ciò che è mutevole e instabile ma anche la morfologia, ciò

che è invariante e permanente. Ginzburg riconosce che il passato non può essere raccontato come un tutto, che ha un “carattere necessariamente sconnesso”, che la “conoscenza del passato, disseminata di lacune e di incertezze, [è] basata su frammenti e rovine”. E nella prefazione alla sua raccolta d'articoli *Miti, emblemi, spie. Morfologia e storia* (1986), Ginzburg confessa : « Improvvisamente mi accorsi che nella ricerca in corso da anni sul Sabba stavo adoperando un metodo molto più morfologico che storico. Raccoglievo miti e credenze provenienti da ambiti culturali diversi, sulla base di affinità formali. Al di là delle identità superficiali riconoscevo (o almeno credevo di riconoscere) omologie profonde [...]. Le connessioni storiche note non potevano guidarmi, perché quei miti e quelle credenze (indipendentemente dalla data in cui affioravano nella documentazione) potevano risalire a un passato molto più antico. Usavo la morfologia come sonda, per scandagliare uno strato inaccessibile agli strumenti concreti della conoscenza storica. » È dunque convinto che la ricerca abbia il compito di svelare ciò che è nascosto, di portare alla luce ciò che è dissimulato.

Nel 1989 Ginzburg propone una descrizione-interpretazione della stregoneria in quanto invenzione degli Inquisitori e di coloro che tacciavano di irrazionali i comportamenti che la loro cultura non sapeva spiegare o che indicava come tali. Tutti gli studi sulla stregoneria sarebbero affetti da funzionalismo e da riduzionismo, ignorerebbero che i miti sono sistemi simbolici, con significati nascosti prodotti da dinamiche mentali non coscienti. Il Sabba rivelerebbe le strutture morfologiche della cultura popolare del tempo, le credenze e le pratiche rituali osservabili dall'Irlanda allo stretto di Bering. E nel Sabba, Ginzburg intravede tre tratti culturali distinti : le esperienze femminili di estasi di una dea della notte circondata da animali ; le esperienze maschili di combattimento e di estasi per assicurare la fertilità e la prosperità ; le processioni rituali di uomini mascherati raffiguranti animali. Le fonti sono rintracciate nei luoghi e nelle epoche più disparati. Le versioni disponibili avrebbero tutte un elemento in comune : il viaggio dei vivi nel mondo dei morti, il viaggio nell'aldilà intrapreso nell'estasi sciamanica. È precisato che : «Testimonianze anche molto recenti potevano conservare tracce di fenomeni allora molto più antichi ; al contrario, testimonianze lontane nel tempo potevano illuminare fenomeni assai più tardivi». Per questa ragione egli rinuncia alla successione temporale lineare e uniforme, alla cronologia così come essa è praticata in storia, all'unità spaziale. Ed è così che ritrova l'unità morfologica del folklore in spazi che vanno dall'Europa alla Siberia, dal Caucaso alla Mongolia. Questa unità e questa invarianza culturale discendono dalla finitezza dell'esistenza umana, che determina analoghe costruzioni di sistemi di relazione con l'aldilà. Insomma, si afferma l'esistenza dell'universalità della natura umana. Cosa sia questa natura umana universale non è detto. Non sappiamo se è ciò con cui nasce un essere, i suoi caratteri essenziali, la sua costi-



tuzione biologica, o se è la realtà accessibile alle funzioni sensoriali. Ginzburg presume l'esistenza di questa natura che fa degli esseri umani degli individui simili nel tempo e nello spazio.

Per rendere ricevibile la tesi dell'unità del mito, Ginzburg stabilisce delle omologie formali, delle corrispondenze tra fenomeni diversi; successivamente ricostruisce i contesti spazio-temporali analizzando serie isomorfe di fenomeni diversi ed in certi casi, quando menomati, li integra con delle forme ritenute da lui vicine. Non ci è data nessuna indicazione per comprendere perché le strutture sono profonde e astratte, mentre gli avvenimenti sono concreti e superficiali.. Grazie alle metafore Ginzburg opera dei trasferimenti di senso, sostituisce analogicamente termini concreti in un contesto astratto. La legittimità delle procedure analogiche utilizzate è problematica. Dire che la prospettiva diacronica ampia e la comparazione estesa sono mezzi per raggiungere lo strato profondo del fenomeno che altrimenti rimarrebbe irraggiungibile, è insufficiente.

Se alcune forme sono persistenti, se alcune convergenze culturali sono forti, nonostante la loro dispersione nel tempo e nello spazio, ciò è dovuto, secondo Ginzburg, a tre possibilità: (a) la diffusione; (b) la derivazione da una fonte comune; (c) la derivazione da caratteristiche strutturali del cervello umano. N'è sì sicuro che afferma: «Non c'è motivo di supporre che queste prospettive si escludano a vicenda. Per questo cercheremo di integrare nell'analisi i dati storici esterni e le caratteristiche interne, strutturali del fenomeno trasmesso. Lo faremo su scala ridotta, isolando dall'insieme di fenomeni esaminati finora un elemento specifico, un piccolo particolare. »

Perché un fenomeno culturale che dura da tanto tempo non subisce alterazioni, perché rimane intatto nei secoli e in regioni diverse ? Se le connessioni esterne spiegano le trasmissioni, allora le connessioni interne dovrebbero dar conto delle persistenze. Perché nei miti e nei riti che si riferiscono alla morte, c'è sempre l'idea della resurrezione, del ritorno dalla morte alla vita, della rinascita, dell'incarnazione, del rinnovamento? Perché, secondo Ginzburg «Nei miti e nei riti che si riferiscono alla morte ritorna in maniera insistente l'idea di tornare in vita, di rinascere. Termini come avvolgere o nascondere esprimono l'annullamento attraverso metafore uterine. Al fondo della serie che abbiamo visto emergere a poco a poco - essere avvolti nell'amnio, avviluppati in un mantello, cuciti in una pelle di bue, mascherati, velati e così via - ritroviamo, come nel caso della zoppaggine, un'esperienza primaria di carattere corporeo. È probabile che questa caratteristica potenzialmente transculturale, perché elementarmente umana, non sia estranea alla straordinaria comunicabilità di questa famiglia di miti e di riti». «Nell'ambito dell'inconscio individuale si può immaginare che esperienze precocissime o addirittura prenatali abbiano, per una sorta di imprinting biologico, una posizione privilegiata. Se estendiamo questa ipotesi ai miti e ai riti ci troviamo apparentemente di

fronte a un bivio: o negare a miti e riti la caratteristica di fenomeni sociali, o postulare l'esistenza di un inconscio collettivo».

Per sfuggire a questa duplice insidia Ginzburg dichiara che: (a) gli isomorfismi mitici e rituali rinviano a una serie di scambi, di contatti, di filiazioni tra culture differenti; che (b) questi rapporti storici costituiscono una condizione necessaria affinché si possano verificare dei fenomeni isomorfi; che (c) questi rapporti non costituiscono una condizione sufficiente affinché i fenomeni isomorfi si diffondano e si conservino; che (d) la diffusione e la conservazione dipendono anche da elementi di carattere formale che assicurano la coesione dei miti e dei riti; che (e) le elaborazioni a cui sono sottoposti i miti e i riti mostrano chiaramente ogni volta questo incardinamento di storia e di morfologia; che (f) l'inventiva degli attori sociali che intravediamo dietro le sequenze di varianti incontra limiti precisi nella forma interna del mito e del rito; che (g) la trasmissione dei miti e dei riti, come quella delle strutture profonde del linguaggio, è inconscia, senza che, però, questo implichi il riconoscimento di un inconscio collettivo. In effetti, il mito e il rito trasmessi attraverso intermediari storici racchiudono implicitamente le regole formali della loro stessa elaborazione.

Trattasi di affermazioni non verificabili e non provabili; esse suscitano perplessità, dubbi e interrogativi molteplici. Come corroborare o provare storicamente l'esistenza di una natura umana, su che cosa fondare la tesi secondo cui l'analisi deve unire il punto di vista storico a quello morfologico, collegare la sincronia con la diacronia? In che maniera far coesistere, nella medesima ricerca, le categorie storiche e le categorie antropologiche? Come fondere insieme la ricostruzione dei contesti e le analogie formali decontestualizzate?

Ginzburg risponde che se ci sono degli isomorfismi, vuol dire che ci sono stati precedentemente dei rapporti di filiazione storica e dei contatti tra le civiltà e che per avere degli isomorfismi è necessaria la presenza di elementi strutturali o formali.

Cosa sia questo genere speciale d'isomorfismo non saprei dire. Non si tratta né di una relazione tra due cose che hanno le stesse strutture né si tratta di due cose che possiedono elementi analoghi o contigui. Non so spiegare come avvenga l'incrocio tra la storia e la morfologia. Ginzburg dice soltanto che l'analisi morfologica spiega la conservazione, la persistenza, la «vischiosità» di certi temi. Dal momento che la trasmissione culturale o la continuità biologica non forniscono delle spiegazioni soddisfacenti, è allora inevitabile postulare l'esistenza di forme immutabili. Ma se queste forme immutabili non sono nel patrimonio genetico, non sono parti costitutive della biologia del nostro corpo, allora da dove vengono, qual è la loro natura?

Se le tecniche della ricerca storica non sanno trattare le permanenze culturali, le credenze, le costanti umane attraverso le epoche ; se eliminiamo dal terreno dell'analisi l'inconscio collettivo, gli archetipi, la biologia, la filogenesi della specie, il patrimonio genetico, diventa praticamente impossibile sapere cosa sia questa natura umana. È una finalità (adattamento, anticipazione, regolazione, piano prestabilito) ? È una «capacità» della specie umana di tipo psicoteologico? È il frutto delle dinamiche del linguaggio ? Ginzburg non dice nulla sulla natura dei rapporti tra la natura e la cultura, sulle relazioni tra il fisico e il sociale. Nessuno ha mai detto essere il colore della pelle un fatto culturale, il parlare urdu, albanese o basco essere un fatto genetico. Ma correre i cento metri in meno di 9 secondi è un fatto culturale o genetico ? L'anatomia umana costringe a sederci (fatto genetico) ma la scelta della sedia o della posizione a terra colle gambe incrociate è un fatto culturale. Nella maggior parte dei casi gli esseri umani si accoppiano, fanno dei figli, se ne prendono cura, li socializzano e li istruiscono. Avere dei figli ed allevarli è soltanto un fatto culturale ? Se così fosse, perché l'istituzione familiare ? È la natura o la cultura all'origine della famiglia e del controllo della sessualità ? La famiglia è essenziale per la riproduzione della specie, ma le forme della famiglia, le sue funzioni, variano da un'epoca all'altra, da una società all'altra. Forme e funzioni sono anch'esse dei fatti storici e culturali. Il che vuol dire che la natura e la cultura si tengono sistematicamente per mano.

Si può, comunque, dire che la biologia fa ciò che noi siamo e che la cultura non sia altro che la protesi indispensabile alla fragilità umana ? La postura verticale, le dimensioni del cervello che questa postura ha determinato, le mani che ci permettono di fare un'infinità di cose, l'accoppiamento faccia a faccia che fa vedere le emozioni e le reazioni del congiunto, ci fanno prodotti d'una necessità biologica, organica, naturale ? Oppure esiste un secondo livello, quello del condizionamento reciproco cultura/natura ? Se la cultura trova le sue radici nella natura, quali sono le sue possibilità di sviluppo e di controllo dei condizionamenti naturali ? E come distinguere l'innato dall'acquisito ? E se le culture sono diverse, uniche, dove si trovano allora gli universali ? Come interpretare una frase come quella che si legge alla fine della ricerca sul Sabba ? «Certa è invece la somiglianza profonda che lega i miti poi confluiti nel Sabba. Tutti rielaborano un materiale comune : andare nell'aldilà, tornare dall'aldilà. Questo nucleo narrativo elementare ha accompagnato l'umanità per millenni. Le innumerevoli variazioni introdotte da società diversissime, basate sulla caccia, l'allevamento, l'agricoltura, non ne hanno modificato la struttura di fondo. Perché questa permanenza ? La risposta è forse semplicissima. Raccontare significa parlare qui e ora con un'autorità che deriva dall'essere stati (letteralmente o metaforicamente) là e allora. Nella partecipazione al mondo dei vivi e a quello dei morti, alla sfera del visibile ed a quella dell'invisibile, abbiamo già riconosciuto un tratto distintivo della

specie umana. Ciò che si è cercato di analizzare qui non è un racconto tra i tanti ma la matrice di tutti i racconti possibili».

Da dove provengono le permanenze che lo storico si sforza di ritrovare e di identificare, come verificarne la natura, come stabilirne la prova ? Che cosa è questa natura umana non biologica, non archetipica, non inconscia nel senso di Freud, e senza la quale, tuttavia, non ci sarebbe nessuna permanenza, nessuna costanza o invariabilità ? E cosa bisogna intendere per morfologia e per invarianti ?

Se i miti sono delle strutture permanenti che entrano simultaneamente in relazione con il passato, con il presente e con il futuro, bisognerà pur collegarli a qualcosa di cui gli uomini di ieri e di oggi, le società del passato e del presente sono costantemente dotati. Claude Lévi-Strauss nelle sue *Mitologiques* dice che «i miti non dicono nulla che ci istruisca sull'ordine del mondo, la natura del reale, l'origine dell'uomo o il suo destino», ma «permettono di ricavare alcune modalità di operare dello spirito umano, così costanti nel corso dei secoli e così generalmente diffuse su degli spazi immensi, da poterle considerare fondamentali». L'antropologo francese presume che il cervello umano non possa fare altro se non delle operazioni reversibili e coordinate in strutture totali, infralogiche, fisiche o spazio-temporali, formali e pratiche. La permanenza delle forme deriva, di conseguenza, dal modo in cui funziona da sempre il cervello umano.

Per Ginzburg questa tesi è inaccettabile, non esistono fattori primari dell'esperienza umana. Il riferimento ad una natura umana «naturale» suscita in lui grandi riluttanze. «Sulla natura storica delle connessioni che avevo ricostruito, non avevo dubbi. Mi ero servito dell'indagine morfologica come di una sonda, per scandagliare uno strato profondo altrimenti inaccessibile. La tesi di Wittgenstein doveva quindi essere rovesciata : nell'ambito della storia (non in quello della geometria ovviamente) la connessione formale può essere considerata un'ipotesi evolutiva, o meglio genetica, formulata in maniera diversa. Attraverso la comparazione, bisognava cercare di tradurre in termini storici la distribuzione dei dati, presentati fino ad allora sulla base di affinità interne, formali. Sarebbe stata la morfologia, dunque, benché acronica, a fondare, sull' esempio di Propp, la diacronia». E più avanti aggiunge: «La natura congetturale [...] di questo tentativo era inevitabile, data la scarsità della documentazione. Tuttavia il convergere delle testimonianze permetteva di delineare alcuni tramiti storici : un'antichissima circolazione di miti e riti legati all'estasi, provenienti dalle steppe asiatiche, anche se non provata in tutto e per tutto appariva più che verosimile. Un complesso di fenomeni sostanzialmente ignorato affiorava alla superficie. Ma questo risultato era evidentemente inadeguato, oltre che provvisorio. L'enorme dispersione e, soprattutto, la persistenza di quei miti e di quei riti in contesti culturali così diversi rimanevano inesplicabili. Il ripresentarsi di forme simboliche analoghe a di-

stanza di millenni, in ambiti spaziali e culturali del tutto eterogenei, poteva essere analizzato in termini puramente storici? O si trattava invece di casi limite che facevano apparire nell'ordito della storia una trama atemporale? ». Le risposte suggerite non lasciano dubbi: queste forme simboliche possono essere analizzate unicamente in termini atemporal, cioè non storici.

Affermazioni sorprendenti. Quando si studiano i miti e i riti, si possono trovare tutte le somiglianze che si vogliono e farne quello che si vuole. Tutte le approssimazioni sono possibili; si possono selezionare, nei miti, gli elementi reputati interessanti e costruire poi gli anelli della catena cui è attaccato il significato comune. Ma trattasi d'un'attività puramente speculativa, inverificabile, inattestabile. Possiamo soltanto valutare la coerenza logica interna di questa costruzione. Nessun riferimento ad elementi esterni è possibile.

Ginzburg si dice attento agli indizi, alle tracce, alle diversità, d'essere interessato da ciò che è dissimulato, da ciò che è nascosto. Ora i piccoli indizi possono dire molte cose o non dirne nessuna. Una molteplicità di indizi concordanti può formare il convincimento di un giudice, ma questa molteplicità di indizi non dice nulla di fondato sulle regolarità immaginate, sulle permanenze stabilite per semplice inferenza. Derivano da una diffusione culturale, da una discendenza comune, da una uniformità psichica, da processi intellettuali indefinibili, da meccanismi propri del pensiero umano, da operazioni mentali trascendentali i cui simboli non riusciamo a decrittare e perciò restano inintelligibili? Ignoriamo la risposta, ma una cosa sembra certa: una natura simile non può essere definita o descritta né localizzata nel tempo e nello spazio. È un'essenza o una speculazione intorno a cose non date dall'esperienza.

Che un fenomeno duri a lungo costituisce una ragione sufficiente per dire che esso racchiude un significato profondo, una razionalità primordiale? Se Ginzburg avesse descritto e spiegato un processo qualsiasi di erosione o di trasformazione d'un significato, forse avremmo capito perché delle credenze e degli usi fondamentali in una certa epoca diventino, in altri contesti e situazioni, in seguito ad una serie di avvenimenti, fatti sporadici e marginali, perché perdano o modifichino il loro significato primitivo e ne prendano altri così diversi che non riusciamo più a comprenderli immediatamente. Quando la funzione di una credenza cambia soggettivamente e oggettivamente, quale può essere il valore della sua filiazione? Come parlare di permanenza quando il cambiamento di funzione è radicale? L'inversione di una funzione non è sufficiente a certificare la sua filiazione da una posizione nel frattempo divenuta contraria. È dubbio che si possa parlare in questo caso di funzione persistente, di permanenza. Dire che la sensibilità umana cambia e che cambiando percepiamo le cose diversamente e modifichiamo i nostri comportamenti, sicuramente non è la soluzione del problema..

Nella conclusione all'introduzione di *Storia notturna* leggiamo : « Con la fine della persecuzione, il Sabba si dissolse. Negato come evento reale, relegato in un passato non più minaccioso, esso alimentò l'immaginazione di pittori, di poeti, di filologi. Ma i miti antichissimi confluiti, per un tempo tutto sommato breve (tre secoli) in quello stereotipo composito, sono sopravvissuti alla sua scomparsa. Essi sono ancora attivi. L'esperienza inaccessibile che l'umanità ha espresso simbolicamente per millenni attraverso miti, favole, riti, estasi, rimane uno dei centri nascosti della nostra cultura, del nostro modo di stare al mondo. Anche il tentativo di conoscere il passato è un viaggio nel mondo dei morti». Insomma, Ginzburg è convinto che il senso sia sempre nascosto e costante, che lo scopo della scienza storica consista nello svelarlo, che la verità si sottragga sempre (ma perché ?) ai nostri occhi, che la scienza debba rendere trasparente ciò che non lo è.

Questo progetto dà alla storia delle patenti di nobiltà, di scientificità astratta, ma è difficilmente realizzabile. Le Chiese cristiane sono state spesso costruite su templi pagani, utilizzando a volte le stesse pietre, le stesse configurazioni spaziali. I templi pagani sono talvolta piazzati su siti ancora più antichi di culto. Possiamo ricavarne per deduzione che c'è continuità tra pratiche religiose tanto diverse nel tempo ? Se continuità c'è, essa è talmente generica (gli uomini hanno bisogno del sacro) che non ci insegna niente di interessante e di utile né sulle ragioni professate né sul loro ruolo esistenziale e sociale.

L'erudizione, il talento ammirevole, la scrittura scintillante di Ginzburg non fanno dimenticare che egli tratta simmetricamente fatti dissimili, che rende conto dei fenomeni come se avessero le stesse proprietà e tutti riconducibili ad una causa primordiale unica, mai identificata chiaramente, in nessun tempo documentabile. Le interpretazioni tautologique, le giustificazioni circolari, le petizioni di principio sono, quindi, degli sbocchi inevitabili. Ginzburg resta tuttavia convinto che per vedere le cose come sono, la vicinanza è deformante mentre la distanza le rende prive di interesse e indifferenti. La distanza giusta sarebbe la «defamiliarizzazione», il guardare la tradizione «a distanza e possibilmente in maniera critica». Ma non ci dice quale potrebbe essere la distanza che deforma le cose, in un senso come nell'altro. Gli articoli raccolti nel volume *Occhiacci di legno. Nuove riflessioni sulla distanza* dicono che esisterebbe una buona distanza e una cattiva distanza : «Cattiva è quella che abolisce gli obblighi morali e assimila gli uomini a formiche e come tali afferma che possono essere soppressi senza rimorsi ; cattiva è la distanza del famoso racconto del mandarino cinese : se la morte di un vecchio mandarino in Cina può farvi arricchire immensamente, voi lo uccidereste ? Anche l'uso manipolatore del mito (nella religione, in politica, nella pubblicità) si fonda sulla distanza conoscitiva, ma è la cattiva distanza in cui gioca una visione strumentale del rapporto cogli altri ». Indicazioni generose, precetti etico-politici forse utili per distinguere i discorsi menzogneri e falsi nelle

narrazioni, ma sono essi sufficienti per elaborare delle conoscenze valide, per costruire un sapere fondato e proficuo intersoggettivamente ?

Non è indispensabile che le conoscenze valide intersoggettivamente utilizzino, in tutti i casi, la logica della dimostrazione, ma esse non possono sottrarsi alla necessità della logica dell'argomentazione. È questa logica a razionalizzare il non-logico, a rendere plausibile il probabile ed il possibile, a trasmetterlo lealmente, a comunicarlo come parziale e sottoponibile a revisione, insomma a costringerci ad osservare l'etica dell'esprimibile e del trasmissibile, del dialogo permanente da cui può emergere talvolta un lampo di verità.

## La spiegazione

Verso la fine del XIX° ed i primi decenni del XX° secoli, la nozione di spiegazione è al centro di tutte le controversie filosofiche. Per tutti i grandi pensatori di quell'era, da W. Dilthey a G. Simmel e a Max Weber le scienze naturali hanno il compito di determinare le cause dei fenomeni e da esse dedurre poi la spiegazione. Invece le scienze dello spirito, le discipline storico-sociali descrivono i motivi e le ragioni delle azioni umane, le complessità dei fenomeni storici, ne ricostruiscono il senso dato dagli attori o percepito in quanto tale e lo decrittano razionalmente. Alle scienze naturali competono la scoperta della causalità, la deduzione e la dimostrazione; alle scienze dello spirito la comprensione. Il *Verstehen* è la comprensione mentre l'*Erklären* è la spiegazione. La natura è spiegata, il mondo storico-sociale è compreso coll'intuizione e coll'empatia. Poi colla comunicazione razionale lo si rende plausibile, ricevibile, accettabile.

Questa distinzione ha subito variazioni innumerevoli nella seconda metà del XX° secolo e continua ad alimentare i dibattiti epistemologici d'oggi. Nonostante le pretese e gli sforzi delle filosofie neo e post positiviste, dell'empirismo logico, del popperismo, del neo-durkheimismo, delle filosofie analitiche della storia, massime quelle di A. C. Danto e Morton White, siamo sempre e ancora sprovvisti del tanto atteso ed auspicato modello unico di spiegazione. Resta sempre forte l'opposizione tra i difensori della deduzione o della sussunzione e quelli della razionalità (delle buone ragioni) o dell'intelligibilità.

I modelli di spiegazione finora più discussi sono stati quelli di C. G. Hempel e di W. Dray. Il "Covering-Law Model" di Hempel stabilisce che si ha una spiegazione scientifica degli accadimenti storici quando le connessioni tra questi accadimenti sono rette da una proposizione generale. È errato e fuorviante, quindi, distinguere le scienze dell'uomo e della società dalle scienze naturali. Il modello razionale di Dray suggerisce, invece, che le attività umane

sono spiegate se lo storico arriva a stabilire che i mezzi utilizzati dagli attori sono in rapporto, soggettivo o oggettivo, col fine che si erano prefissi di raggiungere.

Non ho bisogno di prolungarmi su questi dibattiti; la bibliografia disponibile è abbondante e ben nota ed in più è stata, nel 2004, ottimamente sintetizzata da Enzo Di Nuoscio nel suo libro *Tucidite come Einstein ? La spiegazione scientifica in storiografia*.

Se la storia è un racconto, se è una descrizione di situazioni e di contesti definiti, se qualsiasi racconto è una successione d'accadimenti singolari ed unici, di casi, scelti, selezionati, messi in relazione all'interno d'una configurazione storica data, qual è la logica strutturante il discorso storico? Se il racconto è una successione di proposizioni, di giudizi esplicativi, di commenti interpretativi su eventi singolari ed unici, se tutto ciò dà luogo ad un'organizzazione produttrice di significati e di rappresentazioni riconoscibili, com'è possibile spiegare le azioni umane, le consecuzioni di accadimenti storico-sociali unici e singolari facendo ricorso ad altri accadimenti unici e singolari ma anteriori, precedenti ? Se il racconto è costruito dallo storico, se questo racconto fabbrica la catena delle relazioni che permettono di collegare in maniera intelligibile il presente ad un passato che ci è estraneo, se lo storico mette in forma a partire dal presente questo rapporto specifico al passato, è legittimo spiegare i fatti storici con delle proposizioni generali, con la logica della causalità? La spiegazione causale può esplicitare la razionalità delle intenzioni d'un attore o la logica d'una situazione? O è la sola comprensione la sola via per ottenere quel risultato?

Arnaldo Momigliano dà una risposta pragmatica: Se lo storico presuppone di potere ricostruire e comprendere il passato, di potere mettere in relazione le fonti documentarie con quello che egli vuol sapere, se utilizza correttamente le procedure suscettibili di fargli separare il vero dal falso, il certo dall'incerto, i fatti dai miti, gli interrogativi testé enumerati (e lo ripete anche in quell'aureo libro che è *Storia e storiografia antica*, 1987) nonché tutto il questionare filosofico-epistemologico sulla natura, sulla validità e sui limiti della conoscenza storica, sono fatui, sono dei perditempo. Per gli storici economici la risposta è molto più semplice. I fatti economici, le loro connessioni, il loro funzionamento, le congiunture sono il prodotto di strutture sociali, istituzionali, culturali, del modo di produzione economico (antico, feudale, capitalista). Le cause dei fenomeni, delle loro permanenze, delle loro ripetizioni sono, pertanto, agevolmente identificabili. In storia economica il modello di Hempel, essi affermano, funziona molto bene. In realtà, le regolarità tendenziali constatate in storia economica non sono niente altro che delle constatazioni empiriche, dei concatenamenti plausibili, la cui formalizzazione è però impraticabile. Sono al massimo delle costruzioni ideal-tipiche. Il più paradigmatico tra questi ideal-tipi è la lunga durata di Fernand Braudel. Lo



storico francese, come sapete, faceva della lunga durata il modello che avrebbe liberato la storia dalla propensione a studiare gli eventi e i particolari, i fatti unici ed irripetibili. E crede di darne delle dimostrazioni nel libro *Grammaire des civilisations* (1987) e nei tre tomi de *L'Identité de la France* (1986). E potrei ricordare anche i cosiddetti modelli dell'economia d'Ancien Régime de Labrousse, d'alfabetizzazione di Furet e Ouzouf, di crescita urbana di Perrot e tanti altri. Tutte queste costruzioni formano, nella più favorevole delle prospettive, una casuistica di tipi ideali ed in quanto tali hanno una certa utilità.

Gli storici che s'interessano alle azioni degli esseri individuali e delle entità collettive, alla politica, alla cultura, insomma alla storia generale, debbono prendere in conto degli eventi singolari, delle scelte, delle decisioni e comprenderne le ragioni; essi debbono esaminare come, dall'aggregazione di queste scelte e di questi comportamenti, emergano, talvolta, delle situazioni come quella che Max Weber chiama "il paradosso delle conseguenze", ossia che un'azione intenzionale o finalizzata, ben proporzionata nel rapporto mezzi-fini, produce risultati inattesi, anche opposti a quelli voluti o desiderati.

In che maniera procedono questi storici per ottenere delle spiegazioni? Innanzitutto organizzano la materia secondo l'ordine cronologico e descrivono questa materia con uno stile narrativo che condiziona i contenuti e dà loro significanza e riconoscibilità. Si pensi a Tucidide, al suo racconto della guerra del Peloponneso, agli effetti funesti che questa guerra ebbe sulla società greca e sulla politica in generale. O anche alla descrizione di Gibbon della decadenza e della caduta dell'Impero romano. Cosa colpisce di più in queste due grandissime opere? La descrizione che è già un'interpretazione. La ricostruzione ed il racconto della guerra e dei suoi effetti, della decadenza e della caduta dell'Impero; queste ricostruzioni-racconti rendendo intelligibili i due fenomeni ne danno in pari tempo una spiegazione: la guerra ha causato il sovvertimento della vita sociale e politica delle città greche, la caduta dell'Impero romano è stata causata dalla decadenza delle istituzioni, dei comportamenti, della vita sociale in generale.

Procede in maniera abbastanza analoga quel grande teorico del regime feudale che fu Henri de Boulainvilliers quando nella sua *Histoire de l'ancien gouvernement de la France* (1727) e nell'*Essai sur la noblesse* (1732) spiega la natura della monarchia francese mediante la descrizione dell'opposizione, del conflitto tra gli invasori Franchi ed i soggiogati Gallo-Romani, cioè tra le razze Gallo-Romane e quelle Germaniche. Poiché i Franchi formavano un'aristocrazia possente, dotata di privilegi e di ricchezze, mentre i Gallo-Romani, d'origine celtica e mediterranea, ingrossavano il Terzo Stato ed un popolo minuto miserevole, le contrapposizioni erano ineluttabili e coinvolgevano direttamente il potere monarchico. Le medesime descrizioni sono utilizzate da Augustin Thierry nella sua *Histoire de la formation et du progrès du*

*Tiers Etats* (1850), senonché la sua conclusione non è favorevole all'aristocrazia conquistatrice, ai Franchi, come in Boulainvilliers, bensì ai popoli conquistati e sottomessi, ai Gallo-Romani.

Una prima constatazione s'impone a questo punto: la causa d'un accadimento storico è sempre in rapporto colla descrizione e colle analisi effettuate. L'avvenimento descritto non fotogra né copia la realtà quale essa è stata. Il fatto storico ed i suoi antecedenti sono costruiti sulla base dei documenti, riflessi indiretti della realtà. Tutti i fatti storici sono spiegabili sulla base della documentazione selezionata e la stessa descrizione può produrre conclusioni differenti. La spiegazione discende fatalmente da questa realtà ricostruita o ricreata, mai dalla realtà concreta e complessa, realtà che non potremo mai conoscere integralmente perché non esiste indipendentemente dalle questioni che noi le poniamo. Possiamo, certamente, avere una pluralità di descrizioni, di racconti, a seconda delle selezioni effettuate, dei sistemi concettuali utilizzati, dei riferimenti scelti. Sono però tutti parziali benché non contraddittori fra di loro. Gli storici che hanno studiato la battaglia di Waterloo sanno che le testimonianze ed i commenti lasciati da Fabrice, da Blücher, da Wellington, da Napoleone e da Clausewitz sono tutti veri nel senso che i loro autori hanno vissuto l'evento nella maniera che l'hanno raccontato e tramandato. Ma tutti questi racconti-vissuti sono differenti, inconciliabili gli uni cogli altri. Difficilissimo per noi sceverare il soggettivo dall'oggettivo. In più, le testimonianze che danno informazioni dettagliate, rendono l'evento inafferrabile ed incomprendibile; quelle che danno informazioni parsimoniose, o che si limitano a dire che la cavalleria del maresciallo Emmanuel de Grouchy non impedì ai reggimenti di Blücher di raggiungere quelli di Wellington, queste testimonianze, con contenuti informativi ridotti al minimo, pretendono soprattutto indicarci chi è il responsabile della disfatta.

Altri esempi a noi più vicini si possono leggere nel saggio luminoso di Roberto Vivarelli, *Vinti e vincitori in Italia alla fine della Seconda guerra mondiale*, pubblicato come prefazione al volume di Wolfgang Schivelbusch, *La cultura dei vinti*, Bologna, Il Mulino, 2006, al quale rimando e per il quale formulo il voto che abbia molti lettori attenti.

L'antecedente d'un fenomeno storico non può essere una causa. Gli antecedenti sono molteplici e diversi. Lo storico sceglie quello o quelli che reputa più confacenti alla sua indagine. Ammesso che fosse possibile agglomerare gli antecedenti in una causa unica, bisognerebbe allora provare l'esistenza d'una loro reciproca interdipendenza. Il che, logicamente, non sarebbe né agevole né realizzabile.

Certamente sapete che gli storici che si sono occupati della prima guerra mondiale, hanno tutti tentato di spiegare, in mille modi, quello che avvenne tra il mese di luglio ed il mese di agosto del 1914. Fu l'ultimatum dell'Impero

austro-ungarico alla Serbia dopo l'assassinio, il 28 giugno, dell'arciduca Francesco Ferdinando, l'erede al trono della doppia monarchia, ed il ferimento della sua moglie morganatica, la contessa Chotek, - fu quest'ultimatum a provocare quella mostruosa crisi internazionale, divenuta subito incontrollabile, e che sfociò nella guerra del 1914-1918 ? Perché nessuno uomo di Stato riuscì a controllare la situazione, perché tutte le maggiori potenze scesero in guerra ? Perché presero parte al conflitto nonostante che quasi tutti i loro dirigenti, negli anni immediatamente precedenti, avessero denunciato la guerra come soluzione dei conflitti internazionali ? Per quali ragioni la Russia non volle abbandonare la Serbia al suo destino, la Germania l'Austria-Ungheria, la Francia la Russia, la Gran Bretagna la Russia e la Francia ? Perché l'Italia restò prima neutrale e poi scese in guerra accanto alle potenze della Triplice Intesa ? Perché il conflitto, in pochissimo tempo, coinvolse tutti e divenne mondiale ?

Lenin ha scritto che la causa della guerra non fu il banale e derisorio ultimatum alla Serbia, fu la rivalità economica tra la Francia e la Germania, tra la Germania e la Gran Bretagna. La causa della guerra è sempre la competizione delle potenze capitaliste per la dominazione del mondo, per la protezione dei loro interessi economici.. La guerra è spiegata grazie ad una teoria generale, l'antagonismo ineluttabile, permanente, tra le potenze capitaliste. Questa teoria non tiene in nessun conto i comportamenti singolari degli attori storici, le loro intenzioni, le loro emozioni, i loro progetti, i contesti in cui devono agire, e fa dell'economia la causa delle cause. Una legge della storia reggerebbe la causa e l'effetto automatico sarebbe la guerra. Bisogna riconoscere che questa spiegazione ha avuto una funzione sociale rilevante, che è servita anche a compattare l'ideologia d'un movimento politico di portata mondiale, tuttavia essa riduce, senza troppa finezza critica, la complessità della storia alla semplicità d'un modello determinista, ad una legge della storia.

Ora per capire i perché di quell'immane disastro, bisogna ricorrere piuttosto a dei ragionamenti di probabilità, ricostruire le intenzioni palesi e segrete degli attori, i contesti in cui agivano, gli interessi che tutelavano, gli odi e le gelosie che li animavano, alle loro conoscenze probabili dei rapporti di forza, dell'equilibrio politico mondiale. Queste ricostruzioni possono chiarirci, con un certo grado di attendibilità e di verosimiglianza, i meccanismi di certe situazioni, fornirci delle conoscenze plausibili su fatti specifici, singolari, imprevisti, prima e dopo il 4 agosto, ma non ne danno, in alcun modo, una spiegazione causale. Impossibile dire, sulla base della moltitudine d'azioni e d'eventi, di descrizioni e di ricostruzioni, quale è stata la causa della prima guerra mondiale. Non abbiamo uniformità o regolarità che potrebbero aiutarci a formulare una causalità, una generalizzazione o anche una correlazione statistica. Possiamo al massimo indicare la molteplicità dei fattori probabili, presumibili, concepibili, elencare le condizioni politiche, nazionali, sociali,

economiche, la loro concatenazione complessa e complicata. Ma tutto ciò non dà la causa della guerra. François Furet nel suo *Le passé d'une illusion. Essai sur l'idée communiste au XXe siècle* (1995) generalizza questa fattispecie colla formula : « plus un événement est lourd, moins il est possible de le penser à partir de ses causes ».

Sarebbe molto comodo disporre della causa d'un accadimento storico, ma essa non esiste nel mondo della storia. In storia non vi sono né leggi né cause. Non vi sono oggetti storici specifici analizzabili in termini di causalità. Persino le ipotesi di regolarità non sono verificabili empiricamente. Immerso nella storicità, lo storico costruisce delle descrizioni, propone delle analisi, elabora un racconto, rende coerente ed accettabile le descrizioni parziali e relative, ma è nell'impossibilità d'omogeneizzare i materiali raccolti in uno schema causale. La conoscenza integrale delle realtà complesse passate e delle esperienze vissute in altre epoche, questa conoscenza è irrealizzabile. Inaccessibili per sempre resteranno a noi come quelle realtà furono percepite e sentite da quelli (individui e gruppi) che le vissero in un tempo ed in contesti lontani ed a noi ignoti, e che ora si trovano completamente al di là di tutte le nostre possibili conoscenze.

Poiché la spiegazione causale è inadeguata, vediamo ora, brevemente, quali sono le qualità, i vantaggi o gli svantaggi della comprensione. Il modello comprensivo è stato studiato nella logica di Porto Reale, nel *Sistema di logica razioinativa e induttiva* di John Stuart Mill, e poi da Wilhem Dilthey ne *La costruzione del mondo storico nelle scienze dello spirito* (1883), e nei tempi recenti da K.O. Apel, J. Bouveresse e da tanti altri. La teoria della comprensione come il processo che permette di conoscere i fatti psichici percepiti dalla coscienza individuale grazie ai segni che ne sono la manifestazione, questa teoria ha subito, soprattutto nel secolo XX<sup>o</sup>, variazioni ed adattamenti. Uno degli usi più corrente è stato quello che definisce la comprensione come un processo mentale consistente in una intuizione sintetica e in un'esperienza vissuta, non su un ragionamento fondato sulla constatazione di coincidenze costanti o sul riferimento ad uniformità o leggi generali. Con altre parole, la comprensione permetterebbe di capire intellettualmente ed affettivamente il perché ed il come di ciò che s'osserva, si descrive, s'analizza. Per Max Weber e per tutti i suoi seguaci, la comprensione, invece, è un modello ausiliario che rende più agevole la decrittazione delle significanze, ma per essere valida e legittima scientificamente deve essere confermata dall'imputazione causale o dall'osservazione statistica.

Qui, per ragioni di tempo, non riassumo e discuto i dibattiti cui questi approcci continuano ad alimentare. Mi limito a dire che molti studiosi rifiutano di dare alla comprensione delle fondamenta psicologiche, d'ammettere che l'empatia possa aiutare a rendere conto d'accadimenti passati, dei pensieri e degli stati d'animo degli uomini di epoche lontane o diverse dalla loro. Per

questi studiosi (cito a titolo d'esempio Jean-Claude Passeron autore d'un interessantissimo libro intitolato *Le raisonnement sociologique. Un espace non poppérien de l'argumentation*, uscito pochi mesi or sono), per questi studiosi la comprensione rammemora che gli oggetti studiati sono oggetti storici, cioè inclusi in un tempo passato e proprio perciò non sono ripetitivi né riproducibili. Questi stessi studiosi sono, inoltre, coscienti d'appartenere ad un altro tempo, ad un altro mondo sociale, e per conseguenza sanno che le loro descrizioni, le loro argomentazioni, le loro spiegazioni non sono né stabili né definitive perché determinate dal tempo in cui vivono e dalla posizione che occupano nella società che è la loro.

Tale doppia storicità (dei materiali e di colui che li seleziona e li analizza) impone al lavoro storiografico delle procedure argomentative e cognitive specifiche, particolari. Queste procedure ricorrono soprattutto al ragionamento in lingua naturale, all'esemplificazione come prova, all'analisi contestuale ed alla comparazione. Queste specificità e particolarità fanno coesistere due operazioni chiaramente contrastanti: la comparazione tra due insiemi in precedenza omogeneizzati e la presenza d'insiemi costruiti a partire di contesti unici, singolari, e quindi logicamente incomparabili. Gli esempi sono numerosi: cito alla rinfusa, le ricerche che comparano le rivoluzioni, gli assassinamenti politici, la nascita dello Stato-Nazione, le industrializzazioni e via di seguito. Precisamente perciò le conclusioni cui arriva lo storico grazie al tipo di schemi organizzatori che vanno sempre al di là del dato, delle singolarità accessibili all'osservazione, grazie al racconto o al modello, queste conclusioni non possono essere staccate dalle procedure seguite per produrle e le stesse procedure possono produrre diverse altre conclusioni altrettanto plausibili.

Per rendere più chiaro ciò, cito il caso di Vilfredo Pareto, sulla cui opera e sulla cui biografia sono stati scritti un migliaio di libri e d'articoli. Il suo tentativo d'unificare le scienze sociali, di affidarle il compito di rendere intelligibile la modernità e le trasformazioni della democrazia nel XX° secolo, non ha mai suscitato entusiasmi e nemmeno commenti più o meno favorevoli. Certo, lo scrittore è aspro, disordinato, l'uomo altezzoso, sprezzante, il polemista usa ed abusa d'una ironia sferzante, d'un sarcasmo, ora beffardo ora caustico, sempre oltre la giusta misura, da rendere tutto ciò che non gli aggrada mediocre, ridicolo, disonesto.

Ammettiamo che un tale personaggio difficilmente possa accattivare l'adesione o la simpatia dei ricercatori. I più sono sconvolti dalle collere, dalle sfuriate, dalle imprecazioni, dalle intemperanze; pochi restano intrigati o attirati dall'icasticità del suo stile, dalla rigorosa logica argomentativa, dalle sue idee ingarbugliate ma ripiene di prospettive insolite e d'approcci innovanti. Da sempre la parte più consistente delle letture dell'opera paretiana appartiene al genere accademico delle stroncature, o delle demolizioni compassio-

nevoli. Rare sono quelle equanime, poche le apologie. La sola eccezione è fornita dagli storici delle dottrine economiche per i quali Pareto è una sorta di suffisso (equilibrio paretiano, ottimo paretiano, distribuzione paretiana, curve d'indifferenza, ecc.), suffisso assai ricorrente nel loro vocabolario; le dottrine paretiane sono parte integrante, studiate, discusse, criticate, del paradigma neo-classico oggi dominante nella scienza economica. Per tutti gli altri «social scientists» Pareto resta un enigma misterioso, un'aberrazione intellettuale, un fenomeno culturale incomprensibile. L'asprezza del suo carattere, un gusto smodato per la polemica e le provocazioni, la mostruosità dei suoi libri, giustificano la marginalità cui la comunità scientifica l'ha condannato? Quali ne sono le ragioni?

Le sue analisi della società europea dal 1870 al 1923 sono perspicaci, rendono intelligibili i fenomeni sociali e quasi tutti gli accadimenti storici di quegli anni. La problematica dei rapporti tra la sociologia, l'economia e la storia quale lui l'ha formulata è sempre al centro dei grandi dibattiti scientifici dei nostri tempi. Lo stesso può dirsi delle sue dottrine sulla logica dei sentimenti, sulle logiche naturali e non dimostrative. Gli hanno rimproverato d'aver ridotto i sistemi culturali a mere costruzioni verbali, a castelli di parole senza senso; lo hanno accusato di relativismo nonostante che abbia scritto a più riprese che il suo relativismo è un canone euristico poiché vi sono innumerevoli modi per il ricercatore d'approssimarsi alla verità, che tutti i risultati scientifici sono provvisori, modificabili e sempre parziali, relativi ad un contesto ed a una situazione. Sono verosimili in quella prospettiva ma inevitabilmente superati dalle ricerche susseguenti.

Insomma, quasi tutti hanno visto nell'opera di Pareto la negazione d'idee e di valori essenziali, la derisione delle verità sociali e degli ideali collettivi, l'apologia del conservatorismo, il rigetto della democrazia, del socialismo, dell'umanitarismo, della religione esautorata della sua intrinseca verità oggettiva e ridotta a mera funzione sociale. La legittimazione della pratica dell'astuzia, la celebrazione dell'uso della forza, dell'impiego della violenza, del ruolo delle minoranze che si arrogano il diritto di comandare e di farsi ubbidire, avrebbero fornito un'ideologia al dispotismo, all'autoritarismo, ai regimi tirannici, dato una dottrina al fascismo. Chi descrive le dottrine del Pareto resta subito stupito dalla sua maniera d'attaccare tutti e a tutto spiano, di proclamare che le teorie morali servono solo ai furbi ed agli imbroglioni, che la vita sociale è dominata dai pregiudizi, dalle superstizioni, dalle ipocrisie. Ne consegue che queste dottrine sono percepite come l'apologia della credenza che la vita sociale è un inferno, che gli uomini sono animali miserabilmente istintivi, stolidi, alogici, creduloni, unicamente capaci di formulare pseudo-ragionamenti, d'elaborare miti ed illusioni, di cui poi diventano succubi. Ognora raggirati dalle declamazioni dei retori, dai maneggi e dalle furbie dei politicanti, dalle spavalderie dei potenti, gli esseri umani sono, secondo Pare-

to, esseri irragionevoli che tuttavia amano discettare a lungo della loro irragionevolezza.

In queste stesse dottrine altri studiosi hanno intravisto, e descritto, un metodo che rende intelligibile e comprensibile il ruolo dei sentimenti, delle emozioni, delle passioni nella vita sociale e nelle azioni umane. Questo metodo afferma che la scienza elabora costruzioni teoriche deduttive inadeguate a risolvere i problemi economici e sociali della società, a rendere conto dei fenomeni reali. Tra i diversi aspetti dei fenomeni esiste una mutua dipendenza. Le relazioni tra le parti costitutive mutano il tutto e cotesta mutazione trasforma poi il rapporto tra le parti e l'insieme. Perciò i fenomeni sociali si modificano e si trasformano, nella forma e nella sostanza, in continuazione.

Nel 1900-1901, polemizzando con Benedetto Croce a proposito della definizione dei fenomeni socio-economici e delle proprietà del principio economico, scrive che la coincidenza tra le teorie e l'esperienza, la concordanza tra la scienza e l'azione sono irraggiungibili. La scienza non è normativa, non offre soluzioni ai problemi dell'agire, dell'ordine sociale, dell'organizzazione socio-politica. Il liberalismo è definito una dottrina fondata sulla ragione astratta, sulla rinuncia a imporre ad altri i propri valori, il socialismo è giudicato un movimento sociale di grande efficacia perché utilizza le passioni, gli istinti, i sentimenti, perché suscita energie nuove, minoranze attive nella lotta per la conquista del potere. Riconosce che il protezionismo può produrre, com'è successo in Italia, effetti positivi non previsti dalla teoria liberista. Scrive tantissime pagine sulle relazioni della democrazia colle forze del mercato, ripete che la prosperità economica è facilitata dai regimi democratici, i quali però manifestano una forte propensione a sperperare, quindi ad essiccare il bacino delle ricchezze. La spiegazione di questo paradosso è data dalla teoria della spoliazione. Giudicata dagli uni ideologia reazionaria, da altri schema intellettuale valido per comprendere perché quelli che sono al potere hanno bisogno d'ottenere, colle diverse forme della corruzione, vantaggi particolari e consenso. Constatatone l'esistenza in tutti i sistemi politici, Pareto sostiene che la spoliazione è corrente e dilagante soprattutto in quelli democratici, sprovvisti della capacità di resistere alla decomposizione e di rinnovare rapidamente le élite in maniera radicale. Ritiene che in democrazia i governanti sono deboli, timorosi di non essere rieletti, in balia d'interessi particolari, sottomessi alle manipolazioni dei gruppi di pressione, di clientele con attese disparate. In democrazia i negoziati, pubblici o segreti, sono sempre interminabili, i compromessi sovente sbilenchi, ineluttabile l'indecisione di fronte alle rivendicazioni contraddittorie delle diverse forze sociali. Perciò le leggi vi subiscono una persistente corrosione mentre tutte le strutture d'autorità sono prima perturbate e poi indebolite. Il senso d'impunità vi si diffonde largamente ed appunto perciò l'efficacia deterrente dei sistemi normativi vi è debole.

Queste affermazioni turbano molti studiosi. Per altri esse rivelano una fecondità da inventariare, da studiare, da mettere a profitto. La distinzione delle azioni umane in logiche (quelle che connettono i mezzi col fine) e non-logiche (quelle ove questa connessione è inesistente) è ritenuta importante. Infatti, mette in evidenza due comportamenti distinti: 1. il comportamento degli attori che vogliono massimizzare le loro preferenze in un contesto caratterizzato dalla rarità dei beni e dalla limitatezza delle informazioni disponibili. Qui la razionalità è strumentale, trova la sua ragion d'essere nella coerenza delle preferenze dell'individuo gerarchizzate in maniera ordinale; 2. il comportamento di quelli che agiscono in funzione di credenze, prodotte da processi istintivi, dai sentimenti, dalle passioni, da forze più o meno congetturevoli. Il che porta i soggetti a ragionare sulla base di regole d'inferenza speciose, a reputare forti e significativi questi ragionamenti, che invece restano delle false razionalizzazioni di scelte sostanzialmente sentimentali. Qui questa razionalità trasforma le credenze ed i sentimenti in ragioni da cui poi è ricavata, nonostante la multidimensionalità delle motivazioni e la variabilità delle interazioni, una spiegazione speciosa della necessità e della regolarità dell'azione.

La distinzione tra azioni logiche e azioni non logiche implica la separazione della razionalità dell'azione e della decisione, fondate sul principio di coerenza tra mezzi e fini, dalla razionalità della spiegazione, dalla razionalità cognitiva o epistemica, che analizza la o le ragioni suscettibili di delucidare la necessità e la regolarità delle azioni sociali e dei comportamenti umani.

Per Pareto tutti i comportamenti e gli accadimenti sono analizzabili a condizione di distinguere le due forme di razionalità, quella dell'azione e quella della spiegazione, d'ammettere l'esistenza di due differenti forme di logica, quella della dimostrazione e quella dell'argomentazione, di riconoscere che la verità non coincide coll'utilità, che una dottrina non-logica, non vera, può essere utile socialmente mentre un'altra, logica, vera, può essere nociva, dannosa per la società. Il che gli permette la descrizione, la spiegazione, mediante tipologie e modelli, dei fatti sociali nelle loro totalità e nelle loro diversità osservabili, ma altresì di separare le scienze formali e sperimentali dalle scienze storiche, le scienze cognitive dalle scienze della perizia e dell'applicazione, la teoria dalla pratica. Per Pareto "una società determinata esclusivamente dalla ragione non esiste e non può esistere"; "i concetti che i diversi individui hanno circa il bene proprio e l'altrui sono essenzialmente eterogenei, e non c'è modo di ridurli all'unità."

Caso singolare, atipico nella storia della cultura, questo del Pareto? Non credo. Trattasi d'un esempio, tra tanti altri, del fatto che le descrizioni storiche suggeriscono sempre delle spiegazioni, che dalla stessa descrizione possono ricavarsi diverse spiegazioni, le quali possono essere inconciliabili tra di loro ma non sempre sono false.



È tempo di concludere e mi sia consentito di farlo riassumendo quello che Giuseppe Galasso scrive in *Niente altro che storia* (2000). Le domande che lo storico rivolge al passato hanno la loro scaturigine “negli interessi, nelle idee del tempo presente e nel bisogno immediato e incoercibile del presente di chiarire a se stesso le radici e le ragioni del suo essere e del suo agire”. La soggettività dello storico “vive nelle spinte del presente, se ne nutre, le esprime, muove da esse verso il passato e tende a potenziarle e a promuoverle a un più alto livello di significato e di efficacia storica. Nulla, però, di tutto questo lo storico può...fare a suo arbitrio...Ogni età storica si proietta nel tempo retrospettivo della ricostruzione storica in modo diverso a seconda dei problemi che lo storico si pone e degli aspetti che egli ne ricostruisce.” “La storiografia non è solo uno sforzo ambizioso, ma è anche un’esigenza morale e civile di recuperare, con una profezia *ex post facto*, il respiro e il senso” della libertà e della forza creatrice degli uomini.

---

*Victor Monnier\**

## **À LONDRES, EN 1942, WILLIAM E. RAPPARD REÇOIT LES CONFIDENCES D'EDVARD BENEŠ SUR LA TRAGÉDIE DE MUNICH**

En commémoration des soixante-dixième et soixantième anniversaires des crises tchécoslovaques de septembre 1938 et de février 1948, ainsi que du cinquantième anniversaire de la mort de William E. Rappard (1883-1958), confions à celui-ci le soin de nous exposer l'entrevue qu'il a eue, en 1942, à Londres, avec le Président tchécoslovaque Edvard Beneš, au cours de laquelle il reçoit ses confidences sur la tragédie de Munich. Rappelons que William E. Rappard<sup>1</sup>, professeur de finances publiques à l'Université de Genève et co-directeur de l'Institut universitaire de hautes études internationales, ancien haut fonctionnaire de la Société des Nations et membre de la délégation suisse auprès de l'Assemblée de cette organisation internationale, réside du 27 mars au 2 juin 1942 dans la capitale des bords de la Tamise. En effet, alors que la Suisse est encerclée par les puissances de l'Axe, l'occasion de revoir le monde libre lui est offerte par le Conseil fédéral, qui le désigne membre de la délégation suisse chargée de négocier dans la capitale anglaise l'assouplissement des mesures de blocus adoptées par la Grande-Bretagne à l'encontre de la Confédération. Outre les relations de travail qu'il entretient avec les autorités du pays dans le cadre de cette négociation commerciale, W. E. Rappard est amené à rencontrer un grand nombre de personnalités britanniques et alliées, désireuses de s'entretenir avec ce visiteur arrivant du continent et qui, plus était, arrive de Suisse et de Genève<sup>2</sup>. Parmi les entretiens intéressants de ce professeur avec les membres des Gouvernements européens réfugiés à Londres, évoquons la longue visite à Edvard Beneš (1884-1948), ancien ministre des Affaires étrangères tchécoslovaque, de 1918 à 1935, et président de la République de 1935 à 1938, à cette époque président du Gouvernement tchécoslovaque en exil.

---

\* Nous aimerions ici réitérer nos sentiments de vive gratitude à l'égard de Monsieur Lubor Jilek pour l'aide des plus précieuses qu'il a apportée à la rédaction de cette contribution.

<sup>1</sup> Pour un résumé de la vie de William E. Rappard voir ci-dessus Daniel Bourgeois "William E. Rappard, parlementaire indépendant à l'Alliance des Indépendants (1941-1943)", pp. 60-63.

<sup>2</sup> Victor Monnier, *William E. Rappard. Défenseur des libertés, serviteur de son pays et de la communauté internationale*. Genève, Bâle, Slatkine, Helbing & Lichtenhahn, 1995, pp. 544-551.

En guise d'introduction à cette entrevue, extrayons les lignes que W. E. Rappard a consacrées à Beneš en 1944, dans un compte rendu de son livre: *Demokratie heute und morgen*<sup>3</sup>.

"Il y a vingt-cinq ans que j'ai l'honneur et la joie de connaître Edouard Bénéš. Au cours de ce quart de siècle, j'ai eu à plusieurs reprises des conversations prolongées avec lui à Genève, à Prague et, il y a deux ans encore, à Londres. Eh bien, ce qui m'a toujours frappé chez cet homme d'une exceptionnelle vivacité intellectuelle, c'est la franchise avec laquelle il s'exprimait sur des sujets que des plus timorés eussent, à sa place, écartés comme trop brûlants. Malgré les responsabilités écrasantes qui pesaient sur lui, je l'ai toujours trouvé ami de la clarté et délibérément hostile à ces subtilités de langage et à ces dissimulations verbales derrière lesquelles se réfugient trop souvent la médiocrité et la vanité de politiciens de moindre envergure<sup>4</sup>."

Laissons maintenant W. E. Rappard nous rappeler sa rencontre avec Beneš, d'après les notes qu'il a prises<sup>5</sup>, en nous souvenant du jugement sévère émis par le professeur de Genève sur Munich et le démembrement de la Tchécoslovaquie, jugement proféré au moment où survenaient les événements. Cette prise de position a été rapportée par l'historien Daniel Bourgeois dans son excellent travail de synthèse sur W. E. Rappard<sup>6</sup>.

"Le samedi 2 mai [1942]

A 3h. 15, sur rendez-vous proposé par le secrétaire de Beneš, je me présente chez lui. Je suis reçu par le secrétaire<sup>7</sup> car son patron est retenu par une réunion chez les Yougoslaves. Gentil garçon, jeune, intelligent qui s'était déjà intéressé aux affaires [de la] Société des Nations à Genève. Il m'assure

---

<sup>3</sup> Edvard Beneš, *Demokratie heute und morgen*. [Nach der englischen und der tschechischen Originalausgabe uebertr.] Zurich, New York, Europa Verlag, 1944, 308 S. Il s'agit de la publication des conférences que Beneš avait données à l'Université de Chicago en 1939, éditées sous le titre, *Democracy today and tomorrow*. Londres, Macmillan, 1939, 243 p.; ce texte sera remanié et traduit dans différentes langues ultérieurement. Voir note 28.

<sup>4</sup> William Rappard « Edouard Bénéš et les problèmes de la démocratie » in *Suisse contemporaine* (Lausanne), juillet 1944, no 7, p. 586.

<sup>5</sup> Lettre de W. E. Rappard à sa femme du 2 mai 1942 in Fonds W. E. Rappard déposé aux Archives fédérales à Berne, volume 120.

<sup>6</sup> Daniel Bourgeois, "William E. Rappard et la politique extérieure suisse à l'époque des fascismes, 1935-1945" in *Etudes et Sources*. Berne, Archives fédérales suisses, 1989, vol. 15, p. 19.

<sup>7</sup> Edvard J. Taborsky (1910-1996). Juriste attaché au Ministère des Affaires Etrangères dès 1937; de 1939 à 1945, secrétaire personnel et conseiller juridique de Beneš. Edward Taborsky, *President Edvard Beneš. Between East and West 1938-1948*. Stanford University, Hoover Institution Press, 1981, p. X.

que la retraite d'Osuský<sup>8</sup> est due à des facteurs uniquement personnels: ambition déçue (aurait voulu être ministre des affaires étrangères à la place de Masaryk<sup>9</sup>), vivacités polémiques, défaut d'esprit de collaboration. Beneš arrive après 3h. 30 et m'installe sur le canapé de son grand salon-cabinet de travail. Il prend place dans un fauteuil en face de moi avec la fenêtre derrière lui. Il me dit tout de suite qu'il désire me poser certaines questions. Mais, sur une question des raisons de l'animosité personnelle de Hitler<sup>10</sup>, il se lance dans un grand exposé historique, d'un intérêt passionnant sur l'évolution diplomatique qui a précédé la chute de son pays. Dès 1934, il était assuré de la venue de la guerre. Hitler l'avait invité par deux fois à venir négocier à Berlin<sup>11</sup>. Ayant refusé – il était à peu près le seul des hommes d'Etat européens à avoir décliné de telles invitations – il recevait quelque temps après la visite de deux émissaires de Berlin<sup>12</sup>. Leur proposition: la conclusion d'un

<sup>8</sup> Štefan Osuský (1889-1973), membre de la délégation tchécoslovaque auprès de l'Assemblée de la Société des Nations (1920-1938), ministre plénipotentiaire de Tchécoslovaquie à Paris (1921-1940), Ministre d'Etat dans le Gouvernement tchécoslovaque en exil et membre du Conseil d'Etat, sorte de parlement national provisoire (1940-1942). Il est destitué de son poste ministériel en mars 1942 en raison des différents personnels qui l'opposent à Beneš, s'agissant des options prises par ce dernier tant dans le domaine de la politique intérieure (Slovaquie) que dans celui de la politique étrangère (Union soviétique) et donne sa démission du Conseil d'Etat en avril 1942. Blanka Pasternak, "Biographical Note" in *Stefan Osusky. A register of his papers in the Hoover Institution Archives*. Stanford University, Hoover Institution, 1999. Voir également la biographie de Slavomír Michálek, *Diplomat Štefan Osuský, 1889-1873*. Bratislava, Veda Vydavateľstvo Slovenskej Akadémie Vied, 1999, 520 p., favorable à Osuský, en particulier les chap. 3 et 4 ainsi que l'édition en cours de documents tchécoslovaques de politique étrangère: *Dokumenty ceskoslovenské zahranični politiky*, période de 1939 à 1941, Prague, Karolinum, 2002-2006. (3 vols. parus).

<sup>9</sup> Jan Masaryk (1886-1948), fils du président tchécoslovaque Thomáš Masaryk, ministre de Tchécoslovaquie en Grande-Bretagne (1925-1938), ministre des Affaires étrangères du gouvernement provisoire tchécoslovaque à Londres (1940-1945).

<sup>10</sup> Adolf Hitler (1889-1945) chancelier du *Reich* allemand en 1933 et chef de l'Etat en 1934.

<sup>11</sup> Voir à ce sujet Edvard Beneš, *The Fall and Rise of a Nation: Czechoslovakia 1938-1941*. Introduced and edited by Milan Hauner. New York, Columbia University Press, 2004, pp. 146-147 ainsi que Edvard Beneš, *Memoirs, From Munich to New War and New Victory*. Translated by Godfrey Lias. Londres, Allen & Unwin, 1954, pp 14-20.

<sup>12</sup> Il s'agit donc d'Albrecht Haushofer (1903-1945) et de Maximilian Karl, comte zu Trauttmansdorff (1900-1965).

Sur cette négociation, voir:

- *Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945* [aus dem Archiv des Deutschen Auswärtigen Amtes]. Serie C, 1933-1937. Vol. VI,-1. 1. November 1936 bis 15. März 1937. Gottingue, Vandenhoeck & Ruprecht, 1981, p. 516, n° 238, n. 2.
- Igor Lukes, *Czechoslovakia between Stalin and Hitler. The Diplomacy of Edvard Beneš in the 1930s*. New York, Oxford, Oxford University Press, 1996, pp. 96-98.
- *Dokumenty ceskoslovenské zahranični politiky, op. cit.*, période de 1936, 2003, 2 vols et not. les n° 435 et 486.

pacte de non-agression germano-tchécoslovaque sur le modèle [de celui conclu entre l'Allemagne et la Pologne du 26 janvier 1934]. Hitler ne demandait ni la dénonciation des ententes de la Tchécoslovaquie avec la France, ni la sortie de la Société des Nations, mais seulement la promesse de sa neutralité en cas de conflit franco-allemand. Beneš a tout de suite compris qu'il s'agissait pour Berlin d'inspirer de la méfiance à Paris et de contribuer ainsi à isoler la Tchécoslovaquie. Il semble donc qu'à ce moment Hitler ait songé à attaquer la France avant la Tchécoslovaquie<sup>13</sup>. Pour Beneš, Hitler a réussi avec la France, la Pologne et la Grande-Bretagne, ce qu'il aurait voulu accomplir avec la Tchécoslovaquie. Dès 1936, Beneš savait que le prince Paul<sup>14</sup> à Belgrade et Stojadinović<sup>15</sup> avaient été à Berlin et avaient trahi les intérêts de la Petite Entente<sup>16</sup>. Carol<sup>17</sup>, en Roumanie, dit Beneš, était plus honnête, mais pas beaucoup plus ferme. Il a assuré Beneš qu'il signerait un Pacte de défense mutuelle contre l'Allemagne si la Yougoslavie était prête à le faire, mais sachant qu'elle s'était déjà engagée à ne pas le faire. Beneš se sentait donc seul,

<sup>13</sup> Dans l'œuvre qu'il a consacrée à la guerre de 1939-1945, Winston Churchill (1874-1965) écrit à ce sujet: *Lorsque le président Bénès me rendit visite à Marrakech, en janvier 1944, il me conta l'histoire suivante: En 1935, Hitler lui avait fait offrir de respecter, en toutes occasions, l'intégrité de la Tchécoslovaquie, si celle-ci s'engageait, en échange, à rester neutre en cas de guerre franco-allemande.* Winston Churchill, *La deuxième guerre mondiale. L'orage approche. D'une guerre à l'autre 1919-1939*. Vol. 1<sup>er</sup>. [Lausanne], Ed. Rencontre, [Levallois-Perret], Cercle du Bibliophile, 1965, pp. 294-295.

<sup>14</sup> Paul Karageorgević (1893-1976), prince de Yougoslavie, régent du Royaume de 1934 à 1941 pendant la minorité du roi Pierre II (1923-1970). Se rapproche de l'Allemagne hitlérienne au préjudice de ses alliés traditionnels et de la Petite Entente. Adhère, le 25 mars 1941, au Pacte tripartite (Allemagne, Japon, Italie), ce qui déclenche un coup d'État qui l'écarte du pouvoir au profit du roi Pierre, provoquant ainsi l'invasion allemande de la Yougoslavie.

<sup>15</sup> Milan Stojadinović (1888-1961). Alors qu'il est Premier ministre du Gouvernement yougoslave de 1935 à 1939, mène une politique de rapprochement avec l'Allemagne nazie au préjudice de la France et de la Petite Entente. En raison de l'opposition des Croates, le régent Paul, qui recherche l'unité du pays, accepte sa démission en février 1939. Arrêté en 1940, il quitte la Yougoslavie en 1941.

<sup>16</sup> Petite Entente, réseau d'alliances bilatérales conclues en 1920-1921 entre la Tchécoslovaquie, la Yougoslavie et la Roumanie, dirigée contre la Hongrie et contre une éventuelle restauration des Habsbourg. A partir de 1921, elle reçoit l'appui de la France qui l'intègre dans le dispositif de sécurité qu'elle établit aux fins de se prémunir de l'Allemagne et de l'U. R. S. S. En déclin déjà avant les accords de Munich, elle disparaît avec l'invasion de la Bohême-Moravie en mars 1939.

<sup>17</sup> Carol II de Hohenzollern-Sigmaringen (1893-1953), roi de Roumanie de 1930 à 1940 qui dirige son pays de façon autoritaire et qui tout en maintenant les alliances traditionnelles de la Roumanie entend ménager l'Allemagne et l'U. R. S. S. A la suite de l'échec de sa politique étrangère et des pertes territoriales qui s'ensuivent, il est contraint d'abdiquer, le 6 septembre 1940.

la Russie seule lui étant demeurée fidèle<sup>18</sup>. A[vant] Munich<sup>19</sup>, la France et la Grande-Bretagne lui ont adressé un véritable ultimatum<sup>20</sup> – il a employé le mot – le sommant de céder à l'Allemagne, en échange de vagues garanties du reste du territoire. Le Président Roosevelt<sup>21</sup> s'est joint à cette action et a provoqué les télégrammes des 21 chefs d'Etats américains dans le même sens<sup>22</sup>. Après la chute, Beneš a été à Paris [octobre 1939], mais Daladier<sup>23</sup> a refusé de le recevoir, se souvenant de sa félonie<sup>24</sup>. Mandel<sup>25</sup> lui a dit [:] la France a

<sup>18</sup> Dans son ouvrage consacré à *Munich*, traduit du tchèque par Svatopluk Pacejka. Paris Stock, 1969, pp. 223-224, Beneš relate les circonstances du soutien soviétique. Sur l'attitude de l'U. R. S. S. à l'égard de la Tchécoslovaquie durant la crise de Munich, le débat est loin d'être clos: voir notamment *The Munich crisis, 1938 : prelude to World War II*. Ed. by Igor Lukes and Erik Goldstein. Londres, F. Cass, 2005, 402 p.; *Mythos München = Le mythe de Munich = The myth of Munich*, hrsg. von Fritz Taubert. Munich, Oldenbourg, 2002, 386 p.; Hugh Ragsdale, *The Soviets, the Munich Crisis and the coming of World War II*. Cambridge, Cambridge University Press, 2004, 212 p.; *Mnichovská dohoda : cesta k destrukci demokracie v Evrope = Munich agreement : the way to destruction of democracy in Europe*, Jan Nemecek, éd., Prague, Karolinum, 2004, 387 p.

<sup>19</sup> Conférence tenue à Munich le 29 septembre 1938 qui réunit les représentants de la France (Daladier), de la Grande-Bretagne (Chamberlain), de l'Italie (Mussolini) et de l'Allemagne (Hitler) qui laisse ce dernier annexer le territoire des Sudètes appartenant à la Tchécoslovaquie, donnant ainsi le signal du dépiècement de ce pays entre l'Allemagne, la Pologne et la Hongrie et de sa disparition totale le 15 mars 1939.

<sup>20</sup> Voir à ce sujet: Ed. Benès, *Munich, op. cit.*, pp. 171-179.

<sup>21</sup> Franklin Roosevelt (1882-1945), président des Etats-Unis depuis 1933.

<sup>22</sup> *C'est à ce moment que nous avons perdu le dernier espoir que la crise de septembre pût encore être résolue en notre faveur. Depuis le lundi soir 26 septembre et pendant toute la journée suivante ([I]es télégrammes sont parvenus entre le 26 et le 29 septembre), des télégrammes me parvinrent successivement de toutes les Républiques américaines, où l'on nous invitait à nous entendre avec l'Allemagne, à prévenir coûte que coûte la guerre entre nos deux pays, et à éviter un conflit armé européen. Le premier télégramme, celui de Roosevelt, joua sous ce rapport un rôle décisif. Après l'avoir lu, je suis arrivé à la conclusion que - malgré la bonne volonté de Roosevelt - il était désormais absolument impossible d'espérer une solution équitable de notre différend avec l'Allemagne: en effet, le président américain traitait la Tchécoslovaquie sur le même pied que l'Allemagne dans son télégramme. Il invitait les deux parties à s'entendre à l'amiable, mais sans tenir compte du comment et du pourquoi de ce conflit, sans paraître comprendre que s'il y avait menace de guerre, la violence s'exerçait contre nous, et sans proposer un nouvel examen de la substance de l'affaire.* Ed. Benès, *Munich, op. cit.*, pp. 234-235.

<sup>23</sup> Edouard Daladier (1884-1970). Président du Conseil d'avril 1938 à mars 1940, il signe au nom de la France les accords de Munich. De mars à juin 1940, il est dans le cabinet de P. Reynaud, ministre de la Guerre, puis des Affaires Etrangères. Arrêté et emprisonné par le Gouvernement de Vichy.

<sup>24</sup> Voir à ce sujet: Beneš, *Memoirs, op. cit.*, pp. 90-92.

<sup>25</sup> Georges Mandel (1885-1944), collaborateur de Clemenceau, alors qu'il est ministre des Colonies sous le cabinet Daladier, est hostile à la politique de Munich suivie par le

manqué à sa signature, nous avons tous été des salauds!<sup>26</sup> Blum<sup>27</sup>, au lendemain de Munich: rempli de honte et de soulagement! Beneš a été à Chicago<sup>28</sup> après moi. Connaissait ma *Crisis of Democracy*<sup>29</sup>. A tout exposé à Roosevelt à ce sujet<sup>30</sup>. A rédigé un livre sur toute cette histoire qu'Eden<sup>31</sup> le supplie de ne pas publier. Ce serait, en effet, une catastrophe maintenant, dit Beneš. Mais ce sera une révélation lorsqu'il paraîtra<sup>32</sup>.

On nous sert du thé et des gâteaux. Vers la fin de la longue entrevue, après 5 heures, Beneš me pose encore quelques questions, celles qu'il m'avait annoncées: Qu'en est-il de l'esprit public à l'égard de l'Allemagne en Suisse? Que pense Ferrero<sup>33</sup>, qui a toujours vu les choses comme lui? Que savons-

---

Gouvernement français. S'oppose à l'armistice de 1940, il est arrêté par le Gouvernement Vichy et en novembre 1942 livré aux Allemands.

<sup>26</sup> *Our friends of those days - for example Mandel and others - also assured me that another reason why Daladier had refused to speak to me was because, after what he had done to Czechoslovakia, he did not dare to look me in the face. No wonder...* Beneš, *Memoirs, op. cit.*, p. 91.

<sup>27</sup> Léon Blum (1872-1950), alors qu'il est président du Conseil de 1936 à 1937, mène une politique de non-intervention de la France à l'encontre de l'Espagne républicaine assaillie par une rébellion qui a, elle, le soutien de l'Allemagne et de l'Italie. Il est à nouveau Président du Conseil de mars à avril 1938. En 1940, refuse les pleins pouvoirs à Pétain, il est arrêté et emprisonné par Vichy.

<sup>28</sup> Beneš en exil à Londres depuis octobre 1938, quitte la Grande-Bretagne au début de l'année 1939, pour un voyage de six mois aux Etats-Unis. Il a été, en effet, invité par l'Université de Chicago pour donner une série de conférences sur la démocratie; elles seront publiées in Beneš, *Democracy today and tomorrow, op. cit.*

<sup>29</sup> En août 1938, W. E. Rappard dispense à l'Université de Chicago un cours consacré à la crise de la démocratie publié sous le titre *The Crisis of Democracy*. Chicago, University of Chicago Press, 1938, XIII-288 p.

<sup>30</sup> Sur l'entrevue du 28 mai 1939 entre Roosevelt et Beneš, voir Beneš, *Memoirs, op. cit.*, pp. 76-80.

<sup>31</sup> Anthony Eden, comte d'Avon (1897-1977). Cet ancien ministre britannique des Affaires étrangères est avec Churchill en 1938 l'un des principaux adversaires de la politique de Munich. Dès 1940, à nouveau ministre en charge des Affaires étrangères sous le cabinet de guerre de Churchill.

<sup>32</sup> Dans ses mémoires, Beneš écrit qu'il compte rédiger un ouvrage sur Munich destiné à la nation tchécoslovaque. L'œuvre est quasi achevée durant son exil en Grande-Bretagne, cependant en raison de la situation internationale, il renoncera en 1945 à la publier. Cette œuvre posthume, *Mnichosvké Dny* paraîtra à Londres en 1955, puis en 1958 et à Prague en 1968. Milan Hauner, "Introduction" in Beneš, *The Fall and Rise of a Nation, op. cit.*, pp. XII-XIII, n. 13. Jaroslav Soukup, "Postface" in Beneš *Munich, op. cit.*, pp. 377-378. Beneš, *Memoirs, op. cit.*, p. 43.

<sup>33</sup> Guglielmo Ferrero (1871-1942), historien et publiciste italien antifasciste. Réfugié à Genève en 1930, il y est nommé professeur et enseignera l'histoire tant à l'Université qu'à l'Institut universitaire de hautes études internationales jusqu'à sa mort, qui survint subitement le 3 août 1942.

G. Ferrero écrivait à sa fille et à son gendre Nina et Bogdan Raditsa, en avril 1941, après l'invasion de la Yougoslavie: "... *Courage, confiance et espoir. Le moment est*

nous de l'Allemagne? Son entente avec la Pologne<sup>34</sup> n'est destinée qu'à faire face au chaos qui surgira à la fin de la guerre. Il est partisan d'un armistice suivi d'une longue période de révolution intérieure en Allemagne et en Italie. Pétain<sup>35</sup> – il partage mes doutes à ce sujet<sup>36</sup>. Sur la France d'avant-guerre, il n'avait plus d'illusion depuis la fin du ministère Doumergue<sup>37</sup>. Mais il gardait foi en l'armée. C'est le seul point, dit-il, sur lequel je me suis trompé. Dala-

---

*terrible, mais il fallait s'y attendre. Les réactions sentimentales provoquées par la révolte de la Yougoslavie démontrent que l'Europe n'est pas mûre pour l'esclavage. Votre révolte [Bogdan Raditsa est yougoslave] a eu l'avantage de poser à nouveau tout le problème balkanique, en lui ajoutant les problèmes de l'Allemagne. L'ensemble est tellement vaste qu'on ne peut les résoudre. Il faudrait, pour ce faire, non seulement l'Europe, mais aussi l'Amérique. Et alors, toutes les choses s'arrangeront..."* Le 7 juillet 1941, après l'invasion de l'U. R. S. S., il s'exprime par ces mots: "... Je vois la situation avec optimisme. Ou je ne comprends plus rien ou l'attaque de la Russie devrait signifier que les Allemands ont renoncé, si jamais ils y avaient pensé, à envahir l'Angleterre. S'il en est ainsi, la guerre pourrait durer moins que prévu. Les Russes se défendent bien jusqu'à présent: dès que l'on pourra évaluer leur force, on pourra juger la situation de manière définitive ou presque." Bogdan Raditsa, "Ferrero et les Slaves du Sud" in Institut d'histoire de la Faculté des lettres de Genève, *Guglielmo Ferrero. Histoire et Politique au XX e siècle*. Genève, Droz, 1966, vol. 2, p. 96.

<sup>34</sup> Il s'agit d'un projet de Confédération élaboré par Beneš et le Général Sikorski entre la Tchécoslovaquie et la Pologne qui se heurta au veto soviétique et fut abandonné dès 1943-1944. Detlef Brandes, "Die Exilpolitik von Edvard Beneš 1939-1945" in *Edvard Beneš und die tschechoslowakische Aussenpolitik 1918-1948*. Arnold Suppan, Elisabeth Vyslonzil (Hrsg.). Berne, Francfort-s. Main, ... Peter Lang, 2002, pp. 162-163. A ce sujet voir Beneš, *Memoirs, op. cit.*, pp. 239-245; *Taborsky, President Edvard Beneš, op. cit.*, pp. 72-114; *Czechoslovak-Polish Negotiations of the Establishment of Confederation and Alliance, 1939-1944. Czechoslovak Diplomatic Documents*. Ed. Ivan Štoviček and Jaroslav Valenta. Prague, Publishing House Karolinum, Institute of History, Academy of Sciences of the Czech Republic, 1995, 451 p.

<sup>35</sup> Philippe Pétain (1856-1951). Le vainqueur de Verdun (1916) et Maréchal de France (1918) alors qu'il est vice-président du Conseil dans le cabinet Paul Reynaud, à partir du 18 mai 1940, est hostile à la poursuite des combats dans les colonies. Ayant succédé à Paul Reynaud à la présidence du Conseil le 16 juin 1940, demande l'armistice à l'Allemagne et le signe le 22 juin 1940. Il obtient de l'Assemblée nationale réunie à Vichy les pleins pouvoirs le 10 juillet 1940, ce qui fait de lui le Chef de l'Etat français durant l'occupation allemande.

<sup>36</sup> Les 15 et 18 avril 1942, à Londres, le Général de Gaulle explique à W. E. Rappard que si Hitler maintient Pétain à Vichy, c'est qu'il lui est utile par l'exécution servile de sa volonté, tout en dispensant l'Allemagne des frais d'occupation de la France. Lettre de W. E. Rappard à sa femme du 15 avril 1942 in Fonds W. E. Rappard déposé aux Archives fédérales à Berne, volume 120. Monnier, *William E. Rappard, op. cit.*, pp. 550-551.

<sup>37</sup> Gaston Doumergue (1863-1937), après avoir exercé les fonctions de Président de la République française de 1924 à 1931, revient à la vie politique en reprenant la présidence du Conseil de février à novembre 1934 et refusant notamment d'entériner le réarmement de l'Allemagne.



dier, lors de son premier<sup>38</sup> ministère avait offert les Affaires Etrangères à Paul-Boncour<sup>39</sup>, à condition qu'il fût prêt à sacrifier les garanties de l'Est. Sur le refus de Paul-Boncour, il a pris Bonnet<sup>40</sup>, qui ne partageait évidemment pas ses scrupules<sup>41</sup>.

Les mobiles de Beneš en me confiant toute sa politique d'avant-guerre: me persuader de sa sincérité parfaite et me faire toucher du doigt l'immensité de son malheur. Une vraie tragédie du destin antique, dit-il. Tout est à recommencer, conclut-il. Je le quitte, convaincu plus que jamais de son honnêteté et aussi de sa clairvoyance. Mais la politique de la sécurité collective était-elle possible dans l'Europe d'entre les deux guerres? On était dominé par l'horreur de la guerre et par l'égoïsme national."

La suite n'est que trop connue. Revenu en Tchécoslovaquie en 1945 et à nouveau à la tête de l'Etat, Beneš, malade et redoutant une guerre civile, le 25 février 1948, cède à la pression de la rue déclenchée par les Communistes et accepte la composition d'un nouveau Gouvernement dans lequel ils ont la majorité. C'est le coup de Prague qui allait emporter pour plusieurs décennies dans sa tourmente totalitaire et répressive la démocratie et les libertés, ainsi

<sup>38</sup> W. E. Rappard utilise cette expression de "premier" car successivement, de 1938 à 1940, Daladier a été trois fois Président du conseil, d'avril 1938 à mai 1939, puis de mai à septembre 1939 et enfin de septembre 1939 à mars 1940. Cependant il s'agit en réalité du troisième Gouvernement Daladier puisque ce dernier l'avait été déjà deux fois précédemment, d'abord de janvier à octobre 1933, puis de janvier à février 1934.

<sup>39</sup> Joseph Paul-Boncour (1873-1972). Cet ancien président du Conseil est ministre des Affaires étrangères de 1932 à 1934 et à nouveau de mars à avril 1938, prône une attitude de fermeté à l'égard de l'Allemagne nazie et un rapprochement avec l'U. R. S. S. Vote contre les pleins pouvoirs confiés à Pétain et recommande la poursuite de la guerre à partir du territoire algérien.

<sup>40</sup> Georges Bonnet (1889-1973), ministre des Affaires étrangères dans le Gouvernement Daladier en 1938 et 1939, met tout en œuvre pour éviter la guerre avec l'Allemagne. Favorable à l'armistice, il est membre du Conseil national de Vichy de 1941 à 1942.

<sup>41</sup> *Le gouvernement de Léon Blum fut remplacé le 10 avril 1938 par le cabinet d'Edouard Daladier. Blum et Herriot demandèrent à Daladier de laisser Paul-Boncour au poste de ministre des Affaires étrangères. Par contre, la droite promettait, par la bouche de Louis Marin et de Pierre E. Flandin, son appui à Daladier à la condition expresse que Paul-Boncour quitte le Quai d'Orsay, et Paul Reynaud, le ministère des Finances. La droite reprochait à Paul-Boncour trois choses:*

*d'avoir été pour l'intervention en Espagne;*

*d'avoir agi, dans les affaires concernant la Tchécoslovaquie et l'Europe centrale, avec trop d'initiative personnelle sans tenir compte de la Grande-Bretagne, menaçant ainsi l'accord franco-britannique;*

*n'ayant pas entamé les pourparlers avec l'Italie, de ne s'être pas rallié à la politique d'«apaisement» britannique.*

*Peu après, Georges Bonnet fut nommé ministre des Affaires étrangères. Ainsi, Daladier montrait bien à quelle politique extérieure il donnait la préférence. Beneš Munich, op. cit., pp. 51-52.*

que parmi tant d'autres, Jan Masaryk, qui avait conservé son poste de ministre des Affaires étrangères et que l'on trouve, gisant mort, le 10 mars 1948, après une chute du haut des appartements de son ministère. Edvard Beneš, lui, succombe le 3 septembre 1948, épuisé par la maladie et par le chagrin<sup>42</sup>.

---

<sup>42</sup> Zbyněk Zeman, *The Life of Edvard Beneš 1884-1948. Czechoslovakia in Peace and War*. With Antonín Klimek. Oxford, Clarendon Press, 1997, pp. 264-282.  
Jean-François Soulet, *Histoire comparée des Etats communistes de 1945 à nos jours*. Paris, A. Colin, 1996, p. 66.  
Georges Castellan, *Histoire des peuples de l'Europe centrale*. [Paris], Fayard, 1994, pp. 450-451.

---

## RECENSIONES LIBRI SELECTI

**François Quastana, La pensée politique de Mirabeau (1771-1789): «républicanisme classique» et régénération de la monarchie. Aix-en-Provence, Presses universitaires d'Aix-Marseille, 2007, 651 p.**

Dans cet ouvrage, François Quastana examine la pensée politique de Gabriel Honoré Riqueti, comte de Mirabeau, telle qu'elle s'est développée depuis sa jeunesse jusqu'au moment de la réunion des Etats généraux. Cette étude, qui se fonde sur l'examen systématique et approfondi de tous les travaux du noble Provençal, permet de mesurer l'influence exacte des différents courants de la pensée politique qui se sont exercés sur le Mirabeau de cette période pré-révolutionnaire dégageant ainsi le caractère original et la valeur de sa réflexion et de son action.

Grâce à cette analyse exhaustive, nous sommes en mesure de situer la pensée politique de Mirabeau dans le sillage du "républicanisme classique" et de comprendre ce qu'a tenté ce personnage pour régénérer la monarchie avant qu'il ne fût trop tard.

Dans une première partie de son travail, l'auteur analyse les nombreux travaux élaborés par Mirabeau dans les années 1771 à 1782, le plus souvent dans les prisons du Royaume, conséquence de son inconduite et de la sévérité de son père le physiocrate Victor Riqueti, marquis de Mirabeau. A la lumière de ces différents écrits, qu'il place dans le contexte de l'époque, François Quastana fait l'inventaire de tout l'arsenal des arguments utilisés par ce personnage pour ébranler l'absolutisme monarchique. Ceux-ci ont pour nom, comme le rappelle l'auteur à la page 83: citoyenneté, liberté, éloge de la vertu, haine du despotisme et de l'esclavage, critique du luxe, des armées permanentes, corruption des mœurs. Ils figurent dans l'arsenal du républicanisme classique, courant auquel appartiennent également les remèdes évoqués par Mirabeau pour régénérer la monarchie française, en particulier le principe de séparation des pouvoirs et le rôle du législateur dans l'organisation politique.

Outre cette affiliation au républicanisme classique, l'auteur mentionne une autre source de la pensée politique du comte, celle du iusnaturalisme moderne, avec sa notion de contrat social qui se situe aux antipodes de l'origine divine du pouvoir qu'il récuse. A l'issue de cette première partie, le lecteur se rend compte de la stature intellectuelle acquise au cours de cette décennie par Mirabeau à travers les différentes recherches qu'il a entreprises pour alimenter sa réflexion sur la théorie de l'Etat, doctrine qui d'ailleurs apparaît dans ses publications. L'originalité de cette pensée politique est perceptible grâce à

l'appareil critique et analytique développé par François Quastana, celui-ci la faisant figurer dans l'environnement intellectuel de ce siècle des Lumières.

Dans une seconde partie de ce travail magistral, François Quastana évoque les années quatre-vingts marquées par les retentissants procès de Mirabeau, ses voyages à l'étranger, notamment en Angleterre et en Prusse, ainsi que par le sentiment qui l'anime: la conviction qu'il peut régénérer la monarchie et être utile à la nation. Cette période s'achève à la convocation des Etats généraux.

La présentation remarquable et intelligente que nous donne l'auteur des procès de Pontarlier pour rapt de séduction commis sur la personne de la femme du premier président de la Chambre des Comptes de Dôle, Madame Sophie de Monnier en 1782, puis celui d'Aix, en 1783-1784, à l'encontre de sa propre femme, permet de mesurer l'étendue de l'improbité du comte, mais aussi ses qualités oratoires et d'apprécier sa parfaite connaissance de l'ordre judiciaire qu'il tentera de réformer.

L'évocation de la Genève du XVIII<sup>e</sup> siècle est excellente et mérite d'être relevée. François Quastana a bien esquissé l'âge d'or culturel que vit la parvulissime République à cette époque et la crise politique constante qu'elle traverse durant ce siècle, de l'affaire Fatio en 1707 jusqu'à son annexion par la France en 1798; les enjeux consistent notamment dans la volonté manifestée par la bourgeoisie de participer à l'exercice du pouvoir politique confisqué par le patriciat et l'égalité réclamée par les sans-droits politiques et économiques, c'est-à-dire les natifs et les sujets. La description synthétique des événements importants qui ont secoué Genève nous permet d'appréhender les enjeux de cette confrontation, enjeux parfaitement assimilés par le comte de Mirabeau, puisque, comme indiqué à la page 383, il est l'auteur d'un manuscrit inachevé sur les Révolutions de Genève. Cette Genève au XVIII<sup>e</sup> nous permet de percevoir ce qui incitera Mirabeau à choisir plus tard des collaborateurs genevois.

Les expériences qu'il retire de ses séjours en Europe améliorent encore sa formation intellectuelle en lui offrant de nouveaux champs de recherches, comme en témoigne la publication en 1788 des quatre volumes, *De la monarchie prussienne sous Frédéric le Grand*, ce qui démontre le constant souci qu'il a de la régénération de la France. C'est encore un mérite de l'auteur de s'être plongé dans cette oeuvre peu connue pour déterminer la juste part qui revient au comte et pour mettre en évidence la supériorité des théories physiocratiques lorsqu'il condamne le système fiscal et financier de la Prusse. L'auteur, qui suit l'ordre de l'exposé de Mirabeau, présente ensuite, remarquablement, les réformes entreprises par la monarchie prussienne dans les domaines de la procédure civile et des législations civile et criminelle. Point important et combien révélateur de la formation acquise, il relève que dans le

régime borusse, l'individu ne se voit reconnaître aucune garantie constitutionnelle... Les pages rédigées par François Quastana révèlent la parfaite connaissance qu'a Mirabeau de ces questions et de ce que l'étude de l'Etat prussien a apporté à sa pensée. Sous la conduite de l'auteur, on pénètre aussi dans les arcanes du système des finances publiques de la monarchie; le fil conducteur élaboré par l'esprit critique de Mirabeau et les remèdes que celui-ci préconise pour sortir la France de l'état de crise dans laquelle elle se trouve, c'est principalement l'établissement d'une constitution.

A l'aide de commentaires pertinents, le lecteur est à même de saisir les raisons pour lesquelles Mirabeau s'est intéressé à cette question et a dénoncé la pratique de l'agiotage, quels ont été ses mentors dans ce domaine et enfin la part qui lui revient dans la dénonciation de ce fléau.

Ce travail se termine par le combat mené en 1789 par Mirabeau pour faire partie des Etats généraux. Après avoir été écarté des rangs de la noblesse provençale, il est désigné comme député du tiers Etat à Versailles par les sénéchaussées d'Aix et de Marseille. Comme le relève avec pertinence l'auteur, cette campagne électorale achève de dévoiler les talents du Mirabeau homme d'action, mais aussi homme de communication, qui, par l'emploi judicieux de son image et de ses écrits, sait se mettre en avant jusqu'à devenir bientôt l'idole du tiers Etat.

La lecture de ce travail remarquable de quelque six cents pages rédigées par François Quastana, nous laisse fort impressionné par les qualités de chercheur de celui-ci, son immense culture, la clarté de son exposé. Cette étude est d'abord le fruit d'un travail de recherches magistral sur les sources mêmes de la pensée politique de Mirabeau telles qu'elles figurent dans les archives aixoises, parisiennes et genevoises, que l'auteur confronte aux écrits publiés par le comte qui ont fait l'objet d'un examen minutieux. Cette comparaison, qui va de pair avec un dépouillement systématique de la correspondance manuscrite ou publiée de Mirabeau et de sa famille, fournit une méthode à l'auteur sur laquelle il s'appuie pour procéder à un nouvel examen de l'œuvre de Mirabeau.

Cette mise en parallèle ainsi que les commentaires apportés par l'auteur, dont l'érudition mérite à nouveau d'être soulignée, renseignent parfaitement le lecteur sur la manière dont Mirabeau s'est formé et sur les différentes influences qu'il a subies. L'analyse rigoureuse à laquelle procède François Quastana, en se fondant sur ces différentes sources, donne au lecteur la faculté d'apprécier notamment l'évolution de la pensée politique de Mirabeau et le bagage intellectuel considérable que le futur tribun avait accumulé depuis 1771.

Grâce à cet ouvrage, ce lecteur est à même de connaître et de comprendre comment s'est formé, comment a évolué, durant les dernières décennies de

l'ancien régime, celui qui jouera un rôle décisif en France, tant aux Etats généraux qu'à la Constituante. Cette enquête approfondie, admirablement structurée, est, soulignons-le, d'une lecture passionnante. La recherche accomplie par François Quastana dans le domaine de l'histoire du droit et des doctrines juridiques et politiques se caractérise par la qualité du texte, son originalité, ainsi que par un apport scientifique de premier plan.

V. M.

**Friedrich Carl von Savigny, *De la vocation de notre temps pour la législation et la science du droit*, traduction, introduction et notes par Alfred Dufour. Paris, PUF, 2006, VI-218 p. (Léviathan).**

Le livre est divisé en trois parties. La première consiste en une *Présentation générale* (p. 1-46). La deuxième partie est la traduction du *Vom Beruf...* (p. 49-130). Des annexes diverses constituent la troisième partie (p. 134-212) : on y trouve la traduction de la préface de la deuxième édition du *Vom Beruf...* (1828), un regroupement d'écrits indispensables à la compréhension de l'ouvrage, en particulier divers écrits de Savigny et l'article de Eugène Lerminier (p. 168-175). Il s'y ajoute des notes et notices explicatives et biographiques. La bibliographie est sans faille. Cette façade austère d'une traduction commentée abrite une somme considérable de savoir. L'appareil scientifique éclaire toujours la lecture à point nommé. On pardonnera à un des auteurs (Yves Le Roy) de ce compte rendu d'exprimer la qualité du travail du Professeur Dufour en rapportant un souvenir. Un Maître qui venait de franchir la limite des soixante-dix ans m'avait dit : « C'est ennuyeux, je pars à la retraite au moment où je rends le plus ». Je lui avais répondu : « Ne vous plaignez pas. Débarrassé des contraintes administratives et autres, vous pourrez travailler tranquillement les questions qui vous intéressent ». Nous disions vrai tous les deux. Lors de la remise de mélanges au Maître pour son quatre-vingt-dixième anniversaire, l'évidence était là : en vingt ans, il avait publié autant de travaux, si ce n'était plus, tous de grande qualité et fort originaux, qu'au cours d'une carrière pourtant restée dans les annales comme l'une des plus longues et des mieux remplies. Savigny avait trente-cinq ans à l'époque où il publia le *Vom Beruf...* (1814), et il concentra en une soixantaine de pages « un des grands écrits de l'histoire de la pensée juridique occidentale » (p. 11). Cet passage obligé d'une bonne formation juridique a une rançon qui tient à sa nature de chef-d'oeuvre : sa traduction et sa présentation complète à des lecteurs de langue française ont été attendues pendant près de deux siècles. En effet, elles exigent des conditions rarement cumulées. Il faut : 1) Maîtriser la pensée qui a formé Savigny, c'est-à-dire celle du XVIII<sup>e</sup> siècle ; 2)

Très bien connaître Savigny lui-même, les savants considérables dont les enseignements l'ont formé (p. 4 et 5), le cercle de ses relations (en particulier les plus proches : Achim et Bettina von Arnim, Clemens Brentano, les frères Grimm), la tragédie européenne qu'il a vécue et les enjeux politiques auxquels il a été confronté ; 3) Comprendre le génie des langues allemande et française ; 4) Enfin, avoir une bonne connaissance des droits allemands et français, et rendre accessible au lecteur d'aujourd'hui la science juridique de l'époque de Savigny. Sa formation d'historien et de philosophe du droit, ses travaux, sa carrière et sa personnalité ont donné au Professeur Dufour une position privilégiée qui lui a permis de répondre brillamment au défi. Le résultat est une traduction à la hauteur du texte allemand. Entre lecture et explications, on est immédiatement au cœur du *Vom Beruf...* et à même de débattre avec Savigny. Très vite, on découvre qu'il y a dans ce petit livre beaucoup plus qu'une controverse obscurcie par la passion politique sur l'opportunité d'une codification du droit allemand. Aussi, on doit bien distinguer entre le fond de la pensée de Savigny et des expressions qui peuvent la déprécier, si on ne songe pas au contexte dans lequel le *Vom Beruf...* a été rédigé : les grands auteurs de la doctrine française avaient une « connaissance lacunaire » (p. 40, mais Savigny estime Merlin), l'appréciation de l'ABGB (p. 99) et du Code Napoléon (« cancer », p. 40, « maladie politique », p. 115), « la nullité de la formation juridique » en France du temps de Montesquieu (p. 110), « les raisons pour lesquelles l'École de Bartole est tellement inférieure à celle des Glossateurs » (p. 113. Pourtant elle a rendu de grands services et son esprit est encore bien utile). Il faut aussi laisser de côté un aperçu rapide du droit canon, bien que Savigny prônât la nécessité de l'enseigner (p. 140), car ce n'était pas l'objet de son étude. Ce ne sont là que contingences terminologiques qui n'enlèvent rien au fait que ces critiques méritent attention quant au fond. La pensée de Savigny doit être saisie à la lumière de l'ensemble de son œuvre de savant et d'homme politique qui donna sa pleine mesure à un moment où l'Allemagne était « au milieu de l'Europe comme une Université savante » (Charles de Rémusat cité par Georges Weill, *L'éveil des nationalités et le mouvement libéral (1815-1848)*, Paris, Félix Alcan, 1930, p. 235). Le travail du Professeur Dufour permet d'aborder la position de Savigny sur les questions fondamentales de la création et de la formulation du droit — on mesure ici pleinement en quoi consiste « la revanche de l'histoire sur la raison » ou plutôt la supériorité de l'École du droit historique —, ainsi que celle, corrélative, de la formation des juristes. En milieu universitaire, ce dernier point est d'actualité et le texte de Savigny n'a pas pris une ride.

Prof. Yves Le Roy et Dr Marie-Bernadette Schœnenberger

**Thomas Weibel, *Friedrich Ludwig Keller und das Obergericht des Kantons Zürich. Herausgegeben aus Anlass des Jubiläums 175 Jahre Obergericht des Kantons Zürich 2006. XIII, 342 S., zahlr. Illustrationen. Zürich 2006 (nicht im Buchhandel; über das Obergericht zu beziehen).***

Friedrich Ludwig Keller (zum Steinbock) muss an dieser Stelle nicht eigens vorgestellt werden. Ausser den Lebensdaten (1799-1860) dürften die folgenden Stichworte genügen, um seine Person in Erinnerung zu rufen: Aufklärerischer Vorkämpfer für Rechtsstaatlichkeit in Zürich, Begründer eines modernen Unterrichtswesens, liberaler Politiker grosser Erfolge und beschämender Niederlagen, Hochschullehrer und Erforscher des Zürcher Partikularrechts und des Römischen Rechts, zunächst in Zürich, dann in Halle und Berlin, die letzten Standorte Ausweis seiner Emigration in das monarchische Preussen. Verwiesen werden kann auf B. Schmid, Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 18.01.2006, URL: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D7312.php>.

Das hier anzuzeigende Buch stellt nicht weniger dar als den Beginn einer modernen Keller-Forschung. Was bislang vorlag, waren Nekrologe und Erinnerungen von Zeitgenossen; aus diesem Material haben noch alle bisherigen Keller-Darstellungen in den biographischen und lexikalischen Sammelwerken geschöpft. Weibel geht zurück auf die reichlich vorhandenen Quellen und zeichnet ein detailreiches Lebensbild Kellers in dessen Zürcher Zeit (bis 1844). Die Jahre in Deutschland kommen eher am Rande – und gestützt auf Sekundärliteratur – in den Blick. Dafür ist die Zürcher Zeit Kellers mit grosser Sorgfalt und unter Aufbietung allen einschlägigen Materials minutiös nachgezeichnet. Die gesamte bisherige Literatur wird im Hinblick auf Keller ausgewertet. Der Autor, ein Kenner der Zürcher Rechtsgeschichte und gleichzeitig als Angehöriger des Obergerichts rechtspraktisch erfahren, versteht es, Kellers Werdegang in das turbulente Zeitgeschehen einzuordnen. Viele längere Zitate von und über Keller lassen den Protagonisten lebendig werden. Auf Kellers Genealogie wird ebenso eingegangen wie auf seine kaum befriedigenden Ehe- und Familienverhältnisse. Auch auf seine Abkömmlinge fällt ein Blick. Der Band ist reich illustriert.

Es ist ein besonderer Vorzug der Arbeit Weibels, dass sie den Bestand der für Keller aufschlussreichen Quellen zuverlässig erkennen lässt. Wenngleich Weibel diese Quellen für seine Darstellung bereits weitgehend durchgegangen ist, bergen diese doch noch genug, um eine weitere Bearbeitung zu rechtfertigen. Im Anschluss an Weibel sei hier kurz der Bestand mit der Absicht geschildert, die vor uns liegenden Aufgaben zu markieren. Der Beschränkung Weibels auf die Zürcher Zeit entspricht es, dass es nun besonders die preussi-



schen Jahre sind, die es zu untersuchen gilt. Doch gehen wir die Quellen geordnet nach Kellers Tätigkeitsgebieten durch:

1. a) Kellers Vorlesungen in Zürich sind mitgeschrieben worden (dazu S. 258 ff.). Von der Vorlesung über „Zürcher Privatrecht“ gibt es sogar eine gleichsam „amtliche“ Nachschrift (S. 261 ff.). Für diese Vorlesung sind wir, wie wir von Weibel erfahren, in der glücklichen Lage, im Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, die Kellers (ganzen?) wissenschaftlichen Nachlass hält, zugleich über Kellers eigenes, fast druckreifes Manuskript – mit gewissen Lücken – zu verfügen. Dessen Edition, unter Heranziehung der Mitschriften, ist aus der Sicht der Schweizer rechtsgeschichtlichen Forschung das vordringlichste Desiderat der Kellerforschung. Der Zustand des Privatrechts im Zürich des beginnenden 19. Jahrhunderts ist hier besser abgebildet als in jedem späteren Werk.

b) Durch mehrfache Mitschriften überliefert ist die Vorlesung „Zürcherisches Zivilprozessrecht“ (dazu S. 258 ff.); an ihr sollte die Prozessrechtsgeschichte ein Interesse haben.

c) Mitgeschrieben wurde vermutlich auch in Halle und sicher in Berlin, wie sich etwa aus dem Nachlass- und Autographenkatalog der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg ergibt (cod. Nov. 090, 094, 102). Hier müsste fürs Erste ein Verzeichnis der vorhandenen Nachschriften erstellt werden. Soweit Vorlesungstexte noch zu Kellers Lebzeiten oder posthum veröffentlicht worden sind (Pandekten, Institutionengrundriss, Wechselrecht), besteht freilich an den Mitschriften kein Interesse mehr.

2. Die Urteile, die in Zürich von Keller (oder unter seiner Leitung) gefällt oder abgesetzt wurden, möchten sich, bei genauer Prüfung, individualisieren lassen. Seine Gutachten sind weitgehend publiziert (S. 277 ff.), aber abgesehen vom berühmten Gutachten zu den Festungswerken der Stadt Basel von der rechtsgeschichtlichen Forschung noch nicht ausgewertet worden.

3. Keller war publizistisch tätig, in Zürich unter anderem beim „Schweizerischen Republikaner“ (S. 156 ff.), vor allem aber auch 1833-1838 als Gründer, Herausgeber und Autor der ersten juristischen Fachzeitschrift der Schweiz, der „Monatschronik der zürcherischen Rechtspflege“ (dazu S. 77 ff.). Man fragt sich, ob und in welchen Organen Keller seine publizistische Tätigkeit in Preussen fortgesetzt hat.

4. Weibel geht auch auf die Entwürfe ein, die Keller für die Zürcher Gesetzgebung gefertigt hat (dazu S. 119 ff.). Abgesehen von der Organisationsverfassung für die Zürcher Justiz ist Kellers Mitwirkung an der Entstehung einer Strafprozessordnung für die eidgenössischen Truppen von besonderer Bedeutung (dazu S. 233 ff.). Kellers Schrift „Über die preussischen Schwurgerichte und deren Reform. Ein Votum mit einigen Zusätzen“ von 1851 harret noch der historiographischen Bewertung. Bei Keller lag zunächst auch die

Ausarbeitung des (später von Bluntschli vollendeten) Zürcherischen Zivilgesetzbuches (dazu S. 122 ff.). Einzelne Vorarbeiten auf dem Gebiet des Erbrechts hat Keller in seiner „Monatschronik der zürcherischen Rechtspflege“ veröffentlicht.

5. Über Kellers Tätigkeit im Grossen Stadtrat, im kantonalen Grossrat Zürichs und in den eidgenössischen Tagsatzungen informiert Weibel S. 47, 130, 190 ff. Für Kellers Wirken im preussischen Abgeordnetenhaus und im Herrenhaus müsste sich Einiges aus den Sitzungsprotokollen im Geheimen Staatsarchiv Berlin-Dahlem und wohl auch aus der Berliner Tagespresse gewinnen lassen. Nekrologe aus Kellers preussischer Wahlheimat liessen sich bislang offenbar nicht nachweisen.

6. Was die Briefe von, an und über Keller betrifft, sei hingewiesen auf die schon vor Weibel erfolgte Aufarbeitung des Vorgangs der Berufung nach Halle durch L. Jelowik; ZSR 111 (1992) 441 ff. Im Übrigen dürfte auch bei Weibel fürs erste nur ein Bruchteil der für Kellers Vita aufschlussreichen Briefe in den Blick gekommen sein.

Zum Abschluss muss noch eine heikle Frage berührt werden, die sich jeder stellen muss, der sich mit Keller befasst: Wie soll biographische Historiographie mit dem Umstand umgehen, dass die Grossen der Geschichte „auch nur Menschen“ sind und sich nicht selten den verschiedensten Lastern hingegen haben? In der modernen Historiographie hat Gertrude Himmelfarb eine Tendenz festgestellt, die Grossen unter Überbetonung ihrer Laster „zurechtzustutzen“.<sup>1</sup> Sie spricht von einer „presumption against greatness“. Die Geschichtsschreibung, die sie dagegen hält, soll die Skandale im Leben des Protagonisten beileibe nicht unterdrücken, weiss aber zu unterscheiden, dass die Skandale das Leben betreffen, nicht das Werk. Von den Geschichtsschreibern, die dies beachten, heisst es: „Their heroes had feet of clay; but they were heroes nonetheless, because their heroism lay not in their feet (or in other lowly organs) but in their minds and works“ (S. 33). Diesem Ansatz erscheint auch die Arbeit Weibels verpflichtet: Die Schattenseiten Kellers treten mehr als deutlich zutage; nichts wird beschönigt. Gleichwohl wird die Grösse Kellers anerkannt, die ihn – im Bereich der Politik wie im Bereich der Wissenschaft – über seine Zeitgenossen hinausragen liess.

Weil der hier angezeigte Band die Grundlage für jede weitere Befassung mit Keller sein muss, wäre es zu erwägen, ob er nicht nochmals in einer für den Buchhandel bestimmten Studienausgabe, vielleicht ergänzt um Quellen-

<sup>1</sup> Of heroes, Villains and Valets, in: *On Looking into the Abyss*, 1994, 27 ff. Die Reflexionen nehmen ihren Ausgangspunkt bei der Adage der Anne-Marie Bigot de Cornuel „Il n'y point de héros pour son vale de chambre“.

Sach- und Personenregister sowie um ein Literaturverzeichnis (dafür eventuell ohne die Abbildungen), herausgebracht werden könnte.

Wolfgang Ernst

**Joseph Jung, *Alfred Escher (1819-1882), Aufstieg, Macht, Tragik*. Zürich, Verlag Neue Zürcher Zeitung, 2007, 504 S.**

Alfred Escher ist eine überragende Figur der schweizerischen Geschichte des 19. Jhdts. Dieser Gemeinplatz geschichtlichen Wissens verdient es, mit Details und Tatsachen unterlegt zu werden. In der Tat ist der hier zu besprechende Band von Joseph Jung hervorragend geschrieben, leicht lesbar und vor allem sachhaltig. Jung vermittelt die nötigen Informationen, ohne sich in Details zu verlieren.

Der Band folgt in seiner Gliederung der Biographie Eschers und den ihn begleitenden zeitgenössischen politischen Ereignissen. Insofern ist der Aufbau geradezu selbstverständlich. Wertvoll und spannend ist das Kapitel über die letzten Jahre (S. 445 ff.). Es ist klar, dass hier die Tochter Lydia und ihre faszinierende Lebensgeschichte mit ins Spiel kommt.

Freilich ist der reich bebilderte Band nicht nur eine unterhaltsame Lektüre, sondern er genügt vollauf wissenschaftlichen Anforderungen. So sind die Aussagen mit Endnoten belegt und der interessierte Leser findet auf diese Weise zu einem Detailproblem weitere Unterlagen und vor allem die Quellen. So ist bemerkenswert, dass Alfred Escher als Nationalrat und dessen Präsident viel beachtete und hervorragende Reden hielt. Im Band ist die schweizerische Flüchtlingspolitik 1849 zu Recht dargestellt (S. 146 ff.). Es war nicht die grosse Zahl der Flüchtlinge ab 1849, die in den Kantonen Zuflucht fanden, welche die Flüchtlingsfrage zu einem Problem machte. Die monarchischen Nachbarn der Schweiz betrachteten die Flüchtlingspolitik kritisch, denn die Flüchtlinge betrieben in ihren Augen den Umsturz der traditionellen Ordnung und dem sollte ein Riegel geschoben werden. Frankreich und Österreich wollten mit einer Intervention die Ausweisung aller Flüchtlinge erzwingen. Der Bundesrat gab teilweise nach und wies von verschiedenen Arbeitervereinen die nichtschweizerischen Mitglieder aus, womit sich eine Intervention erübrigte. Eschers Haltung wird an Hand des Briefwechsels mit Bundesrat Jonas Furrer und seiner Reden als Nationalratspräsident dokumentiert. Schade ist es, dass Jung nicht die bedeutende Eröffnungsrede des Nationalratspräsidenten Escher vom 5. April 1850 hervorhebt. Dieser ging in seiner Eröffnungsansprache auf die besonderen aussenpolitischen Verhältnisse ein und stellte dabei die Schweiz so dar (BBl 1850 I 245 ff., 250 f.):

„Ja, meine Herren, unser Alpenland soll der Hochaltar der Freiheit in Europa sein. Diesen Hochaltar rein und unbefleckt zu erhalten, ihn zu erhalten in seiner vollen Würde und in seiner ganzen Erhabenheit, das ist die schöne Aufgabe, welche die Vorsehung unserm Volke in der Reihe der Kämpfe für die Demokratie zu lösen übertragen hat. Erfüllt das Schweizervolk diese Aufgabe gewissenhaft, so wird dies zu feinem eigenen Frommen und auch zum Frommen aller derer gereichen, die außer unserm Vaterlande für die Völkerfreiheit erglühen. Es wird zum Frommen dieser letzten dienen: denn, wenn an dem Beispiele der Schweiz die Kraft und das Glück eines freien Volkes sich vor den Augen Europa's fortwährend lebendig bekräftigen, so wird sich um diesen helleuchtenden Freiheitsaltar herum um so eher auch ein europäischer Freiheitstempel erheben: in bitteren Stunden des Leidens aber, welche auch fürder den Streibern für die Freiheit der Völker nicht erspart fein werden, wird ein Blick auf jenen Hochaltar, auf dem die Leuchter der Freiheit, so Gott will, nie erlöschen werden. (...) Sollte die Reaktion je an diesem Hochaltare, unserm freien Alpenlande, sich mit frevler Hand vergreifen wollen, so könnte aller derer, welche der heiligen Sache der Volksfreiheit, wo immer es auch fein möchte, dienen, nur Ein Gefühl sich bemächtigen, das Gefühl, daß nun Hand an das innerste Heiligthum der Völkerfreiheit gelegt sei, das Gefühl, daß nicht bloß der Schweiz, sondern der Demokratie überhaupt der Untergang bereitet werden wolle, das Gefühl, daß darum nicht nur die Schweiz, sondern alle, welche die Völkerfreiheit nicht aus unserm Welttheile verbannt wissen wollen, den hingeworfenen Handschuh aufzuheben haben. Dieses Gefühl würde eine furchtbare Macht zur natürlichen Verbündeten unsers Vaterlandes machen und diese Verbündete hätte die Schweiz der Völkersolidarität zu verdanken.“

Die Rede ist höchst erstaunlich, weil Nationalrat Escher mit zivilreligiöser Vehemenz die monarchischen Nachbarn in die Schranken wies. Hier hielt, der sonst wenig religiös argumentierende Politiker angesichts der ausländischen Drohungen eine zivilreligiöse Predigt, die ihresgleichen sucht. Die entsprechenden Stichworte sind beeindruckend: „Hochaltar rein und unbefleckt“, „Vorsehung“, „helleuchtenden Freiheitsaltar“, „Gottestempel“, „heilige Sache der Volksfreiheit“, „frevler Hand“ oder „innerstes Heiligthum der Völkerfreiheit“. So ist der Frevel eine „Entheiligung“, ein Vertoss gegen ein göttliches Gesetz und die Monarchen, die sich unterstehen, dies zu tun, sind unrein (siehe Lev. 11,43-46). Diese Ausdrücke sollten sich später nur selten derart konzentriert in einer politischen Rede irgendeiner Persönlichkeit wiederfinden.

Diese Rede ist deshalb zukunftsweisend, weil dieses Bild später wieder aufgenommen werden wird. Die Schweiz ist ein hehrer Ort, ein Heiligtum der Demokratie, der Solidarität und der Menschenrechte. Im Ausland herrschen die dunklen Kräfte und der Schweiz wird die „Mission“ zugeschrieben, im Ausland die Finsternis zu vertreiben, d.h. die Demokratie zu verbreiten. Namentlich Bundesrat Numa Droz spricht den demokratischen und freiheitlichen Werten der Schweiz eine beherrschende Rolle in der Aussenpolitik zu. In einer Rede am Schützenfest von Macon im August 1871 sagte der damalige Neuenburger Staatsrat, die Schweiz sei dazu bestimmt, die Demokratie „eines Tages ganz Europa mitzuteilen, um es mit dem Alles überwältigenden Lichte der Freiheit zu beleuchten“.

Die Idee einer Mission der Schweiz wurde übrigens immer wieder aufgenommen, so namentlich durch Bundesrat Max Petitpierre nach dem 2. Weltkrieg. Auf diese Weise sollte das schlechte Ansehen und die Isolation nach dem 2. Weltkrieg überwunden werden. Auch heute bestimmt dieses Idealbild einer helfenden und demokratischen Schweiz ganz entscheidend die schweizerische Aussenpolitik, wenn man den Verlautbarungen des EDA folgt. Es ist überraschend, dass sich auch bei Escher ein solches Engagement findet. Ja Escher kann als Begründer dieser Tradition im Bundesstaat ab 1848 angesprochen werden.

Der Band hätte an Wert gewonnen, wenn Eschers Haltungen in die grossen Entwicklungslinien der schweizerischen Geschichte eingebettet worden wären. Der Band ist insofern etwas zu stark biographisch und zu einseitig auf das Jubiläum der von Escher gegründeten Bank „Credit Suisse“ bezogen. Die Publikation ist aber freilich wissenschaftspolitisch wertvoll, weil sich die heutige Geschichtswissenschaft immer mehr auf extreme Spezialthemen zurückzieht oder sich postmodern gibt, d.h. sich als „Kunst“ versteht. Daher gerät die politische Geschichte immer mehr ins Abseits und wird ganz zu Unrecht als überholt angesehen. Insofern gibt dieser Band und die dahinter stehende Alfred Escher Stiftung zu Recht Gegensteuer. Es ist verdienstvoll, dass die 2006 zum 150 jährigen Jubiläum der Credit Suisse Group gegründete Stiftung (S. 502) das Lebenswerk von Escher noch weiter zugänglich macht, indem vor allem der Briefwechsel Eschers ediert wird.

A. K.